



UNIVERSITATEA BABEȘ-BOLYAI  
TRADIȚIE ȘI EXCELENȚĂ

**UBBFSEGA**

Universitatea Babeș-Bolyai | Facultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor



**Facultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor**

Str. Teodor Mihali nr. 58-60  
Cluj-Napoca, RO-400951  
Tel.: 0264-41.86.52-5  
Fax: 0264-41.25.70  
econ@econ.ubbcluj.ro  
www.econ.ubbcluj.ro

**FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN  
UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG**

**ABTEILUNG FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND  
UNTERNEHMENSFÜHRUNG IN DEUTSCHER SPRACHE**

**THEMEN UND FRAGEN ZU DEN AKTUELLEN  
WELTWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN**

**Rudolf GRÄF  
Zenovia Cristiana POP  
Bernhard KOPF**

**Jan Franke VIEBACH  
Irina Marilena BAN**

**PRESA UNIVERSITARĂ CLUJEANĂ**



UNIVERSITATEA BABEȘ-BOLYAI  
TRADIȚIE ȘI EXCELENȚĂ

UBBFSEGA

Universitatea Babeș-Bolyai | Facultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor



Facultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor

Str. Teodor Mihali nr. 58-60  
Cluj-Napoca, RO-400951  
Tel.: 0264-41.86.52-5  
Fax: 0264-41.25.70  
econ@econ.ubbcluj.ro  
www.econ.ubbcluj.ro

## FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG

### ABTEILUNG FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

## Lizenzbuch zur Spezialisierung: Wirtschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen WIB

Ausgearbeitet von:

**Prof.univ.dr. Rudolf GRÄF**

**Prof.univ.dr. Jan Franke VIEBACH**

**Prof.dr. Bernhard KOPF**

**Lect.univ.dr. Zenovia Cristiana POP**

**Lect.univ.dr. Irina Marilena BAN**

Die Autoren sprechen Ihre vollständige Dankbarkeit für den finanziellen Beitrag der E-ON hinsichtlich der Erscheinung des Buches „Themen und Fragen zu den aktuellen Weltwirtschaftswirtschaftsbeziehungen“ aus.



ISBN: 978-973-595-857-2

# **THEMEN UND FRAGEN ZU DEN AKTUELLEN WELTWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN**

**RUDOLF GRÄF**

**ZENOVIA CRISTIANA POP**

**BERNHARD KOPF**

**JAN FRANKE VIEBACH**

**IRINA MARILENA BAN**

**PRESA UNIVERSITARĂ CLUJEANĂ**

**2015**

*Referenți științifici:*

**Prof.univ. dr. Karl Farmer – *Universitatea Graz***

**Prof. dr. Reinhold Bopp – *Universitatea de Științe Aplicate Nürtingen-Geislingen***

**Lizenzbuch zur Spezialisierung:  
Wirtschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen WIB**

**Koordiniert von:**

**Prof. univ. dr. Rudolf Gräf**

**Prof. univ. dr. Jan Franke Viebach**

**Prof. univ. dr. Bernhard Kopf**

**Lect. univ. dr. Zenovia Cristiana Pop**

**Lect. univ. dr. Irina Marilena Ban**

**ISBN 978-973-595-857-2**

© 2015 Coordonatorii volumului. Toate drepturile rezervate. Reproducerea integrală sau parțială a textului, prin orice mijloace, fără acordul coordonatorilor, este interzisă și se pedepsește conform legii.

**Universitatea Babeș-Bolyai  
Presa Universitară Clujeană  
Director: Codruța Săcelean  
Str. Hasdeu nr. 51  
400371 Cluj-Napoca, România  
Tel./Fax: (+40)-264-597.401  
E-mail: [editura@editura.ubbcluj.ro](mailto:editura@editura.ubbcluj.ro)  
<http://www.editura.ubbcluj.ro/>**

# INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis .....	3
Kapitel 1. Empirische Bestandsaufnahme des europäischen Außenhandels.....	5
1.1 Außenhandel in den EU-Verträgen.....	5
1.2 Außenhandelsstatistik der EU: Institutionelle und methodische Grundlagen .....	8
1.3 Globale Handelsbeziehungen der EU am Ende des letzten Jahrtausends .....	13
1.4 Neuere Trends des Extra-EU-Handels.....	16
1.5 Intra-EU-Handel.....	24
Kapitel 2. Außenwirtschaftsrechnung des Euro-Gebiets und ausgewählter europäischer Staaten .....	35
2.1 Außenwirtschaftliche Transaktionen: Zahlungsbilanz .....	35
2.2 Auslandsaktiva und -passiva: Auslandsvermögensstatus.....	57
Kapitel 3. Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtung für gesamtwirtschaftliche Aggregate .....	65
3.1 Einkommenskreislauf: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung .....	65
3.2 Finanzierungskreislauf: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung.....	76
3.3 Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten: Geldvermögensrechnung.....	83
3.4 Volksvermögensrechnung.....	87
3.5 Monetäre Aggregate: Geldmengenstatistik.....	89
Kapitel 4. Devisenmärkte und Wechselkurse des Euro.....	97
4.1 Devisen.....	97
4.2 Wechselkurse .....	98
4.3 Devisenmarkt.....	109
4.4 Wechselkurssystem .....	110
4.5 Wechselkurspolitik des Euro-Systems .....	113
4.6 Arten von Devisengeschäften und Wechselkursen .....	115

Kapitel 5. Wechselkurs und Außenbeitrag im preistheoretischen Partialmodell.....	125
5.1 Analyserahmen.....	125
5.2 Fester Wechselkurs: Analyse des Außenbeitrags in Inlandswährung.....	131
5.3 Fester Wechselkurs: Analyse des Außenbeitrags in Auslandswährung .....	141
5.4 Flexibler Wechselkurs: Analyse des Devisenmarkts .....	147
5.5 Flexibler Wechselkurs:	
Wechselkursmechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs.....	149
Kapitel 6. Einkommen und Außenbeitrag.....	155
6.1 Hintergrund des Modells .....	155
6.2 Modell eines kleinen Landes.....	157
6.3 Außenhandel und Beschäftigung im kleinen Land .....	164
6.4 Internationale Rückwirkungen: der Fall des großen Landes.....	169
6.5 Außenhandel und Beschäftigung im großen Land .....	171
6.6 Kritik.....	175
Kapitel 7. Der Geldmengen/Preis-Mechanismus.....	179
7.1 Institutioneller Hintergrund: Der Klassische Goldstandard.....	179
7.2 „Automatischer“ Zahlungsbilanz-Ausgleich	
durch den Geldmengen/Preis-Mechanismus .....	186
Kapitel 8. Einfuehrung in die Handelspolitik.....	199
8.1 Bedeutung der Begriffe „Handel und Handelspolitik“ .....	201
8.2 Funktionen des Handels.....	203
8.3 Bewertung des Handels.....	207
Kapitel 9. Massnahmen und Instrumente der Handelspolitiken.....	209
9.1 Tarifäre Maßnahmen .....	209
9.2 Nichttarifäre Handelspolitiken .....	213
Kapitel 10. Internationale Rechtsgrundlagen für den Handel.....	221
Literaturverzeichnis.....	239

## KAPITEL 1.

# EMPIRISCHE BESTANDSAUFNAHME DES EUROPÄISCHEN AUßENHANDELS

### 1.1 Außenhandel in den EU-Verträgen

Der Außenhandel der EU besteht aus zwei Teilen:

- Handel zwischen den Mitgliedsländern: sogenannter Intra-EU-Handel
- Handel mit Nicht-EU-Ländern: sogenannter Extra-EU-Handel.

Am 1. Dezember 2009 trat der Lissabon-Vertrag in Kraft:

Der Name 'Vertrag zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft' wird ersetzt durch 'Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union' (Artikel 2 §1 des Vertrags von Lissabon)

Artikel, Sektionen, Kapitel, Titel und Teile des „Vertrag über die Europäische Union“ und des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ werden neu nummeriert (Artikel 5 und Anhang des Vertrags von Lissabon)

#### *(1) Überblick*

Außenhandel und Außenhandelspolitik der EU müssen als Teil des Gemeinsamen Markts gesehen werden (sog. Binnenmarkt). Bekanntlich ist ein gemeinsamer Markt der dritte Schritt in Richtung auf eine Wirtschaftsunion; dabei sind die Freihandelszone und die Zollunion die vorhergehenden Schritte.

Wir können dann grob die folgenden Punkte festhalten:

- Innerhalb der EU impliziert der Gemeinsame Markt den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen (Art. 26, 2 des „Vertrags über die Arbeitsweise der EU“). Im Bereich des Warenhandels schließt der Gemeinsame Markt eine sog. Freihandelszone ein: dies bedeutet die Abschaffung von staatlichen Handelshemmnissen für den Warenhandel, vor allem die Abschaffung von Zöllen.
- Für die Beziehung zur Außenwelt impliziert der Gemeinsame Markt eine gemeinsame Außenhandelspolitik der Mitgliedsländer. Im Bereich des Warenhandels schließt der Gemeinsame Markt eine sog. Zollunion ein: dies bedeutet einheitliche Zölle gegenüber Drittländern.

Außenhandel und Außenhandelspolitik sind nur ein Teil der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der EU. Sie unterliegen deshalb den übergeordneten Zielen der EU. Diese sind im EU-Vertrag (EUV), kodifiziert, während der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) die Ziele operationalisiert.

## *(2) Übergeordnete Ziele des EUV*

Artikel 3 EUV besagt, dass ...

- ... das Ziel der Union u. a. darin besteht, die Wohlfahrt ihrer Bürger zu fördern
- ... die Unionsbürger ihren Aufenthaltsort im Gebiet der Union frei wählen können
- ... die Union einen Gemeinsamen Markt und eine sehr wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft aufbauen soll
- ... die Union Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt fördern soll
- ... die Union wirtschaftlichen Zusammenhalt (Kohäsion) und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fördern soll
- ... die Union eine Wirtschafts- und Währungsunion errichten soll.

Weiterhin legt Artikel 3 das Folgende fest:

“In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und rechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte ... sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, ...”.

Die Tatsache, dass der Gemeinsame Markt und Freihandel mit der übrigen Welt ausdrücklich genannt werden, deutet an, dass die EU eine Philosophie des Freihandels verfolgt. Allerdings werden auch Solidarität, Zusammenhalt, sozialer Fortschritt und nachhaltige Entwicklung betont: diese Ziele können als Rechtfertigung für Handelsbeschränkungen dienen.

Artikel 21 EUV fordert, dass die Mitglieder eine gemeinsame externe Politik verfolgen und mit Drittstaaten kooperieren sollen. Auf diese Weise soll die EU u. a.

“ ... die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handels-hemmnisse“.



### *(3) Vorschriften aus dem AEUV*

#### *(a) Allgemeine Prinzipien der Wirtschaftspolitik der EU*

Die Artikel 119 - 121 AEUV enthalten allgemeine Richtlinien, wie die Wirtschaftspolitik die Ziele des Artikels 3 EUV erreichen soll. Unter anderem wird gesagt, dass die gemeinsame Wirtschaftspolitik ...

“ ... auf dem Binnenmarkt beruht ... und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.”

#### *(b) Spezifische Regeln für Außenhandel und Außenhandelspolitik*

Artikel 3 AEUV legt fest, dass die Union die “ausschließliche Zuständigkeit” hat sowohl im Bereich des Handels innerhalb der EU (Zollunion) als auch im Bereich des Handels mit der übrigen Welt (Außenhandelspolitik). Im Hinblick auf die anderen Elemente des Binnenmarkts muss die Union dagegen die Kompetenzen mit den Mitgliedsländern teilen.

Artikel 26 AEUV definiert den Binnenmarkt als “einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist“. Ebenso definiert Artikel 28 AEUV die Zollunion als einen Raum ohne Binnenzölle und mit gemeinsamen Außenzöllen.

Anschließend folgen spezifische Regeln in den Artikeln 29 – 32. Unter anderem wird gesagt, dass Außenzölle durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) und auf Vorschlag durch die EU-Kommission festgelegt werden sollen; dabei sollen die Vorschläge der Kommission von verschiedenen Zielen geleitet werden, u. a. durch das Bestreben, den Handel der EU mit der übrigen Welt zu fördern.

Die Artikel 206 und 207 AEUV beziehen sich direkt auf die Artikel 28 - 32. Artikel 206 legt fest, wie die gemeinsame Außenhandelspolitik im Prinzip arbeiten soll:

“Durch die Schaffung einer Zollunion nach den Artikeln 28 – 32 trägt die Union im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im inter-nationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen sowie zum Abbau der Zollschränken und anderer Schranken bei.”

Artikel 207 AEUV verlangt einheitliche Prinzipien für die Außenhandelspolitik der EU. Er legt dann den Bereich dieser Politik fest: Zölle und Handelsabkommen im Bereich des Handels von Waren und Dienstleistungen; Handelsaspekte des geistigen Eigentums; Direktinvestitionen; handelspolitische Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen.

Gemeinsam mit Artikel 218 legt Artikel 207 auch den Entscheidungsprozess im Bereich der Handelspolitik fest, einschließlich der Abstimmungsverfahren zwischen den Institutionen.

Die Artikel 34 - 35 AEUV verbieten quantitative Beschränkungen des Handels zwischen Mitgliedsländern aus. Schließlich verbietet Artikel 37 AEUV, dass Staatliche Monopole zwischen Angehörigen von Mitgliedstaaten im Handel diskriminieren.

## **1.2 Außenhandelsstatistik der EU: Institutionelle und methodische Grundlagen**

### **1.2.1 *Gegenstand der Statistik***

Grenzüberschreitender Handel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) mit Waren; vgl. Eurostat (2011), S 8.

### **1.2.2 *Abgrenzungen***

#### **(1) Räumliche Abgrenzungen**

##### **(a) Berichtsgebiet "Statistisches Gebiet"**

= Zollgebiet der EU einschließlich französ. Übersee-Departements

##### **(b) Intra-EU-Handel**

= Handel zwischen Mitgliedstaaten der EU

##### **(c) Extra-EU-Handel**

= Handel der EU-Staaten mit Nicht-EU-Staaten (Dritt-Ländern)

##### **(d) Gesamt-Handel der EU**

= Summe von (b) und (c)

Problem: unterschiedliche Methoden in der Erhebung der Daten lassen nur bedingt eine Zusammenfassung zum Gesamthandel zu (Statistisches Bundesamt (2002), S. 79)

##### **(e) Bildung von Länder-Gruppen**

###### **- ökonomische Zonen**

z. B. EFTA, OPEC, NAFTA, MERCOSUR, Gruppe der Beitrittskandidaten zur EU

###### **- geografische Zonen**

◦ Europa: Europäische Union; übrige europäische Länder

◦ Afrika: Nordafrika; übrige afrikanische Länder

- Amerika: Nordamerika; Zentralamerika und Karibik; Südamerika
- Asien: Naher und Mittlerer Osten; übrige asiatische Länder
- Ozeanien und Polarregionen: Australien und Neuseeland;  
übrige Länder Ozeaniens und der Polarregionen

## (2) Sachliche Abgrenzungen

vgl. zum Folgenden eurostat (2011), S. 8

### (a) Waren

= bewegliche Waren ("movable property", "movable goods")

Je nachdem, ob Waren in Drittländer (d. h. in Nicht-EU-Länder) gehen bzw. aus Drittländern kommen oder nicht und deshalb die Zollabfertigung durchlaufen oder nicht, werden verschiedene Fachbegriffe verwendet. In jedem Fall sind Transitgüter nicht erfasst, also Güter, die das statistische Gebiet nur durchqueren.

### (b) Lieferungen von Waren

#### - Intra-EU-Handel:

Versendungen ("dispatches") = Waren, die von einem EU-Staat zu einem anderen geliefert werden

#### - Extra-EU-Handel:

Ausfuhr ("exports") = Waren, die das Gebiet der EU verlassen,

- um in ein Drittland geliefert zu werden,
- nachdem sie die Zollabfertigung durchlaufen haben

### (c) Bezüge von Waren

#### - Intra-EU-Handel:

Eingänge („arrivals“) = innerhalb der EU zirkulierende Waren, die in das statistische Gebiet eines Mitgliedstaates kommen

#### - Extra-EU-Handel:

Einfuhr ("imports") = Waren, die ...

- ... aus Drittländern
- ... in das Statistische Gebiet der EU kommen und
- ... die Zollabfertigung durchlaufen.

- (d) Behandlung von Eingängen auf bzw. Ausgängen vom Lager
  - Spezialhandel ("special trade")
    - enthält keine Eingänge auf Lager bzw. Ausgänge vom Lager
    - Angaben zum Extra-EU-Handel beziehen sich auf den Spezialhandel
  - Generalhandel
    - umfasst den Spezialhandel und die Eingänge auf Lager bzw. die Ausgänge vom Lager
    - umfasst damit alle Ein- und Ausgänge des statistischen Gebiets mit Ausnahme von Transitgütern
    - Angaben zum Intra-EU-Handel beziehen sich auf den Generalhandel
- (e) Erfassung zu Grenzübergangs-Werten
  - Ausgänge
    - Exporte im Extra-EU-Handel und Versendungen im Intra-EU-Handel werden zu fob-Werten erfasst
    - fob ("free on board"):  
Warenwert plus Kosten für Versicherung und Transport innerhalb des entsendenden/exportierenden Landes
  - Eingänge
    - Einfuhren im Extra-EU-Handel und Eingänge im Intra-EU-Handel werden zu cif-Werten erfasst
    - cif ("cost, insurance, freight"):  
Warenwert plus Kosten für Versicherung und Transport bis zur Grenze des beziehenden/importierenden Landes

(3) Nominale und reale Werte

- Nominale Werte:  
Export- und Importmengen multipliziert mit aktuellen, d. h. tatsächlichen Preisen. Nominale Werte können sich sowohl durch Preis- wie durch Mengenbewegungen ändern.
- reale Werte: versuchen, nur die Mengenänderungen auszuweisen

- Maßnahme: Berechnung von Durchschnittswerten ("unit values") als Indikatoren für die Preisänderungen. Durchschnittswert = Wert einer Handelskategorie dividiert durch die Menge dieser Kategorie

### 1.2.3 Juristische Grundlage

Vgl zum Folgenden Eurostat (2011), S. 6 f.

#### (1) Verordnungen der EU

- bilden sowohl die Basis für EU- wie auch für nationale Statistiken
- trotzdem gibt es methodische Differenzen, so dass nationale und EU-Statistiken nicht exakt zueinander passen.

#### (2) Intra-EU-Handel

- Statistik basiert auf ...
  - (i) ... Verordnung (EC) No 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rats
  - (ii) ... und auf Verordnung der Kommission (EC) No 1982/2004.
- "Intrastat" = System von Methoden, Schwellenwerten und Formen zur Datenerhebung über den Intra-EU-Handel
 

wurde zum 1.1.1993 eingeführt, als der Gemeinsame Markt in Kraft trat; dabei wurden insbesondere die Zollformalitäten zwischen den Mitgliedsländern abgeschafft, d. h. die traditionelle Quelle für Handelsstatistiken
- wichtige Merkmale von Intrastat:
  - aufgrund verschiedener Schwellenwerte müssen rd. zwei Drittel aller Unternehmungen keine statistischen Formalitäten beachten, d. h. keine Meldungen abgeben
  - die übrigen Unternehmen müssen monatliche statistische Erklärungen direkt an die zuständigen nationalen Behörden senden
  - enge Verbindung zum Steuersystem

#### (3) Extra-EU-Handel

Statistik basiert auf ...

- ... Verordnung (EC) No 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rats
- ... und auf Verordnungen der Kommission (EC) No 92/2010 und 113/2010.

Die Statistiken über den externen Außenhandel werden normalerweise auf der Basis von Zollerklärungen erhoben.

#### **1.2.4 Erhebung der Daten**

##### **(1) Intra-EU-Handel**

###### **(a) Wer liefert Daten?**

s. o. Intrastat-System:

Unternehmen melden an zuständige statistische Behörde eines Landes

###### **(b) Wo werden die Daten erhoben?**

- bis 1992: beim Zoll
- seit 1993: im Unternehmen

##### **(2) Extra-EU-Handel**

Zahlen werden in Form der Zollangaben erhoben

#### **1.2.5 Qualität der Daten**

##### **(1) cif/fob-Problem**

Die Werte der Eingänge und Importe enthalten als cif-Werte einen höheren Anteil an Fracht- und Versicherungskosten als die auf fob-Basis erhobenen Werte der Versendungen und Exporte. Insofern liegen sie höher als die Werte der Versendungen und Exporte.

##### **(2) Untererfassung des Intra-EU-Handels**

Insbesondere seit dem 1.1.1993 – Wegfall der Zollformalitäten – wird der Intra-EU-Handel untererfasst. Dies gilt nach Angaben von eurostat (2011, S. 6f.) besonders für die Bezüge, die deshalb niedriger als die Versendungen liegen (trotz der in Punkt (1) erwähnten cif/fob-Problematik). Die Versendungen stellen damit ein besseres Maß für den Intra-EU-Handel dar als die Bezüge.

#### **1.2.6 Publikation**

##### **(1) EU-Publikationen**

###### **(a) Monatlich**

External and intra-European Union trade. Monthly statistics. Eurostat theme 6: External trade.

Die Publikation endete Ende 2011! Neuere Daten sind nur noch aus den Tabellen auf der website der EU zu erhalten.

(b) Jährlich

External .. trade – Statistical yearbook. Eurostat theme 6: External trade

(2) Publikationen des Statistischen Bundesamts

(a) Statistisches Jahrbuch für das Ausland. Stuttgart

Das Statistische Jahrbuch enthält ein Kapitel „Internationale Tabellen“. Diese enthalten u. a. Zahlen zum Außenhandel:

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/InternationaleUebersichten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/InternationaleUebersichten.pdf?__blob=publicationFile)

Im Gegensatz zu den „Internationale Tabellen“ enthalten die folgenden Publikationen Daten zum deutschen Außenhandel:

(b) Fachserie 7: Außenhandel

- Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel. (Monatlich)

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenM.html?nn=67744>

- Reihe 3: Außenhandel nach Waren und Ländergruppen (Spezialhandel). (Halbjährlich)

(c) Fachserie 17: Preise

Reihe 8.1 : Preisindizes für die Einfuhr, Monatlich

Reihe 8.2: Preisindizes für die Ausfuhr . Monatlich

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Aussenhandelspreise/Einfuhrpreise.html?nn=71978>

### 1.3 Globale Handelsbeziehungen der EU am Ende des letzten Jahrtausends

(1) *Aggregierte Exporte*

Die folgende Tabelle zeigt die Handelsbeziehungen zwischen Industrieländern (IL) und den Entwicklungsländern (EL) im Jahr 1999.

**Tabelle 1.3 (1): Globale Handelsintegration der EU**

Warenexporte 1999, Mrd \$

<b>Nach Von</b>	<b>EU</b>	<b>IL</b>	<b>EL</b>	<b>Welt</b>
<b>EU</b>	1.346	1.701	465	2.166
<b>IL</b>	1.676	2.691	1.018	3.709
<b>EL</b>	433	1.109	795	1.903
<b>Welt</b>	2.102	3.799	1.813	5.612

Quelle: Dieckheuer (2001), S. 21.

Im Jahr 1999 hatte die EU einen Anteil von fast 40% an den globalen Exporten (2.166 Mrd \$ von 5.612 Mrd \$). Die gesamten Auslands-verkäufe der EU-Länder setzten sich aus Intra-EU- und extra-EU-Verkäufen zusammen:

- Mehr als 60% gingen an andere EU-Länder ("Versendungen": 1.346 von 2.166)
- der Extra-EU-Anteil ("Exporte") betrug also 38%.

## *(2) Gegenseitige Abhängigkeit im Export*

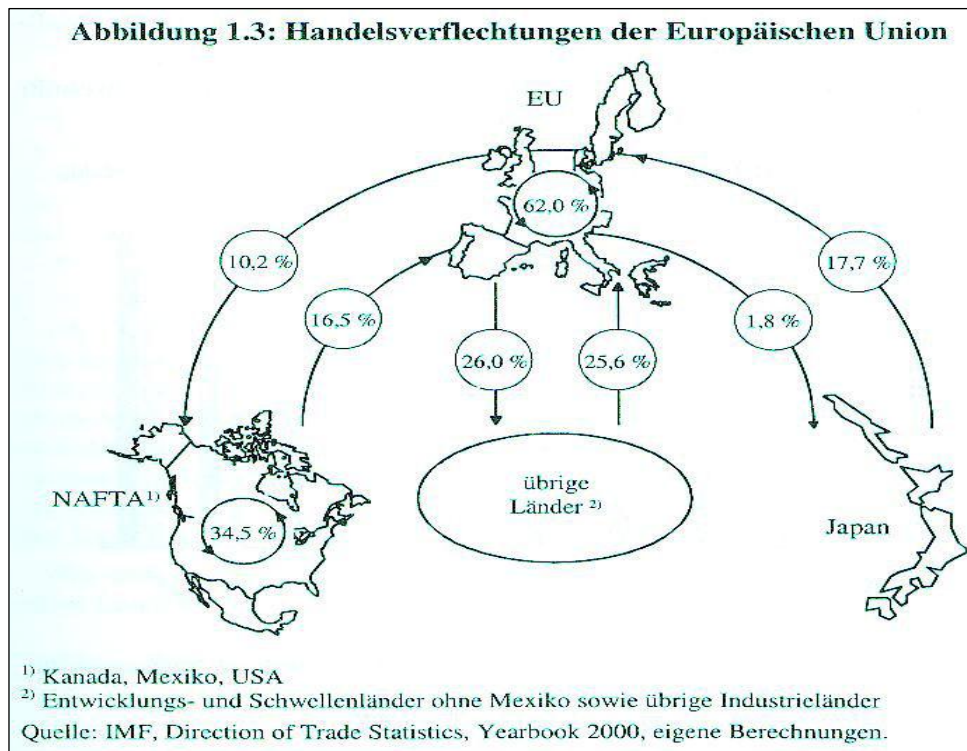
### *(a) Abhängigkeit der EU von Exporten in andere Regionen*

Der erwähnte Anteil von 38% belegt, dass die Exporte in die übrige Welt sehr wichtig für die EU waren. Die Gefahr einer Abhängigkeit von der externen Welt wird aber dadurch vermindert, dass die Ausfuhren recht diversifiziert waren:

- der Extra-EU-Anteil (38%) setzte sich zusammen aus 22% Ausfuhren in Entwicklungsländer und 16% Exporte in Industrieländer
- diese beiden Anteile verteilten sich ihrerseits auf eine Vilezahl von Staaten und sogar Staatengruppen: zum Beispiel zeigt die folgende Grafik, dass die zuvor genannten 16% einen Anteil von 10% der NAFTA und von 2% für Japan enthielt.



### Grafik 1.3 (2): Handelsbeziehungen der EU



Quelle: Dieckheuer (2001), S. 23

#### (b) Abhängigkeit der "übrigen Welt" von Exporten in die EU

Auf den ersten Blick ist die EU als Kunde viel wichtiger für Japan und für die NAFTA als umgekehrt:

- 18% der japanischen Exporte gingen in die EU, während nur 2% aller EU-Ausfuhren nach Japan gingen
- fast 17% der Exporte der NAFTA gehen in die EU, verglichen mit nur 10% in umgekehrter Richtung.

Allerdings ist dies Bild nicht vollständig. Was am Ende zählt, ist der Anteil der Exporte in ein Partnerland bzw. in eine Partnerregion als Teil unseres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wir müssen deshalb zwei Indikatoren kombinieren:

- die Anteile unserer Kundenländer an unserer Exporten
- und den Anteil des Exports an unserem BIP.

Der nächste Abschnitt wird verdeutlichen, dass die so konstruierten Anteile sich in der Tat von Region zu Region unterscheiden.

## 1.4 Neuere Trends des Extra-EU-Handels

### (1) Handelsintegration

Die folgende Tabelle zeigt die sog. Handelsintegration wichtiger Teilnehmer am Welthandel. Als Indikatoren werden die Export- und Importquoten (Waren und Dienstleistungen) als Teil des BIP verwendet. Diese Quoten sollen die Bedeutung des Außenhandels für ein Land oder eine Ländergruppe anzeigen:

- die Exportquoten zeigen die Bedeutung externer Märkte für den Absatz
- die Importquoten zeigen die Bedeutung externer Produzenten für die Versorgung.

**Tabelle 1.4 (1): Handelsintegration wichtiger westlicher Länder und Regionen  
(Waren und Dienstleistungen)**

% des BIP, 2010

	Exporte	Importe	Saldo
EU-27 <sup>1)</sup>	15,5	15,9	- 0,4
darunter:			
Eurogebiet <sup>2)</sup>	22,6	22,0	0,6
darunter: <sup>3)</sup>			
Deutschland	46,9	41,5	5,4
Frankreich	25,9	28,2	- 2,3
Vereinigtes Königreich	28,8	32,5	- 3,7
Japan <sup>4)</sup>	13,4	12,9	0,4
USA <sup>4)</sup>	11,3	14,0	- 2,7

1) Extra-EU-Handel. – 2) Handel mit Ländern außerhalb des Eurogebiets. – 3) Handel mit der übrigen Welt. – 4) 2009.

Quelle: Eurostat (2012).

Wir erkennen, dass sowohl die Export- wie auch die Importquoten der EU größer als die Japans und der USA sind. Der Grad der Offenheit, d. h. die Integration in die globale Ökonomie, ist also höher als im Fall der USA und Japans. Das bedeutet, dass die EU mehr von Außenhandel abhängt, und zwar sowohl für den Verkauf ihrer Produkte als auch für die Versorgung!

Ein kurzer Blick auf einige traditionelle Faktoren zur Erklärung dieses empirischen Befunds:

- wirtschaftliche Größe: die EU hat ungefähr die gleiche Größe wie die USA und ist sogar viel größer als Japan: deshalb sollte ihr Öffnungsgrad in etwa der gleiche sein wie derjenige der USA und viel kleiner als der von Japan
- geografische Faktoren: der relative geringe Öffnungsgrad Japans kann zum Teil mit seiner Insellage erklärt werden.

Geografische Faktoren tragen auch dazu bei, dass Deutschland einen höheren Öffnungsgrad als seine – kleineren – EU-Partner Frankreich und Großbritannien haben: Großbritannien ist eine Insel, und Frankreich hat den Atlantischen Ozean im Westen, während Deutschland Frankreich hat ...!

Allerdings ist zu vermuten, dass auch andere Faktoren eine Bedeutung für die weit höhere Offenheit Deutschlands haben.

#### *(2) Die EU als großer Teilnehmer am Welthandel*

Die folgende Tabelle verdeutlicht die führende Rolle der EU im globalen Warenhandel. Im Jahr 2010 war die EU sowohl der größte Exporteur wie auch der größte Importeur von Waren. Zehn Jahre zuvor hatten die USA die führende Position inne gehabt. Die gewachsene Rolle der EU beruht zum Teil auf dem Beitritt von 12 neuen Mitgliedstaaten während der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts.

**Tabelle 1.4 (2): Wichtige Teilnehmer am globalen Warenhandel**

Mrd €

	Exporte		Importe		Saldo	
	2000	2010	2000	2010	2000	2010
<b>EU-27<sup>1)</sup></b>	850	1,349	993	1,502	- 143	- 153
<b>China<sup>2)</sup></b>	270	862	244	721	26	141
<b>Japan</b>	519	581	411	522	108	58
<b>USA</b>	845	963	1,362	1,483	- 517	- 520

1) Extra-EU-Handel. – 2) 2009. Ohne Hong Kong.

Quelle: Eurostat (2012a).

Die Tabelle verdeutlicht auch den starken Anstieg chinesischer Exporte und Importe. Sie übersteigen mittlerweile die von Japan, aber bleiben deutlich hinter denen der EU zurück.

Obwohl die in der Tabelle gezeigten Länder und Ländergruppen die wichtigsten Handelsteilnehmer sind, vereinigen sie nur etwa die Hälfte des globalen Handels auf sich!

### (3) Neuere Tendenzen des externen Warenhandels der EU

#### (a) Werte

Die folgende Tabelle zeigt die zusammengefasste Entwicklung des EU-Handels mit der übrigen Welt in der jüngeren Vergangenheit. Alles in allem kam es zu einem deutlichen Anstieg; dies war nur zu einem geringen Teil auf den Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 zurück zu führen, denn diese Länder tragen nur wenig zum externen Handel der EU bei.

**Tabelle 1.4 (3a): Werte des Extra-EU-Handels**

Periode	Export	Import	Saldo
	Wert in Mrd €		
2006	1.160	1.353	- 193
2010	1.349	1.509	- 160
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %		Wert in Mrd €
2007	6,9	6,2	- 194
2008	5,6	9,5	- 258
2009	- 16,0	- 22,7	- 110
2010	23,3	25,4	- 160

Quelle: Eurostat (2011a), S 16, 18, 20, 40, 41.

Man erkennt den starken Einfluss der Finanzkrise in 2009.

#### (b) Volumen

Der negative Einfluss der Finanzkrise war zu einem großen Teil ein Rückschlag für die Handelsmengen, nicht nur für die Preise. Die folgende Tabelle zeigt, dass der Rückgang des Volumens bei den Exporten stärker als bei den Importen war. Ganz allgemein scheint die Volatilität der Exportmengen stärker als die Volatilität der Importmengen zu sein.

**Tabelle 1.4 (3b): Volumen des Extra-EU-Handels**

Änderungen in %

Period	Export	Import
2007	5,3	5,6
2008	2,6	0,5
2009	- 15,3	- 13,9
2010	16,8	11,1

Quelle: Eurostat (2011a), S 40f.

(c) Preise (Durchschnittswerte)

**Tabelle 1.4 (3c): Durchschnittswerte des Extra-EU-Handels**

Änderungen in %

Period	Export	Import
2007	1.5	0.5
2008	2.8	9.0
2009	- 0.8	- 10.2
2010	5.6	12.8

Quelle: Eurostat (2011a), S 40 f.

Durchschnittswerte sind Indikatoren der Preisentwicklung. Sie werden in der Praxis durch Division des Wertindex durch den Volumenindex berechnet; deshalb entsprechen die in Tabelle 3.4 (3c) aufgeführten prozentualen Änderungen der Differenz der in den beiden vorher-gehenden Tabellen aufgeführten Änderungen. Zum Beispiel stimmt die Änderung des Exportdurchschnittswerts 2007 (1,5%) ungefähr mit der Differenz aus der Änderung des Exportwerts (6,9%) und der Volumensänderung (5,2%) überein. Die Approximation ist umso weniger genau, je größer die Änderungen sind; dies macht man sich leicht am Beispiel der Importänderungen in 2010 klar.

Was die empirischen Ergebnisse betrifft, so waren die Preisänderungen schwächer als die Mengenänderungen. Allerdings führte die Finanzkrise in 2009 zu Preissenkungen, vor allem bei Importen. Dies wurde durch die Abwertung des Euro gegenüber anderen wichtigen Währungen unterstützt: für das Eurogebiet als dominierenden Teil der EU-27 hat sie die Importe verbilligt und Exporteure zu einer Preissenkung gezwungen.

*(4) Extra-EU-Warenhandel nach Partnerländern*

Die Aufgliederung des Extra-EU-Handels nach Partnerländern (Nicht-EU-Länder) wird als "externe Regionalstruktur" des EU-Handels bezeichnet. Wir fragen also nach ...

- ... den Herkunftsländern unserer Importe
- ... den Zielländern unserer Exporte.

Dabei betrachten wir die EU als Ganzes.

**(a) Externe Regionalstruktur des EU-Handels 2010**

Im Jahr 2010 realisierte die EU ungefähr ein Viertel ihres Waren-handels mit wichtigen europäischen Nachbarländern:

- EFTA: Schweiz, Island, Norwegen, Liechtenstein
- Beitrittskandidaten: Kroatien, Island, Montenegro, Makedonien, Türkei
- Russland.

Weitere 22% der Exporte und 14% der Importe wurden mit der nord-amerikanischen Freihandelszone (NAFTA) realisiert, hauptsächlich mit den USA. Im Handel mit der NAFTA kam es zu einem großen Ausfuhr-überschuss, während gegenüber den meisten anderen Ländern der Außenhandelssaldo negativ war.

Besonders hoch war das Defizit gegenüber China mit 170 Mrd €. Lässt man China außen vor, errechnet sich ein positiver Handelssaldo der EU. China ist bei weitem zum wichtigsten externen Lieferanten der EU-27 geworden. Sein Anteil an der gesamten EU-Einfuhr (19%) übersteigt nun die Summe der Importanteile Japans und der USA; im Jahr 2002 hatten die Importe aus China nur 8% aller EU-Einfuhren ausgemacht. Wenn wir die Einfuhren aus China mit denen aus den sog. Dynamischen Asiatischen Ökonomien addieren, bekommen wir einen gesamten Importanteil von fast 30% für Ostasien (ohne Japan).

**Tabelle 1.4 (4a): Extra-EU-Handel nach Partnerländern 2010**

Land	Exporte	Importe	Saldo
	Werte in Mrd €		
<b>Alle Länder</b>	1.349	1.509	- 160
	Anteil in %                      Werte in Mrd €		
<b>Alle Länder</b>	100	100	- 160
<b>darunter:</b>			
<b>Beitrittskandidaten</b>	6	3	24
<b>darunter:</b>			
<b>Türkei</b>	5	3	19
<b>Russland</b>	6	11	- 74
<b>USA</b>	18	11	72
<b>Japan</b>	3	4	- 22
<b>Commonwealth</b>	9	13	- 80
<b>Afrika</b>	9	9	- 9
<b>Lateinamerika</b>	6	6	- 5
<b>Dynamische Asiatische Volkswirtschaften</b>	9	9	- 16
<b>China</b>	8	19	- 169
<b>Nachrichtlich<sup>1)</sup>:</b>			
<b>AKP-Länder</b>	5	4	4
<b>Mediterranes Becken</b>	13	10	34
<b>EFTA <sup>2)</sup></b>	11	11	- 17
<b>ASEAN</b>	5	6	- 26
<b>OPEC</b>	9	9	- 12
<b>NAFTA</b>	22	14	87

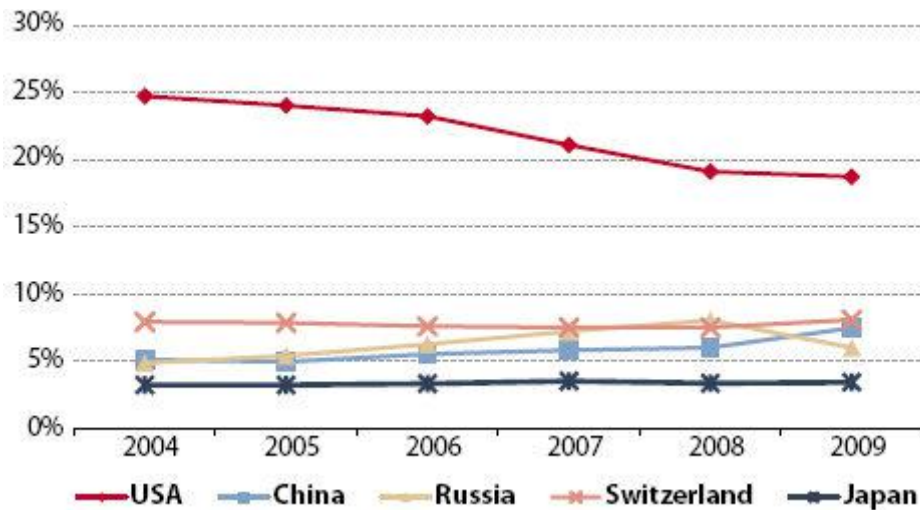
1) Wirtschaftszonen. - 2) Schweiz, Island, Norwegen, Liechtenstein.

Quelle: Eurostat (2011a), S. 25.

(b) Trends der externen Regionalstruktur des Warenhandels der EU

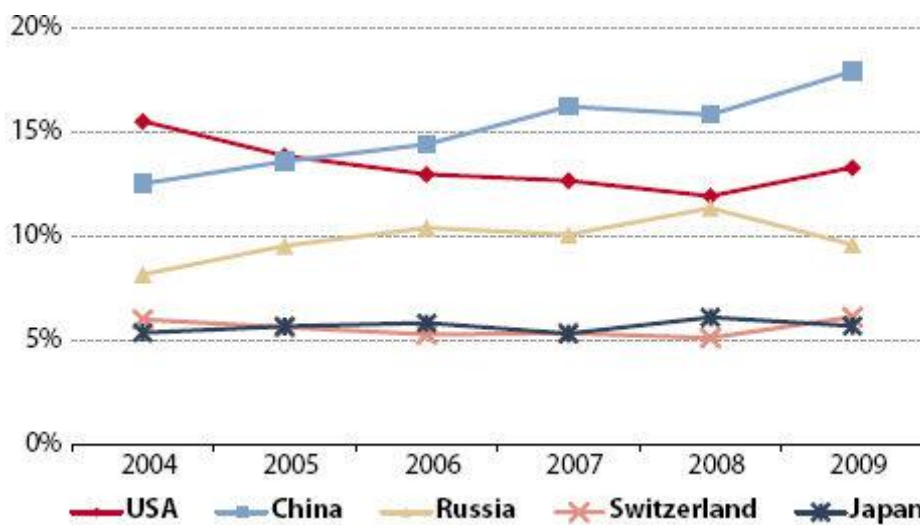
Die folgenden Grafiken zeigen die wachsende Rolle Chinas als Handelspartner sowohl bei Einfuhren wie bei Ausfuhren. Zugleich deuten Sie die abnehmende Bedeutung der USA.

**Abbildung 1.4 (4b): Warenexporte der EU in wichtige Partnerländer**



Quelle: Eurostat (2011b), S. 17.

**Abbildung 1.4 (4c): Warenimporte der EU aus wichtigen Partnerländern**



Quelle: Eurostat (2011b), S. 17.

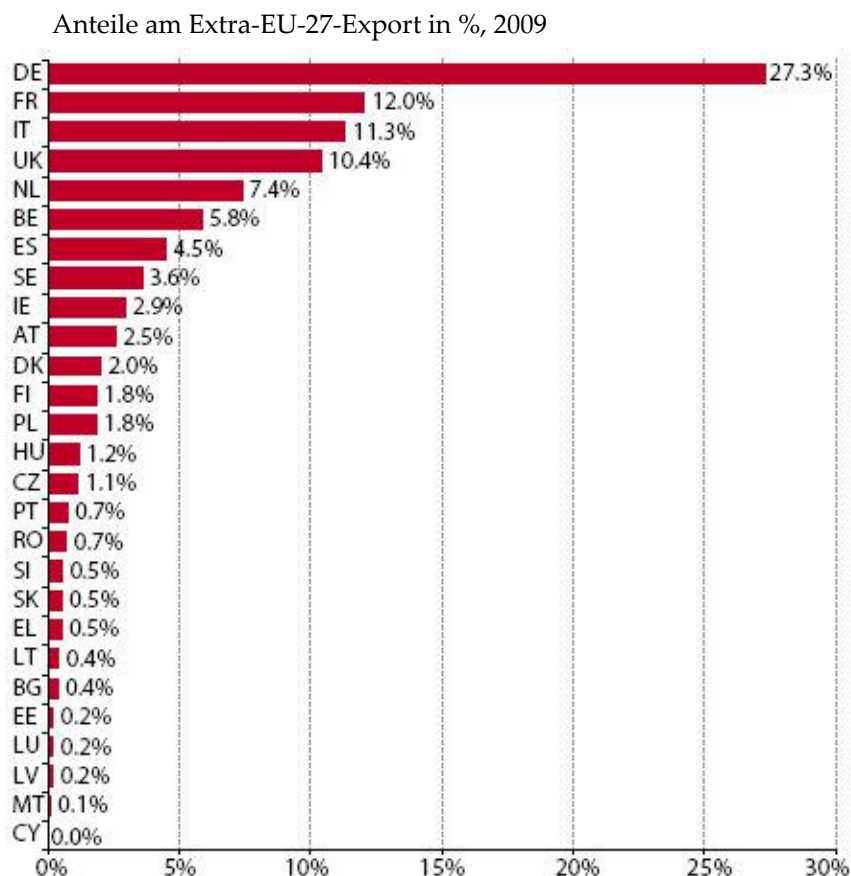
### (5) Extra-EU-Handel nach Mitgliedsländern

Wir interessieren uns auch für die interne Regionalstruktur des Extra-EU-Handels: was tragen die verschiedenen Mitgliedsländer zum Handel mit der Nicht-EU bei?

#### (a) Ausfuhren

Die folgende Tabelle verdeutlicht, dass Deutschland 2009 den bei weitem größten Anteil am gesamten Export der EU 27 hatte. Dies kann zumindest teilweise durch die bereits genannten Faktoren erklärt werden: wirtschaftliche Größe und geografische Lage. Die wirtschaftliche Größe trägt auch dazu bei, dass hinter Deutschland andere große Mitgliedstaaten folgen.

**Abbildung 1.4 (5a): EU-Exporte nach Mitgliedsländern**



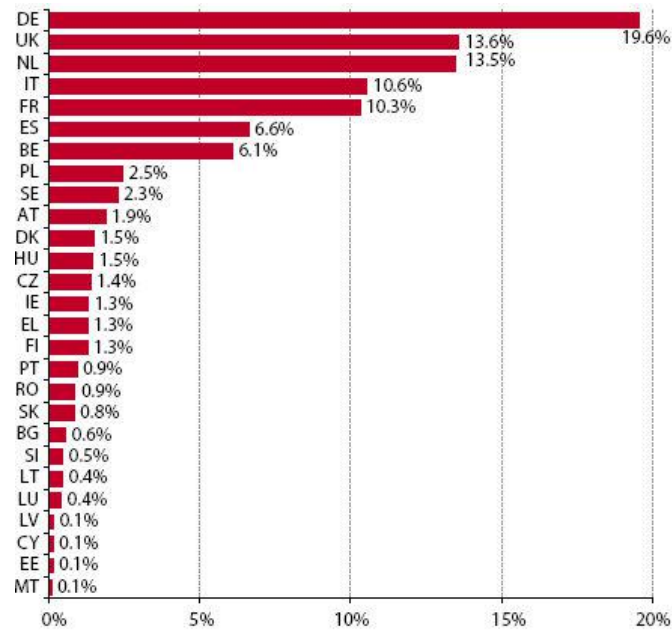
Quelle: Eurostat (2011b), S. 42.

#### (b) Einfuhren

Für die Importe treffen ähnliche Aussagen wie auf die Exporte zu. Auch hier ist Deutschland die führende Handelsnation der EU, wenngleich seine Position viel weniger dominierend als im Bereich der Exporte ist. Der hohe Anteil der Niederlande an den EU-Importen ist zum Teil auf ihre geo-ökonomische Rolle als Tor nach Kontinentaleuropa zurück zu führen.



**Schaubild 1.4 (5b): Warenimporte der EU nach Mitgliedsländern**

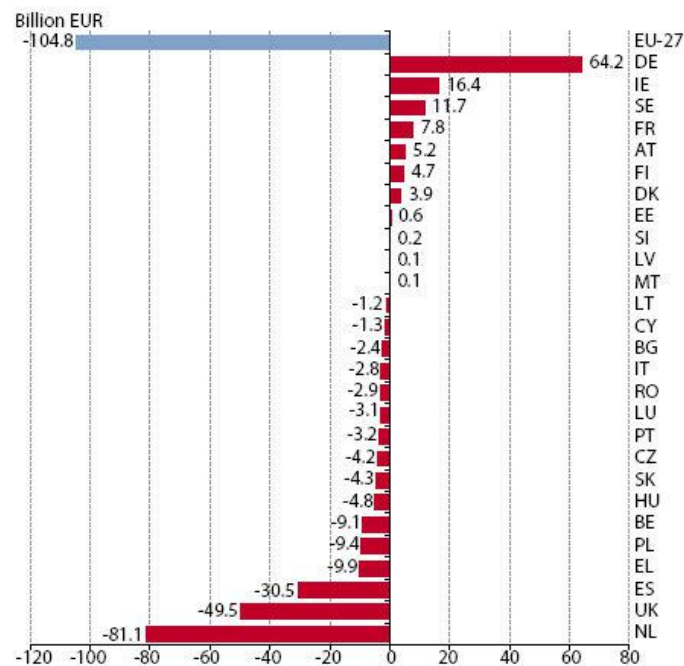


Quelle: Eurostat (2011b), S. 42.

### (c) Handelsbilanzsaldo

Die Rolle der Niederlande als ein wichtiges Tor zu Kontinentaleuropa trägt zu seinem hohen Einfuhrüberschuss bei. Das holländische Defizit macht rechnerisch 80% des gesamten EU-Defizits aus. Eher wenige Länder haben einen Ausfuhrüberschuss, darunter vor allem Deutschland.

**Abbildung 1.4 (5c): Beiträge der Mitgliedsländer zum Handelsbilanzsaldo der EU 27**



Quelle: Eurostat (2011b), S. 43.

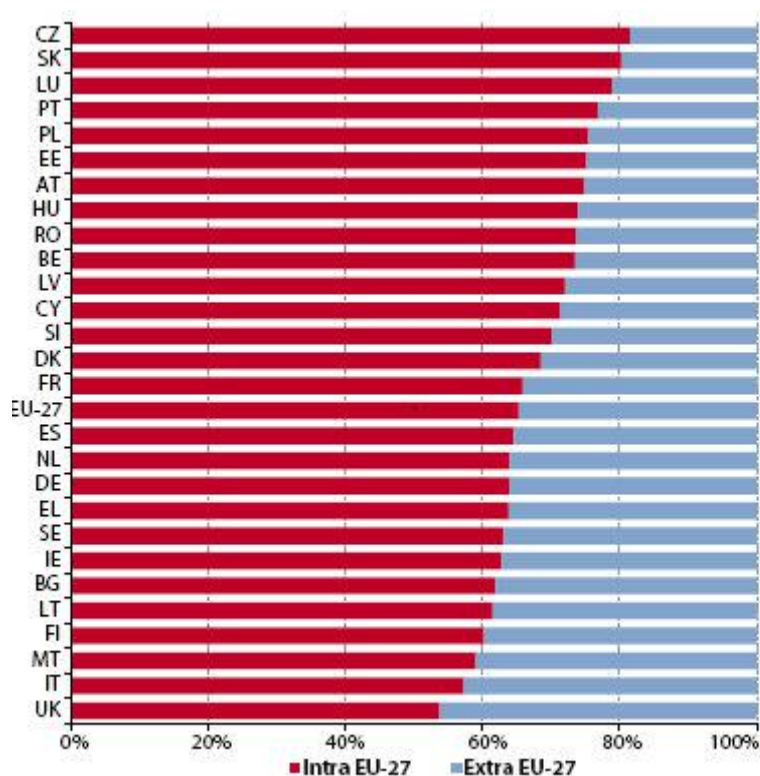
## 1.5 Intra-EU-Handel

Wie in Abschnitt 1.2 erklärt, bezeichnet der Begriff "Intra-EU-Handel" den Handel zwischen den Mitgliedsländern. Die Verkäufe an Partnerländer werden als "Versendungen" bezeichnet, die Käufe als "Eingänge". Im Folgenden werden wir diese offizielle Terminologie nicht durchgängig anwenden; stattdessen nutzen wir die Begriffe "Exporte" und "Importe", soweit keine Verwechslung entstehen kann.

### (1) Die Bedeutung des Intra-EU-Handels für die Mitgliedsländer

Die folgende Abbildung zeigt, dass der Austausch mit Partnern innerhalb der EU im Durchschnitt rd. 65% des gesamten Außenhandels der Mitgliedsländer ausmachte.

**Abbildung 1.5(1): Anteile von Intra- und Extra-EU-27-Handel  
am gesamten Außenhandel, 2009**



Quelle: Eurostat (2011b), S. 44.

Der Anteil lag besonders hoch bei vielen östlichen Ländern: Tschechische Republik (CZ), Slowakei (SK), Polen (PL), Lettland (LV), Estland (EE), Ungarn (HU), Slowenien (SI), Rumänien (RO). Dies ist umso bemerkenswerter als viele von ihnen am östlichen Rand des Gebiets der EU liegen: offenbar ist der Handel mit ihren Nachbarstaaten aus der ehemaligen Sowjetunion nicht sehr attraktiv für sie.

Für die größeren Länder ist der Anteil des Intra-EU-Handels tendenziell kleiner. Dies gilt besonders für das Vereinigte Königreich (UK) und Italien (IT), aber auch – in geringerem Maße – für Deutschland (DE).

## (2) Verkäufe („Versendungen“)

Die folgende Tabelle zeigt die Verkäufe von Waren der Mitgliedsländer untereinander. Man erkennt, dass Deutschland 23% seiner Produktion an andere Mitgliedsländer der EU verkauft, wovon 16 Prozentpunkte an Euro-Partnerländer gehen. Berücksichtigt man, dass Deutschland insgesamt 40% seines BIP ins Ausland verkauft, bedeutet diese 23%, dass mehr als die Hälfte aller deutschen Lieferungen ins Ausland als „Versendungen“ an EU-Partner gehen. Wir können also schon zu Beginn festhalten, dass der Handel mit EU-Partnern für Deutschland sehr wichtig ist!

Um zu überprüfen, ob dies eine einseitige Beziehung ist, vergleichen wir die deutschen Versendungen in andere Mitgliedsländer mit deren Versendungen nach Deutschland. Als Erstes stellen wir fest, dass die Versendungen Deutschlands an die meisten Partner deren Lieferungen nach Deutschland übertreffen. Insgesamt übersteigen die deutschen Versendungen (571 Mrd €) die Summe aller Lieferungen anderer EU-Länder an Deutschland (544 Mrd €) um 5%.

Allerdings gibt es einige Länder, die mehr an Deutschland liefern als umgekehrt: Niederlande, Belgien, Ungarn, Tschechische Republik, Irland. Dabei haben die Niederlande und Belgien bemerkenswerte Überschüsse gegenüber Deutschland. Demgegenüber übersteigen die deutschen Versendungen nach Frankreich die französischen Versendungen nach Deutschland beträchtlich. Frankreich ist Deutschlands wichtigster europäischer Kunde, während Holland sein wichtigster europäischer Lieferant ist.

**Tabelle 1.5 (2): Handelsinterdependenzen in der EU 2010: der Fall Deutschland**

	Deutsche Versendungen				Versendungen nach Deutsch.			
	Mrd €	Anteil an allen Versendungen N	Anteil an allen externen Verkäufen	Anteil am BIP	Mrd €	Anteil an allen externen Verkäufen	Handelsintegration 1)	Anteil am BIP
<b>Euro-Länd.</b>	389	68	41	16	366		17	53)
<b>darunter:</b>								
<b>Frankreich</b>	90	16	9	4	63	16	20	3
<b>Niederland</b>	63	11	7	3	112	26	62	19
<b>Italien</b>	59	10	6	2	44	13	22	3
<b>Österreich</b>	53	9	6	2	36	32	39	13
<b>Belgien</b>	45	8	5	2	57	18	60	16?) <sup>4)</sup>
<b>Spanien</b>	34	6	4	1	19	10	18	2
<b>Slowakei</b>	9	2	1	<0.5	9	18	74	14
<b>Finnland</b>	8	1	1	<0.5	5	9	29	3
<b>Portugal</b>	8	1	1	<0.5	5	14	21	3
<b>Griechenl.</b>	6	1	1	<0.5	2	1	8	1
<b>Luxemburg</b>	6	1	1	<0.5	3	20	32	7
<b>Irland</b>	4	1	<0.5	<0.5	6	7	54	4
<b>Slowenien</b>	4	1	<0.5	<0.5	4	19	52	11
<b>Zypern</b>	1	<0.5	<0.5	<0.5	<0.5	10	9	1
<b>Malta</b>	<0.5	<0.5	<0.5	<0.5	<0.5	10	38	3
<b>Nicht-Euro-Länder</b>	183	32	19	7	178	6	30	2
<b>darunter:</b>								
<b>Vereinigt. Königreich</b>	59	10	6	2	31	10	18	2
<b>Polen</b>	38	7	4	2	31	26	35	9
<b>Tschech.R.</b>	27	5	3	1	32	32	64	22
<b>Schweden</b>	19	3	2	1	12	10	35	3
<b>Ungarn</b>	14	3	1	1	18	25	73	18
<b>Dänemark</b>	14	3	1	1	12	16	31	5
<b>Rumänien</b>	7	1	1	<0.5	7	19	31	6
<b>Bulgarien</b>	2	<0.5	<0.5	<0.5	2	13	43	6
<b>Litauen</b>	2	<0.5	<0.5	<0.5	2	13	57	7
<b>Estland</b>	1	<0.5	<0.5	<0.5	<0.5	6	62	3
<b>Lettland</b>	<0.5	<0.5	<0.5	<0.5	1	8	37	3
<b>Versendungen insges.</b>	571	100	60	23	544	19	30	6
<b>Externe Verkäufe insges.</b>	950	-	100	40	2933 <sup>5)</sup>	100	30	30
<b>BIP</b>	2,499	-	-	100	9769 <sup>6)</sup>	-	100	6

1) Gesamte externe Verkäufe als % des BIP. – 2) Handelsintegration EU-27. – 3) Versendungen der Euroländer nach Deutschland (366 Mrd €) als % des BIP der Euroländer ohne Deutschland (6.692 Mrd Euro). – 4) Der Anteil von 16% resultiert aus der Division der Versendungen nach Deutschland (57 Mrd Euro) durch das BIP (353 Mrd €). Er ist nicht konsistent mit dem Produkt des Anteils an allen externen Verkäufen (18%) und der Handelsintegration (60%): dies beträgt 11%. – 5) Gesamte externe Verkäufe der EU-27 (3883 Mrd €) ohne Deutschlands externe Verkäufe (950 Mrd €). – 6) BIP der EU 27 (12.268 Mrd €) ohne Deutschland (2.499 Mrd €).

Quelle: Eurostat (2011a), S 32 f., 144 – 404; Eurostat (2012a); Eurostat (2012b)

Um die wechselseitige Abhängigkeit als Kunde (und damit, die wechselseitige Abhängigkeit im Verkauf) abzuschätzen, müssen wir die Anteile der Versendungen an gesamtwirtschaftlichen Verkäufen vergleichen, d. h. Anteile am BIP. Indem wir die vierte Spalte mit der letzten vergleichen, finden wir die folgenden Ergebnisse:

- für die meisten Länder ist Deutschland ein wichtigerer Kunde als es diese Länder für Deutschland sind: zum Beispiel machen die deutschen Versendungen nach Italien 2% des deutschen BIP aus, während Italien 3% seiner Produktion nach Deutschland liefert
- Frankreich ist die Ausnahme von dieser "Regel".

Alles in allem können wir also feststellen, dass der Intra-EU-Handel weit entfernt von einer „Einbahn-Straße“ ist. Es gibt keinen Grund, Deutschland als seine Art "Europäisches China" anzusehen, d. h. als ein Land, das für seine EU-Partner eine viel höhere Bedeutung als Verkäufer denn als Kunde hat.

### *Mögliche Fragen:*

#### 1. Außenzölle der EU

Bitte gehen Sie auf die website der EU-Kommission und sehen Sie sich den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) an: <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:EN:HTML>  
Bitte schauen Sie sich die Artikel 29 – 32 AEUV an. Kann man sagen, dass sie eindeutige Aussagen zugunsten von Freihandel machen?

#### 2. Quantitative Beschränkungen des Intra-EU-Handels, d. h. des Handels zwischen den Mitgliedsländern

Bitte gehen Sie auf die website der EU-Kommission und sehen Sie sich den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:EN:HTML>

- a) Was ist der "Geist" der Artikel 34 – 35 AEUV? Schließen sie quantitative Beschränkungen des Handels zwischen den Mitgliedstaaten aus?
- b) Was besagt Artikel 36 AEUV?

#### 3. Index der Durchschnittswerte

- a) Was ist der Zweck eines Durchschnittswerts? Wie wird er für ein einzelnes Gut berechnet? [Gehle (2003), S. 938]
- b) Wie wird ein Index der Durchschnittswerte in der Praxis berechnet? [Gehle (2003), S. 939]
- c) Wir schauen auf die folgende Tabelle mit Daten für den deutschen Warenexport. (Das Basisjahr ist 2005 dessen Werte deshalb auf 100 gesetzt sind.)

Der Index der Durchschnittswerte kann berechnet werden als Quotient zwischen dem Wertindex und dem Volumenindex. Bitte zeigen Sie dies am Beispiel des Januar 2011 sowohl für den Export als Ganzes („Insgesamt“) als auch für den Export von Nahrungsmitteln.

	Index des Exportwerts		Index of export volume		Index of export unit values	
Periode	Insgesamt	darunter: Nahrungsmittel	Insgesamt	darunter: Nahrungsmittel	Insgesamt	darunter: Nahrungsmittel
2011						
Jan	119,9	134,0	111,1	113,4	107,9	118,2
Feb	128,3	139,4	119,3	114,8	107,5	121,3
Mar	149,8	159,9	139,6	131,5	107,4	121,5
April	128,6	148,2	119,0	121,7	108,0	121,9
May	140,6	149,5	130,8	125,1	107,5	119,5
June	134,8	153,5	125,5	126,4	107,4	121,5
July	131,0	141,4	121,5	115,6	107,8	122,3
Aug	130,2	153,5	120,4	126,4	108,1	121,4
Sept	145,2	165,7	134,1	135,9	108,2	121,9
Oct	136,3	158,5	124,5	129,4	109,5	122,6
Nov	144,9	162,9	133,6	131,7	108,5	123,7
Dec	129,7	151,3	117,9	122,3	110,1	123,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Fachserie 7 Reihe 1, Dezember 2011.

#### 4. Handelsbeziehungen der EU 27

Bitte schreiben Sie die Daten des Außenhandels der EU 27-Länder in die folgende Tabelle. Bitte verwenden Sie Angaben für den Export von Waren (Werte, Mrd €). Entnehmen Sie die Daten der folgenden Publikation des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat):

Eurostat (2011): External and Intra-European Union Trade. A Statistical Yearbook. Data 1958 – 2010, pp 14, 20. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-GI-11-001/EN/KS-GI-11-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-GI-11-001/EN/KS-GI-11-001-EN.PDF)

Eurostat (2011a): External and Intra-European Union Trade. Monthly Statistics – Issue Number 12/2011, pp 32 n.

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/external\\_trade/documents/ExternalMonthlyEUTrade\\_ENVol12-20111.pdf](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/external_trade/documents/ExternalMonthlyEUTrade_ENVol12-20111.pdf)

an von	EU	USA	Japan	übrige Welt	Welt	Welt ohne Intra-EU
EU						
USA						
Japan						
übrige Welt						
Welt	2.416,2*)	1.136,1				
----- Welt ohne Intra-EU	-----				-----	-----

b) Interpretieren Sie:

- b<sub>1</sub> die Zahlen der Zeile EU;
- b<sub>2</sub> die Zahlen der Spalte EU.

c) Ermitteln Sie Kennziffern für die Abhängigkeit der EU von ihren Exportmärkten.

Fall 1: Interpretieren Sie die EU als Bund einzelner Staaten

Fall 2: Interpretieren Sie die EU als Bundesstaat

d) Vergleichen Sie die in c) ermittelten Kennziffern mit entsprechenden Indikatoren für die Abhängigkeit anderer Exportländer vom Absatzmarkt EU.

# TRENDS IN WORLD TRADE EXPORTS

Year	Main countries in 2010 sorted on the basis of their total trade (exports + imports)												
	World (1)	EU (2)	United States	China	Japan	South Korea	Canada	Hong Kong	Singapore	Mexico	Russia (3)	India	Australia
Value (Bn ECU/Euro) <sup>(*)</sup>													
1958	84.2	15.3	17.8	:	2.8	0.0	5.3	0.1	:	0.7	:	1.2	1.6
1960	78.5	19.2	20.5	:	3.9	0.0	5.8	0.7	0.2	0.8	0.1	1.3	2.0
1970	200.8	44.8	43.2	:	18.9	0.8	16.7	2.5	1.8	1.3	:	2.0	4.8
1986	1,916.0	341.9	214.6	31.8	205.9	34.1	87.2	34.7	21.9	18.1	43.7	9.2	21.7
1987	1,901.5	339.3	212.3	34.1	190.2	39.8	81.0	40.3	23.6	17.8	40.5	9.3	21.8
1988	2,077.1	362.9	273.1	40.4	224.2	52.3	102.5	53.6	33.4	17.3	41.5	11.1	28.1
1989	2,336.6	413.3	320.0	48.0	235.4	53.8	108.8	64.0	39.4	20.9	45.6	14.4	32.6
1990	2,294.0	415.4	299.6	49.0	213.9	52.3	98.8	61.9	40.0	21.3	36.0	13.9	29.6
1991	2,387.5	423.5	329.8	57.8	239.5	57.1	101.1	76.6	46.1	34.4	35.8	14.3	32.4
1992	2,440.9	436.1	332.9	65.4	245.6	57.8	102.2	88.9	46.9	35.6	30.7	14.7	31.3
1993	2,942.8	482.8	384.0	77.1	290.9	71.3	112.3	112.3	60.8	44.2	37.4	17.7	34.8
1994	3,144.2	537.1	416.5	99.7	312.3	82.9	134.9	124.3	78.2	61.2	52.9	20.1	39.2
1995	2,786.5	573.3	431.4	111.5	316.7	97.4	144.5	129.3	86.7	60.8	59.0	23.2	39.7
1996	3,013.5	626.3	476.2	116.8	303.7	105.3	156.8	139.0	94.8	75.6	65.8	25.2	45.4
1997	3,582.7	721.1	588.4	158.3	347.3	123.0	186.9	181.7	105.6	97.3	74.8	30.2	53.0
1998	3,455.9	733.4	590.9	180.5	323.3	113.9	187.9	151.3	93.8	104.8	83.8	29.7	47.6
1999	3,793.4	780.2	630.4	179.2	366.3	129.1	222.0	159.3	102.4	127.9	87.7	33.4	50.3
2000	5,102.4	942.0	811.7	284.8	479.8	176.1	297.7	213.9	140.8	180.1	111.3	45.8	65.4
2001	5,035.0	985.8	795.9	292.2	423.5	161.5	291.1	207.2	129.0	177.2	91.9	50.0	67.7
2002	4,976.8	997.3	713.6	337.5	412.9	184.6	266.1	207.1	125.8	170.3	112.9	52.8	69.2
2003	4,828.4	979.6	624.4	379.6	389.6	168.2	239.3	193.2	135.4	145.6	115.5	53.5	60.6
2004	5,070.0	989.3	636.0	466.1	421.1	196.1	253.3	203.6	153.0	160.8	132.2	60.1	69.9
2005	5,895.4	1,071.4	709.1	599.5	443.0	219.8	289.9	227.5	177.2	172.0	191.2	78.2	81.1
2006	6,779.2	1,183.9	804.8	752.8	478.3	247.9	307.1	246.1	208.4	198.0	230.9	98.2	93.0
2007	7,129.2	1,240.8	829.4	872.0	498.8	261.6	306.1	246.7	211.7	198.3	256.6	110.1	99.6
2008	7,862.8	1,309.9	866.7	953.9	500.4	279.1	309.4	242.0	223.6	187.8	311.9	119.8	121.5
2009	6,393.8	1,097.2	744.5	847.1	390.2	253.8	226.0	223.4	187.4	164.6	203.8	117.5	109.5
2010	8,439.2	1,349.2	944.0	1,188.3	541.1	340.8	291.1	287.9	256.1	224.9	280.5	166.6	153.8

Share (%)													
1958	100.0	23.9	27.8	:	4.3	0.0	8.2	0.2	:	1.1	:	1.9	2.6
1960	100.0	24.5	26.1	:	5.0	0.0	7.4	0.9	0.2	1.0	0.2	1.7	2.6
1970	100.0	22.3	21.5	:	9.4	0.4	8.3	1.2	0.8	0.7	:	1.0	2.4
1986	100.0	17.9	11.2	1.7	10.7	1.8	4.6	1.8	1.1	0.8	2.3	0.5	1.1
1987	100.0	17.8	11.2	1.8	10.0	2.1	4.3	2.1	1.2	0.9	2.1	0.5	1.1
1988	100.0	17.5	13.1	1.9	10.8	2.5	4.9	2.6	1.6	0.8	2.0	0.5	1.4
1989	100.0	17.7	13.7	2.1	10.1	2.3	4.7	2.7	1.7	0.9	1.9	0.6	1.4
1990	100.0	18.3	13.2	2.2	9.4	2.3	4.4	2.7	1.8	0.9	1.8	0.6	1.3
1991	100.0	17.7	13.8	2.4	10.0	2.4	4.2	3.2	1.9	1.4	1.5	0.6	1.4
1992	100.0	17.9	13.6	2.7	10.1	2.4	4.2	3.6	1.9	1.6	1.3	0.6	1.3
1993	100.0	17.0	13.5	2.7	10.2	2.5	4.2	3.9	2.1	1.6	1.3	0.6	1.2
1994	100.0	17.1	13.2	3.2	9.9	2.6	4.3	4.0	2.5	1.6	1.7	0.6	1.2
1995	100.0	20.7	15.6	4.0	11.4	3.5	5.2	4.7	3.1	2.2	2.1	0.8	1.4
1996	100.0	20.9	15.8	3.9	10.1	3.5	5.2	4.8	3.1	2.5	2.2	0.8	1.5
1997	100.0	20.2	16.5	4.4	9.7	3.5	5.2	4.5	3.0	2.7	2.1	0.8	1.6
1998	100.0	21.2	17.1	4.6	9.4	3.3	5.4	4.4	2.7	3.0	1.9	0.9	1.4
1999	100.0	20.0	16.8	4.7	9.7	3.4	5.9	4.2	2.7	3.4	1.8	0.9	1.3
2000	100.0	18.5	16.9	5.2	9.4	3.5	5.8	4.2	2.8	3.6	2.2	0.9	1.3
2001	100.0	19.6	15.8	5.8	8.4	3.2	5.8	4.1	2.6	3.5	1.8	1.0	1.3
2002	100.0	20.0	14.3	6.8	8.3	3.3	5.3	4.2	2.5	3.4	2.3	1.1	1.3
2003	100.0	20.3	12.9	7.9	8.1	3.5	5.0	4.0	2.8	3.0	2.4	1.1	1.3
2004	100.0	19.1	12.6	9.2	8.3	3.9	5.0	4.0	3.0	3.0	2.6	1.2	1.3
2005	100.0	18.2	12.0	10.2	7.5	3.7	4.9	3.9	3.0	2.9	3.2	1.3	1.4
2006	100.0	17.5	11.9	11.1	7.1	3.7	4.5	3.6	3.1	2.9	3.4	1.4	1.4
2007	100.0	17.4	11.6	12.2	6.9	3.7	4.3	3.5	3.0	2.8	3.6	1.5	1.4
2008	100.0	16.7	11.0	12.1	6.4	3.5	3.9	3.1	2.8	2.5	4.0	1.5	1.5
2009	100.0	17.2	11.6	13.2	6.1	4.0	3.5	3.5	2.9	2.6	3.2	1.8	1.7
2010	100.0	16.0	11.2	13.8	6.4	4.0	3.4	3.4	3.0	2.7	3.3	2.0	1.8

TET00016

Source : IMF, EUROSTAT-COMEXT (EU)

(\*) From 1958 to 1970 included, the convention is 1 ECU = 1 US\$.

(1) World trade is the sum of EU (evolutive) trade with extra-EU countries and extra-EU trade with the world.

(2) Evolutive EU trade with extra-evolutive EU countries

Evolutive EU is : EU6 (1958-1972), EU9 (1973-1980), EU10 (1981-1985), EU12 (1986-1994), EU15 (1995-2003), EU25 (2004-2006), EU27 (2007-...)

(3) Relates to the external trade of the USSR until 1991 and from 1992 to the external trade of Russia.



# SHARE OF TRADE WITH THE EUROPEAN UNION, THE UNITED STATES, JAPAN AND CHINA

## EXPORTS

Value (Mio ECU/Euro)

Year	Main countries in 2010 sorted on the basis of their exports to EU											
	World (1)	EU (2)	China	United States	Russia	Switzerland	Norway	Japan	South Korea	Turkey	Hong Kong	Brazil
<b>Exports to EU</b>												
2001	899,480		46,797	177,987	35,703	66,030	49,697	72,028	21,978	17,997	30,856	17,312
2002	871,997		51,000	162,346	39,574	67,681	48,285	64,793	22,976	19,519	28,070	15,984
2003	885,414		63,855	133,364	40,843	55,461	45,862	63,908	22,045	21,648	26,250	16,035
2004	900,580		86,233	138,962	71,008	59,146	52,289	71,787	30,464	27,655	29,174	19,459
2005	1,084,886		115,627	149,914	107,494	66,665	67,488	69,760	35,185	30,868	33,823	21,342
2006	1,236,358		144,491	169,958	135,710	71,834	79,927	74,465	38,525	34,931	35,111	24,181
2007	1,318,044		178,146	180,887	143,349	77,816	80,209	77,165	40,931	44,062	34,083	29,435
2008	1,469,397		199,331	187,170	179,218	82,940	97,299	75,093	39,817	43,102	33,779	31,588
2009	1,093,485		169,666	159,671	93,856	74,177	85,299	51,910	33,440	33,663	28,536	24,133
2010	1,389,124		234,954	181,481	138,589	93,001	80,098	65,705	40,390	39,745	32,984	32,569
<b>Exports to the United States</b>												
2001	1,195,146	239,042	60,734		6,897	10,630	5,191	137,000	35,012	3,497	47,358	16,065
2002	1,162,088	242,122	74,081		6,891	11,105	5,537	127,060	34,832	3,565	45,337	16,428
2003	1,050,497	221,014	81,689		5,378	10,035	4,992	103,769	30,383	3,322	38,934	14,941
2004	1,120,180	234,615	100,615		6,718	10,047	5,071	103,389	34,560	3,891	35,344	16,363
2005	1,271,599	251,531	131,298		6,008	11,431	5,510	109,318	33,357	3,973	37,390	18,260
2006	1,395,553	268,159	161,624		7,071	12,978	5,574	116,549	34,381	4,048	37,985	19,588
2007	1,357,600	269,178	170,205		6,082	12,211	6,125	108,269	33,492	3,078	34,537	18,468
2008	1,361,136	260,124	171,870		9,448	13,074	5,045	94,460	31,616	2,960	31,473	18,867
2009	1,048,099	205,639	158,721		5,478	12,435	4,137	68,366	27,103	2,468	26,453	11,334
2010	1,355,101	242,320	213,984		8,997	15,885	4,919	90,883	37,710	2,867	32,301	14,884
<b>Exports to Japan</b>												
2001	338,433	44,822	50,331	64,356	2,722	3,662	987		18,429	139	12,661	2,218
2002	310,614	42,688	51,283	64,389	1,892	3,530	1,048		18,011	137	11,362	2,218
2003	294,700	40,209	52,631	48,026	2,128	3,555	880		15,272	138	10,686	2,043
2004	318,580	43,375	59,100	43,733	2,790	3,708	822		17,448	153	11,105	2,225
2005	361,778	43,672	67,567	44,536	3,028	3,806	821		19,313	188	12,285	2,764
2006	404,314	44,668	72,635	47,341	3,721	4,275	947		21,059	209	12,287	3,062
2007	399,793	43,622	74,537	45,741	5,521	4,067	959		19,248	180	11,109	3,164
2008	451,685	42,267	78,988	45,267	7,190	4,457	981		19,209	225	10,576	4,167
2009	342,704	38,034	70,293	38,693	5,027	4,734	912		15,809	167	10,085	3,088
2010	458,798	43,844	90,718	45,671	9,424	5,250	1,189		21,254	205	12,434	5,389
<b>Exports to China</b>												
2001	241,137	30,088		21,476	4,489	1,105	744	34,555	20,310	223	78,284	2,124
2002	275,493	34,232		23,317	7,180	1,396	967	42,249	25,116	284	83,259	2,865
2003	313,634	40,365		25,122	7,215	1,614	756	60,813	31,038	446	84,404	4,007
2004	367,627	48,189		27,913	8,065	1,993	733	69,424	40,006	315	91,792	4,373
2005	437,794	51,603		33,628	10,489	2,239	734	84,307	49,767	442	104,721	5,493
2006	528,280	63,558		43,829	12,488	2,801	1,388	73,642	55,126	560	118,137	6,869
2007	580,617	71,785		47,619	11,601	3,296	1,175	79,779	59,843	759	122,472	7,846
2008	631,232	78,417		48,664	14,311	3,852	1,290	84,967	62,136	977	119,704	11,162
2009	612,600	82,416		49,862	11,539	3,643	1,748	78,601	62,162	1,147	118,884	13,477
2010	889,932	113,272		69,306	14,923	5,735	1,888	112,866	88,133	1,712	165,212	23,222

Source: IMF, EUROSTAT-COMEXT (EU)

JET00037 (EU27)

(1) World trade = EU trade with third countries (extra-EU countries) + third countries trade with the World.

(2) Evolutive EU trade with extra-evolutive EU countries. Evolutive EU is: EU15 (1996-2003), EU25 (2004-2006), EU27 (2007-...).

# INTRA - EU27 TRADE BY MEMBER STATE<sup>(1)</sup>

	DISPATCHES				ARRIVALS				TRADE BALANCE		
	2010		2011 Jan-Sep	2011 Sep	2010		2011 Jan-Sep	2011 Sep	2010	2011 Jan-Sep	2011 Sep
	% share	Value			% share	Value					
	Value (Bn euro)										
EU27	100.00	2,534.01	2,095.90	248.88	100.00	2,458.56	2,022.90	236.81			
Belgium	8.89	225.16	187.01	21.19	8.86	205.54	169.88	19.48	19.62	17.14	1.70
Bulgaria	0.37	9.47	9.15	1.04	0.46	11.26	9.36	1.07	-1.79	-0.21	-0.03
Czech Republic	3.33	84.28	72.52	8.41	2.91	71.55	60.41	7.08	12.71	12.11	1.33
Denmark	1.91	48.40	40.27	4.81	1.84	45.19	37.25	4.56	3.21	3.02	0.25
Germany	22.53	570.92	472.30	58.58	20.48	502.93	428.47	50.10	67.98	45.83	6.48
Estonia	0.24	6.00	6.01	0.72	0.30	7.38	7.37	0.92	-1.38	-1.36	-0.20
Ireland	2.00	51.04	39.90	4.82	1.25	30.82	24.26	2.50	20.42	15.65	2.32
Greece	0.40	10.17	8.18	0.93	1.00	24.49	17.03	2.08	-14.32	-8.85	-1.15
Spain	4.98	126.83	100.42	11.43	5.56	138.58	108.41	12.42	-10.95	-5.99	-0.99
France	9.49	240.40	196.85	23.22	12.77	314.04	269.12	30.12	-73.63	-81.27	-8.69
Italy	7.63	193.46	168.78	19.17	8.19	201.36	161.72	19.18	-7.91	-2.94	-0.01
Cyprus	0.03	0.70	0.65	0.07	0.18	4.53	3.22	0.32	-3.82	-2.67	-0.25
Latvia	0.19	4.83	4.56	0.57	0.27	6.71	6.27	0.81	-1.67	-1.71	-0.24
Lithuania	0.38	9.54	9.07	1.15	0.41	9.99	9.35	1.13	-0.45	-0.28	0.03
Luxembourg	0.49	12.49	9.40	1.10	0.62	15.23	12.37	1.25	-2.74	-2.97	-0.15
Hungary	2.19	55.59	45.85	5.42	1.83	45.01	38.23	4.57	10.58	7.62	0.85
Malta	0.03	0.79	0.74	0.11	0.08	2.02	1.80	0.23	-1.22	-1.06	-0.12
Netherlands	13.20	334.43	275.17	31.79	7.38	181.44	160.31	17.44	152.99	124.87	14.38
Austria	3.24	82.00	67.75	8.38	3.78	92.93	78.93	9.74	-10.92	-11.18	-1.38
Poland	3.78	95.31	78.52	8.94	3.87	95.06	78.89	8.28	0.25	1.63	0.68
Portugal	1.09	27.57	23.44	2.73	1.78	43.20	31.78	3.65	-15.63	-8.34	-0.81
Romania	1.08	28.95	23.90	3.02	1.38	33.99	28.89	3.52	-7.04	-5.09	-0.50
Slovenia	0.62	15.66	13.35	1.60	0.63	15.40	12.77	1.55	0.25	0.58	0.05
Slovakia	1.62	41.07	35.46	4.20	1.44	35.34	29.84	3.44	5.74	5.82	0.75
Finland	1.13	28.96	23.98	2.83	1.35	33.30	27.23	3.06	-4.34	-3.25	-0.22
Sweden	2.70	68.39	67.09	8.92	3.06	75.20	63.95	7.50	-6.82	-8.88	-0.68
United Kingdom	6.50	164.82	135.99	15.73	8.88	218.30	173.01	20.91	-53.48	-37.32	-5.19
	Variation of share 10/09 (%)	annual variation (%) (*)			Variation of share 10/09 (%)	annual variation (%) (*)			absolute annual variation (*)		
EU27		15.35	12.80	7.87		15.52	12.69	8.35			
Belgium	-0.27	11.89	12.25	2.85	-0.07	14.83	12.90	6.93	-2.30	0.99	-0.72
Bulgaria	0.02	24.67	33.02	20.51	-0.02	11.24	17.76	8.83	0.73	0.85	0.09
Czech Republic	0.21	22.75	18.47	5.82	0.15	21.71	18.67	3.32	2.65	2.67	0.22
Denmark	-0.15	6.66	12.95	8.82	-0.10	9.47	13.42	11.66	-0.89	0.17	-0.17
Germany	-0.28	14.02	12.99	10.79	0.32	17.26	16.00	13.78	-3.82	-5.64	-0.68
Estonia	0.03	33.05	43.21	21.95	0.03	26.23	41.08	28.75	-0.05	-0.34	-0.08
Ireland	-0.31	0.36	3.96	8.45	-0.13	3.96	9.80	-7.28	-0.99	-0.65	0.67
Greece	-0.02	9.38	12.14	20.85	-0.32	-12.88	-8.83	-1.16	4.49	2.13	0.19
Spain	-0.22	10.38	9.94	3.05	-0.60	4.21	5.76	-4.87	6.30	3.28	-0.24
France	-0.39	10.80	10.35	9.24	-0.31	12.93	12.42	11.25	-12.28	-10.08	-1.09
Italy	-0.02	15.10	11.46	5.17	0.17	17.84	10.35	3.32	-5.12	1.15	0.32
Cyprus	0.00	16.11	30.33	10.91	-0.01	11.61	-2.23	-12.03	-0.38	0.22	0.05
Latvia	0.02	29.42	31.54	19.35	0.02	28.47	33.28	24.90	-0.31	-0.48	-0.08
Lithuania	0.03	25.84	34.11	34.28	0.05	28.81	32.77	19.40	-0.28	-0.01	0.11
Luxembourg	-0.12	-8.46	1.73	-0.76	0.01	17.46	9.56	-3.39	-3.13	-0.92	0.03
Hungary	0.08	18.66	13.74	5.95	0.03	17.82	18.32	10.18	1.99	0.17	-0.12
Malta	0.00	7.13	22.78	60.95	-0.02	-8.81	28.27	54.02	0.19	-0.24	-0.05
Netherlands	0.83	21.07	13.03	7.50	0.06	18.42	12.91	15.13	32.60	14.54	-0.09
Austria	0.04	16.52	13.32	9.57	0.03	18.33	16.72	11.09	-1.42	-3.35	-0.25
Poland	0.21	22.32	11.48	1.08	0.22	22.26	10.59	-8.29	0.08	0.72	0.65
Portugal	0.00	15.40	15.59	9.28	-0.14	7.00	1.70	-4.35	0.85	2.82	0.39
Romania	0.09	24.82	21.97	19.05	0.04	19.43	17.87	12.11	-0.18	-0.10	0.09
Slovenia	0.03	20.44	16.74	4.40	0.00	14.30	13.82	8.07	0.73	0.36	-0.05
Slovakia	0.05	18.98	20.59	9.81	0.04	18.26	18.43	3.18	1.09	1.44	0.28
Finland	0.00	15.58	14.59	9.01	0.02	17.27	13.00	2.44	-1.01	-0.09	0.18
Sweden	0.21	24.99	15.82	8.82	0.32	28.78	18.44	6.86	-3.14	-2.25	-0.03
United Kingdom	0.15	18.17	12.03	10.91	0.27	19.17	7.48	7.48	-9.78	2.55	0.09

(1) Since the introduction of Intrastat the value of dispatches has been consistently higher than the value of arrivals. In theory, as dispatches are declared FOB and arrivals CIF, the value of arrivals should be about 1% higher than dispatches. Eurostat believes that dispatches are the more reliable measure as arrivals are considered to be underestimated.

(\*) in percentage points, variation compared to the same period of the previous year.

# (EXTRA + INTRA - EU27) WORLD TRADE BY MEMBER STATE<sup>(1)</sup>

	EXPORTS/DISPATCHES				IMPORTS/ARRIVALS				TRADE BALANCE		
	2010		2011 Jan-Sep	2011 Sep	2010		2011 Jan-Sep	2011 Sep	2010	2011 Jan-Sep	2011 Sep
	% share	Value			% share	Value					
	Value (Bn euro)										
All Member States	100.00	3,883.17	3,222.48	378.47	100.00	3,967.63	3,281.27	378.94	-84.46	-58.79	-0.46
Belgium	7.94	308.32	257.64	26.81	7.48	295.55	249.47	27.74	11.67	8.37	1.07
Bulgaria	0.40	15.56	14.65	1.69	0.49	19.25	16.42	1.98	-3.68	-1.58	-0.29
Czech Republic	2.58	100.31	86.68	10.29	2.41	95.54	81.33	9.44	4.77	5.55	0.65
Denmark	1.89	73.48	61.14	7.23	1.61	64.07	52.66	6.35	9.41	8.48	0.88
Germany	24.46	949.63	789.95	94.82	20.05	795.67	672.02	77.50	163.96	117.93	17.32
Estonia	0.23	8.75	8.98	1.09	0.23	9.26	9.46	1.10	-0.60	-0.47	-0.00
Ireland	2.25	87.88	68.32	8.05	1.14	45.47	35.59	3.52	42.41	32.72	4.53
Greece	0.42	16.28	15.90	1.92	1.21	48.06	29.11	3.21	-31.78	-13.20	-1.29
Spain	4.78	185.74	154.69	17.59	5.99	237.68	191.10	22.51	-51.94	-36.41	-4.91
France	10.17	394.66	317.87	36.99	11.59	459.87	383.06	44.14	-65.01	-65.19	-7.16
Italy	8.69	337.41	280.32	33.04	9.26	367.39	305.61	34.88	-29.98	-25.29	-1.84
Cyprus	0.03	1.06	0.96	0.11	0.16	6.46	4.66	0.46	-5.41	-3.70	-0.35
Latvia	0.19	7.19	6.62	0.87	0.22	8.82	8.20	1.02	-1.63	-1.38	-0.15
Lithuania	0.40	15.65	14.67	1.86	0.44	17.65	16.73	1.98	-2.00	-1.66	-0.13
Luxembourg	0.38	14.90	11.63	1.39	0.48	18.93	14.77	1.57	-4.03	-3.14	-0.18
Hungary	1.85	72.02	60.05	7.13	1.68	66.51	54.60	6.37	5.51	5.46	0.75
Malta	0.05	1.90	1.99	0.22	0.08	3.15	2.77	0.29	-1.25	-0.78	-0.07
Netherlands	11.16	433.17	354.03	40.95	9.82	389.54	321.34	37.11	43.63	32.69	3.86
Austria	2.96	115.08	95.62	11.77	3.02	119.94	102.22	12.56	-4.86	-6.60	-0.79
Poland	3.10	120.48	100.73	11.62	3.39	134.31	110.53	12.10	-13.82	-9.80	-0.48
Portugal	0.95	36.76	31.38	3.76	1.44	57.05	43.81	5.08	-20.29	-12.43	-1.32
Romania	0.96	37.34	33.45	4.17	1.18	46.86	40.35	4.91	-9.53	-6.90	-0.74
Slovenia	0.56	22.03	18.72	2.27	0.56	22.70	18.92	2.28	-0.67	-0.20	-0.01
Slovakia	1.25	48.71	41.75	5.05	1.24	49.08	40.87	4.73	-0.37	0.88	0.32
Finland	1.36	52.91	42.83	4.94	1.31	51.89	44.27	4.85	1.02	-1.44	0.09
Sweden	3.08	119.74	101.34	12.05	2.83	112.27	93.96	10.87	7.47	7.38	1.18
United Kingdom	7.88	306.02	249.54	28.76	10.68	423.57	337.44	40.39	-117.55	-87.69	-11.63
	Variation of share 10/09 (%)	annual variation (%) (*)			Variation of share 10/09 (%)	annual variation (%) (*)			absolute annual variation (*)		
All Member States		17.89	13.46	8.39		18.97	13.20	7.42	-43.38	-0.50	3.11
Belgium	-0.11	16.27	12.69	2.89	-0.09	17.56	14.62	5.14	-1.17	-2.80	-0.55
Bulgaria	0.04	33.00	31.98	18.08	-0.02	14.03	20.57	21.52	1.49	0.79	-0.10
Czech Republic	0.12	23.66	19.52	8.20	0.16	26.85	18.08	3.91	-0.90	1.73	0.42
Denmark	-0.15	9.40	12.50	6.39	-0.17	8.22	11.98	10.02	1.44	1.16	-0.15
Germany	0.07	18.25	13.55	10.55	0.14	19.80	15.39	11.75	15.09	4.61	0.89
Estonia	0.03	34.65	47.22	29.52	0.01	27.24	44.10	29.06	0.28	-0.02	0.00
Ireland	-0.27	5.72	4.21	3.46	-0.21	1.13	5.26	-9.94	4.25	0.98	0.65
Greece	-0.03	10.93	42.39	66.69	-0.28	-3.49	-19.56	-22.95	3.34	11.61	1.72
Spain	-0.17	13.95	14.47	10.23	-0.31	13.06	9.82	9.72	-4.72	2.45	-0.37
France	-0.36	13.60	9.19	7.60	-0.47	14.36	13.27	9.47	-10.47	-18.13	-1.21
Italy	-0.17	15.65	13.72	10.09	0.34	23.44	14.25	3.60	-24.11	-4.29	1.61
Cyprus	0.00	17.33	26.61	4.52	-0.01	15.06	-0.42	-13.34	-0.70	0.22	0.07
Latvia	0.02	30.21	32.82	22.03	0.01	25.37	32.14	21.02	-0.12	-0.31	-0.02
Lithuania	0.04	32.66	35.08	29.19	0.05	34.52	33.91	19.72	-0.68	-0.38	0.09
Luxembourg	-0.08	-2.63	6.62	2.96	-0.06	4.22	6.72	-1.17	-1.17	-0.21	0.05
Hungary	0.04	21.02	15.01	7.31	0.01	19.30	13.09	3.98	1.74	1.51	0.24
Malta	0.00	18.35	45.65	42.42	-0.01	6.24	18.83	2.56	0.10	0.18	0.05
Netherlands	0.32	21.34	12.13	5.88	0.30	22.60	13.11	11.51	4.38	1.05	-1.56
Austria	-0.02	17.17	14.05	11.09	-0.06	16.93	17.01	11.73	-0.51	-3.08	-0.15
Poland	0.13	23.11	13.33	3.58	0.18	25.33	12.86	-0.95	-4.54	-0.75	0.51
Portugal	-0.01	15.98	16.07	13.35	-0.10	11.04	5.10	4.01	-0.61	2.21	0.24
Romania	0.08	28.37	24.33	18.28	0.01	20.32	19.11	12.58	0.33	0.07	0.09
Slovenia	0.00	17.36	16.62	7.75	0.00	19.44	15.70	7.12	-0.44	0.10	0.01
Slovakia	0.03	21.13	19.68	11.38	0.04	23.01	17.02	2.68	-0.69	0.97	0.39
Finland	-0.01	17.41	15.00	3.22	0.00	18.87	18.00	-1.51	-0.40	-1.17	0.22
Sweden	0.23	27.70	17.53	7.40	0.25	30.62	15.50	5.15	-0.35	2.60	0.29
United Kingdom	0.20	20.96	11.52	6.00	0.30	22.36	8.90	6.00	-24.37	-1.82	-0.66

(1) Since the introduction of intrastat the value of dispatches has been consistently higher than the value of arrivals. In theory, as dispatches are declared FOB and arrivals CIF, the value of arrivals should be about 1% higher than dispatches. Eurostat believes that dispatches are the more reliable measure as arrivals are considered to be underestimated.

(\*) In percentage points, variation compared to the same period of the previous year.

## 5. Warenhandel zwischen der EU und den Beitrittskandidaten im Jahr 2002

Wir betrachten die nachstehende Tabelle "Warenhandel ..." auf Grundlage der folgenden Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Union (eurostat), External and intra-European Union trade. Monthly statistics – No 2/2004, S. 96 f., 185 ff.

- Vergleichen Sie die wertmäßigen Importe der EU aus den drei Kandidaten-Ländern mit den entsprechenden wertmäßigen Exporten der drei Länder in die EU.
- Vergleichen Sie die wertmäßigen Exporte der EU in die drei Länder mit den Importen der drei Länder aus der EU.
- Vergleichen Sie die Handelsbilanzsalden der EU gegenüber den drei Ländern mit den von diesen Ländern ausgewiesenen Salden gegenüber der EU.
- Kommentieren Sie die Tabelle aus ökonomischer Sicht.

	Mrd. Euro	Anteil in %	Mrd. Euro	Anteil in %	Mrd. Euro
EU					
Warenhandel					
insgesamt <sup>1)</sup>	997,2	100	989,3	100	8,1
darunter:					
mit Bulgarien	4,2	0,4	3,6	0,4	0,6
mit Rumänien	11,5	1,1	10,4	1,1	1,1
mit der Türkei	24,3	2,4	22,0	2,2	2,3
Bulgarien					
Warenhandel					
insgesamt	5,6	100	8,1	100	-2,3
darunter:					
Mit der EU	3,4	60,7	4,2	52,4	-0,9
Rumänien					
Warenhandel					
insgesamt	14,7	100	18,8	100	-4,1
darunter:					
mit der EU	9,9	67,3	11,0	58,8	-1,2
Türkei					
Warenhandel					
Insgesamt	35,4	100	52,5	100	-17,1
darunter:					
mit der EU	19,4	54,7	24,5	46,7	-5,1

## KAPITEL 2.

# AUßENWIRTSCHAFTSRECHNUNG DES EURO-GEBIETS UND AUSGEWÄHLTER EUROPÄISCHER STAATEN

Die Außenwirtschaftsrechnung bildet einen Teil des Volkswirtschaftlichen Rechnungswesens. Damit obliegen ihr sogenannte Ex-Post-Analysen, d.h. sie berichtet (im nachhinein, eben: ex post) über die tatsächliche ökonomische Verflechtung mit dem Ausland. Hierzu erfasst die Außenwirtschaftsrechnung zum einen die Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern; dies ist die Aufgabe der Zahlungsbilanzstatistik, die im folgenden Abschnitt 2.1 dargestellt wird. Soweit aus den Transaktionen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern entstehen, werden sie zum anderen durch die Auslandsvermögensrechnung erfasst. Die Auslandsvermögensrechnung berücksichtigt darüber hinaus Bewertungsänderungen der Auslandsaktiva und -passiva. Wir stellen sie in Abschnitt 2.2 kurz dar.

### **2.1 Außenwirtschaftliche Transaktionen: Zahlungsbilanz**

Die Zahlungsbilanz ist das Ergebnis der Zahlungsbilanzstatistik. Sie lässt sich in Konten-, Tabellen- oder Staffelform darstellen. Während die beiden letztgenannten Varianten in der offiziellen Berichterstattung dominieren, kommt die Kontendarstellung dem buchhalterischen Denken näher und ist anschaulicher. Die späteren modelltheoretischen Analysen formulieren die Zahlungsbilanz in Form von Gleichungen.

#### **2.1.1 Grundlagen**

##### *(1) Inhalt*

Die Zahlungsbilanz stellt eine kombinierte Strom- und Bestandsänderungsrechnung dar, in der sich alle ökonomischen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern innerhalb einer Periode niederschlagen. Zu den Inländern zählen dabei die natürlichen Personen mit ständigem Wohnsitz im Inland sowie alle anderen Wirtschaftssubjekte, soweit der Schwerpunkt ihrer ökonomischen Aktivität im Inland liegt. Die ökonomischen

Transaktionen umfassen zunächst die entgeltlichen oder unentgeltlichen Gütertransaktionen, also die Überlassung von Waren sowie die Erbringung von Dienst- oder Faktorleistungen. Hinzu kommen die entgeltlichen oder unentgeltlichen Forderungstransaktionen, wobei der Terminus „Forderung“ hier nicht nur Forderungen im betriebswirtschaftlichen Sinn umfasst (Ausdruck der Position eines Fremdkapitalgebers). Vielmehr ist er im Sinne von Ansprüchen zu interpretieren, d.h. er bezeichnet wirtschaftliche Anrechte von Inländern auf ausländisches Vermögen; vgl. Jarchow/Rühmann (2000), S. 7. Hierzu gehören z.B. auch die Ansprüche eines Eigenkapitalgebers aus seiner Beteiligung an einer ausländischen Aktiengesellschaft oder die Ansprüche des Eigentümers einer Auslandsimmobilie; die Literatur spricht deshalb auch von Vermögenstransaktionen oder von der Überlassung von Vermögenstiteln.

## *(2) Kritik des Begriffs „Zahlungsbilanz“*

Der Begriff Zahlungsbilanz ist in zweierlei Hinsicht irreführend. Erstens handelt es sich nicht um eine Bilanz im Sinne einer auf einen Zeitpunkt bezogenen Bestandsrechnung, sondern, wie erwähnt, um eine zusammen-gefasste Strom- und Bestandsänderungsrechnung, also um eine zeitraumbezogene Aufstellung. Zweitens werden nicht nur Transaktionen erfasst, die mit Zahlungen verbunden sind, sondern alle Transaktionen (z. B. die Schenkung einer Auslandsimmobilie durch „den reichen Onkel in Amerika“).

## *(3) Darstellungsformen und Verbuchung*

Abbildung 2.1.1 (3a) zeigt die Zahlungsbilanz in Kontenform. Transaktionen, die zu Zahlungseingängen führen, werden auf der linken Seite (Soll- oder Creditseite) erfasst. Dies gilt auch für Transaktionen ohne Zahlung, sofern sie im Fall, dass sie mit einer Zahlung verbunden wären, zu einer Einzahlung führen würden; als Beispiel mag die unentgeltliche Lieferung eines Krankenwagens in ein Katastrophengebiet dienen. Analog zeichnet die Bilanz Transaktionen, die zu einem Zahlungsausgang führen, auf der rechten Seite auf; sie wird auch als Haben- oder Debetseite bezeichnet.

Die soeben genannte Verbuchungsregel gilt allerdings uneingeschränkt nur für Transaktionen im Bereich der Leistungsbilanz, d.h. im oberen Bereich des Kontos. Er ist in der Zeile A. zusammen gefasst. Für die Transaktionen des Vermögensverkehrs ist diese Regel zu modifizieren, wie wir uns im folgenden Abschnitt 2.1.2, Punkt (3), klar machen wollen.

**Abbildung 2.1.1 (3a): Zahlungsbilanz in Kontenform**

Name	Zahlungseingänge aus:	Zahlungsausgänge für:	Saldo	Kumulierter Saldo
Handelsbilanz	Export von Waren (EX <sub>W</sub> )	Import von Waren (IM <sub>W</sub> )	HB	AB <sub>IP</sub>  AB  LB
Dienstleistungsbilanz	Export von Dienstleistungen (EX <sub>DL</sub> )	Import von Dienstleistungen (IM <sub>DL</sub> )	DLB	
Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	Export von Faktorleistungen (EX <sub>F</sub> )	Import von Faktorleistungen (IM <sub>F</sub> )	EVb	
Bilanz der laufenden Übertragungen	empfangene laufende Übertragungen (LÜ <sub>E</sub> )	geleistete laufende Übertragungen (LÜ <sub>G</sub> )	LÜB	
<b>A. Leistungsbilanz</b>	Einnahmen aus Leistungen	Ausgaben für Leistungen	LB	
<b>B. Bilanz der Vermögensübertragungen</b>	empfangene Vermögensübertragungen (VÜ <sub>E</sub> )	geleistete Vermögensübertragungen (VÜ <sub>G</sub> )	VÜB	FSA
<b>C. Kapitalbilanz</b>	transaktionsbedingte Änderungen von Verbindlichkeiten (KIM)	transaktionsbedingte Änderungen von Forderungen (KEX)	KB	GB
<b>D. Devisenbilanz</b>		transaktionsbedingte Änderungen der Währungsreserven (ΔWR <sup>trans</sup> )	DB	0

Abkürzungen: AB = Außenbeitrag; IP = Inlandsprodukt; FSA = Finanzierungssaldo; GB = Saldo der Gesamtbilanz. Die übrigen Abkürzungen sind im vorstehenden Text definiert.

Quelle: In Anlehnung an Willms (1995), S.10; Dieckheuer (2001), S. 3.

Da jede Transaktion doppelt verbucht wird, einmal links und einmal rechts, sind beide Seiten der Bilanz gleich „lang“. Die Zahlungsbilanz als Ganzes ist deshalb stets ausgeglichen: einen (von Null verschiedenen) „Zahlungsbilanzsaldo“ kann es also nicht geben.

Die Kontenform hat den Nachteil, dass nur Ergebnisse einer Periode erfasst werden. In der wirtschaftspolitischen Praxis wird die Zahlungsbilanz nicht in Kontenform dargestellt. Vielmehr verwendet man zum einen die Staffelform, die wir hier in den Abbildungen 2.1.1 (3b) und (3c) für die deutsche bzw. die französische Zahlungsbilanz und in (3d) für die Zahlungsbilanz des Euro-Gebiets wiedergeben. Zum anderen kommt in der Praxis die Tabellenform zum Einsatz, die wir hier in den Abbildungen 2.1.1 (3e) und (3f) für Deutschland bzw. für das Euro-Gebiet zeigen. Während in der Staffelform die Perioden in der Kopfzeile und die ökonomischen Positionen übereinander („gestaffelt“) in der Kopfspalte aufgeführt werden, ist es in der Tabellenform umgekehrt, d. h. die ökonomischen Positionen stehen in der Kopfzeile und die Perioden in der Kopfspalte.

Für Zwecke der theoretischen Analyse verwendet man die Gleichungsform. In all diesen Darstellungsweisen werden Transaktionen, die zu einem Zahlungseingang führen, mit positivem Vorzeichen erfasst. Analog erhalten Transaktionen, die zu einem Zahlungsausgang führen, ein negatives Vorzeichen

**Abbildung 2.1.1 (3b): Die deutsche Zahlungsbilanz in Staffelform**

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz			
Mrd €			
Position	2006	2007	2008
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
1. Außenhandel <sup>1)</sup>			
Ausfuhr (fob)	893,0	965,2	992,5
Einfuhr (cif)	734,0	769,9	814,0
Saldo	+ 159,0	+ 195,3	+ 178,5
Ergänzungen zum Außenhandel <sup>2)</sup>	- 13,1	- 9,8	- 12,5
2. Dienstleistungen (Saldo)	- 14,0	- 13,3	- 12,8
darunter:			
Reiseverkehr (Saldo)	- 32,8	- 34,3	- 34,8
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 46,1	+ 50,6	+ 44,7
darunter:			
Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 46,8	+ 50,2	+ 44,1
4. Laufende Übertragungen (Saldo)	- 27,1	- 31,6	- 33,1
Saldo der Leistungsbilanz	+ 150,9	+ 191,3	+ 164,9
<b>II. Saldo der Vermögensübertragungen <sup>3)</sup></b>	- 0,3	+ 0,1	- 0,1
<b>III. Kapitalbilanz <sup>4)</sup></b>			
1. Direktinvestitionen	- 55,9	- 90,0	- 89,8
2. Wertpapiere	- 12,3	+ 152,4	+ 43,9
3. Finanzderivate	- 6,2	- 85,9	- 25,6
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>5)</sup>	- 103,6	- 212,8	- 129,9
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) <sup>6)</sup>	+ 2,9	- 1,0	- 2,0
Saldo der Kapitalbilanz	- 175,0	- 237,3	- 203,4
<b>IV. Saldo der statistisch nicht aufliegbaren Transaktionen (Restposten)</b>	+ 24,3	+ 45,9	+ 38,6

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Netto-Kapitalexport. — Vgl. zum Kapitalverkehr im Einzelnen die Tabelle auf S. 27. — 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 6 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 24.



Abbildung 2.1.1 (3c,d): Die französische Zahlungsbilanz in Staffelform

BALANCE DES PAIEMENTS – ANNÉE 2008			
(en millions d'euros)			
	Crédits	Débits	Soldes
<b>I. COMPTE DE TRANSACTIONS COURANTES</b>	<b>719 512</b>	<b>763 526</b>	<b>- 44 014</b>
<b>I.1. Biens</b>	<b>410 633</b>	<b>469 720</b>	<b>- 59 087</b>
I.1.1. Marchandises générales	396 719	453 256	- 56 537
Données douanières	411 086	465 876	- 54 790
Corrections	- 14 367	- 12 620	- 1 747
I.1.2. Avitaillement	2 101	4 795	- 2 694
I.1.3. Travail à façon et réparations	11 813	11 669	144
<b>I.2. Services</b>	<b>111 656</b>	<b>97 199</b>	<b>14 457</b>
I.2.1. Transports	27 890	28 801	- 911
I.2.1.1. maritimes	10 137	11 126	- 989
I.2.1.2. aériens	11 501	10 935	566
I.2.1.3. autres	6 252	6 740	- 488
I.2.2. Voyages	37 799	29 336	8 463
I.2.3. Services de communication	3 068	2 055	1 013
I.2.4. Services de construction	4 497	1 708	2 789
I.2.5. Services d'assurances	423	1 194	- 771
I.2.6. Services financiers	1 337	1 303	34
I.2.7. Services d'informatique et d'information	1 032	1 433	- 401
I.2.8. Redevances et droits de licence	7 008	3 353	3 655
I.2.9. Autres services aux entreprises	26 217	24 551	1 666
I.2.9.1. Négoce international	8 220	–	8 220
I.2.9.2. Autres services commerciaux	1 563	3 874	- 2 311
I.2.9.3. Locations	567	1 703	- 1 136
I.2.9.4. Services divers aux entreprises	15 867	18 974	- 3 107
I.2.10. Services personnels, culturels et récréatifs	1 507	2 485	- 978
I.2.10.1. Services audiovisuels et annexes	791	1 413	- 622
I.2.10.2. Autres services personnels	716	1 072	- 356
I.2.11. Services des administrations publiques	878	980	- 102
<b>I.3. Revenus</b>	<b>177 569</b>	<b>152 726</b>	<b>24 843</b>
I.3.1. Rémunérations des salariés	10 006	839	9 167
I.3.2. Revenus des investissements	167 563	151 887	15 676
I.3.2.1. Investissements directs	38 604	22 116	16 488
I.3.2.2. Investissements de portefeuille	80 201	71 585	8 616
I.3.2.3. Autres	48 758	58 186	- 9 428
<b>I.4. Transferts courants</b>	<b>19 654</b>	<b>43 881</b>	<b>- 24 227</b>
I.4.1. Secteur des administrations publiques	12 362	27 700	- 15 338
I.4.2. Autres secteurs	7 292	16 181	- 8 889
I.4.2.1. Envois de fonds des travailleurs	805	3 397	- 2 592
I.4.2.2. Autres transferts	6 487	12 784	- 6 297
<b>2. COMPTE DE CAPITAL</b>	<b>1 441</b>	<b>745</b>	<b>696</b>
2.1. Transferts en capital	1 432	574	858
2.2. Acquisitions d'actifs non financiers (brevets)	9	171	- 162
<b>3. COMPTE FINANCIER</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>78 112</b>
<b>3.1. Investissements directs</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>- 70 436</b>
3.1.1. Français à l'étranger	–	–	- 136 774
3.1.1.1. Capital social	45 224	97 910	- 52 686
3.1.1.2. Bénéfices réinvestis	–	–	- 12 600
3.1.1.3. Autres opérations	–	–	- 71 488
3.1.2. Étrangers en France	–	–	66 338
3.1.2.1. Capital social	34 365	18 947	15 418
3.1.2.2. Bénéfices réinvestis	–	–	6 996
3.1.2.3. Autres opérations	–	–	43 924

**BALANCE DES PAIEMENTS – ANNÉE 2008 (suite)**

(en millions d'euros)

	Soldes
<b>3.2. Investissements de portefeuille</b>	<b>89 444</b>
<b>3.2.1. Avoirs (résidents sur titres émis par des non-résidents)</b>	<b>- 76 642</b>
3.2.1.1. Actions et titres d'OPCVM	- 9 516
Banque de France	21
Secteur des IFM	8 132
Autres secteurs	- 17 669
dont secteurs des administrations publiques	- 2 508
3.2.1.2. Obligations	- 36 517
Banque de France	- 25 535
Secteur des IFM	- 30 956
Autres secteurs	19 974
dont secteurs des administrations publiques	- 993
3.2.1.3. Instruments à court terme du marché monétaire	- 30 608
Banque de France	- 14 720
Secteur des IFM	- 19 101
Autres secteurs	3 213
dont secteurs des administrations publiques	- 51
<b>3.2.2. Engagements (non-résidents sur titres émis par des résidents)</b>	<b>166 080</b>
3.2.2.1. Actions et titres d'OPCVM	- 9 850
Secteur des IFM	7 772
Autres secteurs	- 17 622
3.2.2.2. Obligations et assimilés	125 463
Secteur des administrations publiques	48 519
Secteur des IFM	42 349
Autres secteurs	34 595
3.2.2.3. Instruments à court terme du marché monétaire	50 473
Secteur des administrations publiques	53 515
Secteur des IFM	- 5 342
Autres secteurs	2 300
<b>3.3. Produits financiers dérivés</b>	<b>- 6 966</b>
Banque de France	-
Administrations publiques	-
Institutions financières monétaires	- 6 966
Autres secteurs	-
<b>3.4. Autres investissements</b>	<b>57 553</b>
<b>3.4.1. Avoirs</b>	<b>49 861</b>
3.4.1.1. Crédits commerciaux	626
3.4.1.2. Prêts	49 235
Banque de France	10 968
Administrations publiques	954
Secteur des IFM	33 803
Autres secteurs	3 510
3.4.1.3. Autres avoirs	0
Administrations publiques	0
<b>3.4.2. Engagements</b>	<b>7 692</b>
3.4.2.1. Crédits commerciaux	27
3.4.2.2. Prêts	7 664
Banque de France	130 510
Administrations publiques	5 632
Secteur des IFM	- 135 103
Autres secteurs	6 625
3.4.2.3. Autres engagements	0
<b>3.5. Avoirs de réserve</b>	<b>8 518</b>
Or	2 141
Avoirs en droits de tirage spéciaux	4
Position de réserve au FMI	- 834
Devises étrangères	7 207
Créances sur la BCE	0
<b>4. ERREURS ET OMISSIONS NETTES</b>	<b>- 34 794</b>

Quelle: Banque de France (2009), S. 14 f.

Abbildung 2.1.1 (3e): Die deutsche Zahlungsbilanz in Tabellenform

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- über- tragungen und Kauf/ Verkauf von im- materiellen nichtpro- duzierten Vermögens- gütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht auf- gliederbaren Trans- aktionen
	Saldo der Leistungs- bilanz	Außen- handel 1)	Ergänzungen zum Außen- handel 2)	Dienst- leistungen 3)	Erwerbs- und Ver- mögens- einkommen	laufende Über- tragungen		Ins- gesamt 4)	darunter Veränderung der Währungs- reserven zu Transaktions- werten 5)		
	Mio DM										
1995 <sup>0</sup>	- 42 363	+ 85 303	- 4 294	- 63 985	- 3 975	- 55 413	- 3 845	+ 50 117	- 10 355	- 3 909	
1996 <sup>0</sup>	- 21 086	+ 98 538	- 4 941	- 64 743	+ 1 052	- 50 991	- 3 283	+ 24 290	+ 1 882	+ 79	
1997 <sup>0</sup>	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998 <sup>0</sup>	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999 <sup>0</sup>	- 49 241	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 22 325	- 48 475	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 69 874	
2000 <sup>0</sup>	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 294	
2001 <sup>0</sup>	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
Mio €											
1999 <sup>0</sup>	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000 <sup>0</sup>	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001 <sup>0</sup>	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002 <sup>0</sup>	+ 42 973	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 517	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 313	
2003 <sup>0</sup>	+ 40 931	+ 129 921	- 11 142	- 34 497	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 515	
2004 <sup>0</sup>	+ 102 889	+ 156 096	- 16 447	- 29 341	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 660	
2005 <sup>0</sup>	+ 114 650	+ 158 179	- 14 036	- 25 677	+ 24 896	- 28 712	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 16 354	
2006 <sup>0</sup>	+ 150 913	+ 159 048	- 13 106	- 13 985	+ 46 105	- 27 148	- 252	- 174 977	+ 2 934	+ 24 316	
2007 <sup>0</sup>	+ 191 267	+ 195 348	- 9 818	- 13 312	+ 50 643	- 31 594	+ 134	- 237 280	- 953	+ 45 879	
2008 <sup>0</sup>	+ 164 868	+ 178 507	- 12 475	- 12 822	+ 44 746	- 33 088	- 90	- 203 364	- 2 008	+ 38 585	

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 69\*.

Abbildung 2.1.1 (3f): Die Zahlungsbilanz des Euro-Gebiets in Tabellenform

(EUR billions; net transactions)														
	Current account					Capital account	Net lending/borrowing to/from rest of the world (columns 1+6)	Financial account						Errors and omissions
	Total	Goods	Services	Income	Current transfers			Total	Direct investment	Portfolio investment	Financial derivatives	Other investment	Reserve assets	
	1	2	3	4	5			6	7	8	9	10	11	
2006	-10.5	12.3	43.3	13.6	-79.7	9.2	-1.2	141.4	-157.6	293.7	3.3	2.9	-0.9	-140.2
2007	11.1	46.4	49.2	1.4	-85.9	13.7	24.8	41.2	-92.5	159.7	-67.0	46.0	-5.1	-66.0
2008	-93.6	-6.1	41.7	-32.4	-96.8	12.4	-81.2	313.6	-251.3	439.2	-30.9	160.5	-3.9	-232.4
2008 Q1	-17.3	-2.5	10.0	3.4	-28.3	6.0	-11.2	35.5	-75.2	88.6	-22.8	50.0	-5.1	-24.3
Q2	-31.1	6.1	13.1	-32.0	-18.3	3.1	-28.0	79.7	-53.4	27.3	-8.9	114.8	0.0	-51.7
Q3	-23.1	-9.0	13.4	-3.0	-24.6	1.9	-21.2	61.7	-35.9	121.5	-8.4	-17.2	1.6	-40.4
Q4	-22.0	-0.7	5.2	-0.9	-25.7	1.3	-20.7	136.7	-86.7	201.8	9.2	12.8	-0.4	-116.0
2009 Q1	-25.9	-6.3	4.5	1.9	-26.0	3.0	-22.9	105.6	-46.6	134.7	10.0	1.9	5.7	-82.7
2008 Apr.	-7.5	5.1	2.9	-7.4	-8.1	0.7	-6.8	25.7	-23.0	-17.9	-3.1	73.0	-3.3	-18.9
May	-24.0	-1.6	4.1	-21.0	-5.6	1.9	-22.2	39.1	-5.4	1.4	-10.6	50.9	2.7	-16.9
June	0.4	2.6	6.1	-3.6	-4.7	0.6	0.9	14.9	-25.1	43.8	4.8	-9.0	0.5	-15.9
July	-4.1	0.4	4.3	-0.6	-8.2	0.9	-3.2	48.5	-1.6	29.1	-0.1	23.4	-2.3	-45.3
Aug.	-11.5	-7.1	5.0	-1.1	-8.2	0.5	-10.9	0.4	-11.8	19.3	-8.3	-1.1	2.3	10.6
Sep.	-7.5	-2.3	4.1	-1.2	-8.2	0.5	-7.1	12.8	-22.5	73.1	0.1	-39.5	1.6	-5.7
Oct.	-5.1	3.7	1.5	0.6	-10.9	0.0	-5.1	97.3	-10.9	135.3	17.7	-36.8	-8.0	-92.3
Nov.	-13.7	-4.0	0.9	-1.5	-9.2	1.5	-12.2	19.6	-53.3	60.2	-5.7	18.8	-0.4	-7.4
Dec.	-3.3	-0.4	2.8	-0.1	-5.6	-0.2	-3.4	19.7	-22.5	6.4	-2.9	30.8	7.9	-16.3
2009 Jan.	-19.9	-10.1	1.6	-1.7	-9.7	0.7	-19.2	51.2	-15.9	-7.4	5.8	63.3	5.4	-32.0
Feb.	-2.1	1.0	1.5	0.5	-5.1	0.9	-1.1	-3.4	-11.8	56.1	3.6	-52.5	1.1	4.5
Mar.	-4.0	2.8	1.4	3.0	-11.2	1.4	-2.6	57.8	-18.9	35.9	0.6	-8.9	-0.9	-55.3
Apr.	-9.2	4.0	2.3	-6.9	-8.6	2.0	-7.2	2.8	-1.2	-6.0	6.7	3.2	0.1	-4.4
	12-month cumulated transactions													
2009 Apr.	-104.0	-11.0	35.6	-33.5	-95.0	10.7	-93.3	360.8	-200.9	497.2	11.6	42.6	10.2	-267.5

Quelle: European Central Bank (2009), S. S60.

## 2.1.2 Teilbilanzen

Die Zahlungsbilanz lässt sich in vier Teilbilanzen unterteilen: die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen, die Kapitalbilanz und die Devisenbilanz.

### (1) Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz nimmt die Gütertransaktionen zwischen Inländern und Ausländern auf, d.h. alle Transaktionen, die den Einkommenskreislauf der laufenden Periode betreffen. Abbildung 2.1.2 (1) verdeutlicht, dass sie in vier Unterbilanzen aufgeteilt ist, die

Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz, die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und die Bilanz der laufenden Übertragungen. Die obige Abbildung 2.1.2 (3f) zeigt in den ersten 5 Spalten die Salden der Leistungsbilanz des Euro-Gebiets und ihrer vier Teilbilanzen; die folgende Abbildung 2.1.2 (1) enthält die entsprechenden Bruttoströme.

**Abbildung 2.1.2 (1): Die Leistungsbilanz des Euro-Lands in Tabellenform**

	Current account											
	Total			Goods		Services		Income		Current transfers		
	Credit	Debit	Net	Credit	Debit	Credit	Debit	Credit	Debit	Credit	Debit	
											Workers remittances	Workers remittances
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
2006	2,423.8	2,434.3	-10.5	1,396.8	1,384.5	440.8	397.5	496.4	482.8	89.8	5.4	169.5
2007	2,686.1	2,675.0	11.1	1,513.7	1,467.3	490.3	441.1	592.3	591.0	89.8	6.4	175.7
2008	2,760.3	2,853.9	-93.6	1,579.3	1,585.4	504.0	462.3	588.8	621.2	88.2	6.6	185.0

Quelle: European Central Bank (2009), S. S61.

#### (a) Handelsbilanz

Die Handelsbilanz zeichnet die Ausfuhr und die Einfuhr von Waren auf ( $EX_W$  bzw.  $IM_W$ ). Ihr Saldo (HB) ergibt sich als Differenz zwischen Warenexporten und -importen:

$$(2.1) \quad HB = EX_W - IM_W$$

Die folgende Abbildung 2.1.2 (1a1) gibt einen Überblick über die aktuelle regionale Struktur des deutschen Warenhandels nach Ländergruppen und seine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 2.1.2 (1a1): Regionale Struktur und Entwicklung des deutschen Außenhandels 2008

Ländergruppe/Land	Anteile in %	Verän- derung gegenüber Vorjahr in %
<b>Ausfuhr</b>		
Alle Länder	100,0	3,1
darunter:		
EWU-Länder (15)	42,0	1,3
Übrige EU-Länder (12)	21,6	1,9
darunter:		
9 neue Mitgliedsländer	11,2	6,8
Vereinigte Staaten	7,2	-2,5
Russische Föderation	3,3	14,8
Japan	1,3	-1,7
Südostasiatische Schwellenländer	3,3	1,0
China	3,4	14,0
OPEC-Länder	2,8	19,6
Entwicklungsländer ohne OPEC	8,7	6,3
<b>Einfuhr</b>		
Alle Länder	100,0	6,3
darunter:		
EWU-Länder (15)	38,9	6,7
Übrige EU-Länder (12)	19,5	5,4
darunter:		
9 neue Mitgliedsländer	10,9	5,7
Vereinigte Staaten	5,6	0,1
Russische Föderation	4,4	24,3
Japan	2,8	-5,3
Südostasiatische Schwellenländer	4,0	-7,3
China	7,3	5,2
OPEC-Länder	2,1	31,2
Entwicklungsländer ohne OPEC	9,4	-0,1
Deutsche Bundesbank		

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 18.

Abbildung 2.1.2 (1a2) zeigt die regionale Aufteilung des deutschen Warenhandels für mehrere Jahre und weist dabei insbesondere auch Ergebnisse für die wichtigsten Partnerländer einzeln aus.

**Abbildung 2.1.2 (1a2): Deutscher Außenhandel (Spezialhandel)**  
nach Ländergruppen und Ländern

Mio €

Ländergruppe/Land		2006	2007	2008
<b>Alle Länder <sup>1)</sup></b>	Ausfuhr	893 042	965 236	992 539
	Einfuhr	733 994	769 887	814 033
	Saldo	+ 159 048	+ 195 348	+ 178 507
<b>I. Europäische Länder</b>	Ausfuhr	657 325	726 518	743 452
	Einfuhr	512 568	541 650	582 703
	Saldo	+ 144 757	+ 184 867	+ 160 749
<b>1. EU-Länder (27)</b>	Ausfuhr	564 864	623 837	632 953
	Einfuhr	423 731	449 691	478 050
	Saldo	+ 141 133	+ 174 147	+ 154 903
<b>EWU-Länder (15)</b>	Ausfuhr	377 640	413 076	418 253
	Einfuhr	285 758	298 225	318 350
	Saldo	+ 91 882	+ 114 851	+ 99 903
<b>darunter:</b>				
<b>Belgien und Luxemburg</b>	Ausfuhr	51 141	55 397	56 629
	Einfuhr	36 263	39 455	43 215
	Saldo	+ 14 878	+ 15 942	+ 13 414
<b>Frankreich</b>	Ausfuhr	85 006	91 665	96 859
	Einfuhr	62 102	62 873	66 710
	Saldo	+ 22 904	+ 28 792	+ 30 149
<b>Italien</b>	Ausfuhr	59 348	64 499	64 003
	Einfuhr	41 470	44 694	45 962
	Saldo	+ 17 878	+ 19 805	+ 18 040
<b>Niederlande</b>	Ausfuhr	56 531	62 948	65 644
	Einfuhr	60 750	61 951	72 083
	Saldo	- 4 219	+ 997	- 6 439
<b>Osterreich</b>	Ausfuhr	49 512	52 813	53 841
	Einfuhr	30 301	32 091	33 148
	Saldo	+ 19 211	+ 20 722	+ 20 693
<b>Spanien</b>	Ausfuhr	41 775	47 631	43 704
	Einfuhr	19 832	20 687	21 631
	Saldo	+ 21 943	+ 26 944	+ 22 073
<b>Andere EU-Länder</b>	Ausfuhr	187 224	210 762	214 700
	Einfuhr	137 973	151 465	159 700
	Saldo	+ 49 251	+ 59 296	+ 54 999
<b>darunter:</b>				
<b>Vereinigtes Königreich</b>	Ausfuhr	64 726	69 760	66 788
	Einfuhr	40 832	41 966	44 261
	Saldo	+ 23 895	+ 27 794	+ 22 527
<b>2. Andere europäische Länder</b>	Ausfuhr	92 461	102 680	110 499
	Einfuhr	88 837	91 960	104 653
	Saldo	+ 3 625	+ 10 721	+ 5 846
<b>darunter:</b>				
<b>Schweiz</b>	Ausfuhr	34 782	36 373	38 990
	Einfuhr	25 227	29 822	31 161
	Saldo	+ 9 556	+ 6 551	+ 7 829
<b>II. Außereuropäische Länder</b>	Ausfuhr	234 139	237 139	249 568
	Einfuhr	220 745	227 569	235 187
	Saldo	+ 13 393	+ 9 570	+ 14 381
<b>1. Afrika</b>	Ausfuhr	16 617	17 575	19 700
	Einfuhr	16 734	16 457	20 592
	Saldo	- 117	+ 1 118	- 872
<b>2. Amerika</b>	Ausfuhr	104 154	100 769	101 952
	Einfuhr	72 163	71 276	72 939
	Saldo	+ 31 991	+ 29 493	+ 29 013
<b>darunter:</b>				
<b>Vereinigte Staaten</b>	Ausfuhr	77 991	73 327	71 467
	Einfuhr	49 197	45 993	46 060
	Saldo	+ 28 795	+ 27 334	+ 25 407
<b>3. Asien</b>	Ausfuhr	106 991	111 691	120 300
	Einfuhr	128 942	136 411	138 663
	Saldo	- 21 951	- 24 721	- 18 363
<b>darunter:</b>				
<b>Länder des nahen und mittleren Ostens</b>	Ausfuhr	22 978	23 709	27 591
	Einfuhr	6 295	6 444	7 957
	Saldo	+ 16 682	+ 17 265	+ 19 634
<b>Japan</b>	Ausfuhr	13 886	13 022	12 806
	Einfuhr	24 016	24 381	23 087
	Saldo	- 10 130	- 11 359	- 10 281
<b>Volksrepublik China <sup>2)</sup></b>	Ausfuhr	27 478	29 902	34 096
	Einfuhr	49 958	56 417	59 378
	Saldo	- 22 479	- 26 515	- 25 282
<b>Südostasiatische Schwellenländer <sup>3)</sup></b>	Ausfuhr	31 619	32 284	32 609
	Einfuhr	36 113	35 357	32 783
	Saldo	- 4 494	- 3 073	- 175
<b>4. Ozeanien und Polarregionen</b>	Ausfuhr	6 377	7 104	7 616
	Einfuhr	2 906	3 425	3 013
	Saldo	+ 3 471	+ 3 679	+ 4 603

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Ab Januar 2007 ohne

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 70\*.

**Abbildung 2.1.2 (1a3): Externer Warenhandel des Euro-Lands nach Handelspartnern**

Mrd Euro, soweit nicht anders angezeigt; saisonbereinigt

	Total	European Union 27 (outside the euro area)				Russia	Switzer-land	Turkey	United States	Asia		Africa	Latin America	Other countries	
		Denmark	Sweden	United Kingdom	Other EU countries					China	Japan				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Exports (f.o.b.)															
2007	1,507.4	34.1	55.7	230.9	216.3	67.9	82.3	41.5	195.9	296.1	60.6	34.3	87.6	61.8	137.5
2008	1,563.0	35.0	54.2	221.7	231.4	78.5	86.3	42.8	186.9	308.3	65.7	33.7	100.7	68.3	148.8
2007 Q4	384.5	8.6	13.8	58.3	56.1	17.8	20.8	10.9	47.5	76.3	15.9	8.1	22.4	15.7	36.4
2008 Q1	398.4	8.9	14.0	57.3	59.1	19.9	21.3	12.3	49.7	79.3	17.1	8.8	24.2	16.3	36.0
Q2	398.3	9.1	14.5	58.4	59.7	20.1	22.1	11.3	47.3	77.7	16.8	8.6	25.0	16.6	36.5
Q3	399.2	9.1	14.1	56.5	60.3	20.7	21.8	10.8	46.4	76.7	16.0	8.3	26.7	17.9	38.4
Q4	367.1	8.0	11.6	49.6	52.3	17.7	21.1	8.4	43.6	74.6	15.7	8.1	24.8	17.5	37.9
2009 Q1	311.0	7.4	10.0	42.6	44.1	12.8	19.9	7.7	39.4	65.5	15.4	7.0	23.4	12.8	25.6
2008 Nov.	119.9	2.5	3.8	16.0	17.5	5.4	7.0	2.7	14.7	24.7	5.3	2.7	8.2	5.3	12.1
Dec.	117.6	2.6	3.4	15.3	15.5	5.6	6.9	2.6	14.0	24.8	4.9	2.7	8.1	6.0	13.0
2009 Jan.	103.3	2.6	3.3	14.3	14.9	4.2	6.7	2.5	12.9	20.6	4.7	2.4	7.7	4.2	9.4
Feb.	103.1	2.3	3.3	13.9	14.3	4.4	6.6	2.5	12.8	22.1	5.1	2.4	7.8	4.4	8.5
Mar.	104.6	2.5	3.4	14.3	14.9	4.2	6.5	2.7	13.7	22.8	5.6	2.2	7.8	4.2	7.7
Apr.	103.2	.	.	.	.	4.3	6.5	2.7	12.6	23.6	5.6	2.3	7.8	4.2	.
% share of total exports															
2008	100.0	2.2	3.5	14.2	14.8	5.0	5.5	2.7	12.0	19.7	4.2	2.2	6.5	4.4	9.5
Imports (c.i.f.)															
2007	1,491.3	28.8	52.2	169.6	169.6	102.2	67.2	32.3	131.5	455.6	172.6	59.1	113.4	75.2	93.7
2008	1,592.9	30.2	52.4	165.2	185.5	117.7	69.6	32.2	137.0	477.8	184.2	56.8	139.6	81.0	104.7
2007 Q4	385.5	7.1	13.3	42.7	44.1	28.6	16.6	8.2	32.5	114.8	43.5	14.8	31.0	20.3	26.3
2008 Q1	402.6	7.4	13.8	43.8	46.5	29.5	16.8	8.5	34.6	121.2	44.9	14.7	34.8	20.2	25.4
Q2	405.3	7.7	13.6	42.3	47.3	30.6	17.5	8.5	33.7	120.0	45.3	14.6	36.9	19.9	27.2
Q3	411.4	7.9	13.4	42.2	47.9	33.4	17.9	8.1	34.9	123.3	47.5	14.0	37.3	21.1	23.9
Q4	373.6	7.2	11.6	37.0	43.8	24.1	17.4	7.0	33.7	113.3	46.5	13.5	30.6	19.7	28.2
2009 Q1	320.7	6.9	9.4	31.6	39.3	17.3	16.7	6.6	33.1	98.9	42.4	11.4	23.9	14.9	22.2
2008 Nov.	124.0	2.4	3.8	12.1	15.0	7.9	5.8	2.5	11.2	37.7	15.5	4.5	10.1	6.7	9.0
Dec.	118.0	2.4	3.5	11.1	13.2	6.9	5.7	2.1	11.5	36.1	15.1	4.4	9.7	6.3	9.6
2009 Jan.	108.6	2.3	3.2	10.8	12.9	6.2	5.6	2.1	10.3	34.1	14.7	4.3	8.1	4.9	8.1
Feb.	105.7	2.3	3.1	10.4	12.9	5.2	5.5	2.2	10.9	32.2	13.8	3.6	8.3	4.9	7.8
Mar.	106.4	2.3	3.1	10.4	13.6	5.9	5.5	2.3	11.8	32.6	14.0	3.6	7.5	5.0	6.2
Apr.	103.5	.	.	.	.	5.6	5.6	2.0	9.3	31.3	13.7	3.4	8.0	4.8	.
% share of total imports															
2008	100.0	1.9	3.3	10.4	11.6	7.4	4.4	2.0	8.6	30.0	11.6	3.6	8.7	5.1	6.6
Balance															
2007	16.1	5.4	3.5	61.3	46.7	-34.3	15.1	9.1	64.3	-159.6	-112.0	-24.8	-25.8	-13.4	43.8
2008	-29.9	4.8	1.8	56.5	45.9	-39.2	16.6	10.6	49.9	-169.5	-118.6	-23.1	-38.9	-12.7	44.1
2007 Q4	-1.0	1.5	0.5	15.6	12.0	-10.8	4.3	2.6	15.0	-38.5	-27.6	-6.7	-8.6	-4.6	10.1
2008 Q1	-4.2	1.5	0.3	13.5	12.6	-9.6	4.5	3.8	15.1	-41.9	-27.7	-5.9	-10.6	-3.9	10.6
Q2	-7.0	1.4	0.8	16.1	12.4	-10.4	4.5	2.8	13.6	-42.3	-28.5	-6.0	-11.9	-3.3	9.3
Q3	-12.2	1.2	0.7	14.3	12.4	-12.7	3.9	2.7	11.4	-46.6	-31.5	-5.8	-10.7	-3.2	14.5
Q4	-6.5	0.8	0.0	12.6	8.6	-6.5	3.7	1.4	9.9	-38.7	-30.8	-5.4	-5.7	-2.2	9.8
2009 Q1	-9.7	0.5	0.6	10.9	4.7	-4.5	3.2	1.1	6.3	-33.4	-27.1	-4.4	-0.5	-2.1	3.4
2008 Nov.	-4.1	0.1	0.0	4.0	2.5	-2.5	1.2	0.2	3.6	-13.0	-10.2	-1.8	-2.0	-1.4	3.2
Dec.	-0.4	0.2	-0.1	4.2	2.4	-1.3	1.2	0.5	2.5	-11.3	-10.2	-1.7	-1.6	-0.3	3.4
2009 Jan.	-5.3	0.3	0.1	3.5	2.0	-2.0	1.1	0.3	2.6	-13.5	-10.0	-1.9	-0.3	-0.7	1.2
Feb.	-2.7	0.0	0.2	3.5	1.4	-0.8	1.1	0.3	1.9	-10.0	-8.7	-1.1	-0.4	-0.6	0.7
Mar.	-1.8	0.1	0.3	3.8	1.3	-1.7	1.0	0.4	1.9	-9.8	-8.4	-1.4	0.3	-0.8	1.5
Apr.	-0.3	.	.	.	.	-1.4	0.9	0.7	3.3	-7.7	-8.1	-1.1	-0.2	-0.6	.

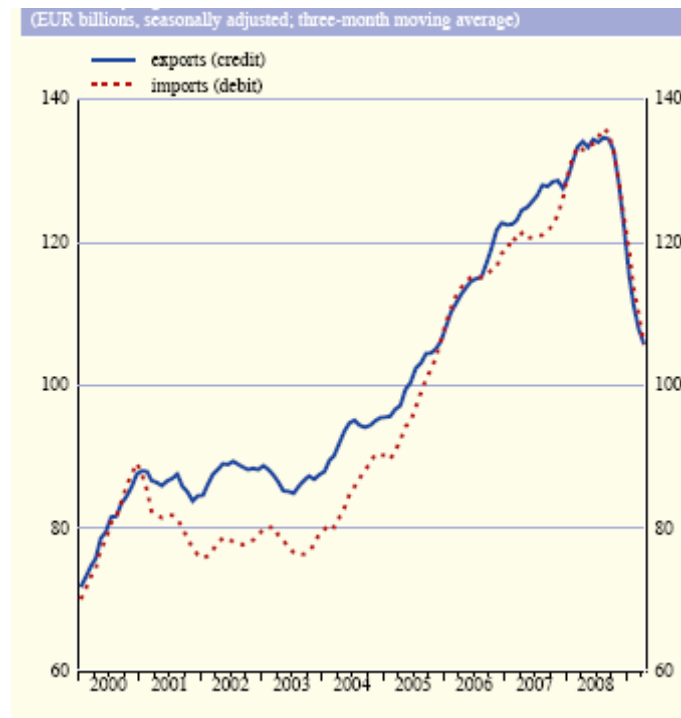
Source: Eurostat

Source: Eurostat.

Quelle: European Central Bank (2009), S. S71.

Die vorstehende Tabelle zeigt die geografische Aufschlüsselung des sog. externen Warenhandels des Euro-Gebiets, d. h. des Warenhandels mit der übrigen Welt. Die in der ersten Spalte aufgeführten Gesamtwerte von Ausfuhren und Einfuhren sind im linken Teil der nachfolgenden Abbildung 2.1.2 (1b) grafisch veranschaulicht.

Abbildung 2.1.2 (1a4): *Externer Warenhandel des Euro-Gebiets*



Quelle: European Central Bank (2009), S. S61.

#### (b) Dienstleistungsbilanz

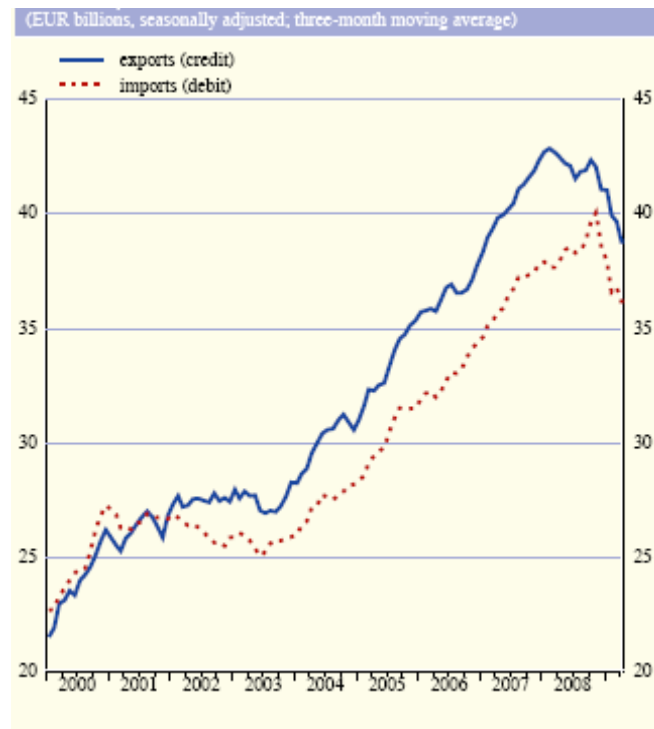
Die Dienstleistungsbilanz erfasst die Verkäufe und Käufe von Dienstleistungen ( $EX_{DL}$  bzw.  $IM_{DL}$ ). Hierzu rechnen insbesondere der Reiseverkehr, Transportleistungen und Finanzdienstleistungen, aber auch Patente und Lizenzen. Als Import von Dienstleistungen zählt zum Beispiel die Übernachtung eines Inländers in einem Hotel im Ausland. Der Saldo (DLB) resultiert wieder als Differenz zwischen Exporten und Importen:

$$(2.2) \quad DLB = EX_{DL} - IM_{DL}$$

Abbildung 2.1.2 (1b1) veranschaulicht die Ausfuhren und die Einfuhren von Dienstleistungen des Euro-Gebiets.



**Abbildung 2.1.2 (1b1): Externer Dienstleistungshandel des Euro-Gebiets**



Quelle: European Central Bank (2009), S. S61.

Abbildung 2.1.2 (1b2) zeigt in den ersten neun Spalten wichtige Positionen des deutschen Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland.

**Abb. 2.1.2 (1b2): Salden von Dienstleistungen und Einkommen zwischen Deutschland und dem Ausland**

Mio €											
Zeit	Dienstleistungen								Erwerbs-einkommen 5)	Vermögens-einkommen (Kapital-erträge)	
	Insgesamt	Reise-verkehr 1)	Transport 2)	Finanz-dienst-leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs-leistungen 3)	übrige Dienstleistungen				
							zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbst-ständige Tätigkeit 4)			Bauleistungen, Montagen, Ausbes-erungen
2004	- 29 341	- 35 302	+ 3 870	+ 1 328	- 260	+ 5 349	- 4 325	- 1 363	+ 986	- 989	+ 21 420
2005	- 25 677	- 36 317	+ 6 356	+ 1 622	- 1 203	+ 3 688	+ 177	- 1 638	+ 3 086	- 1 285	+ 26 182
2006	- 13 985	- 32 771	+ 5 690	+ 2 185	- 1 861	+ 3 736	+ 9 037	- 1 795	+ 3 885	- 685	+ 46 790
2007	- 13 312	- 34 324	+ 6 730	+ 2 854	- 2 167	+ 3 310	+ 10 285	- 1 966	+ 2 875	+ 449	+ 50 194
2008	- 12 822	- 34 785	+ 7 802	+ 3 916	- 2 129	+ 2 338	+ 10 036	- 1 585	+ 2 277	+ 654	+ 44 092

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 71\*.

### (c) Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen registriert die Einnahmen und Ausgaben aus dem Export und Import von Faktorleistungen. Dementsprechend wird etwa die Ausfuhr anhand der Einkommen aus dem Verkauf von Nutzungen der sog. Bestandsfaktoren Arbeit, Kapital und Bo-den an Ausländer gemessen. In der Praxis der

Zahlungsbilanzstatistik werden unter den Arbeits-, d.h. Erwerbseinkommen nur die Löhne und Gehälter der im Ausland abhängig beschäftigten Inländer erfasst, z. B. der Bewohner von Grenzregionen, die täglich zu ihrer Arbeitsstelle ins nahegelegene Ausland pendeln; dagegen werden die Einkommen der Selbständigen aus dem Ausland in der Dienstleistungsbilanz erfasst. Die von Inländern aus dem Ausland bzw. von Ausländern aus dem Inland empfangenen Vermögenseinkommen umfassen Zinsen, Dividenden und Gewinne sowie Mieten und Pachten.

Der Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (EVB) errechnet sich als Differenz aus der Ausfuhr von Faktorleistungen ( $EX_F$ ) und der Einfuhr ( $IM_F$ ):

$$(2.3) \quad EVB = EX_F - IM_F$$

Die obige Abbildung 2.1.2 (1b2) zeigt in den beiden rechten Spalten die Salden wichtiger Einkommensströme zwischen Deutschland und dem Ausland. In der folgenden Abbildung 2.1.2 (1c) sind die Ergebnisse für das Euro-Gebiet aufgeführt.

**Abb. 2.1.2 (1c): Einkommensströme zwischen dem Euro-Gebiet und der übrigen Welt (Mrd Euro)**

	Compensation of employees		Investment income													
	Credit	Debit	Total		Direct investment						Portfolio investment				Other investment	
			Credit	Debit	Equity				Debt		Equity		Debt		Credit	Debit
					Credit	Debit	Credit	Debit	Credit	Debit	Credit	Debit				
1	2	3	4	5	Reinv. earnings 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
2006	17.4	9.8	478.9	472.9	182.7	41.4	111.5	36.6	20.6	20.2	39.2	99.1	103.6	91.5	132.9	150.6
2007	18.7	10.2	573.6	580.7	207.0	75.0	130.5	38.6	26.1	24.4	45.5	116.1	117.5	113.2	177.5	196.5
2008	19.1	10.4	569.7	610.8	192.3	65.8	126.6	43.3	30.0	25.7	42.8	124.4	123.0	129.3	181.6	204.8

Quelle: European Central Bank (2009), S. S62.

Die drei bisher genannten Unterbilanzen verzeichnen sowohl entgeltliche als auch unentgeltliche Transaktionen. Die beiden nun folgenden Bilanzen enthalten nur unentgeltliche Transaktionen, d.h. Transaktionen ohne unmittelbare Gegenleistung, sog. Transfers oder Übertragungen. Genauer ge-sagt nehmen sie die Gegenbuchungen (!) für Transaktionen ohne unmittelbare Gegenleistung auf.

Man unterscheidet zwischen laufenden Übertragungen und Vermögensübertragungen. In die Leistungsbilanz gehen nur die sog. laufenden Übertragungen ein.

#### (d) Bilanz der laufenden Übertragungen

Laufende Übertragungen fallen mehr oder weniger regelmäßig an, verändern das verfügbare Einkommen und damit den Konsum bzw. die Ersparnis. Als Beispiel kann die

regelmäßige Lieferung von humanitären Gütern in Entwicklungsländer dienen, die in der Handelsbilanz als Warenexport auf der linken Seite und in der Bilanz der laufenden Übertragungen als geleisteter Transfer ( $LÜ_G$ ) auf der rechten Seite erfasst wird. Neben der Entwicklungshilfe nimmt die Bilanz vor allem Gegenbuchungen zu Überweisungen der nichtdeutschen Erwerbstätigen an Angehörige in ihren Herkunftsländern sowie Beiträge des Staates an die Europäische Union auf, die jeweils in der Kapitalbilanz gegengebucht werden. Der Saldo der Bilanz ( $LÜ_B$ ) errechnet sich als Differenz zwischen empfangenen laufenden Übertragungen ( $LÜ_E$ ) und geleisteten ( $LÜ_G$ ):

$$(2.4) \quad LÜ_B = LÜ_E - LÜ_G$$

**Abbildung 2.1.2 (1d): Laufende Übertragungen zwischen Deutschland und dem Ausland**

Zeit	Mio €							
	Insgesamt	Öffentlich <sup>1)</sup>				Privat <sup>1)</sup>		
		zusammen	Internationale Organisationen <sup>2)</sup>		sonstige laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2004	- 27 849	- 16 694	- 14 249	- 12 672	- 2 444	- 11 156	- 3 180	- 7 976
2005	- 28 712	- 17 588	- 16 264	- 14 687	- 1 324	- 11 124	- 2 926	- 8 198
2006	- 27 148	- 14 512	- 14 900	- 13 356	+ 388	- 12 637	- 2 927	- 9 710
2007	- 31 594	- 16 264	- 18 662	- 16 890	+ 2 398	- 15 329	- 3 005	- 12 324
2008	- 33 088	- 16 805	- 19 545	- 17 556	+ 2 739	- 16 283	- 3 122	- 13 161

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 71\*.

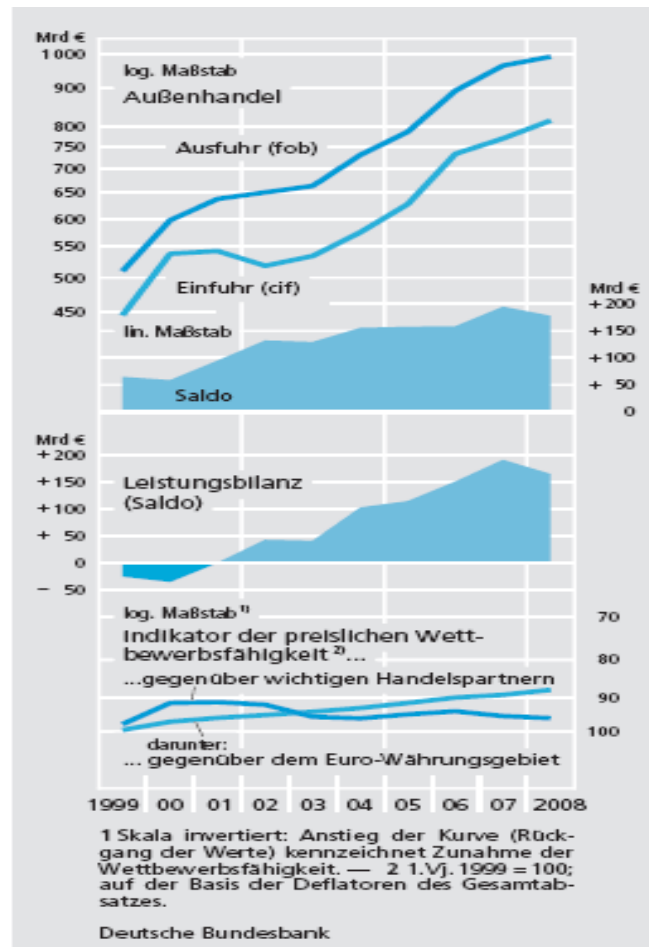
#### (e) Leistungsbilanz insgesamt

Addiert man die Salden von Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz, Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Bilanz der laufenden Übertragungen, resultiert der Saldo der Leistungsbilanz (LB). Er bringt den Saldo der laufenden Transaktionen zum Ausdruck:

$$(2.5) \quad LB = HB + DLB + EVB + LÜB$$

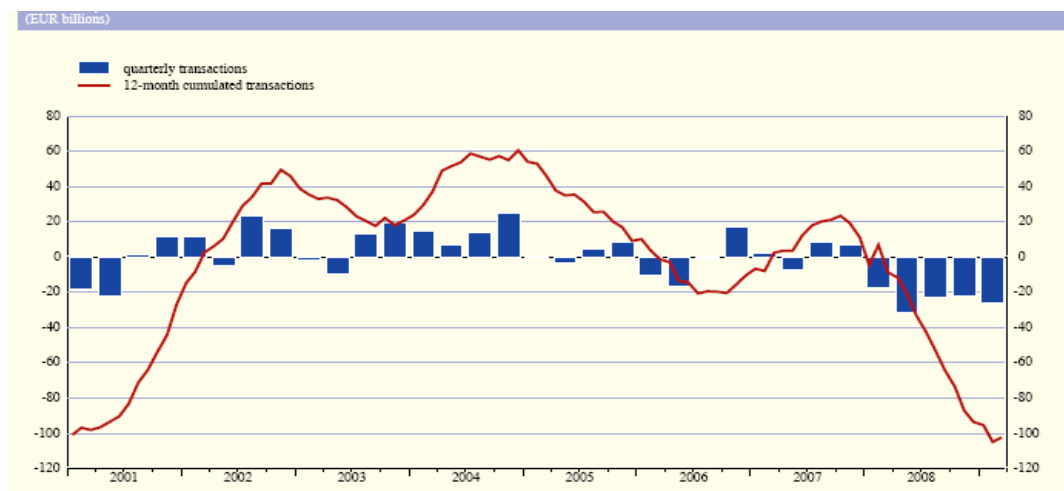
Die folgenden Abbildungen zeigen die Entwicklungen der Leistungsbilanzsalden Deutschlands und des Euro-Gebiets in den letzten Jahren.

Abbildung 2.1.2 (1e1): Leistungsbilanzsaldo und Außenhandel Deutschlands



Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 17.

Abbildung 2.1.2 (1e2): Der Saldo der Leistungsbilanz des Euro-Lands in grafischer Darstellung



Quelle: European Central Bank (2009), S. S60.

## (2) Bilanz der Vermögensübertragungen

Im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen fallen die Vermögensübertragungen einmalig oder zumindest unregelmässig an (in der statistischen Praxis wird eine Übertragung bereits dann als Vermögensübertragung - und nicht als laufende Übertragung - geführt, wenn der Transfer von einem der Beteiligten als einmalig angesehen wird). Sie sind nicht unmittelbar einkommens-, sondern vermögenswirksam und umfassen sowohl die unentgeltliche Überlassung von Sach- oder Finanzvermögen wie auch Schuldenerlasse. Als Beispiel mag die Vererbung eines Autos durch die „reiche Tante in Amerika“ dienen, die in der Warenbilanz als Import auf der rechten Seite verbucht und in der Bilanz der Vermögensübertragungen als empfangene Übertragung (VÜ<sub>E</sub>) auf der linken Seite gegengebucht wird. Der Saldo (VÜB) ergibt sich wieder als Differenz von empfangenen und geleisteten Vermögensübertragungen:

$$(2.6) \quad VÜB = VÜ_E - VÜ_G$$

**Abbildung 2.1.2 (2a): Vermögensübertragungen zwischen Deutschland und der übrigen Welt**

Mio €		
Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
+ 435	- 1 095	+ 1 529
- 1 369	- 3 419	+ 2 050
- 252	- 1 947	+ 1 695
+ 134	- 2 036	+ 2 170
- 90	- 1 784	+ 1 694

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welcher Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. – 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 71\*.

Im englischen Sprachgebrauch wird das Konto der Vermögensübertragungen als „capital account“ bezeichnet. Diese Bezeichnung findet man in Abb. 2.1.1 (3f), die Ergebnisse für das Euro-Gebiet enthält. Angaben für Frank-reich finden sich in Abb. 2.1.1 (3c) unter der Position „compte de capital“. Die Salden der Vermögensübertragungs- und der Leistungsbilanz ergeben zusammen den Finanzierungssaldo damit die Änderung der Netto- Forderungen gegenüber dem Ausland (vgl. hierzu Abschnitt 3.2); deshalb werden diese Teilbilanzen oft in einer Tabelle gemeinsam ausgewiesen.

### (3) Kapitalbilanz

Die Kapitalbilanz erfasst die transaktionsbedingten Änderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten - im eingangs genannten weiten Sinne - der Inländer gegenüber Ausländern, soweit es sich nicht um Änderungen der Währungsreserven der inländischen Zentralbank handelt (s. u.). Änderungen von Forderungen werden auf der rechten Seite verbucht. Dies leuchtet für den Fall einer Zunahme von Forderungen (etwa durch den Kauf einer ausländischen Anleihe) unmittelbar ein, weil sie mit dem Abfluss von Zahlungsmitteln verbunden ist. Allerdings wird auch die Abnahme von Forderungen auf der rechten Seite verbucht, obwohl sie zu einem Zufluss an Zahlungsmitteln führt; dies stellt eine Verletzung der eingangs des laufenden Abschnitts formulierten Regel dar, wonach rechts nur Transaktionen mit Zahlungsmittelabfluss erfasst werden. Man behilft sich, indem die Abnahme von Forderungen rechts mit negativem Vorzeichen registriert wird, so dass die rechte Seite also letztlich die Netto-Änderung der Forderungen wiedergibt. Analog verzeichnet die linke Seite die Änderungen – Zu- und Abnahmen – der Verbindlichkeiten. Die Netto-Änderung der Forderungen bezeichnet man auch als Kapitalexport, die Netto-Änderung der Verbindlichkeiten als Kapitalimport [vgl. Stobbe (1994), S. 240; Jarchow/Rühmann (2000), S. 7; Rose/Sauernheimer (1999), S. 9 f.].

Die in der Kapitalbilanz erfassten Transaktionen werden untergliedert in Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, Finanzderivate, Kreditverkehr und übrigen Kapitalverkehr. Eine Direktinvestition setzt auf Seiten des Investors den Wunsch nach unternehmerischer Einflussnahme voraus. In der Praxis werden deshalb Beteiligungen an Unternehmen im Ausland von mindestens 10% und reinvestierte Gewinne, Finanzbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen sowie der Erwerb von Immobilien als Direktinvestitionen klassifiziert. Dagegen umfassen die Wertpapieranlagen nur diejenigen verbrieften Forderungen und Verbindlichkeiten (einschließlich Aktien und Finanzderivaten), mit denen keine unternehmerische Einflussnahme beabsichtigt ist; sie werden auch als Portfolioinvestitionen bezeichnet. Der Kreditverkehr spiegelt die Änderungen der unverbrieften finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Der Saldo der Kapitalbilanz (KB) errechnet sich als Differenz der Kapitalimporte und der Kapitalexporte (KIM bzw. KEX):

$$(2.7) \quad KB = KIM - KEM$$

Die folgende Abbildung enthält detaillierte Angaben über den Kapitalverkehr zwischen Deutschland und der übrigen Welt.

Abbildung 2.1.2 (3a): Deutsche Kapitalbilanz

Mio €

Position	2006	2007	2008
<b>I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland</b> (Zunahme/Kapitalausfuhr: –)	– 472 902	– 695 904	– 241 575
1. Direktinvestitionen <sup>1)</sup>	– 101 409	– 131 177	– 106 813
Beteiligungskapital	– 73 971	– 49 448	– 60 334
reinvestierte Gewinne <sup>2)</sup>	– 32 868	– 36 741	– 27 648
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 5 430	– 44 988	– 18 831
2. Wertpapieranlagen	– 158 251	– 145 507	+ 27 871
Aktien <sup>3)</sup>	+ 6 505	+ 23 056	+ 39 177
Investmentzertifikate <sup>4)</sup>	– 23 638	– 41 586	– 8 606
Anleihen <sup>5)</sup>	– 133 723	– 105 260	– 20 195
Geldmarktpapiere	– 7 396	– 21 718	+ 17 496
3. Finanzderivate <sup>6)</sup>	– 6 179	– 85 939	– 25 559
4. übriger Kapitalverkehr	– 209 996	– 332 327	– 135 066
Monetäre Finanzinstitute <sup>7) 8)</sup>	– 207 666	– 224 876	– 73 940
langfristig	– 71 625	– 96 840	– 144 313
kurzfristig	– 136 041	– 128 036	+ 70 373
Unternehmen und Privatpersonen	– 27 888	– 50 152	– 19 327
langfristig	– 23 810	– 46 973	– 18 697
kurzfristig <sup>7)</sup>	– 4 078	– 3 179	– 630
Staat	+ 1 068	+ 8 425	+ 2 801
langfristig	+ 7 497	+ 309	+ 334
kurzfristig <sup>7)</sup>	– 6 428	+ 8 117	+ 3 135
Bundesbank	+ 24 488	– 65 724	– 44 600
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: –)	+ 2 934	– 953	– 2 008
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik</b> (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 297 925	+ 458 624	+ 38 211
1. Direktinvestitionen <sup>1)</sup>	+ 45 552	+ 41 211	+ 17 026
Beteiligungskapital	+ 31 044	+ 32 101	+ 12 406
reinvestierte Gewinne <sup>2)</sup>	+ 86	– 305	+ 4 336
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 14 422	+ 9 415	+ 283
2. Wertpapieranlagen	+ 145 974	+ 297 880	+ 15 997
Aktien <sup>3)</sup>	+ 19 824	+ 39 189	– 49 282
Investmentzertifikate	+ 8 079	+ 3 939	– 5 822
Anleihen <sup>5)</sup>	+ 120 901	+ 203 298	+ 23 258
Geldmarktpapiere	– 2 830	+ 51 454	+ 47 843
3. übriger Kapitalverkehr	+ 106 400	+ 119 533	+ 5 188
Monetäre Finanzinstitute <sup>7) 8)</sup>	+ 59 305	+ 73 218	– 58 477
langfristig	– 13 092	– 14 195	+ 11 592
kurzfristig	+ 72 397	+ 87 413	– 70 069
Unternehmen und Privatpersonen	+ 48 588	+ 38 001	+ 43 107
langfristig	+ 29 705	+ 18 493	+ 23 339
kurzfristig <sup>7)</sup>	+ 18 883	+ 19 508	+ 19 768
Staat	– 206	– 3 034	+ 6 207
langfristig	+ 835	– 2 759	– 1 189
kurzfristig <sup>7)</sup>	– 1 040	– 276	+ 7 396
Bundesbank	– 1 287	+ 11 349	+ 14 351
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz <sup>9)</sup></b> (Nettokapitalausfuhr: –)	– 174 977	– 237 280	– 203 364

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

Quelle: Deutsche Bundesbank, (2009), S. 72\*.

Im englischen Sprachgebrauch wird die Kapitalbilanz als „financial account“ bezeichnet. Der Ausdruck findet sich auch in Tabelle 2.1.1 (3f), die den Kapitalverkehr zwischen dem Euro-Gebiet und der übrigen Welt im Überblick zeigt; detaillierte Ergebnisse enthält die folgende Abb. 2.1.2 (3b). Die in der Zahlungsbilanz erfassten Transaktionen finden in der



Mitte der Tabelle. Wir halten im Vorgriff auf Abschnitt 2.2 bereits fest, dass die – im oberen Teil der Tabelle aufgeführten – Bestände nicht nur durch Transaktionen, sondern auch durch andere Vorgänge („other changes“) geändert werden.

Abbildung 2.1.2 (3b): Kapitalverkehr des Euro-Gebiets (Mrd Euro)

	Total <sup>1)</sup>			Total as a % of GDP			Direct investment		Portfolio investment		Net financial derivatives	Other investment		Reserve assets
	Assets	Liabilities	Net	Assets	Liabilities	Net	Assets	Liabilities	Assets	Liabilities		Assets	Liabilities	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Outstanding amounts (international investment position)														
2004	8,602.5	9,518.4	-915.9	109.5	121.2	-11.7	2,268.7	2,235.4	3,045.0	4,080.2	-37.4	3,045.2	3,202.9	281.0
2005	10,785.2	11,605.3	-820.2	132.3	142.4	-10.1	2,790.8	2,444.3	3,887.5	5,109.1	-21.4	3,805.8	4,052.0	322.5
2006	12,258.8	13,306.1	-1,047.3	143.3	155.6	-12.2	3,131.7	2,728.7	4,371.5	5,866.5	-20.8	4,448.7	4,711.0	327.7
2007	13,750.6	14,915.4	-1,164.9	152.9	165.8	-13.0	3,526.1	3,091.6	4,653.8	6,340.0	-10.2	5,233.5	5,483.9	347.4
2008 Q3	13,929.1	15,185.3	-1,256.3	150.5	164.1	-13.6	3,777.4	3,198.8	4,281.0	6,029.1	23.2	5,476.5	5,957.5	370.9
Q4	13,126.5	14,847.4	-1,720.9	141.6	160.1	-18.6	3,753.7	3,185.7	3,747.3	5,978.2	19.7	5,222.0	5,683.5	383.9
Changes to outstanding amounts														
2004	740.8	888.6	-147.8	9.4	11.3	-1.9	99.2	151.2	389.4	494.0	-17.3	295.4	243.4	-25.7
2005	2,182.7	2,086.9	95.7	26.8	25.6	1.2	522.1	209.0	842.5	1,028.9	16.0	760.6	849.1	41.5
2006	1,473.6	1,700.8	-227.1	17.2	19.9	-2.7	340.9	284.3	484.0	757.4	0.6	642.9	659.0	5.2
2007	1,491.8	1,609.3	-117.5	16.6	17.9	-1.3	394.4	362.9	282.3	473.5	10.6	784.7	772.9	19.7
2008 Q3	229.7	288.3	-58.6	10.0	12.6	-2.6	112.7	45.7	-151.1	-20.8	27.9	223.2	263.4	17.0
Q4	-802.5	-337.9	-464.6	-34.0	-14.3	-19.7	-23.8	-13.0	-533.8	-50.9	-3.5	-254.5	-274.0	13.0
Transactions														
2005	1,329.2	1,339.4	-10.2	16.3	16.4	-0.1	358.4	152.4	416.2	543.3	17.3	554.9	643.7	-17.7
2006	1,680.0	1,821.4	-141.4	19.6	21.3	-1.7	417.4	259.8	527.6	821.4	-3.3	737.4	740.3	0.9
2007	1,896.7	1,937.9	-41.2	21.1	21.5	-0.5	474.2	381.7	439.5	599.3	67.0	910.9	956.9	5.1
2008	395.2	708.8	-313.6	4.3	7.6	-3.4	351.0	99.7	-14.7	424.5	30.9	24.2	184.7	3.9
2008 Q3	135.6	197.3	-61.7	5.9	8.6	-2.7	88.7	52.8	-60.9	60.7	8.4	101.0	83.8	-1.6
Q4	-373.1	-236.4	-136.7	-15.8	-10.0	-5.8	50.5	-36.2	-155.3	46.5	-9.2	-259.6	-246.8	0.4
2009 Q1	-238.9	-133.3	-105.6	-10.9	-6.1	-4.8	75.0	28.4	-55.0	79.6	-10.0	-243.2	-241.3	-5.7
2008 Dec.	-225.5	-205.8	-19.7	-	-	-	8.0	-14.5	-22.1	-15.7	2.9	-206.4	-175.6	-7.9
2009 Jan.	-14.3	36.9	-51.2	-	-	-	27.2	11.3	20.8	13.5	-5.8	-51.2	12.1	-5.4
Feb.	-110.3	-113.7	3.4	-	-	-	20.4	8.6	-21.0	35.1	-3.6	-104.9	-157.4	-1.1
Mar.	-114.3	-56.4	-57.8	-	-	-	27.4	8.6	-54.8	31.0	-0.6	-87.1	-96.1	0.9
Apr.	77.9	80.6	-2.8	-	-	-	56.6	55.4	0.4	-5.7	-6.7	27.7	30.9	-0.1
Other changes														
2004	-76.9	97.0	-173.9	-1.0	1.2	-2.2	-69.8	61.8	43.6	76.2	-25.8	-11.7	-41.0	-13.3
2005	853.5	747.5	105.9	10.5	9.2	1.3	163.7	56.5	426.3	485.6	-1.4	205.7	205.4	59.2
2006	-206.4	-120.6	-85.7	-2.4	-1.4	-1.0	-76.5	24.5	-43.6	-63.9	3.9	-94.4	-81.3	4.3
2007	-404.9	-328.5	-76.3	-4.5	-3.7	-0.8	-79.7	-18.8	-157.2	-125.8	-56.4	-126.1	-184.0	14.6
Other changes due to exchange rate changes														
2004	-168.8	-96.4	-72.4	-2.1	-1.2	-0.9	-36.0	7.4	-62.3	-50.2	-	-61.2	-53.5	-9.4
2005	369.3	214.4	154.9	4.5	2.6	1.9	86.9	-18.2	136.8	118.1	-	126.9	114.5	18.7
2006	-321.7	-207.9	-113.8	-3.8	-2.4	-1.3	-70.7	11.7	-131.1	-118.0	-	-104.6	-101.5	-15.3
2007	-501.6	-244.1	-257.5	-5.6	-2.7	-2.9	-110.0	27.1	-194.5	-124.1	-	-182.2	-147.1	-14.9
Other changes due to price changes														
2004	102.1	218.6	-116.5	1.3	2.8	-1.5	30.7	25.0	100.3	193.6	-25.8	-	-	-3.1
2005	288.1	327.5	-39.4	3.5	4.0	-0.5	60.7	48.6	186.6	278.9	-1.4	-	-	42.1
2006	297.0	309.5	-12.5	3.5	3.6	-0.1	61.2	39.4	215.7	270.1	3.9	-	-	16.3
2007	156.6	-63.8	220.3	1.7	-0.7	2.4	29.6	12.3	151.7	-76.1	-56.4	-	-	31.6
Other changes due to other adjustments														
2004	-10.3	-25.2	15.0	-0.1	-0.3	0.2	-64.5	29.4	5.6	-67.2	-	49.5	12.5	-0.8
2005	195.5	205.6	-10.2	2.4	2.5	-0.1	16.0	26.1	102.9	88.6	-	78.8	90.9	-2.2
2006	-181.4	-222.3	40.9	-2.1	-2.6	0.5	-67.0	-26.6	-128.2	-216.0	-	10.2	20.3	3.7
2007	-59.5	-20.7	-38.9	-0.7	-0.2	-0.4	0.6	-58.2	-114.3	74.4	-	56.0	-36.8	-1.9
Growth rates of outstanding amounts														
2004	10.3	9.1	-	-	-	-	7.8	4.2	12.8	11.5	-	11.1	9.5	-4.1
2005	14.9	13.7	-	-	-	-	15.2	6.8	13.1	12.8	-	17.6	19.5	-5.8
2006	15.7	15.8	-	-	-	-	15.0	10.6	13.8	16.3	-	19.5	18.4	0.2
2007	15.5	14.5	-	-	-	-	15.2	14.0	10.0	10.1	-	20.5	20.4	1.6
2008 Q3	8.2	8.1	-	-	-	-	12.2	8.9	5.3	6.6	-	7.4	9.6	-0.4
Q4	2.8	4.8	-	-	-	-	10.1	3.2	-0.6	7.1	-	0.4	3.4	1.1
2009 Q1	-3.0	-0.1	-	-	-	-	7.2	1.1	-3.5	5.9	-	-9.4	-6.8	-1.8

Source: ECB.

1) Net financial derivatives are included in assets.

Quelle: European Central Bank (2009), S. S63.

Ergebnisse für die französische Kapitalbilanz („compte financier“) finden sich in Abb. 2.1.1 (3c).



#### (4) Devisenbilanz

Als letzte Teilbilanz der Zahlungsbilanz bleibt die sog. Devisenbilanz zu nennen. Sie erfasst ausschließlich die Änderung einer bestimmten Forderungsposition, nämlich die transaktionsbedingten Änderungen der Währungsreserven der Zentralbank. Unter Währungsreserven versteht man diejenigen Aktiva der zentralen Währungsbehörde, mit denen eine Über-schussnachfrage nach einer beliebigen Fremdwährung am Devisenmarkt direkt oder indirekt befriedigen kann [vgl. Willms (1995), S. 266]. Hierbei handelt es sich um allgemein akzeptierte („konvertible“) Devisen sowie um Aktiva, die sich praktisch sofort und ohne nennenswerten Kursverlust in konvertible Devisen umtauschen lassen. Solche Aktiva sind insbesondere Gold sowie die vom Internationalen Währungsfonds ausgegebenen Sonderziehungsrechte. Die Änderungen aller übrigen Forderungen sowie der Verbindlichkeiten werden in der Kapitalbilanz registriert [vgl. Deutsche Bundesbank, (1999), S. 57; Jarchow/Rühmann (2000), S. 9; Rose/Sauernheimer (1999), S. 9 ff.].

Der Saldo der Devisenbilanz (DB) ergibt sich – analog zum Saldo der Kapitalbilanz – als transaktionsbedingte Änderung der Verbindlichkeiten minus transaktionsbedingte Änderung der Forderungen. Nun werden, wie erwähnt, Änderungen der Verbindlichkeiten in der Devisenbilanz nicht erfasst, während als Änderung der Forderungen in dieser Teilbilanz nur die transaktionsbedingte Änderung der Währungsreserven zum Tragen kommt; damit folgt, dass der Saldo gerade mit der negativen ( Netto-) Änderung der Währungsreserven ( $\Delta WR^{\text{trans}}$ ) übereinstimmt, d.h. mit der Differenz aus dem Zugang und dem Abgang an Währungsreserven:

$$(2.8) \quad DB = -\Delta WR^{\text{trans}}$$

In den Abbildungen 2.1.1 (3b) und 2.1.1 (3f) finden sich empirische Ergebnisse für Deutschland bzw. für das Eurogebiet. Für das Euro-Gebiet zeigt die folgende Abbildung im oberen Teil die Bestände. Deren transaktionsbedingte Änderung wird in Zahlungsbilanz erfasst und findet sich in dem Teil der Tabelle, der mit „transactions“ übertitelt ist. Die Tabelle zeigt, wie sich diese transaktionsbedingte Gesamt-Änderung der Währungsreserven auf die verschiedenen Reservekomponenten verteilte.

**Abbildung 2.1.2 (4): Währungsreserven des Euro-Gebiets: Bestände  
und transaktionsbedingte Änderungen (Mrd Euro)**

	Reserve assets													Memo		
	Total	Monetary gold		Special drawing rights	Reserve position in the IMF	Foreign exchange								Other claims	Other foreign currency assets	Predetermined short-term net drains in foreign currency
		In EUR billions	In fine troy ounces (millions)			Total	Currency and deposits		Securities				Financial derivatives			
							With monetary authorities and the BIS	With banks	Total	Equity	Bonds and notes	Money market instruments				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
	Outstanding amounts (international investment position)															
2005	320.1	163.4	375.861	4.3	10.6	141.7	12.6	21.4	107.9	0.6	69.4	38.0	-0.2	0.0	25.6	-17.9
2006	325.8	176.3	365.213	4.6	5.2	139.7	6.3	22.5	110.7	0.5	79.3	30.8	0.3	0.0	24.6	-21.5
2007	347.4	201.0	353.688	4.6	3.6	138.2	7.2	22.0	108.5	0.4	87.8	20.3	0.5	0.0	44.3	-38.5
2008 Q2	353.9	207.9	352.314	4.3	4.0	137.7	7.4	24.0	105.6	0.5	89.9	15.2	0.6	0.0	59.7	-59.3
Q3	370.9	216.8	350.634	4.6	4.0	145.4	11.6	18.1	117.8	0.5	100.0	17.2	-2.1	0.0	187.3	-185.3
Q4	383.9	217.0	349.190	4.7	7.3	154.8	7.6	8.0	129.5	0.6	111.0	17.9	9.7	0.1	262.8	-245.7
2009 Mar.	395.7	240.4	349.059	4.8	8.4	142.1	8.4	3.7	129.9	-	-	-	0.1	0.1	155.4	-141.4
Apr.	386.3	231.4	347.851	4.8	8.4	141.6	8.2	4.7	128.6	-	-	-	0.1	0.0	130.1	-116.6
May	392.2	240.6	347.784	4.6	10.8	136.0	7.9	5.9	121.9	-	-	-	0.4	0.1	103.1	-90.7
	Transactions															
2006	0.9	-4.2	-	0.5	-5.2	9.8	-6.1	2.4	13.6	0.0	19.3	-5.7	0.0	0.0	-	-
2007	5.1	-3.2	-	0.3	-0.9	8.8	1.0	1.6	6.2	0.0	14.5	-8.3	0.0	0.0	-	-
2008	3.9	-2.1	-	-0.1	3.7	2.3	4.9	-15.7	11.8	0.1	15.8	-4.1	1.3	0.1	-	-
2008 Q3	-1.6	-0.3	-	0.1	-0.2	-1.3	4.5	-7.7	1.7	0.0	1.8	-0.1	0.3	0.0	-	-
Q4	0.4	-0.9	-	0.0	3.2	-2.0	0.5	-10.7	7.1	0.0	6.2	0.9	1.1	0.1	-	-
2009 Q1	-5.7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: European Central Bank (2009), S. S67.

Maßgeblich für die gesonderte Ausweisung von Änderungen der Währungsreserven ist deren Einsatzfähigkeit für Interventionen auf dem Devisenmarkt. Die Währungsreserven sind zudem Teil der Netto-Auslandsaktiva der Zentralbank; sie bilden damit eine Entstehungskomponente der Zentralbankgeldmenge und sind insofern geldpolitisch relevant [vgl. Krugman/Obstfeld (2006), S. 388]. Um die Änderung der Netto-Auslandsaktiva der Zentralbank für eine Periode zu ermitteln, muss man neben dem negativen Saldo der Devisenbilanz den Saldo der Änderungen aller übrigen Forderungen sowie der Verbindlichkeiten der Zentralbank heranziehen. Soweit diese Änderungen durch Transaktionen zustande kommen, werden sie in der Kapitalbilanz erfasst (zusammen mit den transaktionsbedingten Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der übrigen inländischen Sektoren). Wir analysieren den Zusammenhang zwischen Währungsreserven und Geldmenge in Abschnitt 3.5

#### (5) Gesamtbilanz und Zahlungsbilanz

##### (a) Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz ist die Zusammenfassung von Leistungsbilanz, Bilanz der Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz. Dementsprechend ergibt sich ihr Saldo (GB) als Summe der Salden dieser drei Teilbilanzen:

$$(2.9) \quad GB = LB + VÜB + KB$$

## (b) Zahlungsbilanz

Wie in 2.1 bereits erwähnt, ist die Zahlungsbilanz als Ganzes wegen der doppelten Verbuchung aller Transaktionen stets ausgeglichen. Dementsprechend ergänzen sich die Salden ihrer vier Teilbilanzen zu Null:

$$(2.10) \quad 0 = LB + VÜB + KB + DB$$

Aus (2.9) und (2.10) folgt, dass der Saldo der Devisenbilanz (DB) gerade mit dem negativen Saldo der Gesamtbilanz übereinstimmt:

$$(2.11) \quad DB = -GB$$

Wegen (2.8) entspricht damit der Saldo der Gesamtbilanz der transaktionsbedingten Änderung der Währungsreserven:

$$(2.12) \quad GB = -\Delta WR^{\text{trans}}$$

## 2.2 Auslandsaktiva und -passiva: Auslandsvermögensstatus

### (1) Auslandsvermögensrechnung: Bestandsrechnung

Die Zahlungsbilanz als zusammengefasste Strom- und Bestandsänderungsrechnung wird durch eine Bestandsrechnung ergänzt, die Auslandsvermögensrechnung. Ihr Ergebnis ist die vollständige bilanzielle Darstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten der Inländer gegenüber allen Ausländern, der Auslandsvermögensstatus. Als Sammelkonto nimmt er gewissermaßen die Gegenbuchungen zu denjenigen Kreditbeziehungen in der sektoralen Geldvermögensrechnung des Inlands auf, deren Gläubiger oder Schuldner Ausländer sind. In Übereinstimmung mit der o.g. Unterteilung der Vermögens-transaktionen der Zahlungsbilanz gliedern sich auch die Aktiva und Passiva des Auslandsvermögensstatus in Direktinvestitionen, Wertpapiere, Kredite und sonstige Anlagen sowie Währungsreserven [vgl. Deutsche Bundesbank (1998), S. 80].

Das Netto-Auslandsvermögen des Inlands, auch als Auslandsvermögensposition oder als Netto-Auslandsposition (NAP) bezeichnet, ist der Saldo der Forderungen (FA) und Verbindlichkeiten (VA) gegenüber Ausländern:

$$(2.11) \quad NAP = FA - VA$$

Abbildung 2.2. Auslandsvermögensstatus

Auslandsforderungen (FA)	Auslandsverbindlichkeiten (VA)
	Netto-Auslandsposition (NAP)

Für die Bundesrepublik veröffentlicht die Deutsche Bundesbank Angaben zum „Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland“ im Beiheft „Zahlungsbilanzstatistik“ ihres Monatsberichts. Abb. 2.2 (1a) zeigt Ergebnisse von Anfang 1999 bis Ende 2007.

Die folgende Abbildung zeigt den Vermögensstatus des Euro-Gebiets gegenüber der übrigen Welt. Sie ist der deutschsprachigen Übersetzung des Monatsberichts der Europäischen Zentralbank entnommen. (Die Übersetzung wird unter der Regie der Deutschen Bundesbank angefertigt.)

**Abbildung 2.2 (1b): Vermögensstatus des Eurogebiets gegenüber der übrigen Welt**

Mrd Euro am Ende des Berichtszeitraums

	Insgesamt <sup>(1)</sup>			Insgesamt in % des BIP			Direkt- investitionen		Wertpapier- anlagen		Finanz- derivate (netto) 11	Übriger Kapitalverkehr		Wäh- rungs- reserven 14
	Aktiva 1	Passiva 2	Saldo 3	Aktiva 4	Passiva 5	Saldo 6	Aktiva 7	Passiva 8	Aktiva 9	Passiva 10		Aktiva 12	Passiva 13	
	Bestände (Auslandsvermögensstatus)													
2004	8 602,5	9 518,4	-915,9	109,5	121,2	-11,7	2 268,7	2 235,4	3 045,0	4 080,2	-37,4	3 045,2	3 202,9	281,0
2005	10 785,2	11 605,3	-820,2	132,3	142,4	-10,1	2 790,8	2 444,3	3 887,5	5 109,1	-21,4	3 805,8	4 052,0	322,5
2006	12 258,8	13 306,1	-1 047,3	143,3	155,6	-12,2	3 131,7	2 728,7	4 371,5	5 866,5	-20,8	4 448,7	4 711,0	327,7
2007	13 750,6	14 915,4	-1 164,9	152,9	165,8	-13,0	3 526,1	3 091,6	4 653,8	6 340,0	-10,2	5 233,5	5 483,9	347,4
2008 Q3	13 929,1	15 185,3	-1 256,3	150,5	164,1	-13,6	3 777,4	3 198,8	4 281,0	6 029,1	23,2	5 476,5	5 957,5	370,9
Q4	13 126,5	14 847,4	-1 720,9	141,6	160,1	-18,6	3 753,7	3 185,7	3 747,3	5 978,2	19,7	5 222,0	5 683,5	383,9

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S63.

Abbildung 2.2 (1a): Vermögensstatus Deutschlands gegenüber dem Ausland

Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Monetäre Finanzinstitute (ohne Bundesbank)							Unternehmen und Privatpersonen						
	Ins- gesamt	ins- gesamt	darunter:		Wertpapieranlagen		Kredite 2)	ins- gesamt	Direktinvestitionen				Wert-  Grund- besitz	zu- sammen
			Direkt- investi- tionen 1)	zu- sammen	Aktien	Anleihen	zu- sammen		darunter kurz- fristig	zu- sammen	Beteili- gungs- kapital 1)	Direkt- investi- tions- kredite 3)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Aktiva														
1999 Jan. 6)	1 915 750	750 030	34 524	148 533	6 608	130 748	566 054	322 150	1 017 687	277 881	201 647	42 606	33 628	470 781
1999	2 443 751	884 867	50 308	211 460	12 125	186 000	621 621	334 592	1 372 749	360 674	264 113	51 184	45 377	677 745
2000	2 840 704	1 060 236	66 313	263 267	20 436	230 152	729 168	397 584	1 614 061	456 797	347 659	52 866	56 272	807 069
2001	3 117 857	1 248 959	66 121	310 343	23 303	272 719	870 964	485 572	1 741 920	559 193	441 734	51 738	65 721	796 857
2002	3 055 676	1 332 669	64 396	317 179	12 923	283 004	949 489	562 359	1 575 408	510 415	410 685	21 525	78 205	712 145
2003	3 215 792	1 442 626	66 246	353 373	14 351	318 034	1 021 325	627 398	1 635 779	504 238	414 092	1 431	91 577	740 249
2004	3 500 822	1 614 301	58 190	430 110	12 286	387 140	1 123 872	744 352	1 748 997	539 909	427 151	3 617	109 141	800 027
2005	4 092 020	1 863 535	71 971	540 855	21 996	478 253	1 248 477	781 965	2 047 796	632 149	498 965	5 558	127 626	998 715
2006	4 550 626	2 188 931	97 270	665 149	22 276	595 533	1 424 132	900 665	2 207 030	671 322	532 471	4 901	133 950	1 052 253
2007	5 004 342	2 431 909	95 642	734 859	23 808	642 234	1 598 836	1 001 080	2 350 904	752 724	586 409	27 892	138 423	1 053 459
Passiva														
1999 Jan. 6)	1 882 085	904 254	8 352	245 522	26 731	201 797	649 555	407 702	544 680	207 555	99 490	102 678	5 387	227 822
1999	2 353 489	1 136 959	8 334	350 513	43 445	250 963	777 366	489 710	809 222	280 787	124 499	151 083	5 205	340 778
2000	2 773 741	1 329 969	10 091	416 418	53 107	309 085	902 654	598 265	1 003 860	487 027	248 477	233 508	5 042	285 023
2001	2 934 502	1 437 484	8 911	452 491	33 306	380 993	975 275	661 550	1 041 349	464 062	197 766	261 371	4 925	322 181
2002	2 947 292	1 471 697	10 257	525 606	15 870	451 374	935 028	635 521	946 212	494 505	223 895	265 785	4 825	209 423
2003	3 073 902	1 475 488	10 066	564 824	26 708	474 930	899 784	619 802	1 053 294	517 396	264 387	248 374	4 635	289 669
2004	3 253 139	1 576 767	11 316	648 323	28 268	566 989	916 275	652 474	1 064 560	516 737	294 843	217 136	4 758	296 271
2005	3 609 322	1 758 027	28 518	758 569	48 958	660 815	970 082	706 774	1 151 014	520 720	306 614	208 482	5 624	360 459
2006	3 914 339	1 824 487	35 885	782 882	57 378	680 123	1 004 605	761 166	1 378 670	571 736	330 975	228 551	12 210	450 185
2007	4 359 722	2 032 008	56 260	926 970	70 614	780 578	1 047 554	826 814	1 570 076	624 201	356 707	249 793	17 701	556 985
Saldo														
1999 Jan. 6)	33 665	- 154 224	26 172	- 96 989	- 20 123	- 71 049	- 83 501	- 85 552	473 007	70 326	102 157	- 60 072	28 241	242 959
1999	90 262	- 252 092	41 974	- 139 053	- 31 320	- 64 963	- 155 745	- 155 118	563 527	79 887	139 614	- 99 899	40 172	336 967
2000	66 963	- 269 733	56 222	- 153 151	- 32 671	- 78 933	- 173 486	- 200 681	610 201	- 30 230	99 182	- 180 642	51 230	522 046
2001	183 355	- 188 525	57 210	- 142 148	- 10 003	- 108 274	- 104 311	- 175 978	700 571	95 131	243 968	- 209 633	60 796	474 676
2002	108 384	- 139 028	54 139	- 208 427	- 2 947	- 168 370	14 461	- 73 162	629 196	15 910	186 790	- 244 260	73 380	502 722
2003	141 890	- 32 862	56 180	- 211 451	- 12 357	- 156 896	121 541	7 596	582 485	- 13 158	149 705	- 249 805	86 942	450 580
2004	247 683	37 534	46 874	- 218 213	- 15 982	- 179 849	207 597	91 878	684 436	23 173	132 308	- 213 519	104 384	503 756
2005	482 698	105 508	43 453	- 217 714	- 26 962	- 182 562	278 394	75 191	896 782	111 429	192 351	- 202 924	122 002	638 257
2006	636 287	364 444	61 385	- 117 733	- 35 102	- 84 590	419 527	139 499	828 361	99 587	201 496	- 223 650	121 741	602 068
2007	644 620	399 902	39 382	- 192 111	- 46 806	- 138 344	551 282	174 266	780 828	128 524	229 703	- 221 901	120 722	496 474

papieranlagen						Kredite		Öffentliche Haushalte						Bundesbank		Stand am Ende des Berichts- zeitraums
darunter:			aus Finanz- beziehungen			Handels- kredite	sonstige Anlagen	ins- gesamt	Wert- papier- anlagen	Kredite 5)	sonstige Anlagen	Wah- rungs- reserven	sonstige Anlagen	Sonstige Auslands- passiva		
Aktien	Invest- ment- zerti- fika	An- leihen 4)	zu- sammen	darunter kurz- fristig												
15	16	17	18	19	20											
21	22	23	24	25	26	27	28									
Aktiva																
226 423	79 531	161 313	175 445	163 220	72 946	20 634	52 717	-	38 039	14 678	93 940	1 376	-	1999 Jan. 6)		
394 163	94 658	186 680	223 834	184 763	88 299	22 197	44 177	-	28 762	15 415	93 039	48 919	-	1999		
463 903	127 625	214 071	236 455	189 562	90 332	23 408	65 645	-	49 406	16 239	93 815	6 947	-	2000		
397 320	129 591	268 747	270 020	219 168	91 348	24 502	50 831	-	33 709	17 122	93 215	-	-	2001		
276 660	118 374	313 705	242 058	195 511	85 501	25 289	43 651	-	27 104	16 547	85 002	18 946	-	2002		
296 496	134 931	304 547	276 484	228 066	87 159	27 649	41 993	-	26 010	15 983	76 680	18 714	-	2003		
313 922	150 186	330 229	289 436	239 410	89 710	29 914	44 414	-	28 291	16 123	71 335	21 775	-	2004		
410 016	199 731	384 041	286 053	242 830	97 861	33 018	50 421	-	33 059	17 362	86 181	44 086	-	2005		
361 025	259 811	427 113	339 631	259 184	106 517	37 307	50 276	1 973	31 055	17 248	84 765	19 624	-	2006		
311 255	304 964	429 080	391 341	260 177	112 403	40 976	42 036	2 893	22 002	17 141	92 545	86 947	-	2007		
Passiva																
217 769	2 087	6 300	72 098	46 209	35 821	1 384	424 982	401 897	22 719	366	-	8 169	-	1999 Jan. 6)		
320 941	8 041	7 482	139 413	82 683	46 859	1 385	401 129	387 375	13 342	412	-	6 179	-	1999		
249 805	18 894	9 825	173 277	109 632	56 875	1 658	433 320	419 700	13 124	496	-	6 592	-	2000		
279 818	17 095	18 059	190 857	105 178	62 549	1 700	446 917	432 352	14 040	525	-	8 752	-	2001		
166 359	18 186	20 304	181 842	89 402	58 663	1 779	520 378	505 700	14 254	424	-	9 005	-	2002		
241 492	16 948	23 424	185 023	89 441	59 371	1 835	534 677	517 541	16 686	450	-	10 443	-	2003		
242 244	18 674	27 900	184 261	90 149	64 748	2 543	603 876	584 526	18 738	613	-	7 935	-	2004		
299 442	25 569	30 542	194 611	97 804	71 992	3 232	693 995	671 252	22 128	615	-	6 285	-	2005		
380 209	33 954	28 696	270 177	129 058	83 139	3 432	706 364	683 284	22 109	971	-	4 819	-	2006		
457 365	38 230	33 652	289 304	130 147	96 065	3 521	741 634	720 298	20 116	1 220	-	16 005	-	2007		
Saldo																
8 654	77 444	155 013	103 347	117 011	37 125	19 250	- 372 265	- 401 897	15 320	14 312	93 940	- 6 793	-	1999 Jan. 6)		
73 222	86 617	179 198	84 421	102 080	41 440	20 812	- 356 952	- 387 375	15 420	15 003	93 039	42 740	-	1999		
214 098	108 731	204 246	63 178	79 930	33 457	21 750	- 367 675	- 419 700	36 282	15 743	93 815	355	-	2000		
117 502	112 496	250 688	79 163	113 990	28 799	22 802	- 396 086	- 432 352	19 669	16 597	93 215	- 25 820	-	2001		
110 301	100 188	293 401	60 216	106 109	26 838	23 510	- 476 727	- 505 700	12 850	16 123	85 002	9 941	-	2002		
55 004	117 983	281 123	91 461	138 625	27 788	25 814	- 492 684	- 517 541	9 324	15 533	76 680	8 271	-	2003		
71 678	131 512	302 329	105 174	149 262	24 962	27 371	- 559 462	- 584 526	9 553	15 510	71 335	13 840	-	2004		
110 573	174 162	353 499	91 442	145 026	25 868	29 786	- 643 574	- 671 252	10 931	16 747	86 181	37 801	-	2005		
- 19 184	225 857	398 417	69 453	130 126	23 378	33 875	- 656 088	- 681 311	8 946	16 277	84 765	14 805	-	2006		
- 146 110	266 734	395 428	102 037	130 030	16 338	37 455	- 699 598	- 717 405	1 886	15 921	92 545	70 942	-	2007		

## (2) Währungsreserven als Teil des Auslandsvermögens

Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Komponenten der Netto-Währungsreserven des Eurosystems, d. h. der Europäischen Zentralbank und der nationalen Zentralbanken der Euroländer. Die Währungsreserven sind Teil des Auslandsvermögens des Euro-Gebiets; sie sind deshalb auch in dessen Auslandsvermögensstatus enthalten [s. Abb. 2.2 (1b)].

**Abbildung 2.2 (2a): Währungsreserven des Eurosystems**

Mrd Euro am Ende des Berichtszeitraums

	Währungsreserven													Nachrichtlich		
	Ins- gesamt	Monetäre Goldreserven		Sonder- zie- hungs- rechte	Re- serve- posi- tion im IWF	Devisenreserven								Sonstige Reser- ven	Sonstige Fremd- währungs- aktiva	Feststehende kurzfristige Netto- abflüsse in Fremd- währung
		In Mrd €	Feinunzen (in Mio)			Zu- sammen	Bargeld und Einlagen		Wertpapiere			Finanz- derivate				
							Bei Wäh- rungs- behörden und der BIZ	Bei Banken	Zu- sammen	Aktien und Invest- ment- zerti- fikate	Anlei- hen		Geld- markt- papiere			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
	Bestände (Auslandsvermögensstatus)															
2005	320,1	163,4	375,861	4,3	10,6	141,7	12,6	21,4	107,9	0,6	69,4	38,0	-0,2	0,0	25,6	-17,9
2006	325,8	176,3	365,213	4,6	5,2	139,7	6,3	22,5	110,7	0,5	79,3	30,8	0,3	0,0	24,6	-21,5
2007	347,4	201,0	353,688	4,6	3,6	138,2	7,2	22,0	108,5	0,4	87,8	20,3	0,5	0,0	44,3	-38,5
2008 Q2	353,9	207,9	352,314	4,3	4,0	137,7	7,4	24,0	105,6	0,5	89,9	15,2	0,6	0,0	59,7	-59,3
Q3	370,9	216,8	350,634	4,6	4,0	145,4	11,6	18,1	117,8	0,5	100,0	17,2	-2,1	0,0	187,3	-185,3
Q4	383,9	217,0	349,190	4,7	7,3	154,8	7,6	8,0	129,5	0,6	111,0	17,9	9,7	0,1	262,8	-245,7

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S67.

Nur ein Teil der Währungsreserven des Euro-Systems ist im Bestand der Europäischen Zentralbank (EZB); Ende 2006 belief er sich auf ca. 15%. Der übrige Teil verbleibt bei den nationalen Zentralbanken der Euro-Staaten. Als der Euro Anfang Januar 1999, zu Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion, eingeführt wurde, ging die geldpolitische Kompetenz auf das Eurosystem über. Zu diesem Zeitpunkt übertrugen die teilnehmenden Zentralbanken Teile ihrer Währungsreserven an die EZB. Es war geplant, bei einer Mitgliedschaft aller damals 15 Mitgliedstaaten der EU 50 Mrd. Euro an die EZB zu übertragen; allerdings nahmen zunächst nur elf Staaten am an der Währungsunion teil. Von den 50 Mrd. Euro sollte jedes Euro-Land einen Anteil übernehmen, der seinem Anteil am Kapital der EZB entsprach. So übertrug die Deutsche Bundesbank entsprechend ihrem Kapitalanteil von 24,5% Währungsreserven von 12,25 Mrd. Euro. Der Betrag war zu 15% in Gold und zu 85% in Devisen zu zahlen. Die auf die EZB übertragenen Reserven werden weiterhin von den nationalen Zentralbanken verwaltet, allerdings im Namen und nach Vorgaben der EZB. Der Übertragung der Reserven stehen Forderungen der nationalen Zentralbanken an die EZB gegenüber, die verzinst werden. Die Ausstattung mit Währungsreserven ermöglicht der EZB Interventionen am Devisenmarkt [vgl. Görgens/ Ruckriegel/Seitz (1999), S. 36 f.].

Die folgende Tabelle zeigt die Währungsreserven als Teil der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank. Die Währungsreserven wurden bereits im Auslandsvermögensstatus für Deutschland in Abb. 2.2 (1a) aufgeführt. Man erkennt nun deren Zusammensetzung: z. B. enthielten die Währungsreserven per Ende 2004 (71,3 Mrd. Euro) vor allem Gold (35,5 Mrd. Euro) und Devisen (29,3 Mrd. Euro).

Abbildung 2.2 (2b): Auslandsposition der Deutschen Bundesbank

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Mio €									
	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten <sup>3)</sup>	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets <sup>1) 3)</sup>	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) <sup>2)</sup>	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1999 Jan. <sup>4)</sup>	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 73\*.

### (3) Änderungen von Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern und damit die Netto-Auslandsposition werden nicht nur durch Transaktionen, etwa durch Wertpapiergeschäfte zwischen Inländern und Ausländern, verändert. Viel-mehr verändern sie sich auch aufgrund von Bewertungsverschiebungen, z.B. durch Kursänderungen von Wertpapieren oder durch Wechselkursanpassungen. Da die Zahlungsbilanz, wie erwähnt, nur Transaktionen er-fasst, lassen sich die Änderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aus ihr nicht vollständig ermessen. Die in der Zahlungsbilanz erfassten transaktionsbedingten Änderungen der Auslandsforderungen ( $\Delta FA^{\text{trans}}$ ) müssen also um die Wertanpassungen der am Periodenanfang bereits bestehenden Forderungen ergänzt werden, die im Verlauf der Periode durch Änderungen von Preis-Größen zustande kommen. Wir bezeichnen diese Wertanpassungen als  $\Delta FA^{\text{preis}}$ .

$$(2.12) \quad \Delta FA = \Delta FA^{\text{trans}} + \Delta FA^{\text{preis}}$$



Analog kann sich der Bestand an Auslandsverbindlichkeiten ebenfalls sowohl durch Transaktionen ( $\Delta VA^{\text{trans}}$ ) als auch durch Umbewertungen ( $\Delta VA^{\text{preis}}$ ) verändern:

$$(2.13) \quad \Delta VA = \Delta VA^{\text{trans}} + \Delta VA^{\text{preis}}$$

Für das Auslandsvermögen des Eurogebiets weist die EZB die Änderungen durch Transaktionen und durch Umbewertungen getrennt aus, wie die folgende Tabelle zeigt. Die Tabelle enthält in ihrem oberen Teil auch die bereits in Abb. 2.2 (1b) aufgeführten Bestände.

Abbildung 2.2 (3a): Auslandsvermögen des Euro-Systems: Stand und Veränderung

	Insgesamt <sup>(1)</sup>			Insgesamt in % des BIP			Direkt- investitionen		Wertpapier- anlagen		Finanz- derivate (netto)	Übriger Kapitalverkehr		Wäh- rungs- reserven
	Aktiva 1	Passiva 2	Saldo 3	Aktiva 4	Passiva 5	Saldo 6	Aktiva 7	Passiva 8	Aktiva 9	Passiva 10		11	Aktiva 12	
	Bestände (Auslandsvermögensstatus)													
2004	8 602,5	9 518,4	-915,9	109,5	121,2	-11,7	2 268,7	2 235,4	3 045,0	4 080,2	-37,4	3 045,2	3 202,9	281,0
2005	10 785,2	11 605,3	-820,2	132,3	142,4	-10,1	2 790,8	2 444,3	3 887,5	5 109,1	-21,4	3 805,8	4 052,0	322,5
2006	12 258,8	13 306,1	-1 047,3	143,3	155,6	-12,3	3 131,7	2 728,7	4 371,5	5 866,5	-20,8	4 448,7	4 711,0	327,7
2007	13 750,6	14 915,4	-1 164,9	152,9	165,8	-13,0	3 526,1	3 091,6	4 653,8	6 340,0	-10,2	5 233,5	5 483,9	347,4
2008 Q3	13 929,1	15 185,3	-1 256,3	150,5	164,1	-13,6	3 777,4	3 198,8	4 281,0	6 029,1	23,2	5 476,5	5 957,5	370,9
Q4	13 126,5	14 847,4	-1 720,9	141,6	160,1	-18,6	3 753,7	3 185,7	3 747,3	5 978,2	19,7	5 222,0	5 683,5	383,9
	Veränderung der Bestände													
2004	740,8	888,6	-147,8	9,4	11,3	-1,9	99,2	151,2	389,4	494,0	-17,3	295,4	243,4	-25,7
2005	2 182,7	2 086,9	95,7	26,8	25,6	1,2	522,1	209,0	842,5	1 028,9	16,0	760,6	849,1	41,5
2006	1 473,6	1 700,8	-227,1	17,2	19,9	-2,7	340,9	284,3	484,0	757,4	0,6	642,9	659,0	5,2
2007	1 491,8	1 609,3	-117,5	16,6	17,9	-1,3	394,4	362,9	282,3	473,5	10,6	784,7	772,9	19,7
2008 Q3	229,7	288,3	-58,6	10,0	12,6	-2,6	112,7	45,7	-151,1	-20,8	27,9	223,2	263,4	17,0
Q4	-802,5	-337,9	-464,6	-34,0	-14,3	-19,7	-23,8	-13,0	-533,8	-50,9	-3,5	-254,5	-274,0	13,0
	Transaktionen													
2005	1 329,2	1 339,4	-10,2	16,3	16,4	-0,1	358,4	152,4	416,2	543,3	17,3	554,9	643,7	-17,7
2006	1 680,0	1 821,4	-141,4	19,6	21,3	-1,7	417,4	259,8	527,6	821,4	-3,3	737,4	740,3	0,9
2007	1 896,7	1 937,9	-41,2	21,1	21,5	-0,5	474,2	381,7	439,5	599,3	67,0	910,9	956,9	5,1
2008	395,2	708,8	-313,6	4,3	7,6	-3,4	351,0	99,7	-14,7	424,5	30,9	24,2	184,7	3,9
2008 Q3	135,6	197,3	-61,7	5,9	8,6	-2,7	88,7	52,8	-60,9	60,7	8,4	101,0	83,8	-1,6
Q4	-373,1	-236,4	-136,7	-15,8	-10,0	-5,8	50,5	-36,2	-155,3	46,5	-9,2	-259,6	-246,8	0,4
2009 Q1	-238,9	-133,3	-105,6	-10,9	-6,1	-4,8	75,0	28,4	-55,0	79,6	-10,0	-243,2	-241,3	-5,7
2008 Dez.	-225,5	-205,8	-19,7	-	-	-	8,0	-14,5	-22,1	-15,7	2,9	-206,4	-175,6	-7,9
2009 Jan.	-14,3	36,9	-51,2	-	-	-	27,2	11,3	20,8	13,5	-5,8	-51,2	12,1	-5,4
Febr.	-110,3	-113,7	3,4	-	-	-	20,4	8,6	-21,0	35,1	-3,6	-104,9	-157,4	-1,1
März	-114,3	-56,4	-57,8	-	-	-	27,4	8,6	-54,8	31,0	-0,6	-87,1	-96,1	0,9
April	77,9	80,6	-2,8	-	-	-	56,6	55,4	0,4	-5,7	-6,7	27,7	30,9	-0,1
	Sonstige Veränderungen													
2004	-76,9	97,0	-173,9	-1,0	1,2	-2,2	-69,8	61,8	43,6	76,2	-25,8	-11,7	-41,0	-13,3
2005	853,5	747,5	105,9	10,5	9,2	1,3	163,7	56,5	426,3	485,6	-1,4	205,7	205,4	59,2
2006	-206,4	-120,6	-85,7	-2,4	-1,4	-1,0	-76,5	24,5	-43,6	-63,9	3,9	-94,4	-81,3	4,3
2007	-404,9	-328,5	-76,3	-4,5	-3,7	-0,8	-79,7	-18,8	-157,2	-125,8	-56,4	-126,1	-184,0	14,6
	Sonstige wechselkursbedingte Veränderungen													
2004	-168,8	-96,4	-72,4	-2,1	-1,2	-0,9	-36,0	7,4	-62,3	-50,2	-	-61,2	-53,5	-9,4
2005	369,3	214,4	154,9	4,5	2,6	1,9	86,9	-18,2	136,8	118,1	-	126,9	114,5	18,7
2006	-321,7	-207,9	-113,8	-3,8	-2,4	-1,3	-70,7	11,7	-131,1	-118,0	-	-104,6	-101,5	-15,3
2007	-501,6	-244,1	-257,5	-5,6	-2,7	-2,9	-110,0	27,1	-194,5	-124,1	-	-182,2	-147,1	-14,9
	Sonstige preisbedingte Veränderungen													
2004	102,1	218,6	-116,5	1,3	2,8	-1,5	30,7	25,0	100,3	193,6	-25,8	-	-	-3,1
2005	288,1	327,5	-39,4	3,5	4,0	-0,5	60,7	48,6	186,6	278,9	-1,4	-	-	42,1
2006	297,0	309,5	-12,5	3,5	3,6	-0,1	61,2	39,4	215,7	270,1	3,9	-	-	16,3
2007	156,6	-63,8	220,3	1,7	-0,7	2,4	29,6	12,3	151,7	-76,1	-56,4	-	-	31,6
	Sonstige anpassungsbedingte Veränderungen													
2004	-10,3	-25,2	15,0	-0,1	-0,3	0,2	-64,5	29,4	5,6	-67,2	-	49,5	12,5	-0,8
2005	195,5	205,6	-10,2	2,4	2,5	-0,1	16,0	26,1	102,9	88,6	-	78,8	90,9	-2,2
2006	-181,4	-222,3	40,9	-2,1	-2,6	0,5	-67,0	-26,6	-128,2	-216,0	-	10,2	20,3	3,7
2007	-59,5	-20,7	-38,9	-0,7	-0,2	-0,4	0,6	-58,2	-114,3	74,4	-	56,0	-36,8	-1,9

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S63.

Auch die Bank von Frankreich weist für das gesamte französische Auslandsvermögen und seine Komponenten die transaktions- und die bewertungsbedingten Änderungen aus. Dies verdeutlicht die folgende Tabelle.



Abbildung 2.2 (3b): Stand und Veränderung des französischen Auslandsvermögens

Évolution de la position extérieure de la France entre fin 2007 et fin 2008 (avec estimation des investissements directs en valeur de marché)								T3-1
(en milliards d'euros)								
	Encours à fin 2007	Flux de balance des paiements 2008 (a)	Variations dues aux évolutions des cours de change et de Bourse et autres ajustements (a)				Total des variations entre les deux encours (a)	Encours à fin 2008
			Total	Variation de change	Variation boursière	Autres ajustements		
		1	2	3				4 = (2 + 3)
<b>Investissements directs</b>	<b>370,0</b>	<b>70,4</b>	<b>- 244,1</b>	<b>- 22,1</b>	<b>- 211,3</b>	<b>- 10,7</b>	<b>- 173,6</b>	<b>196,4</b>
Français à l'étranger	1 226,9	136,7	- 427,6	- 21,6	- 389,6	- 16,4	- 290,8	936,1
Capital social	945,2	65,2	- 428,9	- 22,9	- 389,6	- 16,4	- 363,6	581,6
Autres opérations	281,7	71,5	1,3	1,3	0,0	0,0	72,8	354,5
Étrangers en France	- 856,9	- 66,3	183,5	- 0,5	178,3	5,7	117,2	- 739,7
Capital social	- 589,5	- 22,4	184,0	0,0	178,3	5,7	161,6	- 427,9
Autres opérations	- 267,4	- 43,9	- 0,5	- 0,5	0,0	0,0	- 44,4	- 311,8
<b>Investissements de portefeuille</b>	<b>48,1</b>	<b>- 89,4</b>	<b>- 37,7</b>	<b>6,0</b>	<b>- 48,0</b>	<b>4,4</b>	<b>- 127,1</b>	<b>- 79,0</b>
Titres étrangers	2 036,0	76,6	- 295,4	3,3	- 298,7	0,0	- 218,8	1 817,2
Actions et titres d'OPCVM	583,7	9,5	- 261,5	- 5,9	- 255,6	0,0	- 252,0	331,7
Obligations et assimilés	1 325,8	36,5	- 47,3	- 3,6	- 43,8	0,1	- 10,8	1 315,0
Instruments du marché monétaire	126,6	30,6	13,4	12,8	0,7	- 0,1	44,0	170,6
Titres français	- 1 987,9	- 166,1	257,7	2,8	250,6	4,3	91,6	- 1 896,2
Actions et titres d'OPCVM	- 720,3	9,9	276,8	- 0,5	272,9	4,4	286,6	- 433,7
Obligations et assimilés	- 1 152,3	- 125,5	- 17,0	3,2	- 20,2	0,0	- 142,4	- 1 294,7
Instruments du marché monétaire	- 115,3	- 50,5	- 2,1	0,0	- 2,1	0,0	- 52,6	- 167,9
Pour mémoire : valeurs du Trésor	- 573,0	- 96,1	- 30,2	-	-	-	- 126,3	- 699,3
<b>Produits financiers dérivés</b>	<b>- 74,5</b>	<b>7,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0,0</b>	<b>7,0</b>	<b>- 67,5</b>
<b>Autres investissements</b>	<b>- 427,9</b>	<b>- 57,6</b>	<b>- 10,6</b>	<b>- 14,8</b>	<b>-</b>	<b>4,2</b>	<b>- 68,1</b>	<b>- 496,0</b>
Crédits commerciaux et avances à la commande	8,7	- 0,6	4,1	- 0,1	-	4,2	3,4	12,1
Créances	81,7	- 0,6	3,6	0,7	-	2,9	3,0	84,6
Engagements	- 73,0	0,0	0,5	- 0,8	-	1,3	0,5	- 72,5
Position dépôts-crédits	- 436,6	- 56,9	- 14,7	- 14,7	-	0,0	- 71,6	- 508,1
Banque de France	- 48,2	- 141,5	2,4	2,4	-	0,0	- 139,0	- 187,2
Créances	39,6	- 11,0	1,2	1,2	-	0,0	- 9,7	29,9
Engagements	- 87,8	- 130,5	1,2	1,2	-	0,0	- 129,3	- 217,1
Administrations publiques	6,1	- 6,6	0,2	0,2	-	0,0	- 6,4	- 0,2
Créances	25,2	- 1,0	0,2	0,2	-	0,0	- 0,7	24,5
Engagements	- 19,1	- 5,6	0,0	0,0	-	0,0	- 5,6	- 24,7
Institutions financières monétaires	- 370,9	101,3	- 17,0	- 17,0	-	0,0	84,3	- 286,6
Créances	1 094,7	- 33,8	- 2,3	- 2,3	-	0,0	- 36,1	1 058,6
Engagements	- 1 465,6	135,1	- 14,7	- 14,7	-	0,0	120,4	- 1 345,2
Autres secteurs (b)	- 23,6	- 10,1	- 0,3	- 0,3	-	0,0	- 10,5	- 34,0
Créances	78,9	- 3,5	2,7	2,7	-	0,0	- 0,8	78,1
Engagements	- 102,5	- 6,6	- 3,0	- 3,0	-	0,0	- 9,6	- 112,1
<b>Avoirs de réserve</b>	<b>78,6</b>	<b>- 8,5</b>	<b>3,9</b>	<b>3,9</b>	<b>-</b>	<b>0,0</b>	<b>- 4,7</b>	<b>74,0</b>
<b>Solde</b>	<b>- 5,6</b>	<b>- 78,1</b>	<b>- 288,5</b>	<b>- 27,0</b>	<b>- 259,3</b>	<b>- 2,2</b>	<b>- 366,5</b>	<b>- 372,1</b>
<b>Solde position extérieure/PIB (en %)</b>	<b>- 0,3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 19,1</b>

(a) En signe de position : sans signe : augmentation des créances ou diminution des engagements  
signe (-) : diminution des créances ou augmentation des engagements

(b) Sociétés non financières, sociétés d'assurance, entreprises d'investissement, OPCVM non monétaires

Note : En raison des écarts d'arrondis, un agrégat peut ne pas être exactement égal au total des composantes.

Quelle: Banque de France (2009), S. 52.

### ***Mögliche Fragen:***

Wir betrachten die deutsche Zahlungsbilanz. Verbuchen Sie die Nummern [(1), (2),...] und die Euro-Werte der folgenden Transaktionen im Zahlungsbilanz-Konto.

- (1) Das Unternehmen BMW kauft Stahl im Wert von 100 Euro aus Russland. BMW zahlt auf das Bankkonto des russischen Lieferanten in Moskau.
- (2) Ein französischer Tourist geht in Siegen in ein Restaurant zum Essen. Die Rechnung von 10 Euro bezahlt er mit seiner EC-Karte, die von der Pariser Bank emittiert wurde. Die 10 Euro werden vom Konto der Pariser Bank in Frankfurt abgebucht.
- (3) Ein Franzose kauft Aktien der deutschen Fluggesellschaft „Lufthansa“ vom deutschen Staat im Wert von 30 Euro. Zur Finanzierung verkauft er Anleihen (Wertpapiere mit festem Zins) des französischen Staates an einen Italiener.
- (4) Ein großer deutscher Investor kauft 20% der Aktien der rumänischen Fluggesellschaft „TAROM“ im Wert von 140 Euro vom rumänischen Staat. Er „bezahlt“, indem er Immobilien in Deutschland an den rumänischen Staat gibt.
- (5) Der deutsche Staat verzichtet gegenüber dem Irak auf die Rückzahlung von Krediten im Volumen von 40 Euro.
- (6) Ein Franzose wohnt in Strassburg, aber arbeitet in Karlsruhe. Pro Periode bekommt er 15 Euro Lohn von dem deutschen Unternehmen; die 15 Euro werden von dem Konto des deutschen Unternehmens in Karlsruhe auf sein Konto in Straßburg überwiesen.
- (7) Ein deutscher Weinhändler aus Stuttgart schenkt jede Periode eine Flasche „Riesling“ im Wert von 35 Euro an einen armen Professor in Frankreich.

# KAPITEL 3.

## BEDEUTUNG

### DER AUßENWIRTSCHAFTLICHEN VERFLECHTUNG FÜR GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AGGREGATE

Die Außenwirtschaftsbeziehungen haben vielfältige Effekte auf zentrale makroökonomische Größen. Umgekehrt schlagen sich Verwerfungen zwischen binnenwirtschaftlichen Aggregaten in von Null verschiedenen Sal-den von Teilbilanzen der Zahlungsbilanz nieder. Im Folgenden werden al-lein die direkten, rein rechnerischen Zusammenhänge aufgezeigt, wie sie sich aus den Identitäten des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens er-geben. Hierzu betrachten wir nacheinander dessen relevante Segmente, nämlich die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Finanzierungsrechnung, die Geldvermögensrechnung, die Volksvermögensrechnung und die Geldmengenstatistik. Während die beiden erstgenannten Rechenwerke die Interdependenz der internationalen ökonomischen Verflechtung mit den Strom- und Bestandsänderungsgrößen des Einkommens- und Finanzierungskreislaufs erfassen, bilden die drei letztgenannten die Auswirkungen auf die Vermögens- und Geldmengenbestände ab.

#### 3.1 Einkommenskreislauf: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

##### *3.1.1 Produktion im Inland und Außenbeitrag zum Inlandsprodukt*

Aus dem gesamtwirtschaftlichen Produktionskonto lässt sich die Verwendungsgleichung des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen (NIP) ablesen [vgl. Stobbe (1994), S. 127, 134 f.; Willms (1995), S.11 f. ]:

$$(3.1) \quad NIP = C + I + EX_W + EX_{DL} - IM_W - IM_{DL}$$

In Gleichung (3.1) werden auf der rechten Seite die Importe abgezogen. Maßgeblich hierfür ist, dass der Konsum (C), die Nettoinvestitionen (I) und die Exporte neben den im Inland produzierten Gütern auch importierte Waren und Dienstleistungen (IM<sub>w</sub> bzw. IM<sub>DL</sub>) enthalten; sie überzeichnen insoweit die heimische Produktionsleistung, wie sie das Nettoinlandsprodukt messen soll.

Gemäß Gleichung (3.2) stellt die Differenz aus dem Export von Waren und Dienstleistungen und dem entsprechenden Import den Außenbeitrag zum Inlandsprodukt (AB<sub>IP</sub>) dar:

$$(3.2) \quad AB_{IP} = EX_W + EX_{DL} - IM_W - IM_{DL}$$

Unter Berücksichtigung von (3.2) lässt sich Gleichung (3.1) auch in der Form (3.3) schreiben:

$$(3.3) \quad NIP = C + I + AB_{IP}$$

Addiert man zum Netto-Inlandsprodukt die Abschreibungen, resultiert das Bruttoinlandsprodukt. Die folgenden Tabellen zeigen die Bedeutung des Außenbeitrags für das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Gebiets bzw. für Deutschland.

**Abbildung 3.1.1 (a): Der Außenbeitrag als Komponente  
des Bruttoinlandsprodukts des Euro-Gebiets**

1. GDP and expenditure components <sup>1)</sup>									
	GDP								
	Total	Domestic demand					External balance <sup>2)</sup>		
		Total	Private consumption	Government consumption	Gross fixed capital formation	Changes in inventories <sup>3)</sup>	Total	Exports <sup>4)</sup>	Imports <sup>5)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Current prices (EUR billions, seasonally adjusted)									
2005	8,144.1	8,022.7	4,667.9	1,664.9	1,684.5	5.4	121.3	3,113.8	2,992.5
2006	8,557.8	8,456.4	4,872.3	1,732.2	1,834.4	17.5	101.4	3,471.8	3,370.4
2007	8,998.6	8,859.4	5,063.0	1,799.5	1,972.3	24.6	139.2	3,740.7	3,601.6
2008	9,266.2	9,174.2	5,232.3	1,885.8	2,016.3	39.8	92.0	3,871.9	3,779.9
2008 Q1	2,312.1	2,279.5	1,298.5	461.4	511.9	7.7	32.5	982.8	950.3
Q2	2,324.7	2,291.5	1,307.8	472.8	509.9	1.0	33.3	988.0	954.8
Q3	2,328.3	2,313.6	1,319.0	473.4	509.0	12.2	14.7	994.2	979.5
Q4	2,301.1	2,289.5	1,307.0	478.1	485.6	18.8	11.6	906.9	895.3
2009 Q1	2,239.1	2,236.6	1,291.0	482.7	461.2	1.7	2.5	808.0	805.4
percentage of GDP									
2008	100.0	99.0	56.5	20.4	21.8	0.4	1.0	-	-

Quelle: European Central Bank (2009), S. S50.

**Abbildung 3.1.1 (b): Der Außenbeitrag als Komponente des deutschen Bruttoinlandsprodukts**

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag	Nachrichtlich:	
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					Exporte		Importe	
			zu-sammen	private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	Staat	zu-sammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wert-sachen				
							zu-sammen	Ausrüstungen	Bauten					sonstige Anlagen <sup>2)</sup>
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2006 .....	2321,5	2190,0	1780,6	1355,1	425,4	409,4	423,1	178,1	218,6	26,4	-13,7	131,5	1052,7	921,2
2007 .....	2422,9	2251,9	1809,4	1373,7	435,6	442,6	453,5	189,4	236,4	27,7	-10,9	171,0	1137,2	966,2
2008 .....	2489,4	2331,6	1857,3	1404,1	453,2	474,2	477,1	197,7	251,0	28,4	-2,9	157,9	1191,0	1033,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2007 .....	+4,4	+2,8	+1,6	+1,4	+2,4	+8,1	+7,2	+6,3	+8,1	+5,1	+2,8	+39,5	+8,0	+4,9
2008 .....	+2,7	+3,5	+2,7	+2,2	+4,0	+7,2	+5,2	+4,4	+6,2	+2,6	+8,0	-13,1	+4,7	+6,9
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2007 .....	+2,5	+1,1	+0,2	-0,4	+2,2	+5,0	+4,3	+6,9	+1,8	+8,0	+0,1	+1,4	+7,5	+5,0
2008 .....	+1,3	+1,6	+0,5	+0,0	+2,2	+6,1	+4,1	+5,3	+2,7	+6,6	+0,3	-0,3	+3,9	+5,2
Wachstumsbeitrag <sup>3)</sup>														
in %														
2007 .....														
2008 .....														

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Quelle: Rätz/Braakmann u. a. (2009), S. 16.

### 3.1.2 Einkommen der Inländer und Außenbeitrag zum Sozialprodukt

#### (1) Einkommen der Inländer

Anders als die Inlandsproduktsrechnung interessiert sich das Sozialproduktskonzept nicht für die im Inland, sondern für die von Inländern erbrachte Produktionsleistung. Diese wird gemessen anhand des den Inländern zugeflossenen Einkommens („Inländerrechnung“). Um das Inländereinkommen zu ermitteln, müssen ausgehend vom Nettoinlandsprodukt zwei Korrekturschritte vollzogen werden:

- Einerseits müssen diejenigen Einkommen abgezogen werden, die Ausländern dafür zufließen, dass sie bei der Erstellung des heimischen Inlandsprodukts Faktorleistungen erbracht haben. Für diesen Import von Faktorleistungen ( $IM_F$ ) sind an Ausländer Erwerbs- und Vermögenseinkommen zu zahlen.
- Andererseits fließen Inländern für im Ausland erbrachte Faktorleistungen ( $EX_F$ ) Erwerbs- und Vermögenseinkommen zu, die zu den von ihnen im Inland erwirtschafteten hinzukommen.

Die Ergänzung dieser beiden Positionen zum Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen bewirkt in Gleichung (3.4) den Übergang zum Nettosozialprodukt zu Marktpreisen ( $Y$ ):

$$(3.4) \quad Y = NIP + (EX_F - IM_F)$$

Die in Klammern aufgeführte Differenz in (3.4) entspricht nach (2.3) dem Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (EVB). Damit wird deutlich, dass sich das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen vom Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen gerade um diesen Saldo unterscheidet:

$$(3.5) \quad Y = NIP + EVB$$

Im Übrigen unterscheiden sich auch das Bruttosozialprodukt sowie das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) vom Bruttoinlandsprodukt bzw. vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten durch den Saldo EVB.

Exkurs: Übergang von der Inlands- zur Inländerrechnung nach dem ESVG

Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) wurde 1999 verbindlich in der Europäischen Union (EU) eingeführt. Es basiert auf vorangegangenen Vereinbarungen auf weltweiter Ebene und bedeutet damit eine gewisse Anpassung an globale Standards. In diesem System tauchen in der Inländerrechnung die Begriffe „Sozialprodukt“ und „Volkseinkommen“ nicht mehr auf (das Volkseinkommens-Konzept wird in Deutschland noch vom Statistischen Bundesamt für die Verteilungsrechnung eingesetzt). Stattdessen verwendet man den Begriff des „Nationaleinkommens“ in einer Brutto- und einer Nettovariante. Zudem wird das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen nur noch als Nettoinlandsprodukt bezeichnet und das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten als Wertschöpfung [vgl. Nissen (2002), S. 112, 124, 129].

Im neuen System unterscheiden sich die Inländer- von den Inlandsgrößen durch den Saldo der zwischen In- und Ausländern geflossenen Primäreinkommen (PE). So errechnet sich das Nettonationaleinkommen (NNE) als Summe aus Nettoinlandsprodukt und PE [vgl. hierzu und zum Folgenden Nissen (2002), S. 124 ff.]:

$$(A) \quad NNE = NIP + PE.$$

PE bildet auch den Unterschied zwischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttonationaleinkommen (BNE):

$$(B) \quad BNE = BIP + PE$$

Die folgende Tabelle zeigt Ergebnisse für Deutschland.

Abbildung 3.1.2 (1): Inlands- und Inländer-Einkommen für Deutschland

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen
2006 .....	2 321,5	+40,9	2 362,4	343,1	2 019,3
2007 .....	2 422,9	+41,3	2 464,2	358,8	2 105,4
2008 .....	2 489,4	+40,4	2 529,8	363,9	2 165,9

Quelle: Rätz/Braakmann u. a. (2009), S. 20.

Die Größe PE umfasst neben dem Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (EVB) auch den Saldo der zwischen Inländern und der EU geflossenen Nettoproduktionsabgaben (NPAB):

$$(C) \quad PE = EVB + NPAB$$

NPAB ist Teil des in Gleichung (2.4) definierten Saldos der Bilanz der laufenden Übertragungen (LÜB). NPAB errechnet sich als Differenz aus den von der EU empfangenen Subventionen ( $Z_{EU}$ ) und den an die EU gezahlten Produktions- und Importabgaben ( $T_{EU}^{ind}$ ):

$$(D) \quad NPAB = Z_{EU} - T_{EU}^{ind}$$

Die Größe  $Z_{EU}$  umfasst z.B. Subventionszahlungen der EU an Werften und an Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus. Beispiele für an die EU geleistete Produktions- und Importabgaben sind Zölle, Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuer.

Vernachlässigt man die zwischen der EU und dem Inland geflossenen Nettoproduktions- und Importabgaben (oder liegt deren Saldo nahe Null), so entspricht der Übergang von der Inlands- zur Inländerrechnung dem bisherigen Vorgehen. Damit stimmen auch Nettonationaleinkommen und Nettosozialprodukt zu Marktpreisen insoweit wieder überein.

## (2) Verwendung des Einkommens der Inländer

Indem wir (3.1) in (3.4) einsetzen, erhalten wir das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen mit ausführlicher Schreibweise seiner außenwirtschaftlichen Komponenten:

$$(3.6) \quad Y = C + I + EX_W + EX_{DL} + EX_F - IM_W - IM_{DL} - IM_F$$

Wir fassen die Ausfuhren und Einfuhren von Waren, Dienst- und Faktorleistungen zu den Gesamtexporten bzw. -importen (EX bzw. IM) zusammen:

$$(3.7) \quad EX = EX_W + EX_{DL} + EX_F$$

$$(3.8) \quad IM = IM_W + IM_{DL} + IM_F$$

Wenn im Folgenden schlicht von „den“ Exporten oder „den“ Importen die Rede ist, sind stets die gesamten Aus- bzw. Einfuhren im Sinne von (3.7) bzw. (3.8) gemeint. Einsetzen von (3.7) und (3.8) ergibt die übliche Form der Verwendungsgleichung des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen:

$$(3.9) \quad Y = C + I + EX - IM$$

### (3) Gesamtwirtschaftliches Angebot und gesamtwirtschaftliche Endnachfrage

Die importierten Waren, Dienst- und Faktorleistungen ergänzen das von Inländern bereitgestellte Güterangebot, so dass wir sie in (3.10) auf die linke Seite übertragen. Dann enthält die rechte Seite nur noch die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage (netto, d.h. nach Abzug von Abschreibungen):

$$(3.10) \quad Y + IM = C + I + EX$$

Gemäß (3.10) kann die Volkswirtschaft, d.h. können alle Inländer insgesamt nur so viele Güter konsumieren, investieren und exportieren, wie aufgrund der von ihnen erstellten Produktion (Y) und aus Importen zur Verfügung stehen.

### (4) Außenbeitrag zum Sozialprodukt und Absorption

Der Saldo der umfassend definierten Exporte und Importe bildet den Außenbeitrag zum Sozialprodukt (AB):

$$(3.11) \quad AB = EX - IM$$

Damit lässt sich für die in (3.9) aufgeführte Verwendungsgleichung des Sozialprodukts auch schreiben:

$$(3.12) \quad Y = C + I + AB$$

Die Summe aus privater und staatlicher Güterverwendung bildet die sog. Absorption (A):

$$(3.13) \quad A = C + I$$

Einsetzen von (3.13) in (3.12) ergibt nach Umformung

$$(3.14) \quad Y - A = AB$$



Aus (3.14) ist abzulesen, dass ein positiver Außenbeitrag ( $AB > 0$ ) genau dann vorliegt, wenn die Ansprüche der Inländer an das eigene Sozialprodukt hinter der eigenen Produktionsleistung - wie sie gerade durch das Sozialprodukt gemessen wird - zurückbleiben [vgl. Krugman/Obstfeld (2006), S. 374 f.; Jarchow/Rühmann (2000), S. 24].

### 3.1.3 Sparen, Investieren und Leistungsbilanzsaldo

#### (1) Gesamtwirtschaft

Aus dem gesamtwirtschaftlichen Einkommenskonto lässt sich ablesen, dass die Faktoreinkommen - genauer: das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen - der Inländer durch laufende Übertragungen aus dem Ausland ergänzt werden (empfangene laufende Übertragungen:  $LÜ_E$ ). Umgekehrt mindern die an Ausländer geleisteten laufenden Übertragungen ( $LÜ_G$ ) das Verfügbare Einkommen der Volkswirtschaft ( $Y^V$ ):

$$(3.15) \quad Y^V = Y + (LÜ_E - LÜ_G)$$

Insgesamt unterscheidet sich das Verfügbare Einkommen also gerade um den Saldo der laufenden Übertragungen ( $LÜ_B$ ), wie er in Gleichung (2.4) definiert wurde, vom Nettosozialprodukt zu Marktpreisen [(vgl. Stobbe (1994), S. 136; Hartmann (1999), S. 21)]:

$$(3.16) \quad Y^V = Y + LÜ_B$$

Aus dem Einkommenskonto erkennt man auch, dass das Verfügbare Einkommen auf Konsum und Ersparnis ( $S$ ) aufgeteilt wird:

$$(3.17) \quad Y^V = C + S$$

Die folgende Tabelle führt die Tabelle aus Abb. 3.1.2 (1) weiter. Sie zeigt den Übergang vom Netto-Nationaleinkommen zum Verfügbaren Einkommen für Deutschland sowie dessen Aufteilung auf Konsum und Sparen.

**Abbildung 3.1.3 (1): Netto-Nationaleinkommen, Verfügbares Einkommen und Aufteilung für Deutschland**

Netto-national-einkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen
Mrd. EUR				
2019,3	- 27,3	1992,1	1780,6	211,5
2105,4	- 28,3	2077,1	1809,4	267,8
2165,9	- 27,4	2138,6	1857,3	281,3

Quelle: Rätz/Braakmann u. a. (2009), S. 20.

Setzt man (3.16) und (3.17) gleich, resultiert die Aufteilungsgleichung des Sozialprodukts, (3.18). Diese setzen wir mit der Verwendungsgleichung (3.9) gleich und erhalten (3.19a). Deren Vereinfachung ergibt (3.19) [vgl. Jarchow/Rühmann (2000), S. 25]:

$$(3.18) \quad Y = C + S - LÜB$$

$$(3.19a) \quad C + I + EX - IM = C + S - LÜB$$

$$(3.19) \quad I + EX - IM + LÜB = S$$

Gemäß den Gleichungen (2.1) bis (2.5) stellen die Terme  $EX - IM + LÜB$  zusammen gerade den Leistungsbilanzsaldo (LB) dar. Damit lässt sich (3.19) auch in der Form (3.20a) schreiben. Deren Umstellung ergibt (3.20).

$$(3.20a) \quad I + LB = S$$

$$(3.20) \quad LB = S - I$$

Ein von Null verschiedener Leistungsbilanzsaldo ist gemäß (3.20) Ausdruck einer Verwerfung zwischen inländischer Ersparnis und inländischer Nettoinvestition. Ein positiver (negativer) Saldo resultiert, wenn die inländische Ersparnis die Nettoinvestition überschreitet (unterschreitet).

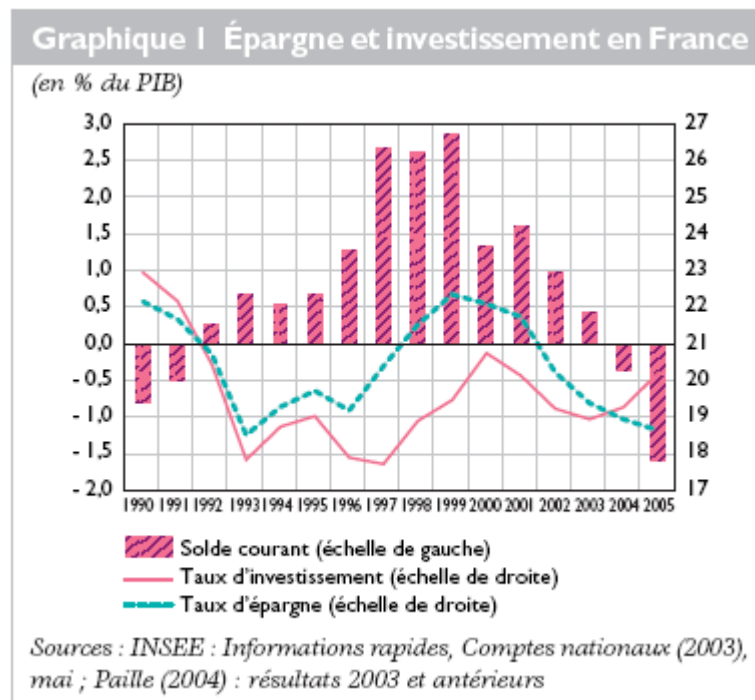
Die folgenden Tabellen zeigen empirische Ergebnisse für diesen Zusammenhang für Deutschland und Frankreich.

**Abbildung 3.1.3 (1a): Sparen, Investieren und Leistungsbilanz in Deutschland**



Quelle: Deutsche Bundesbank (2006), S. 24 f.

Abbildung 3.1.3 (1b): *Sparen, Investieren und Leistungsbilanz in Frankreich*



Quelle: Branthomme/Poullain (2006), S. 34.

## (2) Sektorale Analyse

Wir zerlegen die Ersparnis und die Nettoinvestition in ihre privaten und staatlichen Komponenten (das Subskript ST bezeichnet den staatlichen, das Subskript PR den privaten Sektor):

$$(3.21) \quad S = S_{PR} + S_{ST}$$

$$(3.22) \quad I = I_{PR} + I_{ST}$$

Einsetzen in (3.20) ergibt (3.23):

$$(3.23) \quad LB = (S_{PR} - I_{PR}) + (S_{ST} - I_{ST})$$

Die staatliche Ersparnis entspricht gemäß (3.24) der Differenz zwischen Steuereinnahmen (T) und Staatsverbrauch ( $C_{ST}$ ). Zieht man neben den konsumtiven auch die investiven Ausgaben des Staates von seinen Steuereinnahmen ab, resultiert in (3.25) dessen Budgetsaldo (BS). Einsetzen von (3.24) in (3.25) ergibt (3.26): man erkennt, dass der Budgetsaldo gerade mit der Differenz von staatlicher Ersparnis und Nettoinvestition übereinstimmt [vgl. Jarchow/Rühmann (2000), S. 26].

$$(3.24) \quad S_{ST} = T - C_{ST}$$

$$(3.25) \quad BS = T - C_{ST} - I_{ST}$$

$$(3.26) \quad BS = S_{ST} - I_{ST}$$

Wir setzen (3.26) in (3.23) ein und erhalten Gleichung (3.27). Sie besagt, dass der Leistungsbilanzsaldo mit der Summe aus dem Saldo des Staatshaushalts und der Diskrepanz zwischen Sparen und Investieren im privaten Sektor übereinstimmt. Insbesondere wird deutlich, dass ein Budgetdefizit, das nicht durch einen Überschuss der privaten Ersparnis über die private Investition gedeckt wird, unweigerlich mit einem Leistungsbilanzdefizit einhergeht; man spricht in diesem Fall auch von einem Zwillingsdefizit.

$$(3.27) \quad LB = (S_{PR} - I_{PR}) + BS$$

### 3.1.4 Vermögensbildung und Saldo der Vermögensübertragungen

#### (1) Gesamtwirtschaftliches Vermögensänderungskonto

Abbildung 3.1.4 (1a) zeigt das gesamtwirtschaftliche Vermögensänderungskonto. Die rechte Seite verdeutlicht die Finanzierung der Brutto-Vermögensänderung durch Sparen (S), Abschreibungen und empfangene Vermögensübertragungen aus dem Ausland ( $V\ddot{U}_E$ ). Die linke Seite zeigt die Verwendungsformen der Vermögensänderung, nämlich die Bruttoinvestitionen als Zugang von Sachvermögen sowie die an das Ausland geleisteten Vermögensübertragungen ( $V\ddot{U}_G$ ). Zudem enthält sie den Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland (FSA).

**Abbildung 3.1.4 (1a): Vermögensänderungskonto in ausführlicher Form**

Bruttoinvestition	Abschreibungen
	Ersparnis (S)
Finanzierungssaldo (FSA)	Empfangene Vermögensübertragungen ( $V\ddot{U}_E$ )
Geleistete Vermögensübertragungen ( $V\ddot{U}_G$ )	

Quelle: Stobbe (1994), S. 132; Frenkel/John (2006), S. 54 ff.

Das vorstehende Konto lässt sich verdichten, indem zum einen die Abschreibungen von den Bruttoinvestitionen subtrahiert werden, so dass die Nettoinvestitionen (I) resultieren. Zum anderen ziehen wir die geleisteten Vermögensübertragungen von den

empfangenen ab und erhalten rechts die netto aus dem Ausland empfangenen Vermögensübertragungen.

**Abbildung 3.1.4 (1b): Vermögensänderungskonto in verdichteter Form**

Nettoinvestitionen (I)	Ersparnis (S)
Finanzierungssaldo (FSA)	empfangene Vermögens- übertragungen, netto (VÜB)

Die rechte Seite des in Abbildung 3.1.4 (1b) aufgeführten Kontos, also die Summe aus Sparen und dem Saldo der Vermögensübertragungen,  $S + VÜB$ , bildet die gesamtwirtschaftliche (Netto)Vermögensbildung von der Herkunftsseite, d.h. von der Entstehungsseite. Die Deutsche Bundesbank, der in Deutschland die Durchführung der Finanzierungsrechnung obliegt, führt denn auch z.T. die Ersparnis und den genannten Saldo zusammen, d.h. in einer Zahl auf [vgl. z.B. Deutsche Bundesbank (2001a), S. 38]. Die linke Seite zeigt die beiden Anlageformen der Vermögensbildung: Sachvermögensbildung durch Nettoinvestitionen im Inland sowie Netto-Geldvermögensbildung durch den Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland [vgl. Stobbe (1994), S. 449 f.].

#### (2) Bedeutung der Außenwirtschaft für die Vermögensbildung

Die im Vermögensänderungskonto enthaltene Identität lässt sich in Gleichungsform fassen:

$$(3.28) \quad I + FSA = S + VÜB$$

Gemäß (3.28) trägt ein positiver Saldo der Bilanz der Vermögensübertragungen ( $VÜB > 0$ ) zur gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung bei, während ein negativer Saldo sie vermindert. Darüber hinaus verdeutlicht die folgende Umformung von (3.28), dass ein Überschuss der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung über die Nettoinvestition ( $S + VÜB > I$ ) mit einem positiven Finanzierungssaldo ( $FSA > 0$ ) einhergeht:

$$(3.29) \quad FSA = (S + VÜB) - I$$

Die folgende Tabelle illustriert diesen Zusammenhang mit Zahlen für Deutschland. Sie führt die Berechnungen aus Abb. 3.1.3 (1) weiter.

Abbildung 3.1.4 (2): Vermögensbildung und Investieren in Deutschland

Sparen	Ver- mögens- transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Netto- investi- tionen	Finanzie- rungs- saldo
211,5	+0,4	66,3	+145,6
267,8	+0,6	83,8	+184,5
281,3	+0,3	110,4	+171,2

Quelle: Rätz/Braakmann u. a. (2009), S. 20.

Ein Finanzierungsüberschuss ( $FSA > 0$ ) bringt auch zum Ausdruck, dass die Einnahmen der Volkswirtschaft in der betreffenden Periode größer als die Ausgaben waren [vgl. Duwendag u.a. (1999), S. 40; Stützel/Fröhlich (1993), S. 47 f.]. Im folgenden Abschnitt 3.2 wird zu zeigen sein, dass er sich in einer Erhöhung der Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland niederschlägt. Umgekehrt ist ein Finanzierungsdefizit ( $FSA < 0$ ) mit einer Nettokreditaufnahme im Ausland verbunden. Gleichung (3.30) zeigt dann, dass diese Mittelbeschaffung - ebenso wie „Geschenke“ aus dem Ausland in Form von  $VÜB > 0$  - zur Finanzierung der Sachvermögensbildung im Inland herangezogen werden kann; sie ergänzt hierbei das heimische Sparen:

$$(3.30) \quad I = S + VÜB - FSA$$

Schließlich verdeutlicht (3.31) die Verwendungsmöglichkeiten der Ersparnis einer Periode: sie kann herangezogen werden zur Finanzierung

- einer Ausweitung des Sachkapitals im Inland ( $I > 0$ ),
- einer Erhöhung der Nettoforderungen gegenüber dem Ausland ( $FSA > 0$ ),
- von „Geschenken“ an das Ausland ( $VÜB < 0$ ).

$$(3.31) \quad S = I + FSA - VÜB.$$

### 3.2 Finanzierungskreislauf: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

#### (1) Gegenstand der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung erfasst die Finanztransaktionen der Inländer untereinander und mit Ausländern. Ihre Ergebnisse

„... zeigen auf, von wem, in welchem Umfang und in welcher Form in einer Volkswirtschaft finanzielle Mittel bereitgestellt oder beansprucht werden und welche Finanzinstitutionen in den Finanzierungskreislauf eingeschaltet sind“ [Deutsche Bundesbank (2006), S. 7].

## (2) Arten von Finanztransaktionen

Die Finanzierungsrechnung erfasst zum einen sog. reine Finanztransaktionen, d.h. Transaktionen, die allein in der Finanzsphäre ablaufen. Derartige Transaktionen ändern die Nettoforderungen der beteiligten Sektoren nicht [vgl. Duwendag u.a. (1999), S. 41; Stobbe (1994), S. 100, 447]. Sie dienen der Umschichtung von Forderungen oder Verbindlichkeiten (Aktiv- bzw. Passivtausch) oder der simultanen Erhöhung oder Senkung von Forderungen und Verbindlichkeiten (Bilanzverlängerung bzw. -verkürzung).

Zum anderen berücksichtigt die Finanzierungsrechnung Finanzströme, die in Verbindung mit den Güter- und Einkommensströmen der Inländer zustande kommen. Deshalb besteht eine enge Verzahnung mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so dass

„... der Finanzierungsrechnung der Bundesbank Angaben über die Sachvermögensbildung und das Sparen vorangestellt sind, die sich an die entsprechenden Ergebnisse der VGR anlehnen. Als Salden aus der Sachvermögensbildung einerseits und dem Sparen sowie den Vermögensübertragungen andererseits ergeben sich Finanzierungsüberschüsse oder -defizite, die zeigen, in welchem Umfang die einzelnen Sektoren Finanzierungsmittel netto zur Verfügung gestellt oder in welchem Umfang sie sich gegenüber den übrigen Sektoren neu verschuldet haben. Diesen Finanzierungsüberschüssen beziehungsweise -defiziten entsprechen in der Regel die Salden aus der Geldvermögensbildung und der Außenfinanzierung der jeweiligen Sektoren, deren Berechnung im Mittelpunkt der Finanzierungsrechnung steht.“ [Deutsche Bundesbank (2006), S. 9]

Damit können Änderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten und somit der Nettopositionen - nicht zuletzt gegenüber Ausländern - in Verbindung gebracht werden mit dem Spar- und Investitionsverhalten der Inländer [vgl. Stobbe (1994), S. 216 f.; Duwendag u.a. (1999), S. 41]. Die folgende Tabelle, die wir weiter unten fortführen werden, zeigt, in welcher Form die Bundesbank die Angaben für Sparen und Investieren der dann folgenden Finanzierungsrechnung „voranstellt“.

**Abbildung 3.2 (2): Sachvermögensbildung und Sparen in Deutschland**

Mrd €											
Position	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Sachvermögensbildung und Sparen</b>											
Nettoinvestitionen	134,47	135,26	140,70	95,44	48,32	53,39	50,77	43,18	66,28	83,82	117,52
Bruttoinvestitionen	424,69	432,31	449,18	411,85	370,20	376,42	379,02	379,04	409,41	442,57	480,64
Abschreibungen	290,22	297,05	308,48	316,41	321,88	323,03	328,25	335,86	343,13	358,75	363,12
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern 1)	0,00	0,00	- 8,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sparen und Vermögensübertragungen	121,04	111,30	105,58	94,54	94,21	98,15	157,26	162,31	211,86	268,34	282,72
Sparen	120,34	111,43	107,13	94,85	94,42	97,84	157,29	162,24	211,48	267,78	282,80
Vermögensübertragungen (netto)	0,70	- 0,13	- 1,55	- 0,31	- 0,21	0,31	- 0,03	0,07	0,38	0,56	- 0,08
Finanzierungsüberschuss/-defizit 2)	- 13,43	- 23,96	- 26,70	- 0,90	45,89	44,76	106,49	119,13	145,58	184,52	165,20
Statistische Differenz 3)	5,99	22,95	- 5,40	6,39	- 16,81	10,48	12,69	26,69	22,19	50,38	37,11

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009b), S. 36.

### (3) Beschränkung auf transaktionsbedingte Bestandsänderungen

Die Finanzierungsrechnung ist eine Bestandsänderungs-Rechnung [vgl. Stobbe (1994), S. 432]. Eine Bestandsänderung ist definiert als Differenz zwischen dem Endbestand und dem Anfangsbestand einer Bestandsgröße und hat damit - ebenso wie Stromgrößen - einen Zeitraumbezug:

$$(3.40) \text{ Bestandsänderung} = \text{Endbestand} - \text{Anfangsbestand}$$

Bestandsänderungen entstehen zum einen durch Zu- und Abgänge, z.B. von Forderungen. Zu- und Abgänge sind Stromgrößen, die im Zuge von

Transaktionen entstehen (freilich gibt es auch Transaktionen und Stromgrößen, die keine Bestände ändern, z.B. Dienstleistungen). Zum anderen kommen sie durch Umbewertungen zustande, etwa weil sich Marktpreise ändern oder weil Schuldner zahlungsunfähig werden [vgl. Stobbe (1994), S. 42 ff.]:

$$(3.41) \text{ Bestandsänderung} = (\text{Zugang} - \text{Abgang})$$

$$| (\text{Bewertungsgewinn} - \text{Bewertungsverlust})$$

Die Finanzierungsrechnung enthält nur transaktionsbedingte Bestandsänderungen, also Bestandsänderungen, die durch Zu- und Abgänge im Zuge von Transaktionen entstehen. Dagegen erfasst sie die bewertungs-bedingten Änderungen der Aktiva und Passiva einer Periode nicht [vgl. Stobbe (1994), S. 47].

### (4) Finanzierungskonto

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung lässt sich als ein System sog. Finanzierungskonten auffassen [vgl. Stobbe (1994), S. 217]. Das Finanzierungskonto eines Sektors erfasst auf der linken Seite dessen Kreditgewährung, also die transaktionsbedingte Änderung seiner Forderungen ( $\Delta F^{\text{trans}}$ ). Rechts sind die Kreditaufnahme, also die transaktions-bedingte Änderung der Verbindlichkeiten ( $\Delta V^{\text{trans}}$ ), sowie der Finanzierungssaldo (FS) aufgeführt [vgl. zum Finanzierungskonto Stobbe (1994), S. 99, 216 ff.; Duwendag u.a. (1999), S. 39 ff.]:

Abbildung 3.2 (4a): Finanzierungskonto

Änderung der Forderungen durch Transaktionen ( $\Delta F^{\text{trans}}$ )	Änderung der Verbindlichkeiten durch Transaktionen ( $\Delta V^{\text{trans}}$ )
	Finanzierungssaldo (FS)



In der obigen Abbildung 3.2 (4a) sind die Änderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten jeweils als Saldo aus Zu- und Abnahmen zu verstehen (in der Praxis sind über die Bruttoänderungen, d.h. über die Zu- und Abnahmen, häufig keine Angaben verfügbar).

Die Deutsche Bundesbank, der in Deutschland die Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung obliegt, bezeichnet die transaktionsbedingte Änderung der Forderungen eines Sektors als dessen „Geldvermögensbildung“, den Finanzierungssaldo als „Nettogeldvermögensbildung“. Die transaktionsbedingte Änderung seiner Verbindlichkeiten wurde bis 1999 als „Kreditaufnahme und Aktienabsatz“ bezeichnet, heißt aber seit dem Jahr 2000 „Außenfinanzierung“. Die folgende Tabelle enthält Ergebnisse für Deutschland; dabei umfassen die Geldvermögensbildung und die Außenfinanzierung die Änderungen von Forderungen bzw. von Verbindlichkeiten sowohl gegenüber Inländern als auch gegenüber Ausländern.

**Abbildung 3.2 (4b): Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung in Deutschland**

Mrd €											
Position	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Geldvermögensbildung</b>											
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	1,75	- 1,86	- 0,14	0,08	0,19	- 0,05	0,07	- 0,09	0,10	0,12	0,03
Bargeld und Einlagen	125,91	45,47	101,09	125,83	200,31	202,98	189,99	189,39	300,69	363,53	277,57
Bargeld und Sichteinlagen	47,07	38,46	37,21	54,87	104,39	87,84	26,34	103,22	98,73	52,99	146,44
Termingelder <sup>4)</sup>	62,36	21,39	106,24	72,40	96,33	105,01	152,10	92,77	212,50	321,55	134,94
Spareinlagen <sup>4)</sup>	17,16	- 4,48	- 40,48	- 1,06	0,78	15,06	13,14	- 1,15	- 16,83	- 31,11	- 20,22
Sparbriefe	- 0,67	- 9,90	- 1,88	- 2,50	- 1,19	- 4,92	- 1,60	- 5,44	6,30	20,10	16,41
Geldmarktpapiere	7,89	11,97	17,86	- 11,31	4,19	1,79	10,75	1,99	19,04	30,45	- 0,18
Rentenwerte	135,44	155,44	134,95	110,69	9,55	86,79	94,83	115,99	103,81	- 87,24	45,32
Finanzderivate	6,83	2,18	12,46	- 6,83	0,93	1,97	7,41	9,31	6,18	85,94	25,56
Aktien	108,97	155,13	231,97	31,37	8,77	- 28,79	18,95	9,73	10,84	- 21,75	36,52
Sonstige Beteiligungen	29,95	57,63	66,28	24,27	22,39	23,73	- 5,17	35,51	68,30	49,13	67,54
Investmentzertifikate	97,36	105,52	107,02	96,13	67,25	49,55	10,27	79,25	35,09	51,08	6,52
Kredite	195,90	264,74	128,23	87,70	28,15	48,46	17,48	56,73	24,06	172,78	183,12
Kurzfristige Kredite	39,64	77,05	21,96	22,38	- 10,77	25,43	6,93	47,02	13,75	135,74	98,52
Längerfristige Kredite	156,25	187,69	106,26	65,32	38,92	23,04	10,55	9,71	10,32	37,04	84,60
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>5)</sup>	61,61	62,93	56,21	48,14	34,91	46,63	49,73	61,02	67,54	70,44	41,49
Kurzfristige Ansprüche	8,50	4,71	1,47	4,55	3,35	2,47	4,17	4,45	3,51	2,13	0,72
Längerfristige Ansprüche	53,11	58,22	54,74	43,59	31,55	44,16	45,57	56,58	64,03	68,31	40,78
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,43	6,83	9,94	9,89	10,73	10,18	9,34	7,30	10,26	4,34	5,75
Sonstige Forderungen	37,60	47,63	16,19	36,29	88,95	23,94	1,59	6,50	64,49	68,33	- 37,27
<b>Insgesamt</b>	<b>816,62</b>	<b>913,60</b>	<b>882,06</b>	<b>552,24</b>	<b>476,31</b>	<b>467,19</b>	<b>405,23</b>	<b>572,63</b>	<b>710,42</b>	<b>787,16</b>	<b>651,97</b>
<b>Außenfinanzierung</b>											
Bargeld und Einlagen	230,51	168,22	154,73	89,22	124,40	104,58	130,02	129,40	191,64	291,53	191,53
Bargeld und Sichteinlagen	100,34	33,20	80,57	2,84	111,41	86,22	58,13	137,16	143,17	66,56	171,73
Termingelder <sup>4)</sup>	112,81	148,27	115,56	87,56	14,37	8,75	58,73	- 1,40	59,02	233,77	20,02
Spareinlagen <sup>4)</sup>	17,34	- 4,43	- 40,67	1,32	- 0,30	14,21	12,64	- 2,23	- 17,02	- 31,04	- 19,70
Sparbriefe	0,02	- 8,82	- 0,73	- 2,50	- 1,08	- 4,60	0,52	- 4,14	6,46	22,23	19,48
Geldmarktpapiere	11,23	53,42	19,90	- 21,18	26,32	19,50	- 15,56	- 6,00	8,81	60,19	65,16
Rentenwerte	145,45	178,12	140,61	102,32	58,62	99,42	148,19	137,97	89,80	9,29	47,18
Finanzderivate	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Aktien	55,05	71,42	83,09	54,60	3,06	3,16	5,27	9,73	6,10	4,42	6,46
Sonstige Beteiligungen	12,86	17,10	123,75	29,33	28,20	34,45	32,99	8,29	33,20	22,36	19,05
Investmentzertifikate	86,79	97,20	85,16	76,81	59,48	43,94	1,45	41,72	19,53	13,44	- 7,91
Kredite	179,20	210,99	225,56	100,48	22,41	27,47	- 70,40	28,99	70,87	23,66	118,99
Kurzfristige Kredite	39,56	43,84	81,41	10,75	- 35,98	9,48	- 38,62	13,47	40,26	39,16	76,38
Längerfristige Kredite	139,64	167,15	144,15	89,73	58,38	17,99	- 31,78	15,51	30,61	- 15,50	42,61
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>5)</sup>	67,33	66,44	61,01	55,52	39,33	57,75	54,70	76,73	64,07	62,05	39,64
Kurzfristige Ansprüche	14,25	8,21	6,25	11,94	7,78	13,68	9,53	20,44	0,50	- 5,87	- 1,02
Längerfristige Ansprüche	53,08	58,23	54,76	43,59	31,55	44,07	45,17	56,30	63,56	67,92	40,66
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,43	6,83	9,94	9,89	10,73	10,18	9,34	7,30	10,26	4,34	5,75
Sonstige Verbindlichkeiten	28,21	44,88	10,42	49,77	74,69	11,49	- 9,96	- 7,31	48,37	60,99	- 36,16
<b>Insgesamt</b>	<b>824,07</b>	<b>914,61</b>	<b>914,15</b>	<b>546,76</b>	<b>447,23</b>	<b>411,94</b>	<b>286,05</b>	<b>426,81</b>	<b>542,64</b>	<b>552,26</b>	<b>449,67</b>
<b>Nettogeldvermögensbildung <sup>6)</sup></b>	<b>- 7,44</b>	<b>- 1,01</b>	<b>- 32,10</b>	<b>5,48</b>	<b>29,09</b>	<b>55,24</b>	<b>119,18</b>	<b>145,82</b>	<b>167,77</b>	<b>234,90</b>	<b>202,31</b>

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009b), S. 36.

Die in der obigen Tabelle ausgewiesene gesamtwirtschaftliche „Netto-Geldvermögensbildung“ errechnet sich als Saldo der „Geldvermögensbildung“ und der „Außenfinanzierung“, entspringt also der Finanz-Sphäre. Sie stimmt grundsätzlich in ihrer Höhe mit dem gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldo überein, der sich als Saldo aus Sparen und Vermögensübertragungen einerseits und Netto-Investition andererseits ergibt und somit aus der Einkommens-Sphäre kommt. Aufgrund statistischer Unzulänglichkeiten kommt es in der Praxis zu einer Abweichung, die in Abb. 3.2 (2) als „statistische Differenz“ aufgeführt ist.

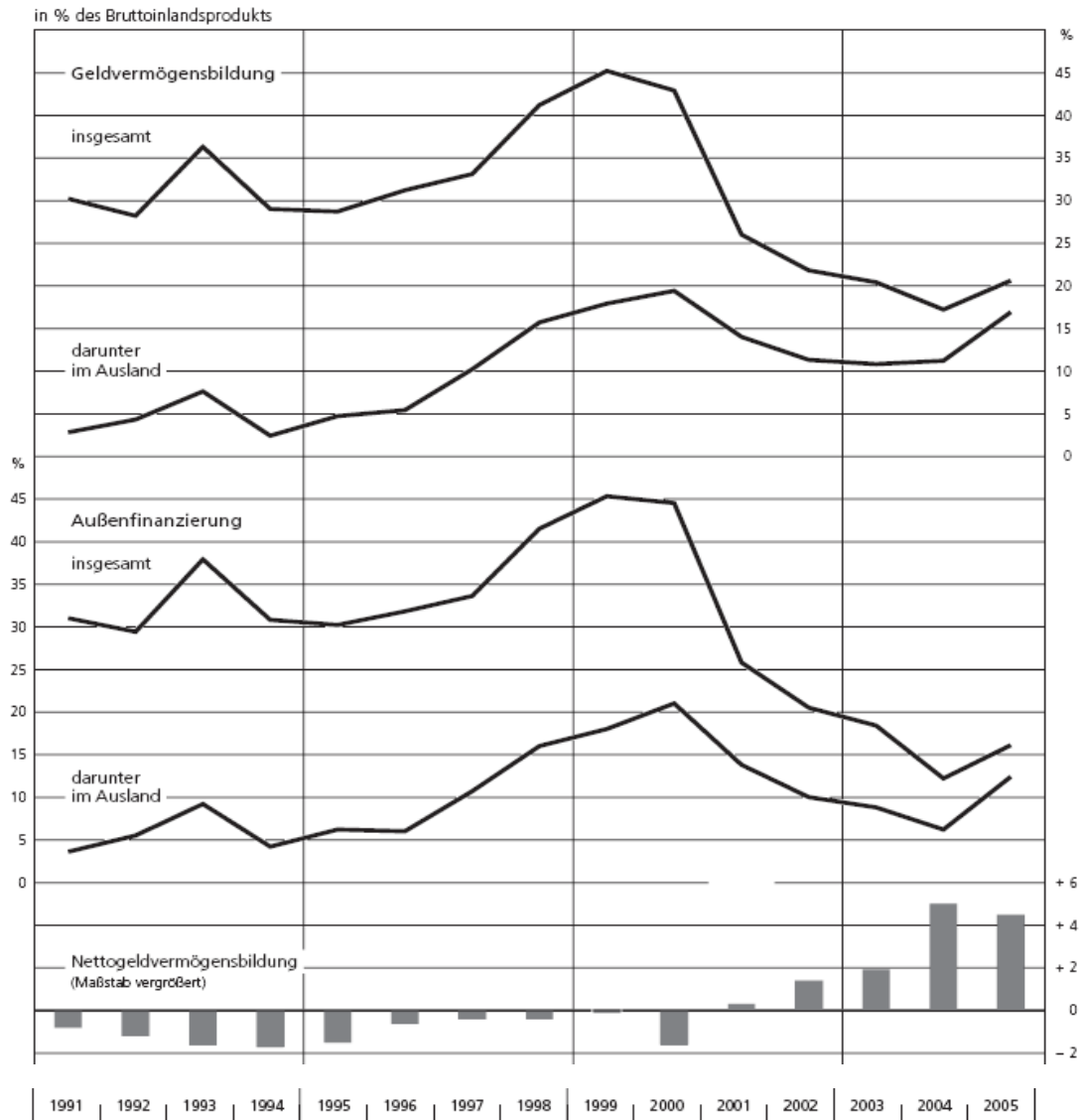
Das gesamtwirtschaftliche Finanzierungskonto entsteht durch Konsolidierung der sektoralen Finanzierungskonten. Hierbei werden erstens gleichartige Posten – z. B. Forderungen in Form von Anleihen – zusammengefasst (Aggregation). Zweitens kann man eine Position, die auf der linken Seite des Kontos eines Inländers (Forderung) steht und auf der rechten Seite des Kontos eines anderen Inländers, weglassen: die „Kreditbeziehung ... ist infolge der Konsolidierung sektorintern geworden und kann daher gestrichen werden“ [Stobbe (1994), S. 72]. Aufgrund dieser sog. Aufrechnung werden in der folgenden Abbildung nur die Beziehungen zu Ausländern erfasst:  $\Delta FA^{\text{trans}}$  und  $\Delta VA^{\text{trans}}$  bezeichnen dabei die Änderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, während FSA den entsprechenden Finanzierungssaldo angibt.

**Abbildung 3.2 (4c): Gesamtwirtschaftliches Finanzierungskonto**

Änderung der Forderungen durch Transaktionen ( $\Delta FA^{\text{trans}}$ )	Änderung der Verbindlichkeiten durch Transaktionen ( $\Delta VA^{\text{trans}}$ )
	Finanzierungssaldo (FSA)

Die folgende Grafik enthält Ergebnisse bis 2001. Sie verdeutlicht, dass ein wachsender Teil der Geldvermögensbildung und der Außenfinanzierung mit Hilfe des Auslands realisiert werden.

**Abbildung 3.2 (4d): Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsströme und Auslandsverflechtung**



Quelle: Deutsche Bundesbank (2006), S. 18.

Konkret stimmt die transaktionsbedingte Änderung der Auslandsforderungen ( $\Delta FA^{\text{trans}}$ ) mit der Summe aus Kapitalexport (KEX) und transaktionsbedingter Änderung der Währungsreserven ( $\Delta WR^{\text{trans}}$ ) überein, während die Kapitalimporte (KIM) gerade die transaktionsbedingte Änderung der Auslandsverbindlichkeiten ( $\Delta VA^{\text{trans}}$ ) bilden:

$$(3.42) \quad \Delta FA^{\text{trans}} = KEX + \Delta WR^{\text{trans}}$$

$$(3.43) \quad \Delta VA^{\text{trans}} = KIM$$

Diese Zusammenhänge lassen sich für Deutschland (annähernd) auf die folgende Weise verifizieren: man interpretiert die Angaben der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungs-

rechnung über die Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung des Sektors „Übrige Welt“ als transaktionsbedingte Änderung der Auslandsverbindlichkeiten ( $\Delta VA^{\text{trans}}$ ) bzw. als transaktionsbedingte Änderung der Auslandsforderungen ( $\Delta FA^{\text{trans}}$ ) der Inländer [die entsprechenden Daten finden sich in Deutsche Bundesbank (2006), S. 44]; die Angaben für  $KEX + \Delta WR^{\text{trans}}$  und  $KIM$  finden sich in der Statistik des Kapitalverkehrs [vgl. hierzu Abb. 2.1.2 (3a) in Kapitel 2].

(5) *Bedeutung der Außenwirtschaft für den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldo*

In dem Konto von Abb. 3.2 (4a) ist der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo (FSA) aufgeführt. Der Finanzierungssaldo eines Sektors ist allgemein definiert als Saldo der transaktionsbedingten Änderungen seiner Forderungen und Verbindlichkeiten. Für den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldo ergibt sich damit:

$$(3.44) \quad FSA = \Delta FA^{\text{trans}} - \Delta VA^{\text{trans}}$$

Wegen (3.42) und (3.43) folgt, dass der Finanzierungssaldo gerade die Differenz zwischen den in der Kapital- und der Devisenbilanz erfassten Finanztransaktionen mit dem Ausland ist:

$$(3.45) \quad FSA = (KEX + \Delta WR^{\text{trans}}) - KIM$$

Gemäß (2.7) entspricht die Differenz aus Kapitalimporten und -exporten dem Saldo der Kapitalbilanz (KB), während gemäß (2.8) die Netto-Zunahme der Währungsreserven mit dem negativen Saldo der Devisenbilanz übereinstimmt. Damit lässt sich (3.45) auch schreiben als

$$(3.46) \quad FSA = -(KB + DB)$$

Nach Gleichung (2.9) entspricht die negative Summe aus Kapital- und Devisenbilanzsaldo gerade der Summe der Salden von Leistungs- und Vermögensübertragungsbilanz. Damit stimmt auch der Finanzierungssaldo mit diesen beiden Größen überein [Rose/Sauernheimer (1999, S. 6) sprechen von der „Leistungsbilanz im weiteren Sinn“]:

$$(3.47) \quad FSA = LB + VÜB$$

Ein positiver Finanzierungssaldo ( $FSA > 0$ ) ist also nur möglich, wenn die Salden der Leistungs- und der Vermögensübertragungsbilanz insgesamt positiv sind.

Anhand von (3.46) und (3.47) erkennt man im Übrigen, dass sich der Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland auf zwei Arten aus der Zahlungsbilanzstatistik ermitteln lässt (man betrachte hierzu auch noch einmal die Darstellung der

Zahlungsbilanz in Kontenform in Abbildung 3.1): einmal „von oben“ als Summe der Salden der Leistungsbilanz und der Bilanz der Vermögensübertragungen, einmal „von unten“ als Summe der Salden der Devisen- und der Kapitalbilanz.

Wenn wir schließlich in (3.47) berücksichtigen, dass gemäß (3.20) der Leistungsbilanzsaldo der Differenz aus Ersparnis und Investition entspricht, lässt sich ein Bezug zwischen dem Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland und dem Einkommenskreislauf herstellen. (3.29a) zeigt, dass ein positiver Finanzierungssaldo z.B. voraussetzt, dass ein eventueller Überschuss der Ersparnis über die Nettoinvestitionen ( $S - I > 0$ ) nicht durch Netto-Vermögensübertragungen an das Ausland ( $VÜB < 0$ ) überkompensiert wird. Dieser Zusammenhang lässt sich auch unmittelbar aus dem „verdichteten“ Vermögensänderungskonto in Abbildung 3.1.4 (1b) ablesen.

$$(3.29 \text{ a}) \quad FSA = S - I + VÜB$$

Entsprechende empirische Ergebnisse finden sich in den Abbildungen 3.1.3 (1) und 3.2 (2).

### 3.3 Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten: Geldvermögensrechnung

#### (1) Gegenstand der Geldvermögensrechnung

Die Geldvermögensrechnung weist die zu einem Zeitpunkt zwischen den Sektoren einer Volkswirtschaft und gegenüber dem Ausland bestehenden Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten aus. Wir verzichten hier auf den Ausweis der Verflechtungen zwischen den inländischen Sektoren und weisen nur deren Forderungen und Verbindlichkeiten jeweils insgesamt auf. Die folgende Tabelle zeigt Ergebnisse für Deutschland. Man erkennt, dass die Untergliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten mit der Untergliederung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung in Abb. 3.2 (4b) übereinstimmt. (Die Deutsche Bundesbank bezeichnete Verbindlichkeiten bis 1999 als „Verpflichtungen und Aktienumlauf“; seit 2000 spricht auch sie von „Verbindlichkeiten“ und bezeichnet deren Änderungen durch Transaktionen, wie schon erwähnt, als „Außenfinanzierung“. Forderungen nennt sie „Geldvermögen“, deren transaktionsbedingte Änderung „Geldvermögensbildung“.)

Abbildung 3.3 (1): Geldvermögensrechnung für Deutschland

Stand am Jahresende; Mrd €

Position	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Geldvermögen</b>											
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	8,9	32,6	32,9	35,3	36,5	36,6	35,6	48,1	53,3	62,6	68,4
Bargeld und Einlagen	2 453,5	2 528,9	2 633,0	2 753,9	2 924,8	3 085,2	3 263,9	3 478,0	3 771,4	4 112,3	4 389,9
Bargeld und Sichteinlagen	581,4	615,6	654,4	712,1	814,3	895,6	917,8	1 025,7	1 119,3	1 170,0	1 310,6
Termingelder <sup>1)</sup>	1 043,1	1 193,2	1 301,6	1 366,2	1 435,4	1 504,4	1 649,4	1 761,1	1 971,4	2 272,3	2 413,2
Spareinlagen <sup>1)</sup>	713,7	614,7	573,5	574,5	575,3	590,3	603,5	603,4	586,5	555,4	535,2
Sparbriefe	115,3	105,4	103,6	101,0	99,8	94,9	93,2	87,8	94,1	114,5	130,9
Geldmarktpapiere	32,1	40,7	58,7	47,3	54,9	57,6	63,8	62,0	78,7	114,7	113,6
Rentenwerte	1 728,8	1 772,0	1 899,4	2 069,3	2 115,4	2 179,1	2 334,6	2 433,1	2 520,4	2 440,1	2 495,4
Finanzderivate	2,1	2,4	2,5	3,0	10,0	3,5	3,8	5,6	6,9	4,3	2,7
Aktien	1 889,4	2 457,4	2 350,3	2 103,1	1 241,8	1 462,4	1 548,2	1 890,8	2 083,0	2 239,6	1 308,9
Sonstige Beteiligungen	441,0	501,6	617,1	761,5	734,9	746,4	762,5	841,3	899,7	912,9	980,9
Investmentzertifikate	662,9	858,2	935,2	946,6	903,7	988,4	1 024,7	1 169,5	1 235,8	1 293,2	1 170,2
Kredite	3 008,0	3 256,5	3 386,2	3 488,1	3 487,3	3 508,7	3 510,4	3 557,1	3 575,6	3 742,4	3 938,6
Kurzfristige Kredite	479,1	552,3	574,6	606,6	589,3	606,5	604,7	633,7	643,6	783,6	860,4
Längerfristige Kredite	2 528,9	2 704,2	2 811,5	2 881,5	2 897,9	2 902,1	2 905,7	2 923,3	2 932,1	2 958,9	3 078,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	736,5	799,4	855,6	903,7	938,6	985,2	1 034,5	1 095,2	1 162,3	1 232,4	1 273,7
Kurzfristige Ansprüche	94,6	99,2	100,7	105,2	108,6	111,0	115,2	119,6	123,2	125,3	126,0
Längerfristige Ansprüche	641,9	700,2	754,9	798,5	830,1	874,1	919,3	975,6	1 039,2	1 107,1	1 147,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	176,3	183,2	193,1	203,0	213,7	223,9	233,2	240,5	250,8	255,1	260,9
Sonstige Forderungen	535,5	621,4	703,0	714,9	736,0	736,1	764,3	787,2	847,2	908,8	1 036,6
Insgesamt	11 675,0	13 054,1	13 666,9	14 029,6	13 397,6	14 013,3	14 579,6	15 608,4	16 485,1	17 318,4	17 039,9
<b>Verbindlichkeiten</b>											
Bargeld und Einlagen	2 659,1	2 855,1	3 028,3	3 135,3	3 192,5	3 247,0	3 358,1	3 519,3	3 688,4	3 953,6	4 147,0
Bargeld und Sichteinlagen	724,1	646,8	729,7	734,9	840,4	919,8	973,5	1 115,3	1 254,7	1 316,3	1 490,0
Termingelder <sup>1)</sup>	1 089,0	1 470,6	1 603,0	1 706,2	1 659,2	1 624,6	1 669,1	1 693,6	1 733,9	1 946,0	1 966,0
Spareinlagen <sup>1)</sup>	726,0	626,6	585,2	586,5	586,2	600,4	613,0	611,9	594,9	563,8	544,1
Sparbriefe	120,0	111,1	110,4	107,7	106,7	102,1	102,6	98,4	104,9	127,4	146,9
Geldmarktpapiere	46,3	95,5	115,4	93,8	121,3	138,0	122,5	116,5	125,0	185,7	250,8
Rentenwerte	1 969,3	1 995,2	2 138,6	2 293,2	2 427,1	2 518,2	2 738,9	2 861,0	2 848,9	2 786,6	2 943,9
Finanzderivate	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Aktien	1 742,4	2 219,1	1 953,9	1 783,4	971,4	1 251,8	1 310,7	1 572,4	1 859,6	2 138,3	1 216,8
Sonstige Beteiligungen	428,9	461,5	609,8	645,2	683,7	716,2	748,3	763,5	818,2	847,8	871,7
Investmentzertifikate	579,1	766,1	821,2	813,3	762,7	841,8	869,3	976,5	1 027,3	1 047,0	909,6
Kredite	2 863,4	3 050,9	3 271,2	3 370,0	3 403,4	3 421,1	3 360,0	3 379,3	3 453,4	3 490,4	3 616,7
Kurzfristige Kredite	447,4	486,6	566,6	583,4	545,7	547,9	509,0	519,3	553,7	600,9	670,7
Längerfristige Kredite	2 416,0	2 564,3	2 704,5	2 786,6	2 857,7	2 873,2	2 850,9	2 859,9	2 899,7	2 889,5	2 946,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	772,1	836,2	897,3	952,8	992,1	1 049,9	1 104,6	1 181,3	1 245,3	1 307,4	1 347,0
Kurzfristige Ansprüche	130,2	136,1	142,3	154,3	162,0	175,7	185,2	205,7	206,2	200,3	199,3
Längerfristige Ansprüche	641,9	700,2	754,9	798,5	830,1	874,1	919,3	975,6	1 039,2	1 107,1	1 147,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	176,3	183,2	193,1	203,0	213,7	223,9	233,3	240,6	250,8	255,2	260,9
Sonstige Verbindlichkeiten	486,0	563,2	632,0	647,7	668,8	661,8	700,8	695,1	754,3	837,6	952,7
Insgesamt	11 722,9	13 025,8	13 660,7	13 937,7	13 436,8	14 069,6	14 546,3	15 305,3	16 071,2	16 849,6	16 517,3
Nettogeldvermögen <sup>3)</sup>	– 47,9	28,3	6,2	91,8	– 39,1	– 56,3	33,3	303,1	413,9	468,9	522,6

1 Bauspareinlagen werden bis 1998 den Spareinlagen und, in Übereinstimmung mit der Bankenstatistik, ab 1999 den Termingeldern zugeordnet. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie be-

rufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009b), S. 37.

Durch den Ausweis der gesamtwirtschaftlichen Forderungen und Verbindlichkeiten liefert die Geldvermögensrechnung einen Beitrag zur Erstellung sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Vermögensbilanzen. Die in den Vermögensbilanzen ausgewiesenen Bestände - Verbindlichkeiten sowie finanzielle und nicht-finanzielle Aktiva - beeinflussen die wirtschaftlichen Verhaltensweisen [vgl. Stobbe (1994), S. 434; Deutsche Bundesbank (2006), S. 8].



## *(2) Netto-Forderung gegenüber dem Ausland*

Betrachtet man die Volkswirtschaft als Ganzes, so heben sich Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Inländern auf. Die Forderungen des Inlands als Ganzes umfassen also nur Forderungen gegenüber Ausländern; analog besteht die gesamtwirtschaftliche Verschuldung nur aus Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern. Die gesamtwirtschaftlichen Netto-Forderungen - die Bundesbank spricht vom Nettogeldvermögen - sind also Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland.

Wie in Punkt (3) von Abschnitt 2.1.1 erläutert, sind die Begriffe „Forderungen“ und „Verbindlichkeiten“ in der Außenwirtschaftsstatistik im Sinne umfassender wirtschaftlicher Ansprüche bzw. Verpflichtungen zu interpretieren. Sie stimmen also – im Prinzip – mit den gesamtwirtschaftlichen Auslandsaktiva und -passiva überein, wie sie der Auslandsvermögensstatus ausweist. Insofern müssten also der von der Geldvermögensrechnung ermittelten Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland mit der von der Auslandsvermögensrechnung ausgewiesenen Netto-Auslandsposition übereinstimmen. In der statistischen Praxis unterscheiden sich beide Größen allerdings erheblich. Wir vernachlässigen hier diesen Unterschied und betrachten beide Positionen als Synonyme [vgl. zu diesem Vorgehen auch Stobbe (1994), S. 434].

## *(3) Änderung der Netto-Auslandsposition*

Wie bereits in Abschnitt 2.2 erläutert, kann sich die Netto-Auslandsposition sowohl durch Umbewertungen als auch durch Transaktionen ändern. Die transaktionsbedingte Änderung der Netto-Auslandsposition ( $\Delta NAP^{\text{trans}}$ ) ist definiert als Saldo der transaktionsbedingten Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten ( $\Delta FA^{\text{trans}}$  bzw.  $\Delta VA^{\text{trans}}$ ):

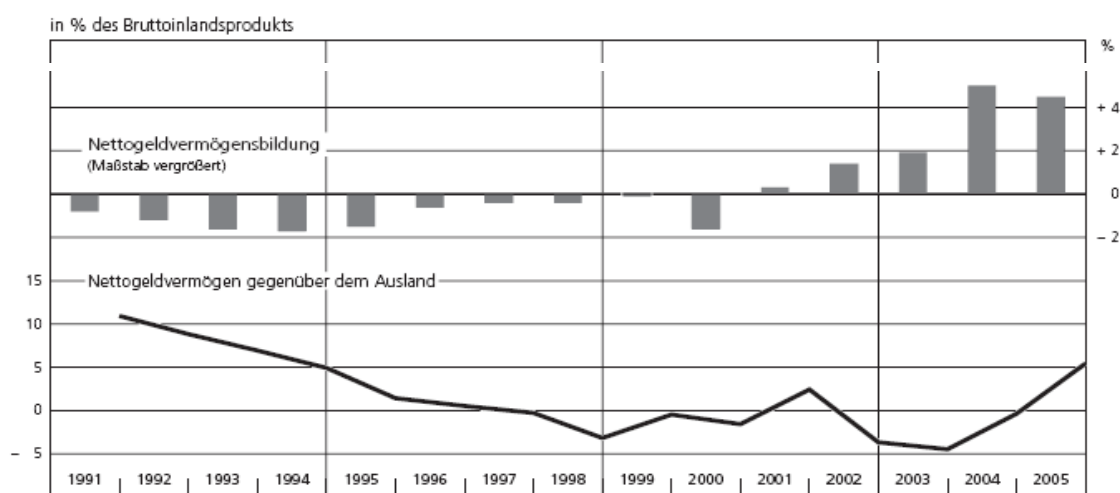
$$(3.50) \quad \Delta NAP^{\text{trans}} = \Delta FA^{\text{trans}} - \Delta VA^{\text{trans}}$$

Die Finanzierungsrechnung als Bestandsänderungs-Rechnung und die Zahlungsbilanzstatistik als kombinierte Strom- und Bestandsänderungs-Rechnung stellen Transaktionsrechnungen dar. Sie erfassen demzufolge nur die transaktionsbedingten Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten; s. hierzu auch die Gleichungen (2.10), (2.11), (3.42) und (3.43) sowie die entsprechenden Erläuterungen in den Abschnitten 2.2 und 3.2. Zudem entspricht der von der Finanzierungsrechnung ausgewiesene gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo nur dem Teil der Änderung der Netto-Auslandsposition, der transaktionsbedingt ist ( $\Delta NAP^{\text{trans}}$ ):

$$(3.51) \quad \Delta NAP^{\text{trans}} = FSA$$

Dieser Zusammenhang wird in der folgenden Abbildung deutlich, die Ergebnisse bis 2005 enthält. Sie zeigt im oberen Teil den bereits in Abb. 3.2 (4d) aufgeführten Finanzierungssaldo („Netto-Geldvermögensbildung“) gegenüber dem Ausland. Man erkennt insbesondere anhand der Jahre 2002 und 2003, dass die im unteren Bild-Teil abgetragene Bewegung der Netto-Auslandsposition („Netto-Geldvermögen gegenüber dem Ausland“) nicht genau durch den Finanzierungssaldo erklärt wird: zur vollständigen Erklärung fehlen die bewertungsbedingten Änderungen der Netto-Auslandsposition.

**Abbildung 3.3 (2): Gesamtwirtschaftlicher Finanzierungssaldo und Netto-Auslandsposition**



Quelle: Deutsche Bundesbank (2006), S. 18.

Setzt man (3.42), (3.43) und (3.44) in (3.50) ein, resultiert (3.52). Unter Hinzuziehung von (2.7) und (2.8) folgt schließlich Gleichung (3.53). Die beiden Gleichungen bringen noch einmal formal zum Ausdruck, wie die in der Kapital- und der Devisenbilanz aufgeführten Transaktionen und deren Salden die in der Geldvermögensrechnung wie auch im Auslandsvermögensstatus aufgezeichnete Netto-Position gegenüber dem Ausland verändern:

$$(3.52) \quad \Delta NAP^{trans} = (KEX + \Delta WR^{trans}) - (KIM)$$

$$(3.53) \quad \Delta NAP^{trans} = -(KB + DB)$$



### 3.4 Volksvermögensrechnung

#### (1) Gegenstand der Volksvermögensrechnung

Eine Vermögensrechnung zeigt für einen bestimmten Zeitpunkt die Vermögens- und die Schuldenteile einer Wirtschaftseinheit. Sie enthält dem-entsprechend auch die von der Geldvermögensrechnung ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten. Bei Unternehmen heißt sie Bilanz [vgl. Stobbe (1994), S. 45 f., 69 f.; Frenkel/John (2006), S.203 ff.; Duwendag u.a. (1999), S. 31 ff.].

Die Volksvermögensrechnung ist der höchste Konsolidierungsgrad einer Vermögensrechnung. Alle Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Inländern fallen wegen Aufrechnung weg. Damit werden nur noch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern ausgewiesen [vgl. Stobbe (1994), S. 79]. Abbildung 3.4 zeigt, dass neben diesen Finanzpositionen noch das Sachvermögen (einschließlich des immateriellen Vermögens) im Inland erfasst wird.

Abbildung 3.4 (1): *Volksvermögenskonto*

Sachvermögen (K)	Volksvermögen
	= Reinvermögen (W)
Auslandsforderungen (FA)	Auslands-
	verbindlichkeiten (VA)

Die folgende Gleichung formuliert den in Abb. 3.4 (1) veranschaulichten Bilanzzusammenhang in mathematischer Form:

$$(3.54) \quad K + FA = VA + W$$

#### (2) Volksvermögen und Außenwirtschaft

Gundlach u.a. (1990, S.10 ff.) interpretieren die Auslandsforderungen als Besitzansprüche von Inländern auf Sachvermögen des Auslands. Analog verkörpern die Auslandsverbindlichkeiten Besitzansprüche von Ausländern auf Sachvermögen des Inlands. Die Differenz zwischen dem inländischen Kapitalstock und den Auslandsverbindlichkeiten,  $K - VA$ , stellt dementsprechend den im Besitz von Inländern

befindlichen Teil des heimischen Kapitalstocks dar. Die Umformung von (3.54) zeigt dann, dass das Rein-vermögen der Inländer letztlich nur aus Ansprüchen auf Sachvermögen im In- und Ausland besteht:

$$(3.54a) \quad W = (K - VA) + FA$$

### (3) Bestandsänderungen und Bezug zum Vermögensänderungskonto

Die folgende Gleichung (3.55) formuliert (3.54a) in Veränderungsform, während (3.46) nur die transaktionsbedingten Änderungen aufführt:

$$(3.55) \quad \Delta W = \Delta K + \Delta FA - \Delta VA$$

$$(3.56) \quad \Delta W^{\text{trans}} = \Delta K^{\text{trans}} + \Delta FA^{\text{trans}} - \Delta VA^{\text{trans}}$$

Das Volksvermögenskonto aus Abbildung 3.4 korrespondiert zu dem „verdichteten“ gesamtwirtschaftlichen Vermögensänderungskonto aus Abbildung 3.2. Allerdings weist das Vermögensänderungskonto, wie bereits erläutert, nur die transaktionsbedingten Änderungen der im Vermögenskonto enthaltenen Bestände aus. So entspricht die im Vermögensänderungskonto aufgeführte Nettoinvestition (I) dem transaktionsbedingten Zuwachs an Sachkapital ( $\Delta K^{\text{trans}}$ ), während gemäß (3.42) und (3.43) Kapitalexporte und Kapitalimporte sowie die Änderung der Währungsreserven die transaktionsbedingten Änderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern darstellen. Schließlich stimmt die im Vermögensänderungskonto ausgewiesene Ersparnis (S) zuzüglich den netto von Ausländern empfangenen Vermögensübertragungen (VÜB) mit der Änderung des Reinvermögens der Volkswirtschaft überein, soweit es durch Transaktionen bedingt ist ( $\Delta W^{\text{trans}}$ ).

$$(3.57) \quad \Delta K^{\text{trans}} = I$$

$$(3.58) \quad \Delta W^{\text{trans}} = S + VÜB$$

### (4) Bezug zu Einkommenskreislauf und Zahlungsbilanz

Wenn wir diese Beziehungen sowie (3.44) und (3.46) berücksichtigen, lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Einkommenskreislauf, dem inter-nationalen Vermögensverkehr und der Vermögenssituation des Inlands herstellen. Gleichung (3.59) zeigt auf der linken Seite die Vermögensbildung des Inlands, wie sie aufgrund der aus dem laufenden Einkommen gebildeten Ersparnis sowie aufgrund der von Ausländern netto empfangenen Vermögensübertragungen resultiert. Die rechte Seite zeigt, dass dieser

Vermögenszuwachs in zusätzliches Sachkapital im Inland oder in einer Erhöhung der Netto-Auslandsposition angelegt werden kann. Der zweite Summand auf der rechten Seite, der ja gemäß (3.46) gerade den Finanzierungssaldo und gemäß (3.53) die transaktionsbedingte Änderung der Netto-Auslandsposition darstellt, wird deshalb auch als „net foreign investment“ bezeichnet [vgl. Rose/Sauernheimer (1999), S. 26].

$$(3.59) \quad S + VÜB = I - (KB + DB)$$

### 3.5 Monetäre Aggregate: Geldmengenstatistik

#### (1) Ausgangspunkt: Bilanz der Zentralbank

Die folgende Abbildung 3.5 zeigt die Grundzüge der Bilanz der Zentralbank. Die Bilanzlänge entspricht der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis B). Die rechte Seite stellt die Verwendungsseite dar. Sie zeigt die Aufteilung der Geldbasis auf Bargeld (C) und auf die Reservehaltung der Geschäftsbanken (R). Die linke Seite verkörpert die Entstehungsseite. Sie verdeutlicht, dass - neben den Krediten an die heimischen Geschäftsbanken (H) - auch die Netto-Forderungen der Zentralbank gegenüber dem Ausland ( $NAP^{ZB}$ ) den Umfang der Geldbasis bestimmen.

**Abbildung 3.5 (1a): Grundschemata der Bilanz einer Zentralbank**

	Bargeld (C)
Kredite (H)	Reservehaltung (R)
Netto-Auslandsposition ( $NAP^{ZB}$ )	
Geldbasis (B)	Geldbasis (B)

Die folgende Tabelle enthält den sog. Konsolidierten Ausweis des Euro-Systems. Er fasst Angaben für die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets zusammen.

Abbildung 3.5 (1b): Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

I.1 Konsolidierter Ausweis des Eurosystems (in Mio €)				
<b>1. Aktiva</b>				
	5. Juni 2009	12. Juni 2009	19. Juni 2009	26. Juni 2009
Gold und Goldforderungen	240 766	240 746	240 725	240 629
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	156 586	162 272	161 689	159 737
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	99 574	90 851	74 499	75 110
Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	18 757	18 431	17 504	17 801
Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	632 881	611 020	618 887	896 839
Hauptrefinanzierungsgeschäfte	227 576	302 077	309 621	167 902
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	403 555	308 701	308 703	728 598
Feinstenerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
Spitzenrefinanzierungsfazilität	1 739	241	549	326
Forderungen aus Margenausgleich	11	0	13	12
Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	24 081	23 876	24 031	24 478
Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	298 168	300 606	300 950	301 585
Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	36 788	36 788	36 769	36 769
Sonstige Aktiva	240 238	242 035	244 664	244 372
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>1 747 838</b>	<b>1 726 624</b>	<b>1 719 718</b>	<b>1 997 319</b>
<b>2. Passiva</b>				
	5. Juni 2009	12. Juni 2009	19. Juni 2009	26. Juni 2009
Banknotenumlauf	763 494	762 798	760 817	762 146
Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	235 788	224 940	226 268	504 516
Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	206 936	213 491	213 515	268 244
Einlagefazilität	28 841	11 334	12 717	236 235
Termineinlagen	0	0	0	0
Feinstenerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	11	116	36	37
Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	235	221	213	224
Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	145 038	152 896	159 802	161 278
Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	152 191	131 799	118 705	117 876
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	5 140	3 204	3 490	5 350
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8 461	11 237	10 154	7 300
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	5 551	5 551	5 551	5 551
Sonstige Passiva	156 008	158 052	158 797	157 163
Ausgleichsposten aus Neubewertung	202 952	202 952	202 952	202 952
Kapital und Rücklagen	72 981	72 976	72 968	72 963
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>1 747 838</b>	<b>1 726 624</b>	<b>1 719 718</b>	<b>1 997 319</b>

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S6.

## (2) Änderung der Netto-Auslandsposition der Zentralbank durch den Saldo der Devisenbilanz

Die Netto-Auslandsposition der Zentralbank ist die Differenz aus ihren Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten:

$$(3.60) \quad \text{NA}^{\text{ZR}} = \text{FA}^{\text{ZR}} - \text{VA}^{\text{ZR}}$$

Die Netto-Auslandsposition kann sich sowohl durch Umbewertungen als auch durch Transaktionen, d.h. durch Zu- und Abnahmen von Forderungen und Verbindlichkeiten ändern. Wir vernachlässigen im Folgenden die bewertungsbedingten Änderungen. Zudem beschränken wir uns bei den Transaktionen auf die Änderungen der Währungsreserven. Damit stimmt die Änderung der Netto-Auslandsposition mit der transaktionsbedingten Änderung der Währungsreserven ( $\Delta \text{WR}^{\text{trans}}$ ) überein und somit auch mit dem negativen Saldo der Devisenbilanz (- DB):

$$(3.61) \quad \Delta NAP^{ZB} = \Delta WR^{trans},$$

$$(3.62) \quad \Delta NAP^{ZB} = -DB.$$

### (3) Geldschöpfungsmultiplikator

Die Geldmenge (M) besteht aus dem Bargeldumlauf (C) zuzüglich der Einlagen der Nichtbanken bei den Geschäftsbanken (E):

$$(3.63) \quad M = C + E$$

Gleichung (3.64) definiert den Geldschöpfungsmultiplikator (m). Er bringt zum Ausdruck, dass die Erhöhung (Senkung) der Geldbasis um eine Einheit die Geldmenge um mehr als eine Einheit erhöht (senkt), nämlich um das m-fache (s.u.). Maßgeblich hierfür ist, dass neben der Zentralbank die Geschäftsbanken durch ihre Aktivitäten - Hereinnahme von Einlagen der Nichtbanken und Gewährung von Krediten an Nichtbanken - zum Geldschöpfungsprozess beitragen.

$$(3.64) \quad m = \frac{M}{B}$$

Wir setzen (3.63) und die Verwendungsgleichung der Geldbasis (3.65) in (3.64) ein und erhalten (3.66):

$$(3.65) \quad B = C + R$$

$$(3.66) \quad m = \frac{C+E}{C+R}$$

Wir definieren in (3.67) den Bargeldhaltungskoeffizient (c) der Nichtbanken. Er besagt, dass die Nichtbanken pro einer Geldeinheit, die sie bei Geschäftsbanken als Einlage (E) halten, c Geldeinheiten Bargeld (C) zu halten wünschen. (3.68) definiert den Reservesatz der Geschäftsbanken (r). Er stimmt praktisch mit dem von der Zentralbank festgelegten Mindestreservesatz überein.

$$(3.67) \quad c = \frac{C}{E}$$

$$(3.68) \quad r = \frac{R}{B}$$

Wir erweitern die rechte Seite von (3.66) mit E/E und setzen (3.67) und (3.68) ein. Die resultierende Beziehung (3.69) zeigt, dass der Geldschöpfungsmultiplikator durch den Bargeldhaltungskoeffizient c und den Reservesatz r bestimmt wird. Man erkennt, dass für  $r < 1$  (keine 100%-Reserve) und für  $c < \infty$  der Geldschöpfungsmultiplikator grösser als eins ist.

$$(3.69) \quad m = \frac{C}{E} \cdot \frac{E}{C+R} = \frac{c+1}{c+r}$$

#### (4) Multiplikative Geldmengeneffekte von Devisenbilanzsalden

Wir formen schließlich (3.64) nach der Geldmenge (M) um und setzen für die Geldbasis deren Entstehungsgleichung (3.70) ein. (3.70) formalisiert die linke Seite der Bilanz der Zentralbank.

$$(3.70) \quad R = H + NAP^{ZB}$$

$$(3.71) \quad M = m(H + NAP^{ZB})$$

(3.71) zeigt, dass die internationalen Wirtschaftsbeziehungen über die Netto-Auslandsforderungen der Zentralbank einen unmittelbaren Einfluss auf die Geldversorgung im Inland ausüben können. Konkret ändert sich die Geldmenge *ceteris paribus*, wenn sich die Netto-Auslandsforderungen ändern; da wir uns dabei - wie in (3.61) ausgedrückt - auf die transaktions-bedingte Änderung der Währungsreserven beschränken, gilt also:

$$(3.72) \quad \Delta M = m \cdot \Delta WR^{trans}$$

Die vorstehende Darstellung ist vereinfacht. In der Praxis spielen nicht nur Bestand und Veränderung der Netto-Auslandsforderungen der Zentralbank, sondern auch der Geschäftsbanken eine Rolle für die Geldmenge und ihre Veränderungen. Die EZB weist deshalb in der letzten Spalte der folgenden Tabelle die Netto-Auslandsforderungen aller monetären und finanziellen Institutionen (MFIs) aus.

Abbildung 3.5 (4a): Geldmengenaggregate des Euro und Gegenposten

	M3				Zentrierter gleitender Dreimonats- durchschnitt von M3	Länger- fristige finanzielle Verbind- lichkeiten	Kredite an öffentliche Haushalte	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet		Nettoforde- rungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets <sup>2)</sup>			
	M2		M3-M2	Buchkredite				Nachrichtlich: Um Kreditabsatz und Kreditverbiefungen bereinigte Buchkredite <sup>4)</sup>					
	M1	M2-M1											
	1	2							3		4	5	6
Bestände													
2006	3 685,1	2 959,0	6 644,1	1 099,6	7 743,7	-	5 427,8	2 319,8	10 619,0	9 148,3	-	637,3	
2007	3 837,7	3 518,3	7 356,1	1 308,5	8 664,6	-	5 968,1	2 416,2	12 003,9	10 156,5	-	634,7	
2008	Q3	3 894,3	3 986,1	7 880,4	1 367,3	9 247,7	-	6 123,8	2 443,8	12 801,8	10 793,3	-	434,7
	Q4	3 981,9	4 046,2	8 028,2	1 379,0	9 407,2	-	6 294,2	2 562,1	12 985,7	10 784,7	-	430,0
2009	Jan.	4 103,7	3 986,1	8 089,8	1 310,0	9 399,8	-	6 444,1	2 625,6	13 084,3	10 872,0	-	369,6
	Febr.	4 137,1	3 980,0	8 117,1	1 325,0	9 442,1	-	6 491,0	2 657,8	13 089,8	10 861,5	-	421,4
	März	4 123,3	3 960,5	8 083,8	1 313,0	9 396,8	-	6 457,1	2 688,5	13 041,8	10 811,4	-	388,4
	April	4 200,5	3 960,0	8 160,6	1 314,6	9 475,2	-	6 477,5	2 714,2	13 017,4	10 793,8	-	451,1
	Mai <sup>1)</sup>	4 189,7	3 936,3	8 126,1	1 282,4	9 408,5	-	6 509,0	2 722,8	13 018,6	10 794,7	-	530,7
Transaktionsbedingte Veränderungen													
2006	260,5	308,8	569,2	130,1	699,3	-	428,2	-112,2	1 102,7	896,5	964,5	204,0	
2007	148,8	529,7	678,5	224,3	902,8	-	467,1	-59,6	1 362,1	1 028,5	1 119,9	5,0	
2008	125,9	487,0	612,9	44,3	657,2	-	174,0	70,6	843,2	587,5	749,3	-137,5	
2008	Q4	85,0	57,2	142,3	9,8	152,1	-	9,6	51,5	54,7	-11,3	79,2	42,6
	Q1	107,5	-103,9	3,6	-61,9	-58,3	-	130,0	109,9	27,5	-11,3	11,8	-56,8
2009	Jan.	83,3	-84,8	-1,5	-63,8	-65,3	-	78,6	47,6	36,8	24,8	32,5	-109,6
	Febr.	33,4	-5,1	28,3	15,2	43,4	-	41,7	31,7	12,4	-9,4	-3,6	42,8
	März	-9,2	-14,0	-23,2	-13,3	-36,4	-	9,7	30,6	-21,7	-26,7	-17,1	10,0
	April	93,1	-16,2	76,9	2,7	79,6	-	15,9	25,6	-27,5	-18,4	-3,5	62,5
	Mai <sup>1)</sup>	-7,3	-18,5	-25,8	-23,3	-49,1	-	61,5	15,8	22,5	17,7	23,8	55,0
Wachstumsraten													
2006 Dez.	7,6	11,6	9,4	13,2	9,9	9,8	8,5	-4,6	11,6	10,8	11,6	204,0	
2007 Dez.	4,0	17,9	10,2	20,5	11,6	11,9	8,6	-2,6	12,8	11,2	12,1	5,0	
2008	Sept.	1,2	17,8	9,0	7,4	8,7	8,8	5,0	0,9	10,1	8,5	9,4	-223,9
	Dez.	3,3	13,7	8,3	3,3	7,5	7,0	2,9	2,9	7,0	5,8	7,2	-137,5
2009	Jan.	5,1	10,0	7,5	-2,6	5,9	6,4	3,5	5,1	6,4	5,1	6,6	-238,2
	Febr.	6,2	7,7	7,0	-0,7	5,8	5,6	4,5	6,7	5,7	4,3	5,9	-176,6
	März	5,9	6,3	6,1	-1,1	5,0	5,2	4,4	7,7	4,7	3,2	4,7	-135,5
	April	8,4	3,4	5,9	-1,2	4,9	4,5	4,3	8,0	3,7	2,3	3,9	-25,6
	Mai <sup>1)</sup>	7,9	2,0	5,0	-3,5	3,7	.	4,9	8,3	3,1	1,8	3,4	78,3

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S12.

Die in der letzten Spalte der vorhergehenden Tabelle aufgeführten transaktionsbedingten Veränderungen der Netto-Auslandsforderungen finden sich in der letzten Spalte der folgenden Aufstellung wieder. Man erkennt, welche Zahlungsbilanztransaktionen in welchem Ausmaß zu dieser „transaktionsbedingten Veränderung des externen Gegenpostens zu M3“ beigetragen haben.

**Abbildung 3.5 (4b): Zahlungsbilanztransaktionen und Geldmenge M3**

	Zahlungsbilanzposten zum Ausgleich der transaktionsbedingten Veränderungen des Auslandsgegenpostens zu M3											Nachricht- lich: Transaktions- bedingte Veränderungen des Auslands- gegenpostens zu M3
	Leistungs- bilanz und Vermögens- übertragungen	Direktinvestitionen		Wertpapieranlagen			Übriger Kapitalverkehr		Finanz- derivate	Rest- posten	Gesamt- summe der Spalten 1 bis 10	
		Von gebiets- ansässigen Einheiten außerhalb des Euro- Währungs- gebiets (Nicht-MFIs)	Von gebiets- fremden Einheiten im Euro- Währungs- gebiet	Forderungen  Nicht-MFIs	Verbindlichkeiten		Forderungen  Nicht-MFIs	Verbindlich- keiten  Nicht-MFIs				
					Aktien und Invest- mentzerti- fikate <sup>2)</sup>	Schuldver- schrei- bungen <sup>3)</sup>						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
2006	7,9	-390,3	264,2	-282,3	237,5	468,9	-225,0	225,8	3,6	-138,5	171,8	204,9
2007	32,4	-451,4	379,2	-182,4	81,9	389,8	-340,9	230,4	-67,3	-64,8	7,0	6,8
2008	-74,1	-336,5	97,5	34,3	-127,6	545,0	-60,3	78,5	-30,8	-231,9	-105,8	-136,0
2008 Q1	-9,8	-156,3	91,6	-20,1	18,8	73,2	-68,8	43,2	-22,8	-23,8	-74,6	-85,9
Q2	-25,8	-39,2	-9,4	-85,4	-33,9	151,6	0,7	-14,2	-8,8	-52,8	-117,3	-127,1
Q3	-19,5	-97,0	52,1	22,8	-69,6	170,1	-21,8	2,9	-8,5	-41,6	-10,2	1,9
Q4	-19,0	-44,0	-36,8	117,0	-42,9	150,2	29,7	46,6	9,3	-113,7	96,3	75,0
2009 Q1	-22,9	-65,6	28,3	7,1	-50,9	139,1	5,7	-41,2	10,0	-82,7	-73,1	-83,8

Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S69.

#### (5) Neutralisierungspolitik: Möglichkeiten und Grenzen

Dieser Zusammenhang wird freilich unterbrochen, wenn die Zentralbank eine sog. Neutralisierungspolitik betreibt. In diesem Fall kompensiert („sterilisiert“) sie die Änderung der Netto-Auslandsposition durch eine entgegengesetzte Änderung der Kredite an die inländischen Banken. Formal:

$$(3.73) \quad \Delta H = -\Delta WR^{\text{trans}}$$

Die Geldmenge ändert sich in diesem Fall nicht. Allerdings kann die Zentralbank eine solche „Sterilisierungspolitik“ u. U. nicht lange durchhalten:

- im Fall von Devisenabflüssen ( $\Delta WR^{\text{trans}} < 0$ ) muss sie die Politik abbrechen, wenn ihre Währungsreserven erschöpft sind;
- umgekehrt können Devisenzuflüsse ( $\Delta WR^{\text{trans}} > 0$ ) nur solange kompensiert werden, wie die Kredite an die heimischen Banken (H) noch vermindert werden können, also noch nicht auf null heruntergefahren wurden.



### Mögliche Fragen:

- Die folgende Tabelle ist dem Monatsbericht September 2006 der Europäischen Zentralbank entnommen.

	GDP								
	Total	Domestic demand					External balance <sup>1)</sup>		
		Total	Private consumption	Government consumption	Gross fixed capital formation	Changes in inventories <sup>2)</sup>	Total	Exports <sup>1)</sup>	Imports <sup>1)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Current prices (EUR billions, seasonally adjusted)									
2002	7,250.9	7,062.8	4,145.0	1,465.8	1,465.5	-13.5	188.1	2,624.5	2,436.3
2003	7,458.2	7,298.1	4,279.9	1,524.1	1,494.9	-0.8	160.1	2,624.3	2,464.2
2004	7,737.0	7,579.8	4,429.3	1,576.5	1,561.0	13.0	157.2	2,815.7	2,658.4
2005	7,991.7	7,878.9	4,584.4	1,631.2	1,637.3	26.0	112.8	3,009.9	2,897.1
2005 Q1	1,970.0	1,934.5	1,129.2	400.6	400.1	4.7	35.5	723.7	688.3
Q2	1,986.1	1,955.5	1,139.1	405.6	406.9	3.9	30.6	739.8	709.2
Q3	2,007.3	1,982.8	1,153.9	409.0	413.2	6.6	24.5	766.9	742.4
Q4	2,028.3	2,006.0	1,162.2	415.9	417.1	10.8	22.2	779.6	757.3
2006 Q1	2,044.4	2,026.7	1,174.8	417.3	424.9	9.7	17.7	814.1	796.4
percentage of GDP									
2005	100.0	98.6	57.4	20.4	20.5	0.3	1.4	-	-

- Wie hoch war das in der Tabelle ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt des Euro-Gebiets im Jahr 2003?
  - Wie hoch war der in der Tabelle ausgewiesene Außenbeitrag im Jahr 2003?
  - Welche Komponenten enthalten die in der Tabelle ausgewiesenen Exporte?
  - Die Veränderung des Netto-Auslandsvermögens des Euro-Gebiets wird nicht nur durch den in der Tabelle aufgeführten Außenbeitrag bestimmt. Welche weiteren Größen müssen berücksichtigt werden?
- Angenommen, Sie besitzen folgende Informationen über eine Volkswirtschaft bei flexiblem Wechselkurs: Das Sozialprodukt beträgt 100 und die Absorption 80. Die Warenexporte betragen 40, die Warenimporte 20. Zwischen Inländern und Ausländern kam es nicht zu Übertragungen (Transfers) und auch nicht zu Zahlungen von Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Bestimmen Sie die folgenden Größen und verdeutlichen Sie Ihre Berechnungen anhand von Gleichungen:
    - Saldo der Kapitalbilanz im engeren Sinn (KB)
    - Außenbeitrag zum Inlandsprodukt ( $AB_{IP}$ )
    - Finanzierungssaldo (FSA)
    - Saldo der Dienstleistungsbilanz (DLB)
    - Leistungsbilanz (LB)
  - Stellen Sie anhand von Gleichungen den Zusammenhang zwischen dem Güterkreislauf und dem Leistungsbilanzsaldo her. Gehen Sie dabei von der Verwendungsgleichung des Sozialprodukts aus.



4. Erläutern sie anhand einer geeigneten Gleichung den Begriff "Zwillingsdefizit".
5. Interpretieren Sie ausführlich die folgende Gleichung:

$$I - S + VÜB - FSA$$

6. Zahlungsbilanz und Geldmenge
- a) Leiten Sie den Zusammenhang zwischen der Zahlungsbilanz und der Geldmenge anhand von Gleichungen her.
  - b) Erläutern Sie die sogenannte Neutralisierungspolitik.
  - c) Verdeutlichen Sie die Bedeutung des Reservesatzes und des Bargeldhaltungskoeffizienten.



## KAPITEL 4.

# DEWISENMÄRKTE UND WECHSELKURSE DES EURO

### 4.1 Devisen

#### (1) Begriff

Wir verstehen in Anlehnung an Caspers [(2002), S. 35] unter Devisen ausländisches Geld, sog. Valuta. Devisen ermöglichen also sofortige Zahlung in einer fremden Währung und verkörpern damit unmittelbare Kaufkraft, die auf fremde Währung lautet. Konkret handelt es sich dabei insbesondere um "Sichteinlagen in fremder Währung auf den Girokonten ausländischer und inländischer Banken" [Caspers (2002), S. 37]. Hinzu kommen u.a. die sog. Sorten: das sind die auf fremde Währung lautenden Noten und Münzen, d. h. die gesetzlichen Zahlungsmittel des Auslands.

#### (2) Kassadevisen, Termindevisen und Devisenswap

Bei einem Geschäft am Devisenkassamarkt verpflichten sich die beiden Vertragsparteien zur Lieferung der verabredeten Währungen spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach Geschäftsabschluss. Dagegen fallen bei einem Termingeschäft der Geschäftsabschluss (Verpflichtungsgeschäft) und die Geschäftsdurchführung (Erfüllungsgeschäft) um mehr als zwei Tage auseinander. Dabei werden im Verpflichtungsgeschäft alle Details der Transaktion festgelegt, also insbesondere der Termin (!) der Durchführung sowie die Volumina der beiden zu tauschenden Währungen.

Ein Devisenswap beinhaltet den vorübergehenden Austausch von zwei Währungen. Er besteht deshalb aus zwei Geschäften:

- in einem frühen, ersten Zeitpunkt werden die beiden Währungen getauscht ("Hin-Tausch")
- in einem späteren, zweiten Zeitpunkt werden sie zurückgetauscht ("Rück-Tausch").

Dabei werden die Volumina, Zeitpunkte des Hin- und Rücktausches und die Wechselkurse bereits heute festgelegt. Wenn der Zeitpunkt des ersten Tausches innerhalb der nächsten zwei Tage liegt, ist der "Hin-Tausch" ein Kassageschäft (*spot transaction*) und man spricht von einem Spot/Forward-Swap; ist nicht nur der "Rück-Tausch", sondern

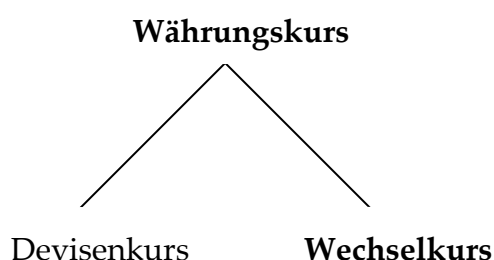
auch der "Hin-Tausch" ein Termingeschäft (*forward transaction*), liegt ein Forward/Forward-Swap vor. In jedem Fall unterscheiden sich bei einem Devisenswap der Wechselkurs des ersten und des zweiten Tausches. (Dagegen stimmen sie bei einem Währungsswap überein; bei ihnen werden neben den Währungsbeträgen auch die auf die beiden Währungen entfallenden Zinsen getauscht.)

## 4.2 Wechselkurse

Auf einem Devisenmarkt werden zwei Währungen getauscht. Der Quotient der beiden Tauschmengen bildet ihre Tauschrelation, also den Preis der einen Währung, ausgedrückt in Einheiten der anderen.

### (1) Traditionelle und moderne Begriffsfassungen

In der traditionellen Literatur wird die Tauschrelation als Währungskurs bezeichnet. Er bildet den Oberbegriff für den Devisen- und den Wechselkurs [vgl. Woll (2008), S. 812]



Wir verdeutlichen diese Begriffe aus Sicht des Euros. Der Devisenkurs einer ausländischen Währung ist der in Euro ausgedrückte Preis für eine Einheit der Auslandswährung (oder für hundert Einheiten oder für tausend Einheiten, sofern dies die üblichen Standardmengen der betreffenden Fremdwährung mit professionellen Devisenhandel sind). Der Devisenkurs wird deshalb auch als Preisnotierung bezeichnet: z.B. 0,7516 Euro je US-Dollar:

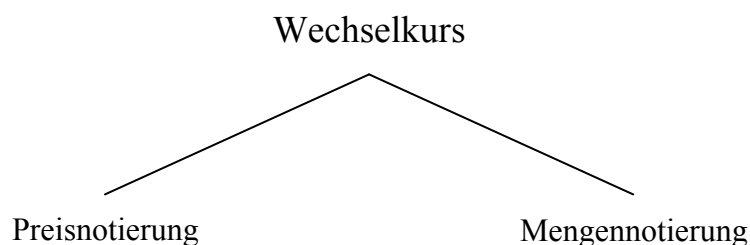
$$\frac{0,7516EUR}{1,0000USD} = 0,7516[€/\$]$$

Der Kehrwert der Preisnotierung stellt die sog. Mengennotierung der Inlandswährung dar. Im obigen Beispiel:

$$\frac{1,3305USD}{1,0000EUR} = 1,3305[\$/€]$$

Er wird auch als Außenwert der Inlandswährung bezeichnet, denn er gibt an, wie viel Einheiten der Auslandswährung man für eine Einheit der Inlandswährung bekommt (oder für hundert oder für tausend Einheiten).

Wir folgen hier der modernen Terminologie [vgl. hierzu z. B. Dieckheuer (2001), S. 233 f.; Caspers (2002), S. 47 f.]. Sie verwendet den Wechselkurs als Oberbegriff:



Die Begriffe Preis- und Mengennotierung werden im traditionellen Sinn verwendet, so dass also die Preisnotierung des Euro 0,7516 [€/€] beträgt und die Mengennotierung 1,3305 [\$/€].

Für die Europäische Währungsunion (EWU), die am 1. Januar 1999 begann, wurde beschlossen, Mengennotierungen auszuweisen. Die Europäische Zentralbank (EZB) ermittelt täglich sog. Referenzkurse für den Euro gegenüber 29 Währungen, ausgedrückt als Mengennotierungen. Hierzu holt sie von den Zentralbanken der Euro-Länder die in den betreffenden Ländern um 14.15 Uhr gültigen Kurse ein. Die Referenzkurse werden anschließend in der Presse veröffentlicht, wie der folgende Zeitungsausschnitt zeigt.

Abbildung 4.2(1): Publikation von Wechselkursen in der deutschen Wirtschaftspresse

Devisenkurse für 1 Euro

27.08.07

Interbankenkurse (16 Uhr)

Gold

Brief

EZB

Referenzkurs

Banken

Euro-FX

Währung

Notenpreise für 1 Euro

aus Sicht der Bank

Ankauf

Verkauf

1,364	1,3646	1,3658	1,3662	Am. Dollar*	1,321	1,411
1,6424	1,6464	1,6425		Austr. Dollar*	1,546	1,746
2,6628	2,6708			Bras. Real	2,123	4,763
0,677	0,6775	0,6777	0,6777	Brit. Pfund*	0,650	0,702
10,3005	10,3405	10,326		Chin. Yuan*	7,077	15,077
7,442	7,4442	7,4423	7,4423	Dän. Krone*	7,049	7,999
15,6402	15,6552	15,6466		Estl. Krone	13,159	17,664
10,6468	10,6548	10,6602		Hongk. Dollar*	9,504	11,954
87,21	87,61	87,44		Isländ. Krone	77,107	101,107
158,28	158,41	158,63	158,76	Jap. Yen*	154,670	165,670
1,433	1,436	1,4327	1,4329	Kan. Dollar*	1,364	1,519
7,3167	7,3317	7,3255		Kroat. Kuna	6,109	8,959
0,6969	0,6989	0,6991		Leit. Lats*	0,625	0,761
3,4493	3,4563	3,4528		Lit. Litas*	3,047	3,910
0,4265	0,4305	0,4293		Malt. Lire*	0,379	0,467
15,064	15,062			Mex. Peso*	11,776	17,776
1,893	1,896	1,887		Neus. Dollar*	1,643	2,153
7,9463	7,9543	7,9515	7,9467	Norw. Krone*	7,584	8,534
3,8215	3,8315	3,8265		Poin. Zloty*	3,396	4,546
35,0104	35,0604	35,0479		Russ. Rubel*		
9,359	9,371	9,372	9,36	Schw. Kron.*	8,949	9,999
1,6419	1,6429	1,6436	1,6436	Schw. Frank*	1,611	1,683
2,0712	2,0752	2,0764		Sing. Dollar*	1,916	2,306
33,628	33,878	33,718		Slowak. Kron.*	28,975	43,375
9,8344	9,8694	9,8111		Südaf. Rand*	8,226	12,176
44,599	45,399			Taiwan Dollar	37,548	55,548
44,763	44,843	44,753		Thail. Baht*	40,629	56,629
27,733	27,883	27,808		Tsch. Krone*	24,295	30,045
1,7911	1,8111	1,7969		Türk. Lira	1,685	1,930
255,4	256,4	255,95		Ungar. Forint*	210,760	328,260
0,5811	0,5871	0,5842		Zypr. Pfund*	0,516	0,666

Termine

Swapsätze; Euro gegen Fremdwährung

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
USD	12,9/13,3	30,1/30,9	46,7/47,7
GBP	10,6/11,1	29,8/30,7	58,8/60,0
CHF	-23,5/-22,5	-75,5/-73,4	-149,4/-145,4

Crossrates

27.08.	€	\$	¥	£	sfr
€	1,3649	158,35	0,6770	1,6426	
\$	0,7325	115,95	0,4961	1,2033	
¥	6,3134	8,6184	4,2760	10,375	
£	1,4766	2,0152	233,77	2,4258	
sfr	0,6084	0,8306	96,320	0,4119	

1 Einheit,    1) 1.000 Einheiten,

Devisenoptionen

27.08.	1 Mon.	3 Mon.	6 Mon.	1 Jahr
EUR/USD Call	1,02	1,83	2,55	3,64
EUR/USD Put	0,89	1,54	2,12	3,03
EUR/GBP Call	0,41	0,77	1,16	1,79
EUR/GBP Put	0,31	0,48	0,48	0,71
EUR/JPY Call	2,19	2,75	3,09	3,52
EUR/JPY Put	2,68	4,22	5,94	8,87

Alle Prämien in Prozent vom Euro-Betrag;

Mittelkurse; Basis: Dollar 1,359; Pfund 0,678;

Yen 157,590    Quelle: HSBC Trinkaus & Burkhardt

\* Interbankenkurse von der Dresdner Bank

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 2007, S. 27

Im Folgenden verstehen wir unter dem Wechselkurs einer fremden Währung deren Preisnotierung. Wir folgen damit dem Vorgehen praktisch der gesamten Literatur zur Monetären Außenwirtschaft. Als Inlandswährung betrachten wir den Euro; sofern nichts anderes gesagt ist, meinen wir mit "der" Auslandswährung den US-Dollar.

## (2) Kassakurs, Terminkurs und Swapsatz

Die Tauschrelation von zwei Währungen auf dem Kassamarkt stellt den Kassa-Wechselkurs dar, kurz als Kassakurs bezeichnet. Auf dem Terminmarkt spricht man entsprechend vom Terminkurs.

Die folgende Abbildung zeigt die im „Handelsblatt“ veröffentlichten Terminkurse für drei und sechs Monate. Hier wird der komplette Kurs quotiert („outright quotation“)

Abbildung 4.2.(2): Publikation von Terminkursen in der deutschen Wirtschaftspresse

27.8.2007		Referenzkurse EuroFX <sup>1)</sup>		3 Monate <sup>2)</sup>		6 Monate <sup>2)</sup>		Referenzkurse EZB	Bankschalter <sup>3)</sup>	
		Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief		Verkauf	Ankauf
USA	US \$	1,3632	1,3692	1,3662	1,3723	1,3681	1,3742	1,3658	1,3303	1,4083
Japan	Yen	158,5200	159,0000	157,0300	157,5200	155,6300	156,1300	158,6300	154,0600	163,0600
Großbrit.	£	0,6757	0,6797	0,6787	0,6828	0,6816	0,6857	0,6777	0,6552	0,7002
Schweiz	sfr	1,6416	1,6456	1,6341	1,6382	1,6267	1,6311	1,6186	1,6106	1,6256
Kanada	kan \$	1,4269	1,4309	1,4279	1,4402	1,4297	1,4420	1,4377	1,3578	1,5078
Schweden	skr	9,3360	9,3840	9,3187	9,3672	9,3077	9,3567	9,3720	8,8975	9,8475
Norwegen	nkr	7,9227	7,9707	7,9329	7,9820	7,9197	7,9695	7,9515	7,5144	8,3644
Dänemark	dkr	7,4223	7,4623	7,4230	7,4640	7,4224	7,4648	7,4423	7,0145	7,8645
Australien <sup>4)</sup>	A \$	1,6342	1,6502					1,6425	1,5521	1,7321
Neuseeland <sup>4)</sup>	NZ \$	1,8787	1,8947					1,8870	1,6625	2,1125
Tschechien <sup>4)</sup>	Krone	27,6720	27,6720					27,0800	24,7750	30,7750
Polen <sup>4)</sup>	Zloty	3,7753	3,8753					3,8265	3,5193	4,1193
Südafrika <sup>4)</sup>	Rand	9,7152	9,9152					9,8111	8,0433	11,4433
Hongkong <sup>4)</sup>	HK \$	10,6145	10,7145					10,6502	9,6323	11,6823
Singapur <sup>4)</sup>	S \$	2,0701	2,0821					2,0764	1,9229	2,2279

<sup>1)</sup> Mitgeteilt von der WestLB AG, Düsseldorf; <sup>2)</sup> Frankfurter Sortenkurse aus Sicht des Bankkunden, die Bezeichnungen Verkauf und Ankauf entsprechen dem Geld und Brief bei anderen Instituten; mitgeteilt von Reichsbank; <sup>3)</sup> Fernverkehr.

Quelle: Handelsblatt vom 28. August 2007, S. 35.

Eine alternative Form zur "Outright Quotation" des Terminkurses ist die sog. "Swap Quotation". Dabei wird nur die Differenz des Terminkurses gegenüber dem Kassakurs in Form sog. Swap-Punkte angegeben. Der Wert des Terminkurses muss also durch Addition von Swap-Punkten und Kassakurs errechnet werden.

Wir bezeichnen die Differenz zwischen Terminkurs ( $e_T$ ) und Kassakurs ( $e$ ) als absoluten Swapsatz ( $s_{abs}$ ). Er hat dieselbe Dimension wie  $e_T$  und  $e$ :

$$(4.1) \quad s_{abs} = e_T - e[\text{€}/\$]$$

Man spricht von einem Report oder Aufschlag des US-Dollars gegenüber dem Euro, wenn  $s_{abs}$  positiv ist. Beträgt der Kassakurs z. B. 1,0000 [€/€] und der Terminkurs für ein Jahr 1,1000 [€/€], so liegt ein Report des US-Dollar im Einjahres-Bereich in Höhe von 0,1000 [€/€] vor. Ist der Terminkurs kleiner als der Kassakurs, liegt ein Report oder Abschlag des US-Dollar vor.

Die Division des absoluten Swapsatzes durch den Kassakurs ergibt den relativen Swapsatz (s). Er drückt die Differenz zwischen Termin- und Kassakurs als Prozentsatz des Kassakurses aus:

$$(4.2) \quad s = \frac{s_T - s}{s}$$

Wenn von „dem“ Swapsatz gesprochen wird, ist diese relative Größe gemeint. In dem obigen Beispiel beträgt sie  $(1,1000 - 1,0000)/1,0000 = 0,10 = 10\%$ .

### (3) Direkter Kurs und Kreuzwechselkurs

Zwei Währungen, z.B. der Euro und das Britische Pfund, können auf zwei Wegen getauscht werden, direkt und indirekt. Dabei meint der indirekte Tausch, dass die zu verkaufende Währung, z. B. das Pfund, zunächst in eine dritte Währung (Dollar) eingewechselt wird; anschließend tauscht man die Dollars in die gewünschten Euro um.

Weicht die auf diese Art zustande gekommene Austauschrelation, die als Kreuzwechselkurs ( $e^{\text{Kreuz}}$ ) bezeichnet wird, von dem direkten Kurs ab, findet Kursarbitrage statt [vgl. hierzu Abschnitt 4.5, Punkt (1)]. Sie sorgt dafür, dass beide Kurse übereinstimmen:

$$(4.3) \quad e^{\text{Kreuz}} = \begin{bmatrix} a/b \\ b/c \\ c/d \end{bmatrix} = e \begin{bmatrix} a \\ b \\ d \end{bmatrix}$$

Der Dollar diene im o. g. Beispiel gewissermaßen als "Vehikel": Er transportiert sozusagen den Marktteilnehmer von der Währung, aus der er "aussteigen" möchte (Pfund), in die Währung, in welche er "einsteigen" möchte (EUR). Nähere Erläuterungen zur Rolle des Dollars als Vehikelwährung auf den Devisenmärkten finden sich bei Rübel [(2002), S. 54 f.]

### (4) Nominaler und realer Kurs

#### (a) Nominaler Kurs

Wir haben bisher den nominalen Wechselkurs betrachtet. In der Preisnotierung gibt er an, wie viel inländische Währungseinheiten für eine ausländische Währungseinheit zu zahlen sind. So gilt für den nominalen Kassakurs:

$$(4.4) \quad e \begin{bmatrix} \text{€} \\ \text{£} \end{bmatrix} = \frac{\text{inländische Währungseinheiten}}{1 \text{ ausländische Währungseinheiten}}$$

Die zeitliche Entwicklung des Wechselkurses – hier des nominalen Kurses – lässt sich am besten mit Hilfe einer Messzahl wiedergeben. Hierzu dividiert man den Kurs einer

Berichtsperiode ( $e_t$ ) durch den Kurs einer Basisperiode ( $e_0$ ) und multipliziert das Ergebnis mit 100. Man hat so den Kurs  $e_0 = 100$  gesetzt und kann die prozentuale Kursänderung sofort an der Kurs-Messzahl ablesen [vgl. Stobbe (1994), S. 162, 270 f.]. Liegt die Preisnotierung des Euro in der Basisperiode etwa bei 0,9000 [€/\\$] und im Berichtsjahr bei 1,0500 [€/\\$], erhält man  $(1,0500/0,9000) \cdot 100 = 116,7$ ; der Dollar hat also gegenüber dem Euro um 16,7% aufgewertet, denn in der Berichtsperiode mussten 16,7% mehr für einen Dollar bezahlt werden.

Analog lässt sich die Entwicklung des nominalen Außenwerts des Euro gegenüber dem Dollar durch Kurs-Messzahlen erfassen. Hierzu verwendet man die Mengennotierungen des Euro. Im vorstehenden Beispiel liegt sie in der Basisperiode bei  $1/0,9000 = 1,1111$  und in der Berichtsperiode bei  $1/1,0500 = 0,9524$  [\$/€]; damit resultiert als Messzahl des nominalen Außenwerts  $(0,9524/1,1111) \cdot 100 = 85,7$ . Der Euro hat also um 14,3% an Wert verloren. Wir beachten, dass sich dieser Abwertungssatz des Euro von dem zuvor errechneten Aufwertungssatz des Dollar unterscheidet [vgl. Stobbe (1994), S. 268]. Nur bei infinitesimal kleinen Änderungen stimmen sie überein.

#### (b) Realer Kurs: ein Gut

Interessiert man sich dafür, wie viel inländische Währungseinheiten man für ein ausländisches Gut i zu zahlen hat, muss man den nominalen Kurs mit dem in Fremdwährung ausgedrückten Preis des betreffenden Gutes ( $P_{ia}$ ) multiplizieren:

$$(4.5) \quad e \cdot P_{ia} = \left[ \frac{e}{\$} \right] \cdot \left[ \frac{\$}{ME_i} \right] = \left[ \frac{e}{ME_i} \right]$$

Hierbei bezeichnet das Kürzel  $ME_i$  die Mengeneinheit des Gutes i. Der Kehrwert von (4.5) ergibt den realen Außenwert des Euro in Bezug auf das Gut i. Er gibt an, wie viele Mengeneinheiten von Gut i man mit einem Euro im Ausland kaufen kann, nachdem man den Euro zum herrschenden Kassakurs ( $e$ ) in Dollar umgetauscht hat:

$$(4.6) \quad \frac{1}{e \cdot P_{ia}} = \left[ \frac{ME_i}{e} \right]$$

Der reale Außenwert in Bezug auf Gut i stellt also die Kaufkraft des Euro in Bezug auf dies Gut im Ausland dar. Er ist zu vergleichen mit dem Binnenwert des Euro in Bezug auf dasselbe Gut. Letzterer wird auch als Kaufkraft des Euro in Bezug auf dies Gut (im Inland) bezeichnet und entspricht dem "reziproken Wert des Preises je Mengeneinheit des Gutes" [Stobbe (1994), S. 178]:

$$(4.7) \quad \frac{1}{P_i} = \left[ \frac{1}{\frac{e}{\$}} \right] = \left[ \frac{\$}{e} \right]$$



Ein Vergleich mit (4.6) zeigt, dass der reale Außenwert in Bezug auf Gut i dieselbe Dimension wie die Kaufkraft im Inland in Bezug auf Gut i aufweist. Beide Größen sind also vergleichbar! Kaufkraftparität in Bezug auf Gut i liegt vor, wenn mit einem Euro im In- und Ausland dieselbe Menge des Gutes gekauft werden kann:

$$(4.8) \quad \frac{1}{p_i} = \frac{1}{e \cdot p_{i, \text{in}}}$$

Der reale Wechselkurs in Bezug auf Gut i ( $\Pi_i$ ) gibt die Zahl der im Inland gekauften Mengeneinheiten von Gut i an, die für eine im Ausland gekaufte Mengeneinheit zu geben sind. Er errechnet sich durch Multiplikation von (4.5) und (4.7) oder indem man (4.7) durch (4.6) dividiert:

$$(4.9) \quad \Pi_i = \frac{e \cdot p_{i, \text{in}}}{p_i} = \left[ \frac{ME_i \text{ (im Inland)}}{ME_i \text{ (im Ausland)}} \right]$$

Je höher  $\Pi_i$ , desto mehr in Europa produzierte Mengeneinheiten von Gut i muss man für eine in den USA produzierte Mengeneinheit „bezahlen“. Insofern beinhaltet ein Anstieg des realen Kurses einen direkten negativen Wohlfahrtseffekt (Perspektive der inländischen Nachfrager). Ursache für einen hohen Wert von  $\Pi_i$  ist, dass das inländische Gut im Vergleich zum ausländischen billig ist. Damit ist ein hoher realer Kurs ein Indikator für eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit des inländischen Gutes (Perspektive der inländischen Produzenten). Für den realen Außenwert gilt jeweils das Umgekehrte.

Sofern Kaufkraftparität in Bezug auf Gut i vorliegt, weist der in Bezug auf dies Gut definierte reale Kurs gerade den Wert eins auf, wie man durch Einsetzen von (4.8) in (4.9) erkennt. Für den Kauf einer Einheit von Gut i im Ausland muss also auf den Kauf von genau einer Einheit im Inland verzichtet werden.

$$(4.9a) \quad \Pi_i = 1$$

#### (c) Realer Kurs: mehrere Güter

Der Binnenwert einer Währung, also die Kaufkraft im Inneren, gegenüber einem Güterbündel wird mit Hilfe eines Preisindex und dessen Veränderung im Zeitablauf gemessen. Dabei ergibt sich ein Preisindex, indem die sog. Preismesszahlen der einzelnen Güter mit Hilfe eines Wägungsschemas zusammengefügt werden [vgl. Stobbe (1994), S. 178]. Der Außenwert der Währung lässt sich mit Hilfe des Wechselkurses messen. Um die zeitliche Entwicklung des Kurses zu erfassen, wird er üblicherweise in Form einer Messzahl ausgedrückt. Dabei setzt man den Wechselkurs einer Basisperiode ( $e_0$ ) gleich 100 und errechnet für die Berichtsperioden Messzahlen  $e/e_0$  [vgl. Stobbe (1994), S. 270 f.].

Preisindizes und Messzahlen sind dimensionslos. Aus Gründen der Anschaulichkeit argumentieren wir jedoch im Folgenden erstens nicht mit Messzahlen des nominalen Kurses, sondern mit seinem dimensionsbehafteten Wert. Zweitens ordnen wir dem Preisniveau die Dimension „Währungseinheiten pro ein Güterbündel“ zu.

Ein idealtypischer realer Wechselkurs würde im In- und Ausland ein identisches Güterbündel betrachten. Wir setzen ein nach europäischem Geschmack zusammengestelltes Bündel voraus, das in Europa den Preis  $p$  und in den USA den Preis  $\tilde{p}_a$  hat:

$$(4.10) \quad \tilde{\Pi} = s \cdot \frac{\tilde{p}_a}{p}$$

$$\frac{ME_{europ.}(in\ Europa)}{ME_{europ.}(in\ USD)} = \left[ \frac{EUR}{USD} \right] = \frac{\frac{USD}{ME_{europ.}(in\ USD)}}{\frac{EUR}{ME_{europ.}(in\ Europa)}}$$

Kaufkraftparität liegt vor, wenn gilt:

$$(4.11) \quad \frac{1}{s} = \frac{1}{s \cdot \tilde{p}_a}$$

In diesem Fall weist  $\tilde{\Pi}$  den Wert eins auf:

$$(4.12) \quad \tilde{\Pi} = 1$$

Der realtypische reale Wechselkurs ( $\Pi$ ) verwendet das amerikanische Preisniveau ( $p_a$ ) statt  $\tilde{p}_a$ . Es basiert auf einem nach amerikanischem Geschmack zusammengestellten Güterbündel.

$$(4.13) \quad \Pi = s \cdot \frac{p_a}{p}$$

$$\frac{ME_{europ.}}{ME_{amerikan.}} = \left[ \frac{EUR}{USD} \right] = \frac{\frac{USD}{ME_{amerikan.}}}{\frac{EUR}{ME_{europ.}}}$$

Der reale Wechselkurs gibt also den in inländischen Warenkörben ausgedrückten Preis eines amerikanischen Güterbündels an.

##### (5) Bilateraler und multilateraler Kurs

Wir haben bisher bilaterale Wechselkurse betrachtet, also das Tauschverhältnis zwischen Inlandswährung und einer Auslandswährung. Dagegen erfasst ein multilateraler Kurs simultan die Tauschrelationen gegenüber mehreren Auslandswährungen.

(a) Idee

Der multilaterale Kurs wird auch als effektiver Wechselkurs bezeichnet. Er wird berechnet, um einen umfassenden Eindruck aller Wechselkurse zu vermitteln, die für den Außenhandel des Inlandes wichtig sind. Es geht also „um die währungsbedingte Veränderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im Außenhandel“ [Willms (1995), S. 27].

(b) Nominaler effektiver Kurs

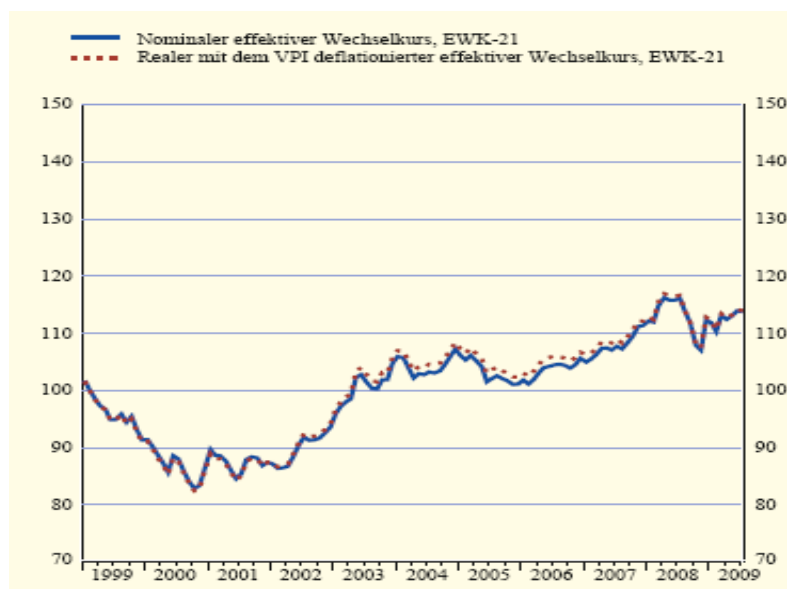
Der nominale effektive Kurs ( $e^{\text{eff}}$ ) wird i. a. als gewogenes geometrisches Mittel aus den bilateralen Kursen gegenüber den  $n$  Partnerwährungen ( $e_i$ ,  $i = 1, \dots, n$ ) berechnet [vgl. Willms (1995), S. 27]. Dabei verwendet man in der Praxis Messzahlen ( $e_{it}/e_{i0}$ ), in denen der Kurs einer Basisperiode ( $e_{i0}$ ) gleich 100 gesetzt wird. Damit resultiert auch der effektive Kurs in Form einer Messzahl [vgl. Stobbe (1994), S. 271]:

$$(4.14) \quad \left( \frac{e_t}{e_0} \right)^{\text{eff}} = \left( \frac{e_{1,t}}{e_{1,0}} \right)^{g_1} \cdot \left( \frac{e_{2,t}}{e_{2,0}} \right)^{g_2} \cdot \dots \cdot \left( \frac{e_{n,t}}{e_{n,0}} \right)^{g_n}, \text{ wobei } g_i > 0, \sum_{i=1}^n g_i = 1.$$

Die EZB berechnet den Kehrwert von (4.14), indem sie Mengennotierungen der Fremdwährungen verwendet. Das stellt den effektiven nominalen Außenwert des Euro dar. Basisperiode ist das erste Quartal 1999, dessen durchschnittlicher Wert deshalb gleich 100 gesetzt wird. Die folgende Grafik zeigt, dass der Euro bis zum Herbst 2000 nominal kräftig abwertete. Anschließend legte er deutlich zu.

**Abbildung 4.2 (5b): Effektive Wechselkurse des Euro**

Monatsdurchschnitte; Index 1999 Q1 = 100



Quelle: Europäische Zentralbank (2009), S. S72.

### (c) Effektiver realer Kurs

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt nicht nur von den nominalen Wechselkursen, sondern auch von den Preisen der inländischen Güter im Vergleich zu den Preisen der konkurrierenden ausländischen Güter ab. Dies versucht der reale effektive Wechselkurs zu berücksichtigen [vgl. Willms (1995), S. 27]. Er lässt sich berechnen als gewogenes geometrisches Mittel der bilateralen realen Kurse, wobei in der Praxis wieder Messzahlen angesetzt werden.

Die EZB verwendet die Messzahlen bilateraler Mengennotierungen der Auslandswährungen und ermittelt so den realen effektiven Außenwert des Euro. Je niedriger der reale effektive Außenwert des Euro ist, desto geringer sind die Inlandspreise im Vergleich zu den in Euro umgerechneten Preisen ausländischer Güter und desto höher ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder gegenüber den Ländern, deren Wechselkurse in die Betrachtung einbezogen werden. Die obige Abbildung 4.2. (5b) zeigt, dass der reale effektive Außenwert des Euro sich bisher praktisch genau wie der nominale multilaterale Kurs entwickelt hat.

Nach dem gleichen Verfahren wie die EZB berechnet die Deutsche Bundesbank „Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“. Empirische Ergebnisse finden sich im rechten Teil der folgenden Tabelle.

**Abbildung 4.2 (5c): Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft**

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs für den Euro						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft							
	EWK-21 1)				EWK-41 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	Real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	23 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	23 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)	
							Insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,0	95,8	96,5	96,4	95,8	97,7	99,5	95,6	97,6	98,1	98,0	97,6	
2000	86,8	86,4	85,8	85,5	87,8	85,8	91,5	97,0	85,1	90,9	92,8	91,8	90,8	
2001	87,5	87,1	86,6	84,9	90,1	87,0	91,2	95,8	85,8	90,4	92,9	91,3	90,8	
2002	89,9	90,4	89,6	88,0	94,7	91,0	92,0	95,0	88,4	90,9	93,6	92,0	91,9	
2003	100,5	101,6	100,5	99,0	106,7	102,0	95,5	94,0	97,5	94,8	97,3	96,6	96,9	
2004	104,3	105,5	103,6	102,9	111,2	106,0	96,0	93,0	100,0	95,2	98,8	98,2	98,6	
2005	103,3	104,6	102,4	101,3	109,7	104,1	94,8	91,5	99,2	93,5	98,9	97,4	97,3	
2006	103,7	105,0	102,3	100,9	110,1	103,9	93,9	90,0	99,1	92,3	99,1	97,2	96,8	
2007	107,9	109,0	106,4	104,4	114,3	107,2	95,2	89,2	103,6	93,3	101,7	99,2	98,7	
2008	113,0	113,6	111,5	109,9	120,0	111,1	95,9	87,9	107,3 p)	93,6	103,5	100,1	99,6	

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Mai 2008, S. 41). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB ([www.ecb.int](http://www.ecb.int)) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen für den ausgewiesenen Zeitraum auf dem Handel mit gewerblichen Erzeug-

nissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. der Slowakei) sowie die Länder außerhalb der EWU (Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). — 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-41-Länder (siehe Fußnote 2).

Quelle: Deutsche Bundesbank (2009), S. 76\*

Man erkennt, dass die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seit Einführung des Euro differenziert beurteilt werden muss:

- Gegenüber den übrigen Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion (EWU) hat sie in allen Jahren zugenommen und liegt mittlerweile deutlich höher als Anfang 1999. Maßgeblich hierfür war der stärkere Preisauftrieb in den anderen Ländern, der – anders als vor der Einführung der Gemeinschaftswährung – jetzt nicht mehr durch nominale Abwertungen der nationalen Währungen dieser Staaten kompensiert werden konnte.
- Dagegen war gegenüber den Handelspartnern außerhalb der EWU nur bis 2000 eine Verbesserung unserer preislichen Wettbewerbsfähigkeit festzustellen; sie basierte auf der bereits geschilderten starken nominalen Abwertung des Euro um die Jahrtausendwende. Anschließend hat Deutschland aufgrund der Aufwertung des Euro erheblich an Boden verloren. Noch ungünstiger war die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit vieler anderer EWU-Staaten, die neben der Aufwertung des Euro – wie erwähnt – auch mit dem „hausgemachten“ Problem der vergleichsweise starken Preiserhöhungen ihrer Produkte zu kämpfen haben.

#### (d) Gewichtung

Die in den obigen Gleichungen (4.14) verwendeten Gewichte ( $g_i$ ) messen die Konkurrenzbeziehung gegenüber den betreffenden Ländern im internationalen Warenhandel. Dabei sind zwei Effekte zu berücksichtigen [vgl. Willms (1995), S. 28; Stobbe (1994), S. 271 f.]:

Die direkte Konkurrenzbeziehung mit einem Land  $i$ : Sie lässt sich etwa anhand des Anteils, den die inländischen Ausfuhren in dieses Land an allen Exporten des Inlands haben, messen. Wir können dies als einfaches Exportgewicht des Landes  $i$  bezeichnen.

Drittmarkt-Effekte: Das Inland (z. B. Euro-Land) konkurriert mit einem Land (z. B. Japan) im Export nicht nur auf dessen Heimatmarkt, sondern auch in dritten Ländern (z. B. in den USA). Dementsprechend führt eine Änderung des Wechselkurses gegenüber dem Land auch zu Wettbewerbsverschiebungen auf Drittmärkten. Das Ausmaß dieses Drittmarkteffektes (z. B. in den USA) hängt ab (a) von dem Anteil der inländischen Exporte in dieses Land an allen Ausfuhren des Inlandes, (b) dem Anteil des Konkurrenzlandes (Japan) an dem Güterangebot dieses Landes.

Die Kombination aus Drittmarkteffekten und einfachen Exportgewichten ergibt das sog. erweiterte Exportgewicht einer Fremdwährung  $i$ . Analog lassen sich erweiterte Importgewichte sowie Mischungen aus Import- und Exportgewichten errechnen.

(6) *Ergänzung: Terms of Trade*

Die Terms of Trade stellen – ebenso wie der reale effektive Wechselkurs – ein Realtauschverhältnis gegenüber einer Gruppe von Ländern dar. Sie lassen sich mit Hilfe von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen berechnen [eine alternative Berechnung basiert auf sog. Durchschnittswerten; vgl. Stobbe (1994), S. 187 ff., 443]:

$$(4.15) \quad \frac{\text{Exportpreise (in Euro)}}{\text{Importpreise (in Euro)}}$$

In der Praxis werden der Index der Exportpreise und der Index der Importpreise in (4.15) angesetzt. Liegt deren Quotient etwa bei 117, so haben die Terms of Trade gegenüber der Basisperiode um 17% zugenommen.

Um zu einer anschaulichen Interpretation zu gelangen, nehmen wir drei Vereinfachungen vor: Wir betrachten nur ein fremdes Land und unterstellen zudem, dass es nur ein Export- und ein Importgut gib; darüber hinaus betrachten wir keine Messzahlen, sondern absolute Preise. In diesem Fall lassen sich die Terms of Trade schreiben als

$$(4.16) \quad T = \frac{P_{EX}}{P_{IM} \cdot e} = \frac{\left[ \frac{e}{\$} \right] ME_{EX}}{\left[ \frac{\$}{e} \right] ME_{IM}} = \left| \frac{ME_{IM}}{ME_{EX}} \right|$$

Man erkennt, dass es sich um ein Realtauschverhältnis handelt. Wenn  $\tau$  steigt, spricht man von einer Verbesserung der Terms of Trade für das Inland, weil es pro Mengeneinheit seines Exportgutes ( $ME_{EX}$ ) mehr Einheiten des Importgutes ( $ME_{IM}$ ) bekommt [vgl. Rübel (2004), S. 58 f.].

Ein Vergleich mit dem realen bilateralen Wechselkurs aus Punkt (4) des laufenden Abschnitts zeigt drei Unterschiede:

- Die Terms of Trade sind aus Sicht des Inlands eine Ertragsgröße, während der reale Kurs eine Kostengröße ist.
- Die Terms of Trade berücksichtigen nur exportierte und importierte Güter, während der reale Wechselkurs prinzipiell alle Güter im Inland wie im Ausland erfasst.
- Die Terms of Trade setzen im Nenner im Grundsatz andere Güter an (z. B. deutsche Maschinen) als im Zähler (z. B. afrikanische Bananen). Dagegen versucht der reale Kurs im Zähler und Nenner einen möglichst ähnlichen Warenkorb preislich zu erfassen.

## 4.3 Devisenmarkt

### *(1) Merkmale*

Ein Devisenmarkt ist der ökonomische Ort, an dem zwei Währungen getauscht werden [vgl. hierzu und zum Folgenden Dieckheuer (2001), S. 233 f.; Rübel (2004), S. 55 f.]. Der Ausdruck „ökonomischer Ort“ deutet bereits darauf hin, dass der Devisenmarkt nicht räumlich bestimmt ist, sondern durch seinen Handelsgegenstand. Da eine Währung ein in sachlicher Hinsicht homogenes Gut ist, kann ein Währungstausch grundsätzlich an einem beliebigen Ort durchgeführt werden. Neben die sachliche Homogenität des Handelsgegenstands treten am Devisenmarkt die große Zahl der Marktteilnehmer und die hohe Markttransparenz. Letztere kommt durch die geringen Informationskosten zustande, die ihrerseits durch die Homogenität des Handelsgegenstandes und die elektronische Informations- und Kommunikationstechnik bedingt ist. Diese ermöglicht auch den professionellen Devisenhandel – verstanden als Handel von Buchgeld – „per Knopfdruck am Computer“ und damit zu geringen Transaktionskosten und selbst über große Entfernungen hinweg. Deshalb kommt es bei voneinander abweichenden Wechselkursen zwischen zwei Währungen an zwei Handelsplätzen sofort zu Arbitrage: Sie beseitigt die Kursunterschiede und führt zum „Gesetz des einheitlichen Kurses“.

Das globale Handelsvolumen an den Devisenmärkten betrug im April 2001 rund 1,3 Billionen US-Dollar pro Handelstag. Davon wurde ein Drittel am wichtigsten Handelsplatz London realisiert. Bei neun von zehn Transaktionen war der US-Dollar eine der beiden beteiligten Währungen (Euro: vier von zehn). Maßgeblich für diese Dominanz ist insbesondere die Funktion des Dollar als Vehikelwährung: Die meisten der rund 140 Währungen der Welt werden im professionellen Devisenhandel nicht direkt gegeneinander getauscht, sondern indirekt „über den Dollar“.

### *(2) Aufgaben des Devisenmarkts*

Indem der Devisenmarkt den Tausch inländischen Geldes in ausländisches ermöglicht, wandelt er Kaufkraft von Inlandswährung in Auslandswährung um. Dies ist seine zentrale Funktion [vgl. Caspers (2002), S. 35 f.]. Im Zentrum stehen dabei Formen des Geldes, die unmittelbar zu Zahlungen genutzt werden können, also vor allem Sichteinlagen bei Banken.

Der Devisenmarkt soll dabei Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringen. Im Zuge dieses Ausgleichsprozesses bildet sich in einem System flexiblen Wechselkurses ein gleichgewichtiger Wechselkurs. Er bringt die relative Bewertung der zwei ausgetauschten Währungen zum Ausdruck.

Indem der Devisenmarkt den Erwerb von ausländischem Geld ermöglicht, macht er es überflüssig, dass ein Wirtschaftssubjekt oder eine Gruppe von Wirtschaftssubjekten

innerhalb einer Periode (z. B. einem Monat oder einem Jahr) durch Verkauf eigener Güter an das Ausland ebenso viele Devisen beschafft wie sie gleichzeitig für den Kauf von Auslandsgütern benötigt. Insofern gleicht der Devisenmarkt „zeitliche Diskrepanzen im internationalen Zahlungsverkehr“ aus. Darüber hinaus gleicht er räumliche Diskrepanzen aus, und zwar in dem Sinne, dass die Einzahlungsüberschüsse eines Wirtschaftssubjektes (oder einer Gruppe, z. B. eines Landes) aus einigen Währungsräumen mit den Auszahlungsüberschüssen gegenüber anderen Währungsräumen ausgeglichen werden. Nähere Erläuterungen zum Ausgleich von räumlichen und zeitlichen Diskrepanzen im internationalen Zahlungsverkehr durch den Devisenmarkt finden sich bei Fischer-Erlach [(1995), S. 12 ff.].

#### 4.4 Wechselkurssystem

##### (1) Flexibler Wechselkurs („Floating“)

###### (a) Merkmal: keine Interventionen

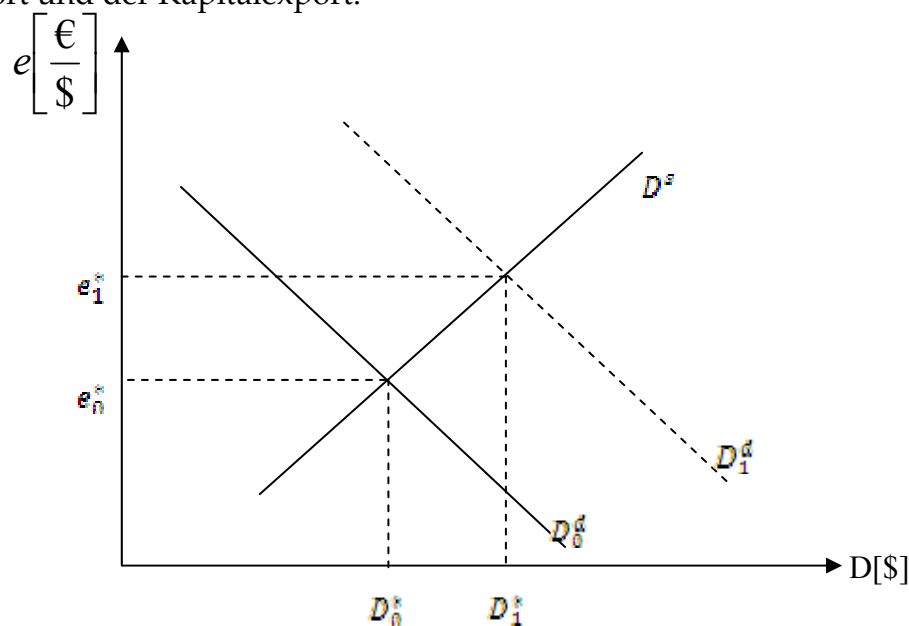
Der Kurs bildet sich, ohne dass die Währungsbehörden intervenieren (d. h. ohne Angebot und Nachfrage der Währungsbehörden mit dem Ziel, den Kurs zu beeinflussen)

###### (b) Konsequenz:

Der Saldo der Devisenbilanz ist Null ( $DB = 0$ ), sofern die Währungsbehörde nicht aus anderen Motiven Devisentransaktionen macht  $\rightarrow$  der Saldo der Gesamtbilanz (GB) ist ebenfalls Null ( $GB = 0$ ).

###### (c) Grafik

In der folgenden Grafik bezeichnet  $D^s$  das Devisenangebot. Es entsteht aus dem Güterexport und dem Kapitalimport. Quellen der Devisennachfrage ( $D^d$ ) sind der Güterimport und der Kapitalexport.





(d) Laufende Kursänderungen

- Kurs bildet sich so, dass  $D^s(e) = D^d(e)$
- Abweichungen zwischen  $D^s$  und  $D^d$  führen zu Anpassungen von  $e$ :

$$D^s > D^d \rightarrow e \downarrow$$

$$D^s < D^d \rightarrow e \uparrow$$

Bsp.: Rechtsverschiebung  $D^d$ -Kurve  $\rightarrow D^d > D^s \rightarrow e \uparrow$

- Ergebnis: Die laufenden Verschiebungen von  $D^s$  und  $D^d$  führen zu Schwankungen des Kurses im Zeitablauf.

(2) Fester Wechselkurs

(a) Merkmal:

- es gibt einen politisch vorgegebenen Ziel-Kurs ( $\bar{e}$ ), der oft als „Leitkurs“ bezeichnet wird
- mindestens eine Währungsbehörde interveniert, um Abweichungen des Marktkurses von diesem Kurs zu verhindern

$D^s(\bar{e}) > D^d(\bar{e}) \rightarrow$  Kauf des Überschuss-Angebots

$D^s(\bar{e}) < D^d(\bar{e}) \rightarrow$  Verkauf im Umfang der Überschuss-Nachfrage („Zahlungsbilanz-Finanzierung“)

(b) Konsequenzen

(i) Ungleichgewicht am Devisenmarkt

Im Allgemeinen stimmen beim Leitkurs das Angebot und die Nachfrage nicht überein.

Es kommt also zu einem Ungleichgewicht am Markt:  $D^s - D^d \neq 0$ .

Dies Ungleichgewicht am Markt impliziert weitere Ungleichgewichte. Sie werden gewissermaßen angestoßen durch die in Gang gesetzte Änderung der Währungsreserven.

(ii) Änderung der Währungsreserven

Da die Zentralbank ja Devisen in Höhe der Überschussangebotsmenge aufkauft bzw. in Höhe der Überschussnachfragemenge verkauft, kommt es genau in Höhe der Ungleichgewichtsmenge zu einer Änderung der Währungsreserven:

$$D^s - D^d = \Delta WR \neq 0$$

(iii) Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz

Wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, entspricht die Änderung der Währungsreserven gerade dem Saldo der Devisenbilanz. Es kommt also zu einem von Null verschiedenen Saldo:

$$DB = \Delta WR \neq 0$$

Weiterhin wissen wir aus Kapitel 2, dass aus buchhalterischen Gründen der Saldo der Devisenbilanz gerade dem entgegengesetzten Saldo der Gesamtbilanz entspricht. Damit kommt es auch zu einem Ungleichgewicht der Gesamtbilanz:

$$DB = -GB \neq 0$$

(iv) Änderung der Geldmenge

Wie wir aus Kapitel 3 wissen, führt eine Änderung der Währungsreserven zu einer Änderung der Geldmenge, sofern die Zentralbank keine Neutralisierungspolitik verfolgt. Wegen des Geldschöpfungsmultiplikators ( $m > 1$ ) beträgt die Änderung der Geldmenge ( $\Delta M$ ) ein Mehrfaches der Änderung der Währungsreserven:

$$\Delta M = m \cdot \Delta WR \neq 0$$

(c) Probleme

(i) Geldmenge wird endogen

Die Geldmenge wird nicht mehr von der Zentralbank, sondern von der außenwirtschaftlichen Situation des Landes bestimmt.

Temporäre Ausnahme: Neutralisierungspolitik

Bei der sog. Neutralisierungspolitik variiert die Zentralbank die Kredite an die heimische Wirtschaft (H) genau entgegengesetzt zur Änderung der Währungsreserven. Sie verhindert auf diese Weise, dass sich die Bilanzlänge, d. h. die Geldbasis (B) ändert:

$$\Delta WR = -\Delta H$$

Bilanz der Zentralbank	
WR	C
H	R
B	B

Da sich die Geldbasis nicht ändert, kommt es nicht zu einem Impuls auf die Geldmenge, die also – trotz der Änderung der Währungsreserven - unverändert bleibt:

$$\Delta WR = 0$$

Aber:

- Währungsreserven begrenzt
  - $\Delta WR < 0$ , nur begrenzt möglich, d. h. solange  $WR > 0$ ;
  - „ZB-Finanzierung“ begrenzt;
  - „ZB-Korrektur“ erforderlich;
- $\Delta WR > 0$  nur solange kompensierbar, wie  $H > 0$

(ii) Gefahr von Konflikten mit Partnerland, wenn dieses Land Interesse an Kursentwicklung hat, wie sie bei flexiblem Kurs zustande käme.

#### 4.5 Wechselkurspolitik des Euro-Systems

(1) *Grundlage (Art. 3a, Abs. 2)*

- einheitliche Währung
  - nominale(!) Wechselkurse zwischen Mitgliedsstaaten entfallen
- „Festlegung und Durchführung einer einheitlichen ... Wechselkurspolitik“

(2) *Ziele*

Art. 3a, Abs. 2: gleiche Zielsetzung wie für Geldpolitik, d. h.

- vorrangiges Ziel = Preisstabilität
- unbeschadet dieses Ziels die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft unterstützen „unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“

(3) *Kompetenz wechselkurspolitischer Entscheidungen (Art. 109)*

liegt bei Ministerrat, nicht bei ESZB!

(a) Einführung fester Wechselkurse gegenüber Drittländern (Art. 109, Abs. 1)

- nur einstimmig
- nur auf Empfehlung der EZB oder der EU-Kommission (im letztgenannten Fall „Anhörung der EZB in dem Bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens zu gelangen“)

(b) Änderungen von Leitkursen gegenüber Drittwährungen

- nach Verfahren wie (a)
- jedoch mit qualifizierter Mehrheit

(c) „Allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik gegenüber Währungen“, mit denen kein Festkurssystem besteht → gemäß Art. 109, Abs. 2:

- auf Empfehlung der EZB oder nach ihrer Anhörung
- dürfen Preisstabilität nicht beeinträchtigen

(4) Durchführung von Devisenmarktoperationen

= Aufgabe des ESZB (gem. Art. 105, Abs. 2)

- bei festem Kurs: Interventionen
- bei flexiblem Kurs: weitgehend freie Hand, weil eventuelle Orientierungen“ durch Ministerrat ex definitione nicht bindend sind

(5) Wechselkursmechanismus II.

Vgl. hierzu Baldwin/Wyplosz (2006), S. 340-342.

Die Aufgabe des sog. Wechselkursmechanismus II (WKM II) besteht darin, die Beziehung zwischen Teilnehmern der Währungsunion und EU-Ländern, die den Euro nicht eingeführt haben, zu regeln. Die Teilnahme ist gemäß dem Vertrag von Amsterdam freiwillig, aber erwünscht. Derzeit (April 2011) gehören folgende Länder dem WKM II an: Dänemark, Lettland, Estland (Schweden und Großbritannien wollen nicht teilnehmen). Aktuelle Angaben werden zum Beispiel von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht in Form von „Auszügen aus amtlichen Mitteilungen und Bekanntmachungen zum Euro und zum Wechselkursmechanismus II“ in der „Devisenkursstatistik. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5“.

Der WKM II hat folgenden Inhalt:

- fester Leitkurs + Bandbreite (für die meisten Teilnehmer  $\pm 15\%$ , Dänemark:  $\pm 2,25\%$ )
- sowohl das betreffende Land als auch die EZB müssen bei Erreichen der Grenzen der Bandbreite intervenieren
- sie können schon vorher intervenieren (sog. Intramarginale Interventionen), um Erreichen der Bandbreite zu verhindern

## Einschränkungen

- keine Interventionspflicht, wenn Interventionen die Preisstabilität gefährden
- Kredite der Zentralbanken, die untereinander zu Interventionszwecken gewährt werden, müssen spätestens nach 8 Monaten zurückgezahlt werden

## 4.6 Arten von Devisengeschäften und Wechselkursen

Am Devisenmarkt unterscheidet man vier Hauptgruppen von Transaktionen: Kassageschäfte, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte und Finanzhedging.

### *(1) Inhalt eines Devisenkassageschäfts*

Bei einem Devisenkassageschäft verpflichten sich die beiden Vertragsparteien zur Lieferung der verabredeten Währungen spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach Geschäftsabschluss; ist dieser Tag an einem der beiden Erfüllungsorte ein Feiertag, so wird der für beide Plätze mögliche Werktag zum Erfüllungstag, d.h. zum Valutatag. Geschäftsabschluss (Verpflichtungsgeschäft) und Geschäftsdurchführung (Erfüllungsgeschäft) finden also fast zeitgleich statt.

*Beispiel:* Ein Marktteilnehmer verkauft am 23. April 21.000.000 Forint gegen Euro zum Kurs von 300 HUF/EUR. Das bedeutet, dass er bis am 25. März, also zwei Tage später, 21 Millionen HUF auf ein spezifiziertes Bankkonto in Ungarn einzahlen muss. Gleichzeitig bekommt er 70.000 Euro auf ein Konto bei einer Bank in Euroland.

### *(2) Termingeschäfte und Terminkurse am Devisenmarkt*

Anders als ein Kassageschäft wird ein Termingeschäft nicht sofort, sondern zu einem späteren „Termin“ durchgeführt. Dabei werden im Verpflichtungsgeschäft, also bei Abschluss des Kontrakts, alle Details der Transaktion festgelegt. Der Geschäftsabschluss wird auch als Verpflichtungsgeschäft bezeichnet und die Geschäftsdurchführung als Erfüllungsgeschäft.

Ein *Devisen-Termingeschäft* ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien, in dem festgelegt wird, dass der eine Kontrahent (Terminkäufer)

- einen bestimmten Devisen-Betrag (Kontraktvolumen)
- zu einem bestimmten Zeitpunkt, (Termin) in der Zukunft (Erfüllungstag)
- zu einem bestimmten Preis (Terminkurs) von dem anderen Kontrahent (Terminverkäufer) übernimmt.

Man unterscheidet zwischen Devisen-Forwards und Devisen-Futures.

*Beispiel:* Ein deutscher Exporteur liefert am 15.10.X Ware zu einem Kaufpreis von 13.000.000 JPY nach Japan. Laut Kaufvertrag hat der Exporteur dem japanischen Importeur ein Zahlungsziel von 3 Monaten einzuräumen. Der Exporteur befürchtet, dass der EUR in diesem Zeitraum eine Aufwertung erfährt. Zurzeit gelten die folgenden Devisenkurse:

Wechselkurse: für 1 EUR

15.10.X	Referenzkurse		3 Monate		6 Monate	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
JPY	131,46	131,94	130,49	130,97	129,55	130,03

- a) Wie kann sich der Exporteur vor der befürchteten Euro-Aufwertung (JPY-Abwertung) schützen! b) Wie hoch sind die Kursicherungskosten/-gewinn?

Der Exporteur hat eine Fremdwährungsforderung von 13 Mio. JPY, zahlbar in drei Monaten. Um sich vor einer JPY-Abwertung zu schützen, schließt er bei seiner Bank ein Devisentermingeschäft ab. Zum Erfüllungstermin in drei Monaten, erhält der Exporteur die Summe 99.259,372 EUR auf seinem Konto gutgeschrieben. Die Kurssicherungskosten ergeben sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Terminbriefkurs und dem Kassabriefkurs (99.259,372 Euro minus 98.529,634 Euro = + 729,738 Euro). Der Exporteur erhält damit per Termin cca. 730 Euro mehr, als bei Einlösung per Kasse. Durch den Abschluss des Devisentermingeschäftes hat der Exporteur die Umwechselung seiner Fremdwährungsforderung zum Terminkurs gesichert. Die Verluste oder Gewinne des Devisentermingeschäfts kann man erst im Nachhinein (ex post) beurteilen.

Der im Beispiel genannte Kurs stellt den Terminwechselkurs dar. Er wird häufig als Devisenterminkurs oder auch einfach als Terminkurs bezeichnet und bezieht sich stets auf einen genau festgelegten Zeitpunkt in der näheren oder fernen Zukunft. Er ist also derjenige Wechselkurs, zu dem zwei Währungen zu einem bestimmten Termin in der Zukunft getauscht werden, wenn der Tausch bereits heute vereinbart wird. Die Spanne zwischen Brief- und Geldkurs am Devisen-Terminmarkt wird durch mehreren Faktoren bestimmt, die auch die Spanne am Kassamarkt beeinflussen. Hinzu kommt am Terminmarkt, dass mit zunehmender Laufzeit eines Kontrakts die Spanne ausgeweitet wird. Ursache hierfür ist, dass das Risiko aus einem Termin-Engagement umso größer ist, je weiter der Erfüllungstag in der Zukunft liegt [vgl. Shapiro (1999), S. 160 f.]: so kann etwa ein Terminverkäufer den zukünftigen Kassakurs, zu dem er den heute per Termin verkauften Devisen-Betrag anschaffen muss, umso schlechter abschätzen, je weiter der Termin in der Zukunft liegt.

Eine alternative Form der Quotierung ist die indirekte Notierung mit Hilfe von Swap-Punkten. Swap-Punkte geben die Differenz zwischen Termin- und Kassakurs an:

Swap-Punkte = Terminkurs – Kassakurs .

Swap-Punkte werden auch als „pips“ bezeichnet. Bei der Mengennotierung sind sie gemessen in Fremdwährung pro 10.000 Euro. Die indirekte Form der Notierung des Terminkurses heißt „swap quotation“. Ein Swappunkt bezieht sich immer auf die letzte quotierte Stelle des Kassakurses [vgl. Shapiro (1999), S. 159 f.].

*Beispiel:* In drei Monaten erwarten Sie aus einer Geldanlage in Großbritannien 400.000 GBP. Diesen Betrag wollen Sie durch ein Termingeschäft absichern. Im Kursteil der Zeitung lesen Sie:

Devisenkurs für 1 EUR	Geld	Brief
GBP	0,7900	0,7902

Termine Swapsätze: Euro gegen Fremdwährung

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
GBP	7,5/7,9	22,5/23,1	43,5/45,0

Welchen EUR-Betrag bekommen Sie?

Die obigen Swapsätze bedeuten dementsprechend, dass der 3-Monats-Terminkurs um  $22,5/10.000 = 0,00225$  GBP/EUR (Geld) bzw.  $23,1/10.000 = 0,00231$  GBP/EUR (Brief) niedriger als der Kassakurs lag. Um die Terminkurse zu ermitteln, muss man als Ausgangspunkt die Kassakurse desselben Tags nehmen. Sie lagen im Interbankenhandel bei 0,7900 (Geld) und 0,7902 (Brief).

Weil die Bank im Euroland Briefe gegenüber EUR kauft, verwendet man den Briefkurs für den Umtausch.

Briefkurs: 0,7902 GBP/EUR

Swapsatz (3M, Brief):  $\frac{23,1}{10.000} = 0,00231$

Terminkurs (Briefkurs + Swappunkte): = 0,79251 GBP/EUR

In drei Monaten, bekommt man:  $\frac{400.000 \text{ GBP}}{0,79251 \text{ EUR}} = 504.725,4924 \text{ EUR}$ .

Gemäß der Zinsparitätstheorie zeigt der Swapsatz die Zinsdifferenzen zwischen zwei Währungen, so dass ein Investor in seiner Anlageentscheidung zwischen beiden Währungen indifferent wird. Das heißt, dass der Swapsatz durch die Zinssatzdifferenz zwischen den beteiligten Währungen bestimmt wird. Wenn das Auslandszinssatzniveau höher ist als das Inlandszinssatzniveau, wird von einem Aufschlag (Report)

gesprochen. Im Gegenteil, wenn das Auslandszinssatzniveau höher ist als das Inlandszinssatzniveau, heißt diese Situation Abschlag (Deport).

*Beispiel:* Am 15.10.X betritt der Kunde A.GmbH die Bank und möchte 16.000.000 CAD in 6 Monaten per Termin verkaufen. Der aktuelle Kassakurs liegt zurzeit bei 1,6000 CAD/EUR im Devisenhandel. Die Eurogeldmarktsätze liegen bei:

EUR 3,5% p.a.

CAD 5,5% p.a.

Wie hoch müsste der 6 Monats-Swapsatz sein, damit auf den Märkten ein Gleichgewicht herrscht und welchen Kurs kann die Bank dem Kunden nennen?

Wenn man eine EUR-Anlage macht, erhielt man nach einer Laufzeit von 6 Monaten einen Ertrag in Höhe von:  $1 \text{ EUR} \cdot \left(1 + \frac{3,5}{100} \cdot \frac{6}{12}\right) = 1,0175 \text{ EUR}$ . Ähnlich, nach einer entsprechenden Anlage in CAD, bekommt man:  $1,60 \text{ CAD} \cdot \left(1 + \frac{5,5}{100} \cdot \frac{6}{12}\right) = 1,644 \text{ CAD}$ .

Zum Termin, müssen die zwei Erträge gleich sein:  $1,644 \text{ CAD} = 1,0175 \text{ EUR}$ . Das bedeutet, dass der Terminkurs  $1,6157 \text{ CAD/EUR}$  beträgt. Weil das Auslandszinssatzniveau höher als das Inlandszinssatzniveau ist, führt diese Situation zu einem positiven Swapsatz (Aufschlag, Report) und der Wechselkurs über den Kassakurs liegen wird.

Swapsatz = Terminkurs – Kassakurs =  $1,6157 - 1,600 = 0,0157 \text{ CAD/EUR}$ .

*Devisen-Futures* sind normale Devisen-Termingeschäfte. Ebenso wie der Käufer (Verkäufer) eines Forwards verpflichtet sich auch der Käufer (Verkäufer) eines Futures in  $t = 0$  für einen zukünftigen Fälligkeitszeitpunkt zur Abnahme (Lieferung) eines bestimmten Fremdwährungsbetrages zu einem bereits heute festgelegten Kurs. Dieser Kurs heißt Futures-Kurs und ist ökonomisch äquivalent zum Terminkurs. Im Gegensatz zu den bilateral, „over-the-counter“ (OTC) gehandelten Forwards werden Futures-Geschäfte an einer Terminbörse abgeschlossen. Die Kontraktmerkmale (die tauschenden Währungen, die Kontraktvolumina und -laufzeiten) werden von der Börse standardisiert [vgl. Breuer (2000), S. 161)].

### (3) Devisenoptionsgeschäfte

Devisenoption ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien, nämlich dem Verkäufer der Option (=Stillhalter) und dem Käufer der Option (=Inhaber). Der Käufer der Kauf oder Verkaufsoption erwirbt gegen Zahlung der Optionspreises (Prämie) vom Stillhalter (dem Verkäufer) das Recht (nicht die Pflicht), einen Währungsbetrag zu den vereinbarten Basispreis (Basispreis, Ausübungspreis, *strike price*) zu dem vereinbarten Zeitpunkt (europäische Option) oder innerhalb dem vereinbarten Zeitraum (amerika-



nische Option) zu kaufen (CALL) oder zu verkaufen (PUT). Der Verkäufer der Kauf oder Verkaufsoption geht gegen Erhalt des Optionspreises die Stillhalteverpflichtung ein, den Währungsbetrag zum vereinbarten Basispreis zu verkaufen (CALL) oder zu kaufen (PUT), sofern der Optionskäufer sein Optionsrecht ausübt.

Im Optionsgeschäft werden zwei Grundformen unterschieden, nämlich

- die Kaufoption (Call) und
- die Verkaufsoption (Put).

Für jede Grundform gibt es eine Käuferseite (als aktiven Kontrahenten) und eine Verkäuferseite (als passiven Kontrahenten: Stillhalter, der die Entscheidung des Käufers abwartet). Durch Kombination ergeben sich also vier Arten von Optionsgeschäften:

- Kauf einer Kaufoption (Long Call)
- Verkauf einer Kaufoption (Short Call)
- Kauf einer Verkaufsoption (Long Put)
- Verkauf einer Verkaufsoption (Short Put).

(a) Euro-Colloption (Euro-Kaufoption) räumt dem Käufer das Recht ein, EUR zu kaufen, zum Basispreis zu einem vereinbarten Termin und verpflichtet den Verkäufer, den Basiswert zu liefern, wenn der Käufer dies verlangt und den Basispreis zahlt.

*Beispiel:* Ein Exporteur erwirbt eine 3 Monats-EUR/CHF-Kaufoption (Call) über 350.000 CHF zum Basiskurs von 1,25 CHF/EUR. Die Prämie beträgt 1,8%. Welche Entscheidung werden Sie treffen, wenn:

- a) der EUR auf 1,10 CHF/EUR fällt;
- b) der Euro auf 1,50 CHF/EUR steigt;
- c) Bestimmen Sie den Break-even-Punkt.
- d) Stellen Sie die Aufgabe graphisch dar, sowohl aus Sicht des Käufers als auch des Verkäufers. (Berechnen Sie alle Beträge in Euro.)

Der Exporteur hat eine Fremdwährungsforderung in Höhe von 350.000 CHF, die in drei Monaten in Euro umtauschen möchte. Er möchte sich vor einer CHF-Abwertung schützen. Die Option sichert, dass man 350.000 CHF gegen 280.000 EUR ( $= 350.000 \text{ CHF} / 1,25 \frac{\text{CHF}}{\text{EUR}}$ ) bei einem Kurs von 1,25 CHF/EUR verkaufen kann. Man muss eine Optionsprämie in Höhe von 280.000 EUR  $1,8\% = 5.040 \text{ EUR}$  bezahlen.

a) Wenn der Kurs 1,1 CHF/EUR ist, hat sich der CHF aufgewertet. Die Option wird nicht ausgeübt und der Umtausch findet am Kassamarkt statt, weil der Exporteur einen

höheren EUR-Betrag zum Devisenkassakurs bekommt:  $\frac{350.000 \text{ CHF}}{1,10 \frac{\text{CHF}}{\text{EUR}}} = 318.181,81 \text{ EUR}$ . In

diesem Fall, verliert er die Prämie. Mit anderen Worten, ist das Risiko des Optionskäufers auf den Verlust der Optionsprämie begrenzt und seine Gewinnchancen praktisch unbegrenzt sein können. Demgegenüber erhält der Optionsverkäufer maximal die Optionsprämie. Seine Verluste können jedoch weit darüber liegen.

b) Wenn der Kurs 1,5 CHF/EUR beträgt, hat sich der CHF abgewertet. Die Option wird ausgeübt und der Exporteur wechselt den erhaltenen CHF-Betrag zum Basispreis. Die Differenz zwischen dem Basiskurs und dem Devisenkassakurs ist der Ertrag.

$$\text{Ertrag} = 350.000 \frac{\text{CHF}}{1,25 \frac{\text{CHF}}{\text{EUR}}} - \frac{350.000 \text{ CHF}}{1,20 \frac{\text{CHF}}{\text{EUR}}} = 46.666,66 \text{ EUR.}$$

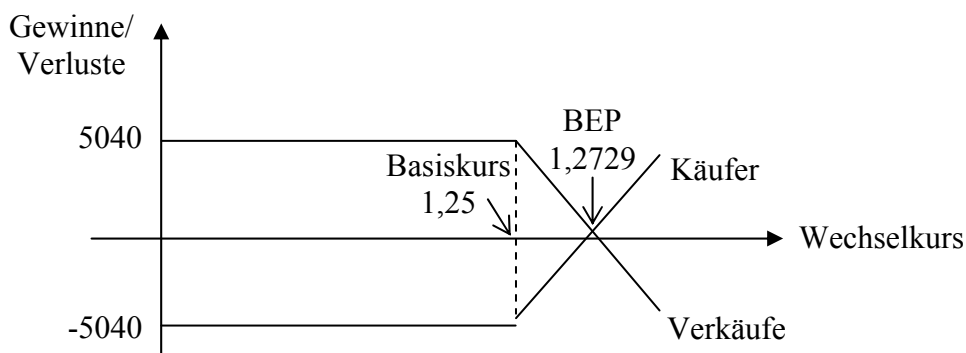
Um die Gewinne zu bekommen, muss man auch die Prämie abziehen:

$$\text{Gewinn} = \text{Ertrag} - \text{Kosten} = 41626,6 \text{ EUR}$$

c) Zu dem Wechselkurs im Break-Even-Punkt sind die Gewinne bzw. Verluste des Exporteurs null.

$$\frac{350.000}{1,25} - \frac{350.000 \text{ CHF}}{x} = \frac{350.000}{1,25} \cdot 0,018; x = 1,2729 \text{ CHF/EUR}$$

d) Euro-Calloption (Gewinne/Verluste)



(b) *Euro-Putoption* (Euro-Verkaufsoption) räumt dem Käufer das Recht ein, die EUR zu liefern und dafür die Zahlung des Basispreises in Fremdwährung zu verlangen („Ausübung“) und verpflichtet den Verkäufer, den Basispreis an den Käufer zu zahlen, wenn der Käufer dies verlangt und ihm den Basiswert liefert

#### (4) Finanzhedging

Finanzhedging ist eine Kurssicherungsmethode; d.h. eine offene Devisenposition wird durch die Aufnahme eines gegenläufigen Kredit kompensiert.

*Beispiel:* Sie exportieren Waren und erhalten von Ihrem Kunden in sechs Monaten eine Mio. AUD. Der Wechselkurs beträgt aktuell 1,4 AUD/EUR.

- Welche Konsequenzen hat diese offene AUD-Position, wenn der Wert des Euro um 10% fällt oder der Wert des Euro um 10% AUD steigt?
- Um die daraus resultierende offene Fremdwährungsposition zu schließen, wollen Sie für ein Halbjahr ein Darlehen auf AUD-Basis zu einem Zinssatz von 3,2% p. a. aufnehmen (auch die Zinsen sind in AUD zu begleichen). Wie hoch bemessen Sie dieses Darlehen (in Euro), damit das Wechselkursrisiko, das aus der Zahlung in 6 Monaten vollständig eliminiert ist?

a) Zu dem aktuellen Wechselkurs, wäre der EUR-Betrag  $\frac{1 \text{ Mio. AUD}}{1,4 \frac{\text{AUD}}{\text{EUR}}} = 714.285,714 \text{ EUR}$ .

Wenn die Inlandswährung sich abwertet und der Wechselkurs auf 1,26 AUD/EUR fällt, dann erhielt der Exporteur in 6 Monaten  $\frac{1 \text{ Mio. AUD}}{1,26 \frac{\text{AUD}}{\text{EUR}}} = 793.650,79 \text{ EUR}$ . Das bedeutet ein Gewinn für den Exporteur.

Bei einer Aufwertung des Inlandswährung, wenn der Wechselkurs auf 1,54 AUD/EUR steigt, dann erzielt der Exporteur Verluste, weil der EUR-Betrag nur  $\frac{1 \text{ Mio. AUD}}{1,54 \frac{\text{AUD}}{\text{EUR}}} = 649.350,649 \text{ EUR}$  ist.

b) Um sich vor AUD-Abwertung zu schützen, nimmt der Exporteur ein Darlehen auf AUD-Basis, so dass er in 6 Monaten genau 1 Mio. AUD zurückzahlen muss. Das bedeutet, dass heute muss er:

$$S_0 \cdot \left(1 + \frac{3,2}{100} \cdot \frac{1}{2}\right) = 1.000.000$$

Das heißt:  $S_0 = 984.251,96 \text{ AUD}$ , Summe die zu dem aktuellen Wechselkurs 703.037,12 EUR repräsentiert. Mit anderen Worten,

### *Mögliche Fragen:*

#### 1. Devisenmarkt

- a) Was versteht man unter Devisen?
- b) Welche Funktion haben Devisen?
- c) Nennen Sie die wichtigste Form von Devisen.
- d) Was verstehen Sie unter Sorten?
- e) Was ist der Unterschied zwischen einem Kassa- und einem Termingeschäft?
- f) Was ist ein Devisenswap?

#### 2. Erläutern Sie kurz die Idee des multilateralen Wechselkurses

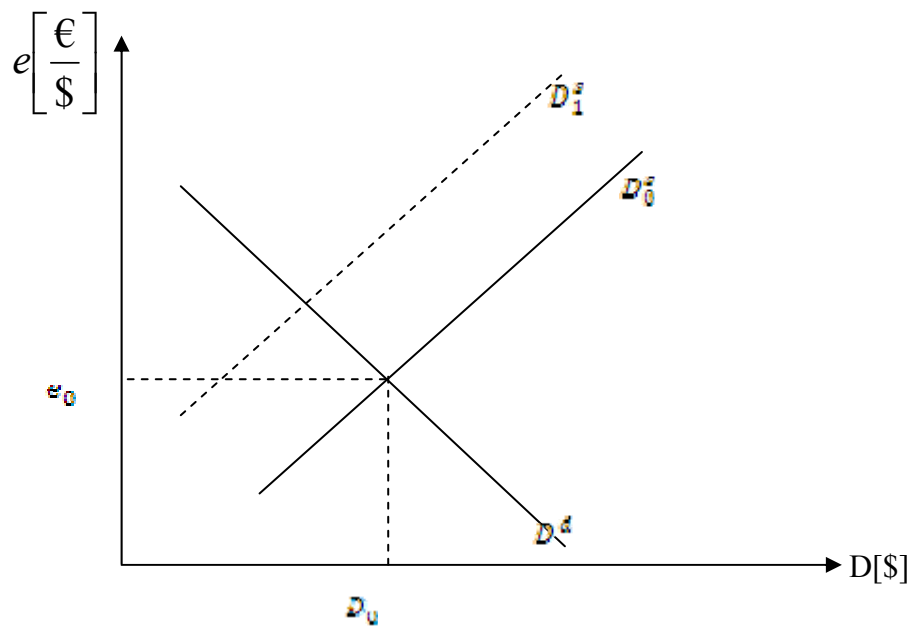
#### 3. Realer Wechselkurs

- a) Definieren Sie formal den idealtypischen realen Wechselkurs (in Bezug auf Güterbündel).
- b) Verdeutlichen Sie, dass die in a) definierte Größe ein Realtauschverhältnis darstellt.
- c) Interpretieren Sie die Größe.
- d) Erläutern Sie anhand der in a) definierten Größe ausführlich den Begriff der Kaufkraftparität.
- e) Wodurch unterscheiden sich der realtypische und der idealtypische reale Kurs?
- f) Was versteht man unter einer realen Abwertung?
- g) Setzt eine reale Abwertung eine nominale Abwertung voraus? Begründen Sie Ihre Antwort.

#### 4. Terms of Trade

- a) Definieren Sie die Terms of Trade in allgemeiner Form.
- b) Definieren und interpretieren Sie die Terms of Trade für den Fall, dass es nur ein Exportgut und nur ein Importgut gibt.
- c) Worin unterscheiden sich die Terms of Trade vom realen Wechselkurs?

#### 5. In der in der folgenden Grafik ist der Devisenmarkt dargestellt. Der US-Dollar (\$) ist die Fremdwährung, der Euro (€) ist die Inlandswährung.



- a) Nennen Sie die Quellen des Devisenangebots und der Devisennachfrage.
- b) Im obigen Bild verschiebt sich die Kurve des Devisenangebots von der Ausgangsposition in die Position .
  - b<sub>1</sub> Handelt es sich um eine Senkung oder um eine Erhöhung des Devisenangebots?
  - b<sub>2</sub> Welche Situation entsteht beim bisherigen Wechselkurs  $e_0$ ?
  - b<sub>3</sub> Ist der Saldo der Gesamtbilanz beim bisherigen Wechselkurs  $e_0$  nun positiv, ausgeglichen oder negativ?
  - b<sub>4</sub> Kommt es bei flexiblem Wechselkurs zu einer Aufwertung oder zu einer Abwertung des US-Dollars?
  - b<sub>5</sub> Wie muss die Zentralbank des Euro-Landes intervenieren, wenn sie den Wechselkurs konstant halten will?
  - b<sub>6</sub> Wie ändern sich aufgrund der Intervention die Devisenreserven der europäischen Zentralbank?

## 6. Wechselkurspolitik des Eurosystems

- a) Welches Wechselkurs-System hat der Euro derzeit gegenüber dem US-Dollar?
- b) Was sind die Ziele der Wechselkurspolitik des Euro-Systems laut EU-Vertrag?
- c) Erläutern Sie die Kompetenzen wechselkurspolitischer Entscheidungen im Euro-System.

## 7. Wechselkursmechanismus II

- a) Was ist die Aufgabe des Wechselkursmechanismus II des Europäischen Währungssystems?
- b) Was ist der Inhalt des Wechselkursmechanismus II ?
- c) Nennen Sie drei Länder, die dem Wechselkursmechanismus II angehören.
- d) Nennen Sie ein EU-Land, das dem Wechselkursmechanismus II nicht beitreten will.

## KAPITEL 5.

# WECHSELKURS UND AUßENBEITRAG IM PREISTHEORETISCHEN PARTIALMODELL

### 5.1 Analyserahmen

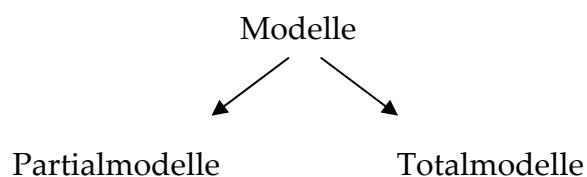
Wir arbeiten in diesem Paragraphen mit einem Modell, also einer vereinfachten Darstellung der Realität. Bekanntlich enthält ein Modell drei Bestandteile: die Fragestellung, die Daten (insbesondere die Annahmen) und das Ergebnis.

#### *(1) Fragestellung*

Das Thema ist die Bedeutung des Wechselkurses und des Wechselkurssystems für die Herstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Dabei interessiert uns die Rolle des Kurses als direktes Bindeglied zwischen Güter- und Devisentransaktionen; diese Bindeglied-Funktion übt er durch die Umrechnung der Güterpreise zwischen Inlands- und Auslandswährung aus.

Zu den vereinfachenden Annahmen gehört zunächst die Beschränkung auf ein Partialmodell.

#### *(2) Partialanalyse, Partial-Modelle*



#### *(a) Partialmodelle*

Der Ausdruck „Partialanalyse“ deutet daraufhin, dass nur ein Teil, ein Ausschnitt eines Zusammenhangs betrachtet wird. Ein ökonomisches Partialmodell beschränkt sich also von vornherein ausdrücklich auf einen bestimmten Ausschnitt aus einer Volkswirtschaft, z.B. auf den Automobilmarkt! Es interessiert die Funktionsweise dieses

Ausschnitts, nicht seine Interdependenz mit den anderen Teilen der Volkswirtschaft. Man vernachlässigt also, dass von dem betrachteten Ausschnitt Einflüsse auf die übrigen Teile der Volkswirtschaft ausgehen und dass es daraufhin zu Rückwirkungen auf den betrachteten Ausschnitt kommt: die übrigen Teile werden exogen, konstant gesetzt.

#### (b) Totalmodelle

Totalmodelle beinhalten im Grundsatz die ganze Volkswirtschaft, d.h. alle Güter und deren Märkte sowie alle Wirtschaftssubjekte (mikroökonomische Totalmodelle) bzw. Sektoren (makroökonomische Totalmodelle). Es interessiert das Zusammenwirken der verschiedenen Märkte, d.h. deren Interdependenz.

#### (c) Begründung, Vorteile der Partialanalyse

Für ein Partialmodell können die folgenden Gründe ins Feld geführt werden:

- für eine bestimmte Fragestellung reicht die Analyse eines Ausschnitts der Volkswirtschaft;
- die Partialanalyse dient als Vorstufe zur Totalanalyse: man unternimmt zunächst eine isolierte Betrachtung eines Teils der Volkswirtschaft, um die dort interessierenden Beziehungen und Effekte in aller Reinheit und Klarheit aufzuzeigen.

#### (d) Zum Partialcharakter

Wir interessieren uns für den Zusammenhang zwischen Güter- und Devisentransaktionen, d.h. für den Zusammenhang zwischen Gütermarkt und Devisenmarkt. Geld- und Wertpapiermärkte werden vernachlässigt und damit z.B. Impulse, die vom Devisenmarkt über den Zins auf den Gütermarkt ausgehen. Etwas allgemeiner lässt sich sagen, dass wir nur den direkten Teil des Zusammenspiels zwischen Gütermarkt und Devisenmarkt berücksichtigen, nicht den indirekten: insbesondere vernachlässigen wir sogar den (totalanalytischen) Zusammenhang, dass Änderungen am Gütermarkt Produktion, Beschäftigung und Volkseinkommen ändern und damit auf die betrachteten Gütermärkte sowie auf die Finanzmärkte zurückwirken, u.a. auf den Devisenmarkt.

Unter „Gütern“ verstehen wir hier Waren und Dienstleistungen. Indem wir, wie erwähnt, den Zusammenhang zwischen Gütermarkt und Devisenmarkt betrachten, rücken wir damit zugleich die Handels- und Dienstleistungsbilanz einerseits und die Devisenbilanz andererseits ins Blickfeld. Bei flexiblem Wechselkurs sind Devisenangebot und -nachfrage ausgeglichen, der Saldo der Devisenbilanz ist also Null; damit ist



in unserer – auf Handels-, Dienstleistungs- und Devisenbilanz verkürzten – Zahlungsbilanz auch der zusammengefasste Saldo von Handels- und Dienstleistungsbilanz (Außenbeitrag) Null:

**Abbildung 5.2 (2d1): Zahlungsbilanzkonto bei flexiblem Wechselkurs**

Name	Zahlungseingänge aus:	Zahlungsausgänge für:	Saldo	Kumul ierter Saldo
Handelsbilanz	Export von Waren (EX <sub>w</sub> )	Import von Waren (IM <sub>w</sub> )	HB	AB <sub>IP</sub> = 0
Dienstleistungs- bilanz	Export von Dienst- leistungen (EX <sub>DL</sub> )	Import von Dienst- leistungen (IM <sub>DL</sub> )	DLB	
Devisenbilanz	Devisennachfrage (D <sup>d</sup> )	Devisenangebot (D <sup>s</sup> )	DB = 0	0

Abkürzungen: AB = Außenbeitrag; IP = Inlandsprodukt; DB = Saldo der Devisenbilanz.  
Die übrigen Abkürzungen sind im Text definiert.

In der vorstehenden Abbildung verbuchen wir – im Gegensatz zu der im Kap. 2 angesprochenen statistischen Praxis – die Änderung der Währungsreserven nicht explizit, sondern indirekt: die Differenz zwischen den explizit aufgeführten Größen Devisennachfrage (D<sup>d</sup>) und Devisenangebot (D<sup>s</sup>) ergibt den Saldo der Devisenbilanz (DB), der wiederum der negativen Änderung der Währungsreserven entspricht.

Bei festem Wechselkurs können Devisenangebot und –nachfrage voneinander abweichen. Ein Überschussangebot muss von mindestens einer der beiden beteiligten Zentralbanken aufgekauft werden, während eine Überschussnachfrage durch Verkäufe befriedigt werden muss. Im folgenden Bild ist ein Überschussangebot unterstellt: man erkennt, dass es mit einem positiven Außenbeitrag und mit einem – betragsmäßig gleich großen - negativen Devisenbilanzsaldo verbunden ist:

**Abbildung 5.2 (2d2): Zahlungsbilanzkonto bei festem Wechselkurs**

Name	Zahlungseingänge aus:	Zahlungsausgänge für:	Saldo	Kumul ierter Saldo
Handelsbilanz	Export von Waren (EX <sub>W</sub> )	Import von Waren (IM <sub>W</sub> )	HB	AB <sub>IP</sub> > 0
Dienstleistungs- bilanz	Export von Dienst- leistungen (EX <sub>DL</sub> )	Import von Dienst- leistungen (IM <sub>DL</sub> )	DLB	
Devisenbilanz	Devisennachfrage (D <sup>d</sup> )	Devisenangebot (D <sup>s</sup> )	DB < 0	
				0

### (3) Preistheorie

Wie bereits erwähnt, interessieren wir uns für den direkten Zusammenhang zwischen Devisen- und Gütermarkt. Dieser Zusammenhang äußert sich zum einen in der Interdependenz zwischen Devisentransaktionen und Gütertransaktionen, also zwischen den Angebots- und Nachfrageplänen auf bei-den Märkten. Zum anderen kommt er in der Wechselbeziehung zwischen den Preisen der beiden Märkte zum Ausdruck, also zwischen Wechselkurs und Güterpreisen.

Indem der Wechselkurs unmittelbar die Höhe der Güterpreise beeinflusst, lenkt er auch die Angebots- und Nachfrageentscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Um diesen Einfluss zu analysieren, modellieren wir das Verhalten der Wirtschaftssubjekte explizit als preisgesteuert: wir betrachten also ein sog. preistheoretisches Modell. Derartige Modelle haben zum Ziel, die Preisbildung aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage zu erklären. Dabei kann es um die Preisbildung auf einem Markt oder auf wenigen Märkten handeln (Partialanalyse) oder auf allen Märkten zugleich (Totalana-

lyse). Wir beschränken uns hier auf die Partial-Betrachtung der simultanen Preisbildung auf Devisen- und Gütermärkten.

Wir setzen eine grundsätzlich freie Preisbildung voraus. Dies schließt nicht zwangsläufig jeden staatlichen Eingriff aus: insbesondere sind staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung des Wechselkurses möglich. Im Übrigen stellen wir uns vor, dass die privaten Angebots- und Nachfragepläne Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Optimierungskalküle sind.

#### *(4) Relevanz des Außenbeitrags (AB)*

##### *(a) realwirtschaftlich*

Exporte und Importe = Teil der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage bzw. des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots

→ AB (als Diskrepanz zwischen beiden) beeinflusst die Angebots-/Nachfrage-Konstellation in der Volkswirtschaft und damit die Konjunktur, d.h. Volkseinkommen, Beschäftigung, Preisentwicklung (Inflation)

Indem wir die außenwirtschaftlichen Transaktionen auf den Güter- und den Devisenverkehr beschränken, entfallen zum einen Faktorexporte und -importe sowie laufende Übertragungen. Damit stimmt der Außenbeitrag mit dem Leistungsbilanzsaldo überein. Da wir zum anderen auch Vermögensübertragungen außer Acht lassen, fällt der Außenbeitrag auch mit dem Finanzierungssaldo zusammen. Schließlich vernachlässigen wir auch Kapitalexporte und -importe, also Änderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten, die nicht die Form von Devisen aufweisen; damit stimmt der Außenbeitrag auch mit dem Gesamtbilanzsaldo überein. Auf diese Weise treten die nachfolgenden Aspekte besonders deutlich zu Tage.

##### *(b) Vermögens-Aspekt*

AB ist Teil des Finanzierungssaldos (FSA)

→ er trägt zur Veränderung der Netto-Auslandsposition, d.h. der Netto- Vermögensposition gegenüber dem Ausland, bei

##### *(c) Monetärer Aspekt*

AB ist Teil des Gesamtbilanzsaldos bzw. Teil von dessen Gegenstück, dem Devisenbilanzsaldo. Er trägt damit zur Veränderung der Währungsreserven bei. Damit beeinflusst er ceteris paribus die externe Zahlungsfähigkeit und die Geldmenge.

##### *(5) Grundstruktur unseres Modells*

(a) Länder: zwei Länder (Inland, Ausland = „Rest der Welt“), die beide von ähnlicher Größe sind

(b) Güter

- zwei Güter; jedes Gut wird sowohl im Inland wie im Ausland nachgefragt und produziert (Zwei-Sektoren-Modell, d.h. in jedem Land zwei Produktionssektoren)
- aggregierte Betrachtung:
  - jedes Gut ist zu interpretieren als ein Bündel komplementärer Güter (oder: substitutionaler Güter, deren relative Preise innerhalb der Bündel konstant sind);
  - alle A.- u. N.-Funktionen sind aggregierte, gesamtwirt. Funktionen

(c) Märkte: vollständige Konkurrenz

- jedes Gut wird in jedem Land unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz auf den Faktor- und Gütermärkten hergestellt;
  - es gibt für jedes Gut in jedem Land jeweils eine typische Angebots- und Nachfragekurve, wie wir sie aus der Mikroökonomik für den Fall vollständiger Konkurrenz kennen;
  - auf dem Markt jedes Gutes herrscht in jedem Land Wettbewerb auch unter den Nachfragern die nationalen Märkte für jedes Gut "verschmelzen" zu zwei „Weltmärkten“, auf denen jeweils vollst. Konk. herrscht:
- keine räumlichen Präferenzen: Inland und Ausland haben jeweils für sich keine räumliche Ausdehnung („Punktmärkte“) und keine Entfernung voneinander („unmittelbar benachbarte“ Punkte) u.a. keine Transportkosten-Problematik
- keine persönlichen Präferenzen: inländ. u. ausländ. Anbieter unterscheiden sich nicht in persönlicher ("nationaler") Hinsicht
- Konsequenz: es kommt nach Aufnahme von AH zu einem einheitlichen Preis sowohl beim Importgut als auch beim Exportgut.

##### *(6) Unterschiede zur realen Außenwirtschaftstheorie*

Die bisherigen Annahmen stimmen mit denen des typischen Modells der realen Außenwirtschaftstheorie überein. Allerdings weist unser Modell auch einige Unterschiede zu jenem Ansatz auf:

- wir nehmen die Angebots- und Nachfrage-Funktionen jeden Landes für jedes Gut als gegeben hin
  - wir nehmen insbesondere die Unterschiede von Land zu Land hin und
  - analysieren nicht deren Ursachen
- wir interessieren uns letztlich weniger für den Umfang von Export und Import, sondern für dessen Saldo;

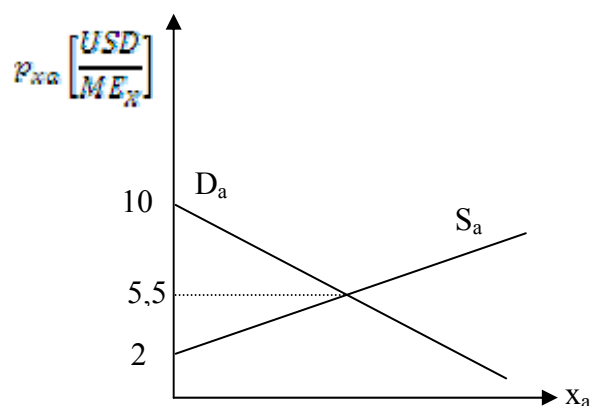
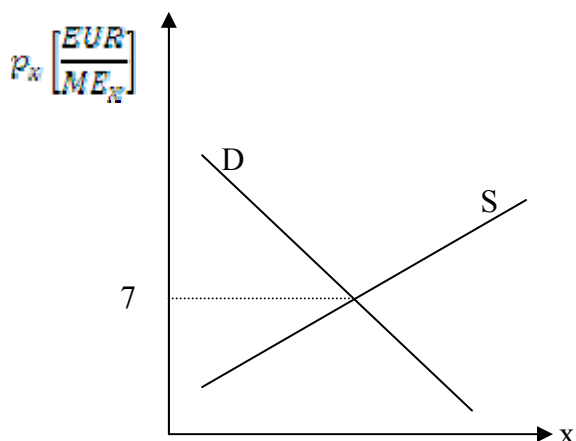
Grund: wir interessieren uns nicht für die allokativen Frage nach der internationalen Arbeitsteilung (welches Land produziert welches Gut in welchem Umfang unter Einsatz welcher Produktionsfaktoren und welcher Produktions-Prozesse?); Vielmehr fragen wir nach dem Zusammenhang zwischen Güter- und Devisentransaktionen und -preisen;

- wir interessieren uns weniger für relative Preise (=reales Austauschverhältnis), sondern für absolute, monetäre Preise  
→ „monetäre“ Außenwirtschaftstheorie

## 5.2 Fester Wechselkurs: Analyse des Außenbeitrags in Inlandswährung

### 5.2.1 Exportmarkt

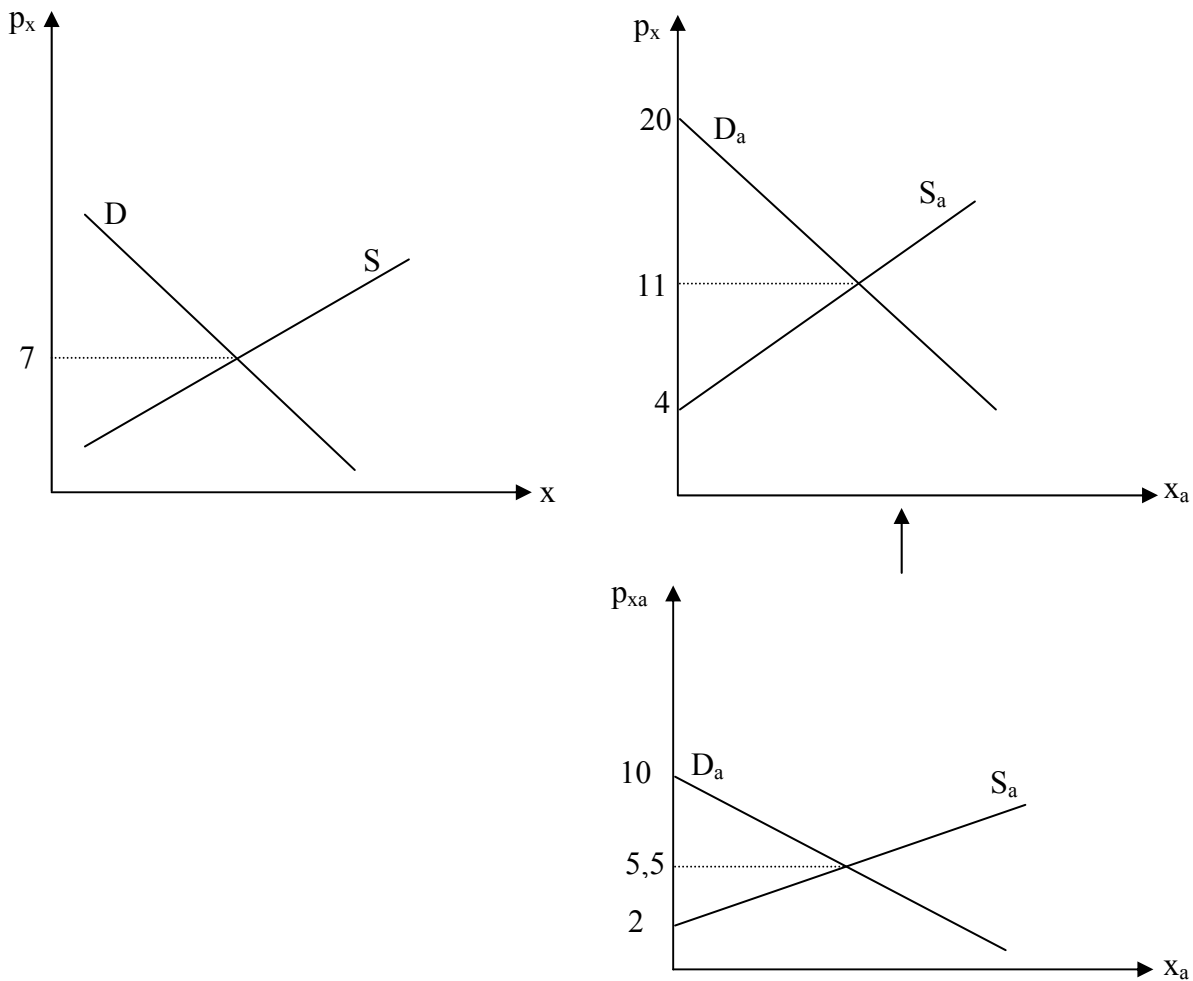
Ausgangspunkt: Angebots- u. Nachfragekurven auf „Heimatsmärkten“ für dasselbe Gut



Problem: Preise in unterschiedlichen Währungen

## (2) Umrechnung in einheitliche Währung Euro

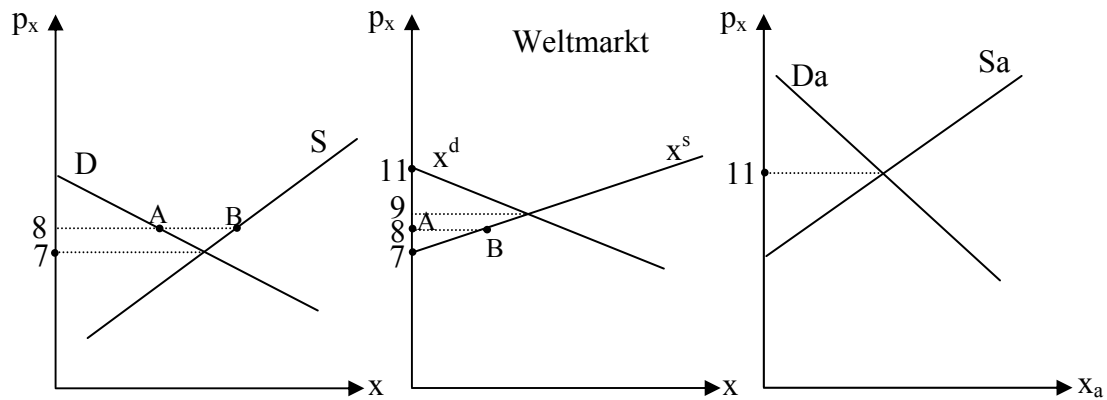
$e = 2 \text{ [€/\$]} \rightarrow \text{System festen Wechselkurses!}$



Ergebnis: vor Aufnahme von Außenhandel ist das Gut im Inland billiger

### (3) Aufnahme von Außenhandel

- Arbitrage:  $\rightarrow$  Nachfrage sinkt im Ausland, wächst im Inland
- Konsequenzen
  - Inland exportiert das Gut, Ausland importiert
  - Preis im Ausland sinkt, im Inland steigt, bis einheitlicher („Weltmarkt-“)Preis
- Technik der graphischen Darstellung:
  - auf dem Weltmarkt „treffen“ sich Exportangebot des Inlandes ( $X^s$ ) und Exportnachfrage des Auslands ( $X^d$ )
  - diese beiden Größen lassen sich als Überschussangebot des Inlands bzw. als Überschussnachfrage des Auslands ermitteln [d.h. als horizontale Differenz]



- $x^S$ -Kurve:
  - ist horizontale Differenz zwischen S- und D-Kurve [z.B. bei  $p = 8$ :  $\overline{AB}$ ];
  - beginnt bei Gleichgewichtspreis vor Außenhandel;
  - reagiert auf Preisänderungen elastischer als die S-Kurve:

$$p_x \uparrow \begin{cases} S \uparrow \rightarrow x^S \uparrow \\ D \downarrow \rightarrow x^S \uparrow \end{cases}$$

wegen dieser Wirkung reagiert  $x^{S\text{-Kurve}}$  elastischer als S-Kurve!

- $x^d$ -Kurve: analog (horizontale Differenz zwischen  $D_a$ - und  $S_a$ - Kurven)

(4) Gleichgewicht auf dem Exportmarkt

$$x^s = x^s(p_x) \quad \text{Angebotsfunktion}$$

$$x^d = x^d(p_x) \quad \text{Nachfragefunktion}$$

$$p_{xa} = \frac{p_x}{\sigma} \quad \text{Gesetz des einheitlichen Preises}$$

$$x^s = x^d \quad \text{Gleichgewichtsbedingung}$$

Endogen:  $p_x, x^s, x^d, p_{xa}$

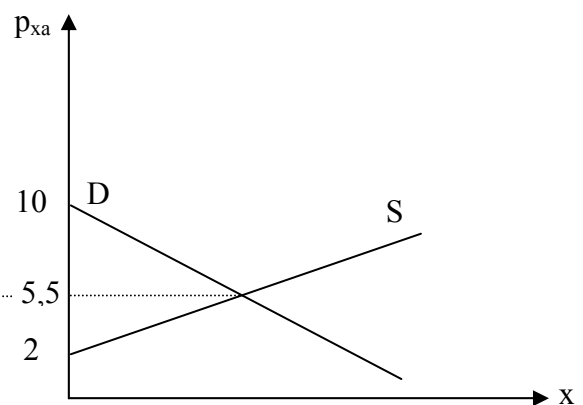
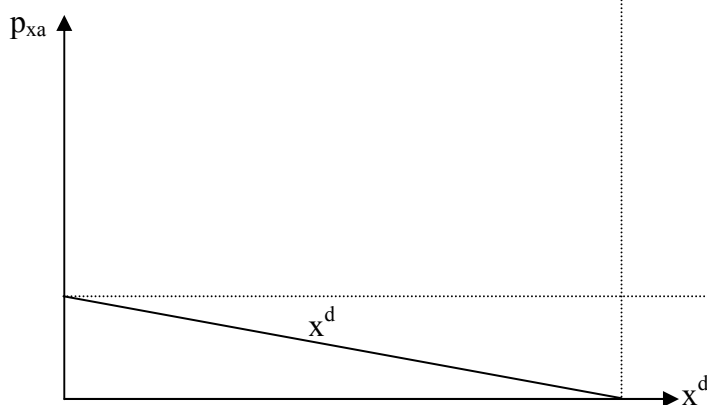
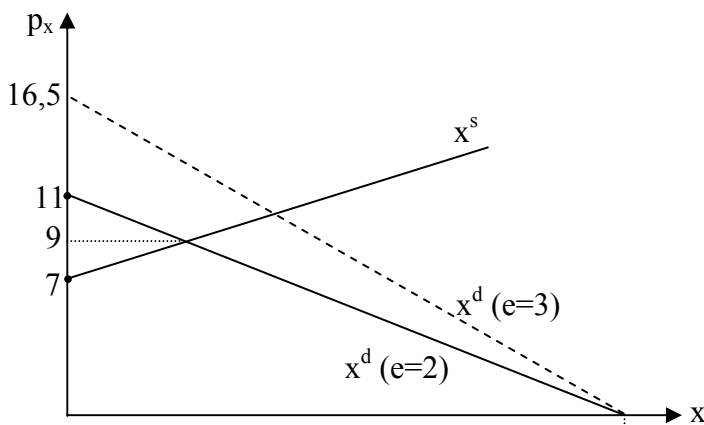
Alle vier Gleichungen lassen sich in einer einzigen zusammenfassen:

$$x^s(p_x) = x^d\left(\frac{p_x}{\sigma}\right)$$

Endogen:  $p_x$

(5) Wirkungen einer Änderung des Wechselkurses

- wir interessieren uns für die Wirkungen auf ...
  - Abzissenwert  $x$ : Export(gleichgewichts)menge [ $ME_x$ ]
  - Ordinatenwert  $p_x$ : Export(gleichgewichts)preis [EUR/ $ME_x$ ]
  - Fläche  $p_x \cdot x$ : Exportwert [EUR]
- Darstellung im Bild mit Euro-Preis auf Ordinate
- Frage: wie schlägt sich z.B. Abwertung des Euro hierin nieder?
- Antwort: in einer Drehung der  $X^d$ -Kurve nach oben, weil ...
  - Ausländer sich an \$-Preisen orientieren (s. unteres Bild)
  - bei gegebenen \$-Preisen ihre Zahlungsbereitschaft in Euro steigt



- man erkennt:

$$\left. \begin{array}{l} p_x \uparrow \\ x \uparrow \end{array} \right\} p_x \cdot x \uparrow$$



### 5.2.2 Importmarkt

(1) Merkmal

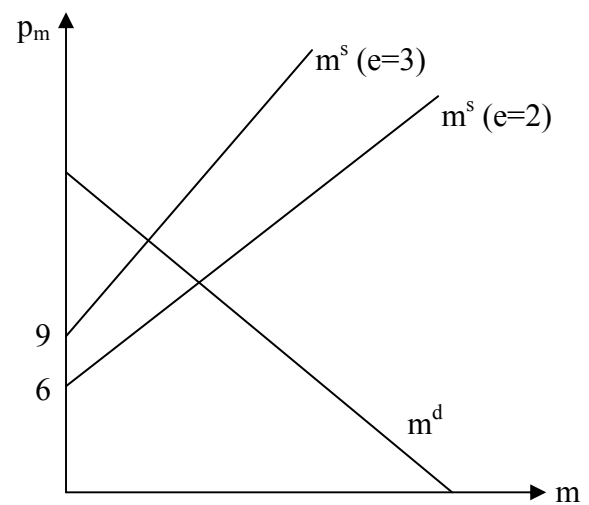
Vor Außenhandel ist der Gleichgewichtspreis im Inland höher als der (in\_Euro gerechnete) Gleichgewichtspreis im Ausland

Modell für Situation bei Außenhandel:

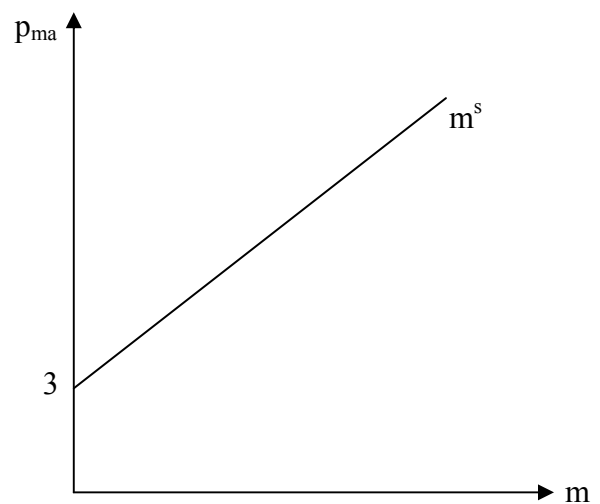
$$m^s(p_{ma}) = m^d(p_m)$$

$$p_{ma} = \frac{p_m}{e}$$

Grafisch: Analoge Herleitung



Achtung: Ordinatenwert steigt bei Abwertung

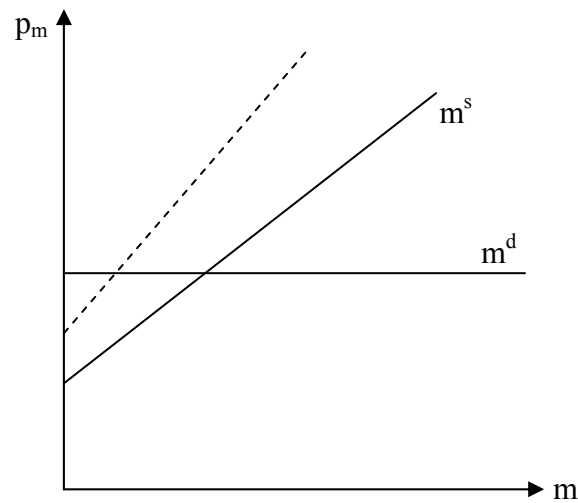


(3) Wirkungen einer Änderung des Wechselkurses:

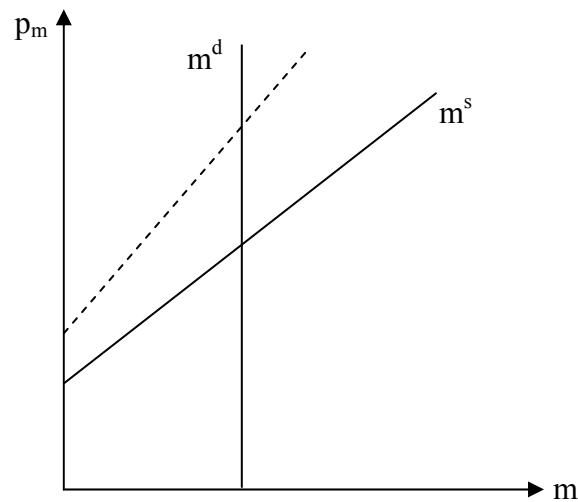
hier: Abwertung  $\left. \begin{matrix} p_m \uparrow \\ m \downarrow \end{matrix} \right\} \rightarrow p_m \cdot m ???$

Offenbar: je stärker  $m$  sinkt, umso eher kommt es zu einer Senkung von  $p_m \cdot m$

- je „elastischer“  $m$  reagiert
- hängt ab von den Preiselastizitäten des Importangebots  $\varepsilon_m$  und der Importnachfrage  $\eta_m$ ! Extremfälle verdeutlichen dies:



$$\frac{dm^d}{dp_m} \cdot \frac{p_m}{m^d} = \eta_m \rightarrow -\infty \quad \left\{ \begin{array}{l} p_m \text{ konst.} \\ m = m^d \downarrow \end{array} \right. \rightarrow p_m \cdot m \downarrow$$



$$\frac{dm^d}{dp_m} \cdot \frac{p_m}{m^d} = \eta_m = 0 \quad \left\{ \begin{array}{l} p_m \uparrow \uparrow \\ m = m^d = \text{konst.} \end{array} \right. \rightarrow p_m \cdot m \uparrow$$

Fazit:

- je negativer  $\eta_m$ , desto wahrscheinlicher ein Rückgang von  $p_m \cdot m$ . Also: je elastischer  $m^d$ , desto größer Chance,  $p_m \cdot m$  zu vermindern
- Methode, um die Bedeutung der Elastizität von  $m^d$  zu ermitteln:
  - „normale“  $m^s$ -Kurve
  - extreme  $m^d$ -Kurve

Analog: Bedeutung von  $\varepsilon_m = \frac{dm^s}{dp_m} \cdot \frac{p_m}{m^s}$  verdeutlichen, indem „normale“  $m^d$ -Kurve und extreme  $m^s$ -Kurven.

### 5.2.3 Wirkung einer Abwertung auf den Außenbeitrag in Inlandswährung

(1) Definition des Außenbeitrags

$$AB = p_x \cdot x - p_m \cdot m$$

- damit eine Abwertung ( $e \uparrow$ ) den Außenbeitrag verbessert ( $AB \uparrow$ ), sollte
  - Exportwert möglichst steigen ( $p_x \cdot x \uparrow$ )
  - Importwert möglichst fallen ( $p_m \cdot m \downarrow$ )
- ob und in welchem Maße das geschieht, hängt ab von der Reaktion der Import- und Exportmengen und -preise
- wie wir in 4.2.2 gesehen haben, hängen diese Reaktionen ihrerseits von den Preiselastizitäten der Angebots- und Nachfragefunktionen ab (grafisch: von deren Steigungen)

(2) Ermittlung der Reaktion des Außenbeitrags aus einem Gleichgewichtsmodell

Im Gleichgewicht gilt:

$$x = x^s = x^d$$

$$m = m^d = m^s$$

Dies Gleichgewicht wird hergestellt durch die Beweglichkeit von  $p_X$ ,  $p_{Xa}$  bzw. von  $p_M$ ,  $p_{Ma}$ , weil  $x^d$ ,  $x^s$  und  $m^d$ ,  $m^s$  auf diese Preisänderungen reagieren.

$$(I) \quad x^s(p_X) = x^d\left(\frac{p_X}{e}\right)$$

$$(II) \quad m^s\left(\frac{p_M}{e}\right) = m^d(p_M)$$

Einsetzen in die Funktion des Außenbeitrags:

$$(III) \quad AB = p_X \cdot x^s(p_X) - p_M \cdot m^d(p_M)$$

- Endogen:  $p_X$ ,  $p_M$ ,  $AB$ , exogen:  $e$

Totales Differenzieren dieses Modells ergibt - nach Berücksichtigung der Definitionen der Preiselastizitäten der Angebots- und Nachfragefunktionen - die Reaktion des Außenbeitrags auf eine Änderung des Wechselkurses:

$$\frac{dAB}{de} = \frac{(1 + \varepsilon_X) \cdot \eta_X \cdot p_X \cdot x}{-(\varepsilon_X - \eta_X) \cdot e} - \frac{(1 + \eta_M) \cdot \varepsilon_M \cdot p_M \cdot m}{(\varepsilon_M - \eta_M) \cdot e}$$

Reaktion des Exportwerts:

Reaktion des Importwerts:

$$\frac{d(p_X \cdot x)}{de}$$

$$\frac{d(p_M \cdot m)}{de}$$

Man erkennt:

- Ergebnis unklar, d.h. Vorzeichen von  $\frac{dAB}{de}$  unklar
- Ergebnis hängt auch ab vom Ausgangswert von  $AB$  (siehe  $p_X \cdot x$ ,  $p_M \cdot m$ )

$dAB/de > 0$ : „Normalreaktion“; dieses Ergebnis tritt ein, wenn die folgende „Robinson-Bedingung“ erfüllt ist:

$$\frac{(1 + \varepsilon_X) \cdot \eta_X \cdot p_X \cdot x}{-(\varepsilon_X - \eta_X) \cdot e} > \frac{(1 + \eta_M) \cdot \varepsilon_M \cdot p_M \cdot m}{(\varepsilon_M - \eta_M) \cdot e}$$

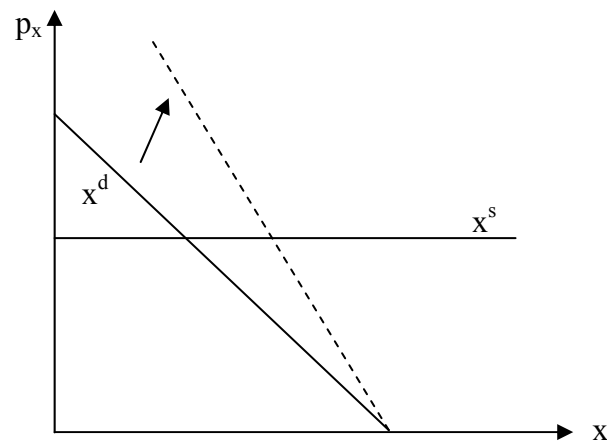
(3) Spezialfall: Marshall/Lerner-Bedingung

Drei vereinfachende Annahmen:

$$(i) \quad p_X \cdot x = p_M \cdot m, \text{ d.h. im Ausgangszustand ist } AB = 0$$

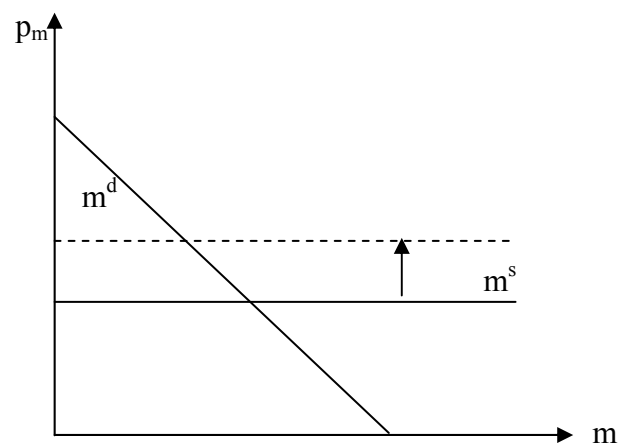
$$(ii) \quad \varepsilon_X \rightarrow \infty: \text{ horizontale Exportangebotskurve}$$

Exportwert steigt im Gefolge einer Abwertung. Dabei hängt das Ausmaß der Zunahme nur von der Preiselastizität der Exportnachfrage im ursprünglichen Gleichgewicht ab: je elastischer die Exportnachfrage reagiert, d.h. je stärker die Ausländer ihre Nachfrage nach den abwertungsbedingt verbilligten Exportgütern des Inlands erhöhen, umso deutlicher nimmt der Exportwert zu.



(iii)  $\varepsilon_m \rightarrow \infty$ : horizontale Importangebotskurve

unklar, ob Importwert im Gefolge einer Abwertung steigt oder fällt! Dies hängt von der Preiselastizität der Importnachfrage ( $\eta_m$ ) im ursprünglichen Gleichgewicht ab: je elastischer die Importnachfrage reagiert, d.h. je mehr die Importnachfrage im Gefolge der abwertungsbedingten Verteuerung der Einfuhrgüter sinkt, umso wahrscheinlicher wird eine Senkung des Importwerts.



Die vorstehende Diskussion hat die entscheidende Bedeutung der Preiselastizitäten der Import- und Exportnachfrage verdeutlicht. Dass sie den Ausschlag für die Wirkung der Wechselkursänderung auf den Außenbeitrag geben, wird formal deutlich, wenn man

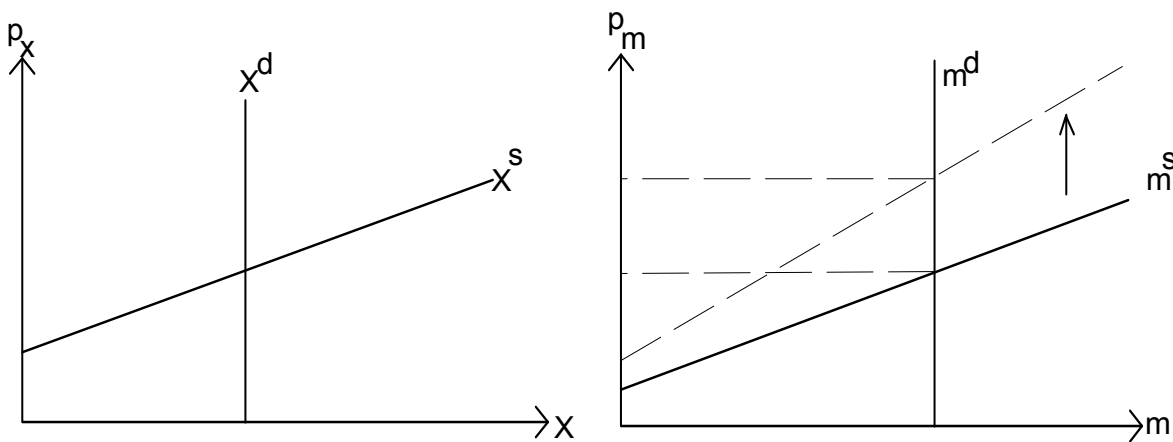
die Annahmen (i) bis (iii) in die Robinson-Bedingung einsetzt. Die Bedingung vereinfacht sich nämlich dann zur sog. Marshall/Lerner-Bedingung:

$$\eta_x + \eta_m < -1 \quad \text{oder} \quad |\eta_x| + |\eta_m| > 1$$

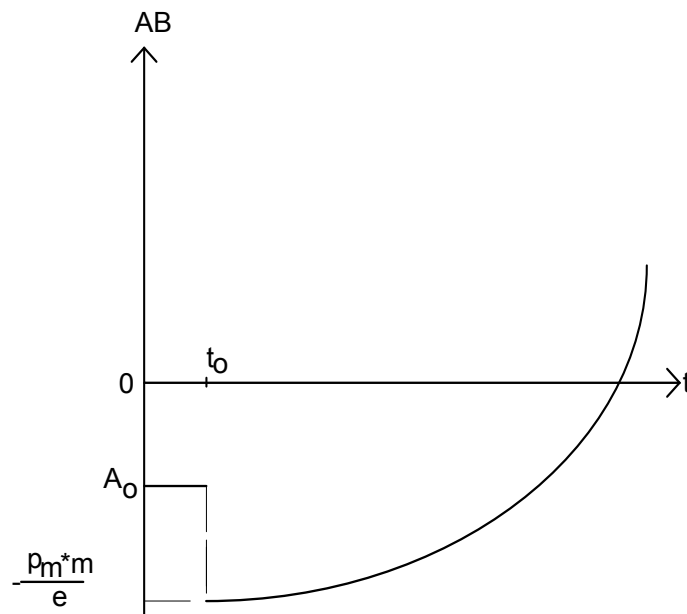
In diesem Fall ist also  $dAB/de > 0$ , wenn die Export- und Importnachfrage insgesamt „hinreichend“ preiselastisch sind.

#### (4) Bedeutung der Fristigkeit: J-Kurve

- These: kurzfristig  $\eta_x, \eta_m = 0$
- grafisch: vertikale Nachfragekurven auf Export- und Importmarkt



- Exportwert unverändert, Importwert steigt
- klare Verschlechterung des Außenbeitrags
  - dann:  $\frac{dAB}{de} = -\frac{\epsilon_m}{\epsilon_m} \cdot \frac{p_m}{e} = -\frac{p_m}{e} < 0$
  - längerfristig:  $\eta_m, \eta_x$  sinken auf negative Werte, d.h.  $x^d$ - und  $m^d$ -Kurve drehen nach links und nehmen „normale“ negative Steigung an
  - → Exportwert steigt, Importwert sinkt → Außenbeitrag steigt
  - grafisch: "J-Kurve"



### 5.3 Fester Wechselkurs: Analyse des Außenbeitrags in Auslandswährung

#### (1) Inlands- versus Auslandswährung

##### (a) Analyse auf Basis von Euro-Preisen:

- Inländer kalkulieren in Euro ihre Angebots- u. Nachfragefunktionen
- für Beurteilung der gesamtwirt. Preisentwicklung interessieren letztlich Euro-Preise
- für Konjunkturanalyse (Produktion, Einkommen, Beschäftigung) interessieren reale Größen, die sich durch Division von Euro-Größen durch Euro-Preise ergeben → Außenbeitrag in Euro erforderlich [vgl. Jarchow/Rühmann (2000)]

##### (b) Analyse auf Basis der Auslandswährung:

- Außenbeitrag ist Teil des Devisenbilanzsaldos und verändert damit Nettoauslandsaktiva der Zentralbank → diese kann man zwar in Euro ausdrücken, aber letztlich interessiert doch der Fremdwährungsaspekt
- die Reaktion des Außenbeitrags in Auslandswährung bildet auch die Grundlage für die Analyse des Devisenmarkts (s.u. Abschnitt 4.4)

#### (2) Fragestellung

- gegeben sei ein von der Zentralbank fixierter Wechselkurs  $\bar{\epsilon}$
- wie reagiert der in Dollar ausgedrückte Außenbeitrag, wenn  $\bar{\epsilon}$  exogen auf ein höheres Niveau gesetzt wird?

### (3) Ergebnis

Es gilt:  $AB_a = \frac{AB}{e}$ .

Deshalb folgt:  $\frac{dAB_a}{ds} = \frac{\left(\frac{dAB}{ds}\right) \cdot e - AB}{e^2} = \frac{1}{e} \cdot \frac{dAB}{ds} - \frac{AB}{e^2}$

Für  $dAB/de$  können wir das Ergebnis aus 4.2, Punkt (4) übernehmen! Dann ergibt sich nach Umformung:

$$\frac{dAB_a}{ds} = \frac{s_x \cdot (1 + \eta_x)}{-(s_x - \eta_x)} \cdot \frac{p_{xa} \cdot x}{e} - \frac{\eta_m \cdot (1 + s_m)}{(s_m - \eta_m)} \cdot \frac{p_{ma} \cdot m}{e}$$

Eine normale Reaktion des Außenbeitrags auf eine Wechselkursänderung setzt voraus, dass der erste Summand in der vorstehenden Gleichung grösser ist als der zweite. Ökonomisch interpretiert bedeutet dies, dass die Reaktion des Exportwerts grösser als die des Importwerts sein muss:

$$\frac{dAB_a}{ds} > 0, \text{ wenn } \frac{d(p_{xa} \cdot x)}{ds} > \frac{d(p_{ma} \cdot m)}{ds}$$

Im Folgenden nehmen wir eine grafische Analyse der „Erfolgsaussichten“ einer Abwertung vor. Hierzu untersuchen wir die folgenden Effekte der Abwertung:

- Wirkung auf den Exportwert;
- Wirkung auf den Importwert;
- Wirkung auf den Saldo von Export- und Importwert.

### (4) Exportmarkt

- Exportnachfrage-Kurve des Auslands: „sowieso“ in Abh. von \$-Preisen, weil Ausländer in \$ kalkulieren
  - $x^d$ -Kurve im mittleren Bild zeichnen;
- Exportsangebots-Kurve des Inlands: „eigentlich“ in Abh. von Euro-Preisen, weil Inländer in Euro kalkulieren
  - erst  $X^s$ -Kurve im unteren Bild mit  $p_x$  in Euro
  - dann Transformation in mittleres Bild mit Wechselkurs  $e_3 = 2$ :

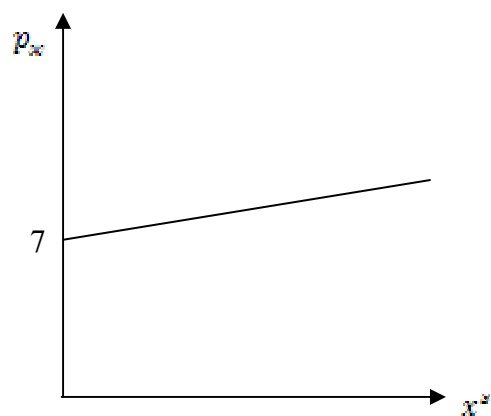
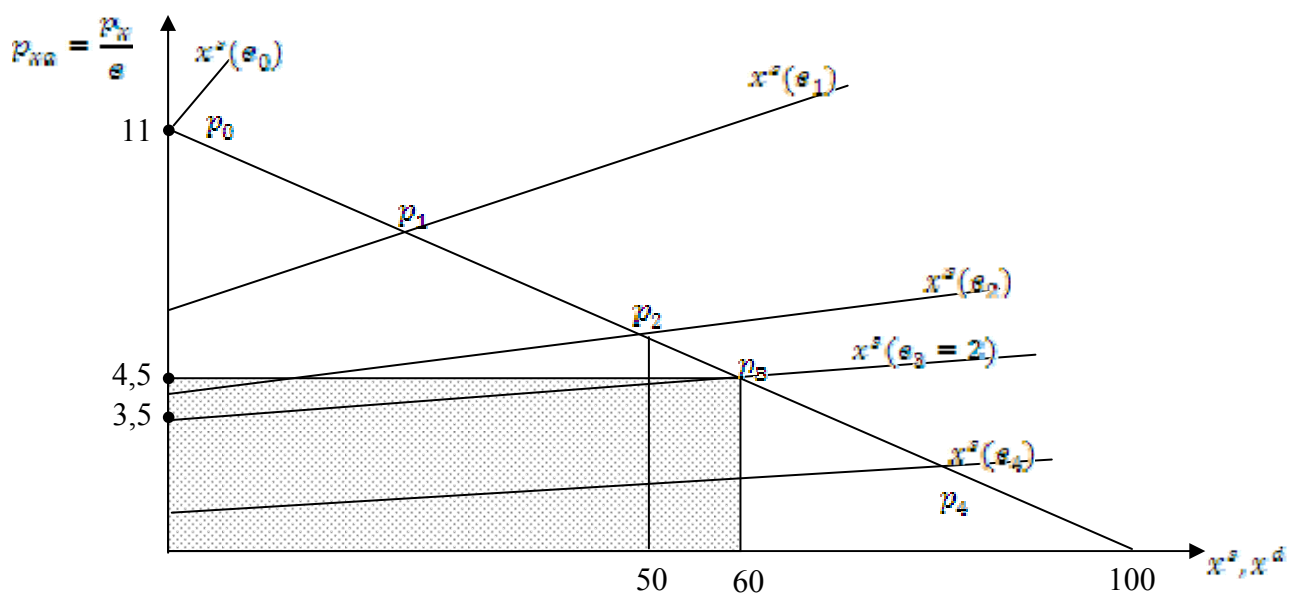
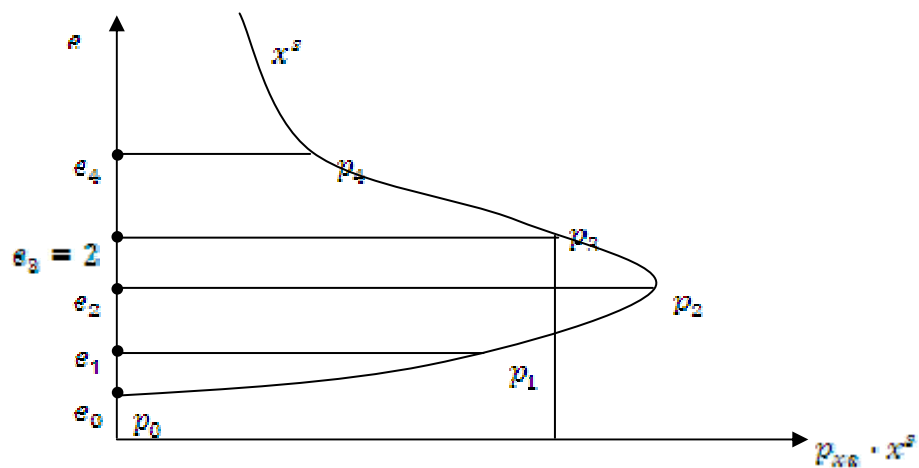
$$p_{xa} = \frac{p_x}{2}$$



Gleichgewicht auf Exportmarkt:

$$\left. \begin{array}{l} p_{\text{xa}} = 4,5 \\ x = 60 \end{array} \right\} \rightarrow \text{Exportwert} = 270 = \underline{\text{Fläche}}$$

→ übertragen in oberes Bild als Abzissenwert



- Vorgabe weiterer Wechselkurse:

$$e_2 < e_1$$

- Inländische Anbieter erhöhen ihre \$-Preise
- $x^S$ -Kurve nach oben gedreht und verschoben
- $p_{xa} \uparrow$  und  $x \downarrow$
- Exportwert  $\uparrow$ , weil unelastischer Bereich der Kurve (rechts vom halben Abzissenwert)

$$e_1 < e_2 \rightarrow \text{Exportwert sinkt}$$

$$e_0 < e_1 \rightarrow \text{Exportwert Null}$$

Umgekehrt:

$$e > e_1$$

- $x^S$ -Kurve nach unten gedreht
- $p_{xa}$  immer kleiner
- $p_{xa} \cdot x$  strebt gegen Null, weil  $p_{xa}$  gegen Null strebt

#### (5) Importmarkt

- Importangebotskurve des Auslands: „sowieso“ in Abhängigkeit von \$-Preisen
  - zeichnen  $m^S$ -Kurve im mittleren Bild
- Importnachfragekurve des Inlands:

„eigentlich“ in Abh. von Euro-Preisen, weil Inländer in Euro kalkulieren

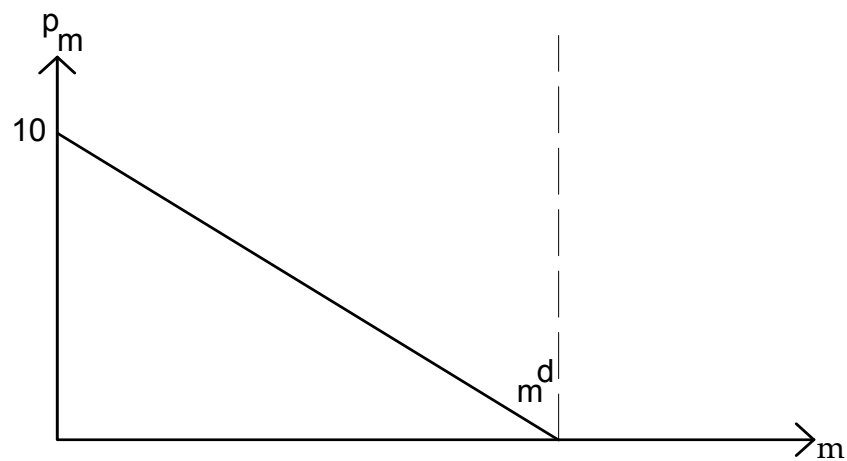
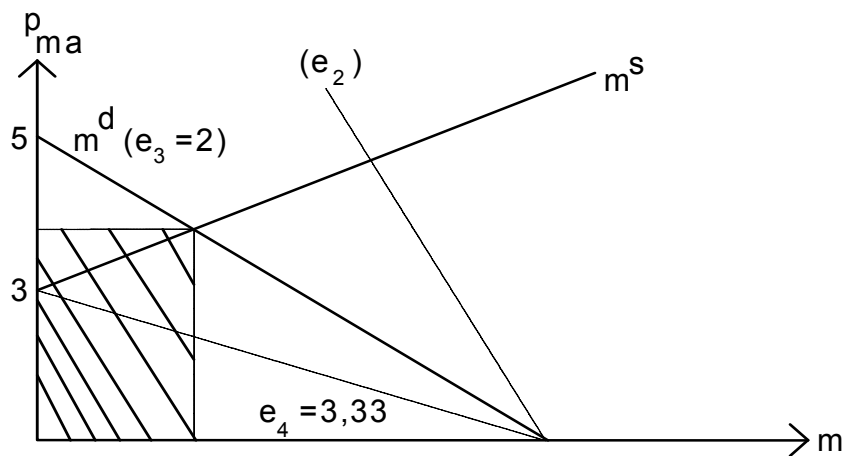
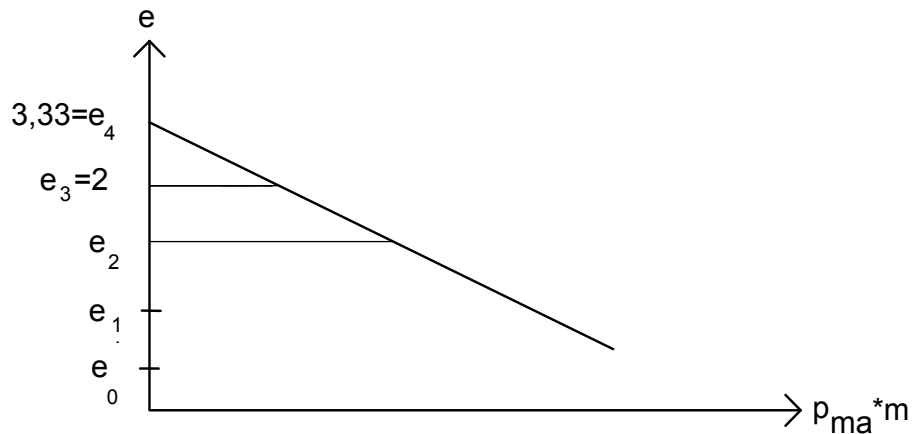
- erst  $m^d$ -Kurve im unteren Bild mit  $p_m$  in Euro
- dann Transformation in mittleres Bild mit  $e_3 = 2: p_{ma} = \frac{p_m}{2}$
- Fläche gemäß Gleichgewichts-Punkt als Abzissenwert nach oben

- Vorgabe weiterer Kurse:

$$e_1 > e_2 \rightarrow \text{Importwert} = 0$$

$$e_2, e_1 < e_3 \rightarrow \text{Importwert} \uparrow$$

- Fazit: monoton fallende Devisennachfrage-Kurve



(6) Wirkung einer Abwertung auf den Außenbeitrag

(a) Ausgangslage: AB defizitär

$$AB_a = p_{xa} \cdot x - p_{ma} \cdot m < 0$$

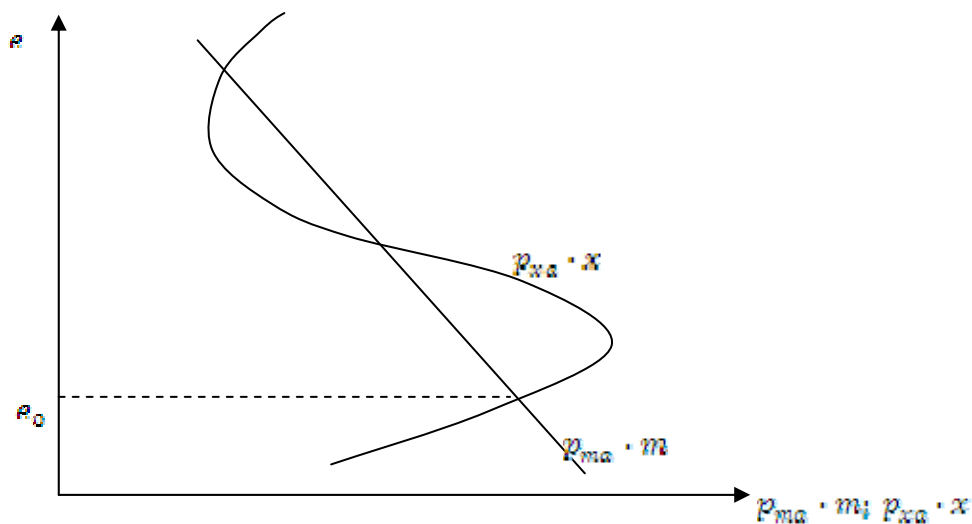
- Zentralbank muss Devisen abgeben
- Netto-Auslandsaktiva sinken
- nicht lange durchzuhalten

(b) Frage: Bewirkt Abwertung Erhöhung von  $AB_a$ ?

(c) Antwort: nur dann, wenn die für  $AB_a$  formulierte Robinson-Bedingung aus (3) erfüllt ist, d.h. wenn

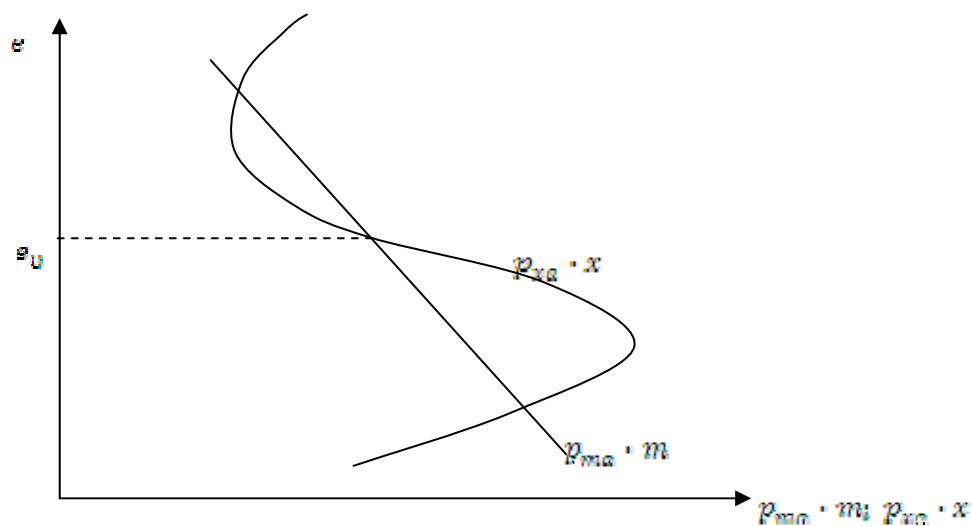
$$\frac{d(p_{xa} \cdot x)}{ds} > \frac{d(p_{ma} \cdot m)}{ds}$$

Fall 1:



$$s \uparrow \begin{cases} p_{xa} \cdot x \uparrow \\ p_{ma} \cdot m \downarrow \end{cases} \rightarrow AB_a \uparrow \uparrow$$

Fall 2:

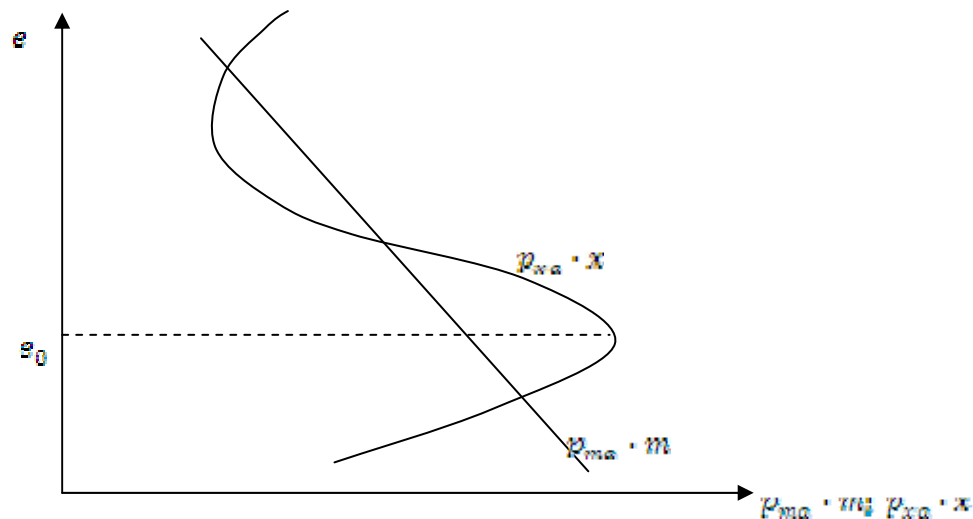


$$s \uparrow \begin{cases} p_{xa} \cdot x \downarrow \downarrow \\ p_{ma} \cdot m \downarrow \end{cases} \rightarrow AB_a \downarrow$$

„anomale“ Reaktion des Exportwerts, d.h. Senkung: diese ist so stark ausgeprägt, dass der Rückgang des Importwerts überkompensiert wird

→ Abwertung verschlechtert Außenbeitrag, weil Robinson-Bedingung nicht erfüllt ist

Fall 3:



$$e \uparrow \begin{cases} p_{xa} \cdot x \downarrow \\ p_{ma} \cdot m \downarrow\downarrow \end{cases} \rightarrow AB_a \uparrow$$

trotz „anomaler“ Reaktion des Exportwerts Verbesserung von  $AB_a$ , weil Importwert noch stärker sinkt → Robinson-Bedingung erfüllt

Fazit: Abwertung erfolgreich, wenn Steigung der Kurve des Exportwerts größer als Steigung der Kurve des Importwerts

$$\frac{d(p_{xa} \cdot x)}{de} > \frac{d(p_{ma} \cdot m)}{de}$$

(Beachte: diese Steigungen müssen von der Abszisse aus interpretiert werden.)

## 5.4 Flexibler Wechselkurs: Analyse des Devisenmarkts

(1) Ausgangspunkt

Zentralbank interveniert nicht mehr, wenn beim herrschenden Wechselkurs der Exportwert vom Importwert abweicht, z.B. kauft sie keine Devisen mehr an, wenn  $p_{xa} \cdot x > p_{ma} \cdot m$

(i) sie „stabilisiert“  $e$  nicht mehr

(ii) ihre Netto-Auslandsaktiva ändern sich nicht mehr

→ offenbar ist AB bzw. Saldo der Devisenbilanz Null

## (2) Fragestellung

- Welcher Wechselkurs etabliert sich?
- Von welchen Determinanten hängt sein Wert ab?
- Wann und wie ändert sich der Kurs?

## (3) Gleichgewichtsmodell

(a) Exportwert in \$ = Devisenangebot

$$D^s = p_{xa} \cdot x = D^s(s)$$

(b) Importwert in \$ = Devisennachfrage

$$D^d = p_{ma} \cdot m = D^d(s)$$

(c) Gleichgewicht am Devisenmarkt

$$D^s = D^d$$

Einsetzen von (a) und (b) in (c):

$$D^s(s) = D^d(s)$$

Es bildet sich ein Kurs (e), der diese Bedingung erfüllt!!

- Lage und Steigungen der Angebots- u. Nachfragekurven auf Export- und Importmärkten bestimmen Kursniveau
- letztlich: Lage und Steigungen der Kurven auf Inlands- und Auslandsmärkten der gehandelten Güter

## (4) Stabilität

(a) Fragestellung

- Angenommen:  $D^s(s) \neq D^d(s)$
- Frage: wird dann Gleichgewicht  $D^s = D^d$  wiederhergestellt?
- Antwort: das ist von zwei Faktoren abhängig:
  - welche Größe reagiert direkt auf dies Ungleichgewicht und wie?  
→ „dynamische Anpassungshypothese“ nötig

- wie reagieren anschließend die übrigen Devisenmarkt-Variablen?

→ „Stabilitätsbedingungen“

(b) dynamische Anpassungshypothese:

$$\frac{de}{dt} = \alpha \cdot [D^d(e) - D^s(e)], \quad \alpha > 0$$

→ auf Ungleichgewicht reagiert der Preis (Walras-Hypothese), d.h. hier der Wechselkurs:  $de/dt$  stellt die Veränderung des Kurses im Zeitablauf dar

Hintergrund: Markt funktioniert wie eine Börse, auf der ein Auktionator sich allmählich an den Gleichgewichts-Kurs „herantastet“ [es sei hier daran erinnert, dass bis zur Jahrtausendwende der Devisenkassa-Handel in Deutschland z.T. über Devisen-Börsen abgewickelt wurde]

→ s. die Grafiken im vorherigen Abschnitt 5.3, Punkt (6): da in "Fall 1" bis "Fall 3" beim herrschenden Kurs  $e_0$  stets  $D^d > D^s$ , wird  $e$  durch den Auktionator in allen drei Fällen erhöht

(c) Stabilitätsbedingung

- man erkennt, dass in „Fall 1“ und „Fall 3“ die Anhebung von  $e$  die Überschuss-Nachfrage verringert: es findet also eine Rückkehr zum Gleichgewicht statt, das somit stabil ist
- in „Fall 2“: instabil
- Fazit: stabil, wenn "normale" Reaktion des AB auf Abwertung

→ wenn Robinson-Bedingung  $\frac{dD^s}{de} > \frac{dD^d}{de}$  erfüllt aus 4.3, Punkt (3); Grafisch bedeutet dies, dass die Steigung der  $D^s$ -Kurve größer als die Steigung der  $D^d$ -Kurve sein muss:

$$\frac{dD^s}{de} > \frac{dD^d}{de}$$

## 5.5 Flexibler Wechselkurs: Wechselkursmechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs

(1) Fragestellung

Gewährleistet ein flexibler Wechselkurs, dass Exportwert = Importwert?

(2) Antwort

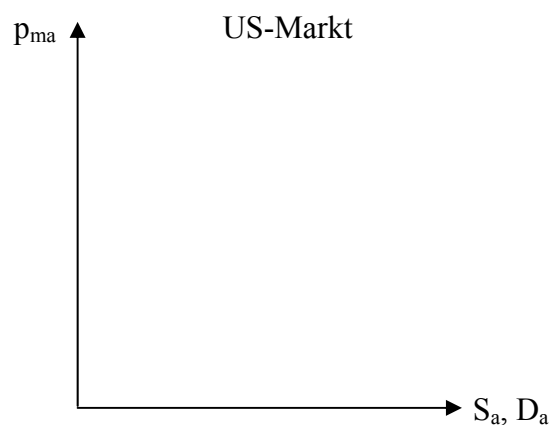
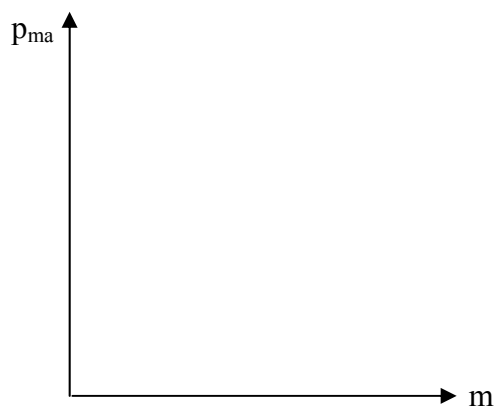
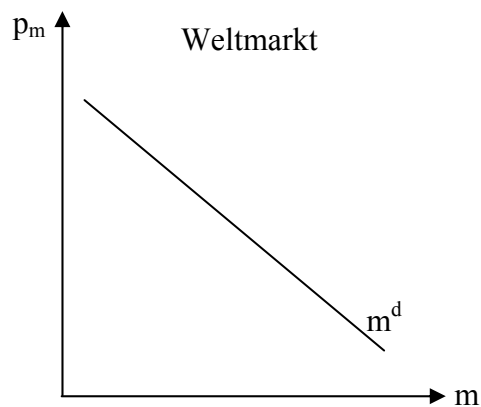
Ja: Flexibler Kurs gewährleistet auf jeden Fall Gleichgewicht am Devisenmarkt und damit ausgeglichene Salden der Devisenbilanz bzw. der Gesamtbilanz (zur Erinnerung:

- 150



## Mögliche Fragen

- Wir betrachten ein europäisches Importgut (Computer), dessen Preis  $p_M$  [€/ME<sub>M</sub>] beträgt. Der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar beträgt in der Preisnotierung  $e = 0,8$  [€/\\$]
  - Zeichnen Sie im nachfolgenden Diagramm die fehlenden Kurven und beschriften Sie sie. Unterstellen Sie dabei in den USA einen Gleichgewichtspreis von  $p_{Ma} = 5$  [\$/ME<sub>M</sub>]



$S_a$  = Angebotsmenge

$D_a$  = Nachfragemenge

- In den USA kommt es aufgrund von Lohnsteigerungen zu einer Erhöhung der Produktionskosten. Erklären Sie anhand der Grafik die langfristigen Wirkungen für Europa bei unverändertem Wechselkurs.
- Inwiefern unterscheiden sich die kurzfristigen Wirkungen von den langfristigen (bei unverändertem Wechselkurs)? Begründen Sie kurz ihre Antwort.

## 2. Exportmarkt

- Konstruieren Sie die Exportangebotskurve  $p_x$  als Überschussangebotskurve des inländischen Gütermarkts ( $x = \text{Exportangebot des Inlands}$ ;  $p_x = \text{Exportpreis in Euro}$ ). Was kann man über die Preiselastizität der Kurve sagen?
- Erklären Sie mit Hilfe einer geeigneten Grafik, wie sich ein Konjunkturaufschwung im Inland auf die Exportmenge ( $x$ ), Exportpreis ( $p_x$ ) und Exportwert  $p_x \cdot x$  auswirkt.
- Zeigen Sie anhand des gleichen Typs Grafik die Wirkung einer Aufwertung der Inlandswährung (Euro) auf  $x$ ,  $p_x$  und  $p_x \cdot x$ . (Bitte zeichnen Sie hierzu ein neues Bild, um die Darstellung übersichtlich zu halten.)

## 3. Importmarkt

Die folgenden Gleichungen beschreiben den Importmarkt.

$$(1) \quad m^s(p_{ma}) = m^d(p_m)$$

+                      -

$$(2) \quad p_{ma} = \frac{p_m}{s}$$

- Interpretieren Sie kurz die beiden Gleichungen, ohne auf die einzelnen Verhaltensfunktionen einzugehen.
- Wir nehmen an, dass der Importpreis in Inlandswährung ( $p_m$ ) gegeben ist. Erläutern Sie verbal oder mit Hilfe eines Pfeilschemas, wie dann eine Abwertung der Inlandswährung auf das Importangebot wirkt.
- Definieren und interpretieren Sie die Elastizität des Importangebots in Bezug auf den Wechselkurs  $W, s$ .
- Welche Bedeutung hat die Preiselastizität der Importnachfrage für die Wirkung der Senkung des Auslandspreises in Fremdwährung  $p_m \downarrow$  auf den Importwert  $p_m \cdot m$ ? Begründen Sie kurz Ihre Antwort.

## 4. Marshall-Lerner-Bedingung

- Welche Fragestellung liegt der Marshall/Lerner-Bedingung zugrunde?
- Formulieren Sie die Bedingung verbal.
- Formulieren Sie die Bedingung mathematisch.
- Welche vereinfachenden Annahmen liegen der Bedingung zugrunde?
- Veranschaulichen Sie das Modell, das der Marshall/Lerner-Bedingung zugrunde liegt, anhand einer Grafik für den Exportmarkt und einer Grafik für den Importmarkt.

- Erläutern Sie anhand einer geeigneten Grafik die Wirkungen einer Abwertung auf Exportpreis, -menge und -wert im Zeitablauf.

6. In dieser Aufgabe geht es um die isolierte Analyse (Partialanalyse) des Devisenmarktes. Dabei werden Übertragungen und der internationale Kapitalverkehr vernachlässigt.

$$(1) = \frac{\text{€}}{\text{€}} \cdot EX \left( Y_{\text{a}}, \frac{\text{€}}{\text{€} \cdot \text{€}} \right)$$

+ -

$$(2) = p_{\text{a}} \cdot IM^I \left( Y, \frac{\text{€}}{\text{€} \cdot \text{€}} \right)$$

+ +

$$(3) = D^{\text{€}}$$

- a) Erläutern Sie anhand von Gleichung (1), warum eine Erhöhung des Wechselkurses ( ) ceteris paribus keine eindeutige Wirkung auf das Devisenangebot ( ) hat.
- b) Unterstellen Sie jetzt, dass das Devisenangebot (Angebot an Dollar) positiv vom Wechselkurs abhängt. Stellen Sie den Devisenmarkt für diesen Fall im folgenden Bild grafisch dar. Zeigen Sie grafisch die Wirkung einer exogenen Erhöhung des ausländischen Einkommens ( ) bei flexiblem Wechselkurs.



- c) Vergleichen Sie in b) das neue Gleichgewicht am Devisenmarkt mit dem alten Gleichgewicht und geben Sie an, ob ...
- c<sub>1</sub> ... der Devisenbilanzsaldo steigt, sinkt oder unverändert bleibt;
  - c<sub>2</sub> ... die Inlandswährung (€) aufwertet, abwertet oder im Wert unverändert bleibt;
  - c<sub>3</sub> ... die Devisennachfrage ( $D^d$ ) steigt, sinkt oder unverändert bleibt.
- d) Welche Interventionen muss die Zentralbank machen, um den Wechselkurs auf seinem alten Wert zu halten?



## KAPITEL 6.

# EINKOMMEN UND AUßENBEITRAG

### 6.1 Hintergrund des Modells

(1) *Thema: Beschäftigung und Außenhandel*

Wir interessieren uns für den Zusammenhang zwischen Beschäftigungsänderungen und Außenhandel!

Frage I: Wie schlagen sich binnenwirtschaftlich verursachte Änderungen der Beschäftigung im Außenhandel nieder?

Frage II: Welche Beschäftigungseffekte gehen vom Außenhandel aus; genauer: von außenwirtschaftlichen Impulsen in Form von Nachfrageänderungen?

also: Interdependenzen zwischen Beschäftigung und Außenhandel

(2) *Motivation: Rezession mit Unterbeschäftigung aufgrund von Nachfragemangel auf dem Gütermarkt*

- unausgelastete Kapazitäten, insbes. Arbeitslosigkeit: => Beschäftigung, Produktion und Einkommen ( $Y$ ) sind variabel, weil es Spielraum „nach oben“ gibt  $Y < Y^*$ ;
- direkte Ursache für diese Lage: Nachfragemangel auf dem Gütermarkt;
- deshalb die in (1) genannte Fragestellung nach den Beschäftigungseffekten außenwirtschaftlicher Nachfrageänderungen

(3) *Ursache des Nachfragemangels:*

unzureichende und konstante Investitionstätigkeit

(a) Variante I: zinsunelastische Investitionen

- Unternehmen haben sehr unsichere Zukunftserwartungen;
- Maßnahme: Sie verkürzen ihren Planungshorizont (denn die Zukunft ist umso unsicherer, je weiter entfernt sie ist);

- hier: Extremfall  
sie wollen, dass sich Investitionen innerhalb einer Periode amortisiert
  - keine Abdiskontierung zukünftiger Ein- und Auszahlungen erforderlich;
  - Zinssatz irrelevant;
  - Investitionen zinsunelastisch => grafisch: IS-Kurve vertikal

(b) Variante II: Liquiditätsfalle

- Zins konstant => insbesondere: Zins kann nicht sinken, weil er eine Art untere Schranke erreicht hat;
- grafisch: LM-Kurve horizontal in der aktuellen Situation;
- Ursache: kein WP-Anleger rechnet mit Kurserhöhungen bzw. Zinssenkungen.  
Konsequenz: niemand fragt zusätzliche Wertpapiere nach => Kurse steigen tatsächlich nicht und Zinsen sinken nicht;
- Zinssenkungen nicht „verfügbar“, um Investitionen zu stimulieren.

(4) Konsequenz des Nachfragemangels:

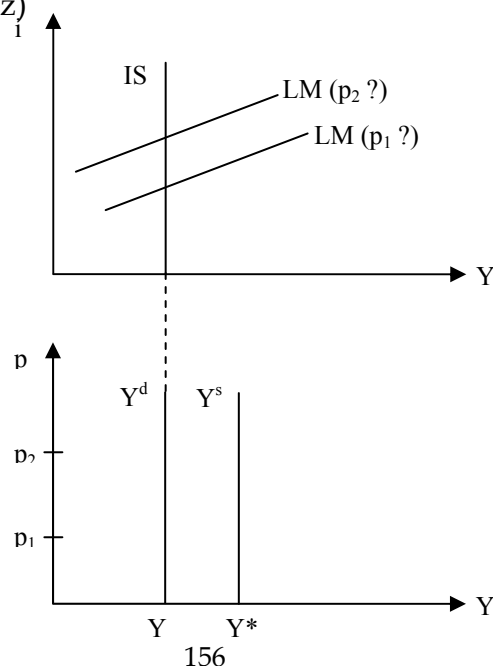
Nachfrage bestimmt Produktion und Beschäftigung

- Güterangebot, d. h. Produktion  $Y$  wird durch Güternachfrage  $Y^d$  bestimmt => „effektive Nachfrage“;
- Produktionsänderungen führen zu gleichgerichteten Beschäftigungsänderungen (weil wir eine kurzfristige Betrachtung machen, so dass der Kapitaleinsatz konstant ist: Produktion kann dann nur durch Arbeitseinsatz geändert werden);
- Angebotsseite der Volkswirtschaft (Arbeitsmarkt, Produktionsfunktion) nicht explizit modelliert, weil sie nicht „das Problem“ darstellt.

(5) Irrelevanz des Preismechanismus

Bsp.: Investitionsfalle

- $Y^s$ -Kurve vertikal wegen neoklassischem Arbeitsmarkt (d. h. flexibler Nominal- und damit Reallohnsatz)



- aber:  $Y^d$ -Kurve ebenfalls vertikal wegen Zins-unelastischer Investitionen dabei:  $Y^d$ -Kurve „zu weit links“ wegen pessimistischer Absatzerwartungen der Unternehmen  $\Rightarrow$  bestimmt  $Y$ !
- Konsequenz: Preisniveau nicht bestimmt
- deshalb:
  - (a) Lage der LM-Kurve nicht bestimmt  $\Rightarrow i$  nicht bestimmt;
  - (b)  $w = \left(\frac{w}{p}\right) p$  nicht bestimmt
- aber:  $p, i, w$  ohnehin irrelevant
  - $p$  irrelevant, weil  $p$ -Änderung  $Y^d$  und damit  $Y$  nicht ändern;
  - $i$  irrelevant, weil  $i$ -Änderung Investitionen nicht ändern;
  - $w$  irrelevant, weil  $w$ -Änderungen Beschäftigung nicht ändern; diese wird von Produktion und damit von Güternachfrage bestimmt.

(6) Konsequenz: (irrelevante) Preisgrößen nicht modelliert

- insbes.  $p = \bar{p} = 1$  gesetzt;
- alle Größen im Folgenden real gemeint, d. h. gemessen in Einheiten des Inlandsguts.

## 6.2 Modell eines kleinen Landes

(1) Kleines Land

- Land, das auch als Ganzes die das Ausland charakterisierenden Variablen nicht beeinflussen kann;
- genauer: nicht so stark beeinflussen kann, dass sich daraus Rückwirkungen für das Inland ergeben;  
 $\Rightarrow$  ausländische Preis-Größen konstant: Zins ( $i_a$ ), Einkommen ( $Y_a$ ), Güterpreis ( $p_a$ )

(2) Güterstruktur

- Inland produziert ein Gut, das im Inland und Ausland verkauft wird („Exportgut“, „Inlandsgut“);
- Ausland produziert ein Gut (und zwar ein anderes); dies wird ebenfalls im In- und Ausland abgesetzt („Importgut“, „Auslandsgut“ aus Sicht des Inlands);

- Inlands- und Auslandsgut sind (unvollständige) Substitute, d. h. konkurrieren um die Nachfrage der Inländer und der Ausländer;
- ihre Preise werden als konstant angenommen; da auch ein fester Wechselkurs unterstellt ist, sind die t. o. t. fixiert und somit die relative Wettbewerbsposition der beiden Güter.

Diese Güterstruktur bildet auch die Grundlage des Modells eines großen Landes in Abschnitt 6.4.

(3) Ausgangspunkt: Verwendungsgleichung des Sozialprodukts interpretiert als Gleichgewichtsbedingung

$$(3.9) \quad Y = C + I + EX - IM$$

- alle Größen real, d. h. gemessen in Mengeneinheiten des Inlandsguts (ME; ME<sub>a</sub> = Mengeneinheiten des Auslandsguts)

$$IM = \frac{e \cdot p_a \cdot IM^I}{p} = \frac{\frac{EUR}{USD} \cdot \frac{USD}{ME_a} \cdot ME_a}{\frac{EUR}{ME}} = ME$$

- als ex-post-Beziehung enthält (3.9) geplante und ungeplante Elemente!
- Gleichgewicht liegt vor, wenn keine Anpassung mehr erforderlich ist: Ruhelage, weil bestimmte, genau spezifizierte Elemente zueinander „passen“
  - erfordert, dass nur noch geplante Elemente enthalten sind
  - Um-Interpretation von 3.9 als Gleichgewichtsbedingung, wobei die linke Seite als Angebot und die rechte als Nachfrage interpretiert wird:

$Y^s = Y^d$ : geplantes gesamtwirtschaftliches Angebot des inländischen Gutes

$$Y^d = C + I + EX - IM$$

= geplante gesamtwirtschaftliche Nachfrage

(für das inländische Gut, d. h. nach Abzug der Importe)!

$$(6.1) \quad \frac{Y}{P} = \underbrace{\frac{C + I + EX - IM}{P}}_{Y^d}$$



#### (4) Verhaltensfunktionen

der zweite Schritt zur Aufstellung des Modells besteht in der Formulierung von Verhaltenshypothesen hier: Hypothesen über das Nachfrageverhalten

##### (a) Konsumfunktion / Sparfunktion

$$(6.2) \quad C = C(Y)$$

wobei das „fundamental-psychologische Gesetz“ gilt:

mit wachsendem  $Y$ ...

- wächst  $C$ :  $\partial C / \partial Y > 0$
- jedoch unterproportional:  $\partial C / \partial Y < 1$

Eine Funktionsform, welche diese Annahmen erfüllt, ist z. B. die lineare:

$$(6.2a) \quad C = \bar{C} + c \cdot Y, \quad 0 < \text{const.} = c = \frac{\partial C}{\partial Y} < 1$$

Für die Sparfunktion gilt:

$$(6.3) \quad S = Y - C$$

$$\text{Also: } \partial S / \partial Y = 1 - \partial C / \partial Y$$

Für die o. g. lineare Konsumfunktion:

$$(6.3a) \quad S = Y - \bar{C} - c \cdot Y$$

$$S = -\bar{C} + (1 - c) \cdot Y$$

$$S = -\bar{C} + s \cdot Y$$

$s$  = marginale Sparneigung, wobei wegen  $0 < c < 1$  auch  $0 < s < 1$

##### (b) Investitionsfunktion

s.o.: Investitionen ( $I$ ) hier exogen

$$(6.4) \quad I = \bar{I}$$

(c) Importnachfrage:

- abhängig von Gesamthöhe der Inlandsnachfrage und damit von der Wirtschaftslage im Inland  $\rightarrow$  abhängig von  $Y$
- abhängig von Aufteilung der gesamten Inlandsnachfrage auf Inlands- und Auslandsgüter  $\rightarrow$  abhängig von t. o. t.  $\frac{Y}{P_a \cdot e}$
- aber:
  - $p$  annahmegemäß konstant [s. o. 4.1 (b)]
  - $p_a$  konstant wegen „kleines Land“
  - $e$  annahmegemäß konstant
- also: t. o. t. exogen
  - Aufteilung der Nachfrage konstant
  - nicht explizit aufgeführt
- Fazit: Änderung der Importnachfrage nur wegen  $Y$ -Änderung

(6.5)  $IM = IM(Y)$

mit  $0 < \frac{\partial IM}{\partial Y} < \frac{\partial C}{\partial Y} < 1$   
da  $\frac{\partial IM}{\partial Y}$  Teil des von  $\Delta Y$  induzierten Konsums  $\Delta C$  ist

Beispiel für lineare Funktion:

(6.5a)  $IM = \overline{IM} + m \cdot Y$  mit  $0 < m = \frac{\partial IM}{\partial Y} < c < 1$

(d) Exportnachfrage

- eigentlich: Exporte - analog zu Importen – abhängig von Höhe der ausländischen Gesamtnachfrage und von deren Aufteilung auf In- und Auslandsgüter  
 $\Rightarrow$  von ausländischem Einkommen (als Determinante der Gesamtnachfrage) und von t. o. t.
- hier:
  - Auslandseinkommen exogen, da vom kleinen Inland nicht beeinflussbar;
  - t. o. t. exogen;
- also:

(6.6)  $EX = EX$

## (5) Realer Außenbeitrag

Definition:

$$(6.7) \quad AB = EX - IM$$

## (6) Zusammenfassende Darstellung des Modells, Form I

(a) Formal:

Einsetzen der Verhaltensgleichungen (6.2), (6.4), (6.5), (6.6) in die Gleichgewichtsbedingung (6.1) und in die Gleichung des Außenbeitrags (6.7):

$$(6.8) \quad Y = \overbrace{C(Y) + I + EX - IM(Y)}^{\text{Endnachfrage}}$$

$$(6.9) \quad AB = EX - IM(Y) = AB(Y)$$

Mit den konkreten Formen (6.2a), (6.5a)

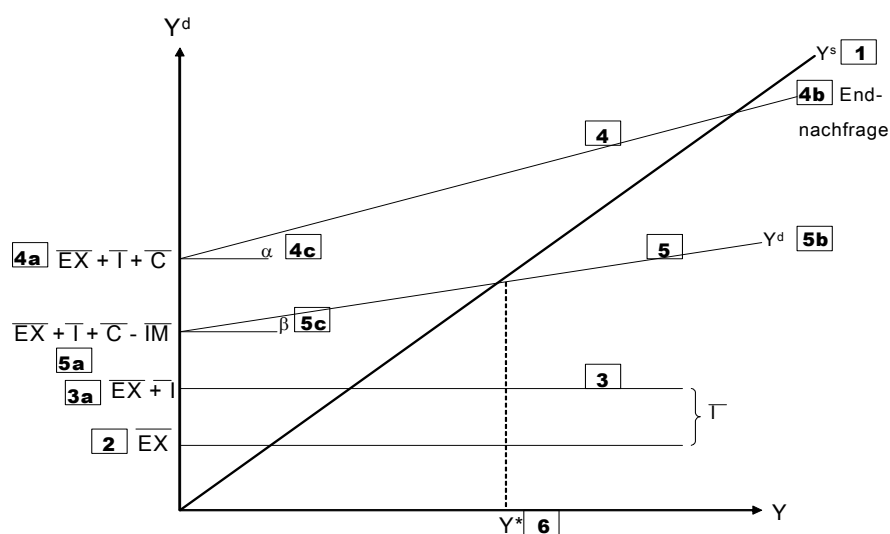
$$Y = \bar{C} + c \cdot Y + I + EX - IM - m \cdot Y$$

$$(6.8a) \quad Y = \frac{1}{1-c+m} \cdot [C + I + EX - IM]$$

$$(6.9a) \quad AB = \frac{EX - IM}{AB} - m \cdot Y$$

(b) grafisch

beachte: lineare Verhaltensfunktionen vorausgesetzt



wird in

Punkt (7)

benötigt

AB, S - I



$$4c: \quad \text{tg} \alpha = \frac{\partial C}{\partial Y} = c$$

$$5c: \quad \text{tg} \beta = \frac{\partial C}{\partial Y} - \frac{\partial IM}{\partial Y} = c - m$$

(7) Zusammenfassende Darstellung des Modells, Form II

Ziel: deutlichere Herausarbeitung des Außenbeitrags

(a) Formal

$$Y - \underbrace{C(Y)}_{+} = I + \underbrace{\overline{EX} - \overline{IM}(Y)}_{\substack{AB(Y) \text{ gem. (6.9)}}}_{+}$$

$$S(Y) = I + \underbrace{AB(Y)}_{-}$$

Für den Außenbeitrag folgt also:

$$(6.10) \quad \underbrace{AB(Y)}_{+} = \underbrace{S(Y)}_{+} - I$$

Unter Verwendung der linearisierten Verhaltensfunktionen

$$Y - \bar{C} - c \cdot Y = I + \overline{EX} - \overline{IM} - m \cdot Y$$

$$-\bar{C} + \underbrace{Y - c \cdot Y}_{s \cdot Y} = I + \underbrace{\overline{EX} - \overline{IM}}_{\overline{AB}} - m \cdot Y$$

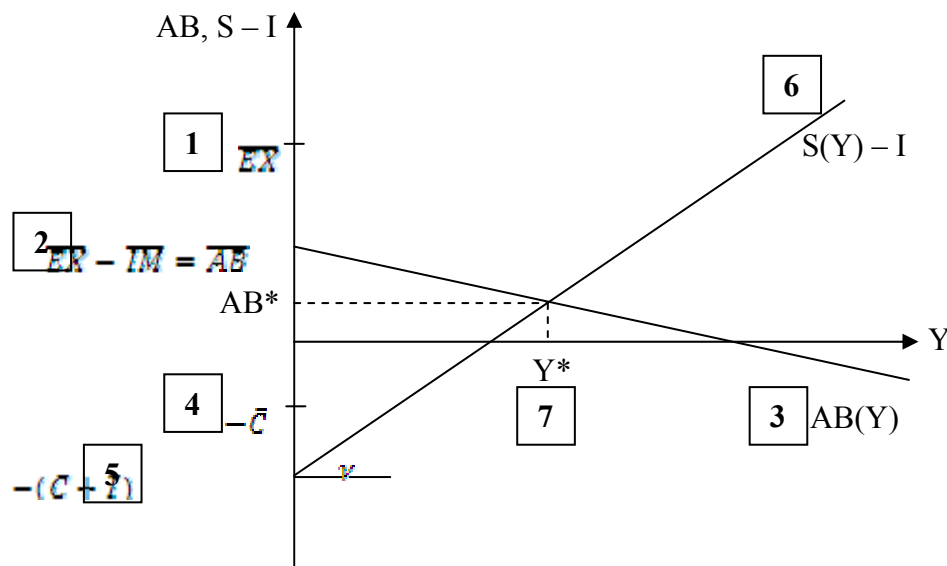
Also:

$$-\bar{C} + s \cdot Y = I + \overline{AB} - m \cdot Y$$

$$\underbrace{-(\bar{C} + I) + s \cdot Y}_{s(Y) - I} = \overline{AB} - m \cdot Y$$

$$(6.10a) \quad S(Y) - I = \overline{AB} - m \cdot Y$$

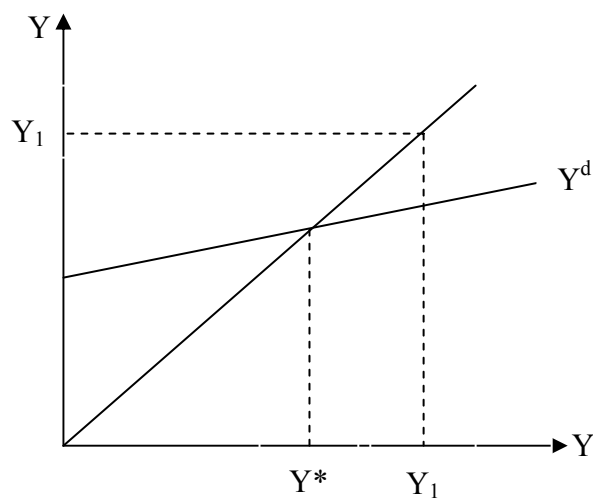
(b) grafisch



5a:  $\text{tgy} = \frac{\partial S}{\partial Y} = s$

(8) Stabilität des Gleichgewichts

hier anhand Abbildung von Punkt (6) diskutiert



- Fragestellung: bei Abweichung von  $Y^*$  Rückkehr zu  $Y^*$ ?
- Angenommen:  $Y = Y_1 > Y^*$ 
  - $Y^d < Y$ : Nachfragelücke!
  - ungeplanter Lageraufbau
  - Unternehmen senken Produktion

- Y sinkt zwar:  $Y^d$  sinkt aber: schwächer als Y  $\Rightarrow$  „Schere“ (Nachfragerlücke) schließt sich, weil  $Y^d$ -Kurve flacher als 45°-Linie, d. h. weil  $Y^d$  unterproportional auf Y-Änderung reagiert: dies sichert die Rückkehr zum Gleichgewicht, d. h. die Stabilität des Gleichgewichts
- Ursache für unterproportionale Reaktion von  $Y^d$  und damit Bedingung für Stabilität:

$$\frac{dY^d}{dY} = \frac{c - m}{\text{Steigung } Y^d\text{-Kurve}} < 1 \rightarrow \text{Steigung } 45^\circ\text{-Linie}$$

Beispiel:

$$0 < m < c < 1$$

$$0,1 \quad 0,8$$

$$\rightarrow c - m = 0,7$$

### 6.3 Außenhandel und Beschäftigung im kleinen Land

#### (1) „Philosophie“ des Modells

- Y durch  $Y^d$  bestimmt  $\Rightarrow$  auf die effektive Nachfrage kommt es an! genauer: auf diejenige Nachfrage, die auf das Inlandsgut gerichtet ist;
- Erste Konsequenz: Importe negativ zu beurteilen, weil sie eine auf das Auslandsgut gerichtete Nachfrage darstellen
  - sie lenken Teil des durch das Inlandseinkommen ermöglichten Nachfragespielraums ab von dem Inlandsgut
  - bilden – neben Ersparnis – zweiten „Sickerverlust“ (engl. leakage), d. h. Einkommensteil, der nicht im Inland nachfragewirksam wird
- Zweite Konsequenz: Exporte positiv zu beurteilen, weil sie auf das Inlandsgut gerichtete Nachfrage darstellen

#### (2) Keynesianischer Hintergrund

- die vorstehenden Gedanken gehen auf Keynes zurück

- in seinem Hauptwerk von 1936 finden sich in Kapitel 23 Ausführungen über die Bedeutung des Außenhandels. In diesen Ausführungen nimmt Keynes eine Rehabilitierung des sogenannten Merkantilismus vor
  - Wirtschaftssystem, das von ca. 1600 bis ca. 1750 in West-Europa gewisse Verbreitung hatte
  - zentral: EX fördern, IM behindert
  - Grund: direkte und indirekte Absatz- und Beschäftigungsförderung
    - direkt:  $EX \rightarrow Y^d \uparrow$ ,  $IM \rightarrow Y^d \downarrow$
    - indirekt:  $AB > 0 \rightarrow \text{Gold} \uparrow \rightarrow M \uparrow \rightarrow Y^d \uparrow$
- diese Lehre wurde von Klassikern wegen Freihandelspostulat abgelehnt
- Keynes:
  - Klassiker haben das Beschäftigungsproblem durch die Annahme der Vollbeschäftigung wegdefiniert  $\Rightarrow$  Freihandelslehre mit ihrer Betonung der Vorteile internationaler Arbeitsteilung ist nicht der einzig relevante Aspekt des Außenhandels;
  - Merkantilismus sei eine Lehre, die auf optimale Beschäftigung gerichtet sei und dabei von gesundem Menschenverstand und Realismus geprägt, denn er habe Überfluss an Gütern und Geldknappheit als Ursachen der Unterbeschäftigung identifiziert;
  - Erster Hintergrund für Keynes: Merkantilisten haben erkannt, dass „durch die gesamte Menschheitsgeschichte hindurch“ die Sparneigung größer als die Investitionsneigung war
 
$$S > I$$
 so dass  $Y > Y^d$ 

die zu geringe Investitionsneigung sei „zu allen Zeiten der Schlüssel des Wirtschaftsproblems“ gewesen;
  - Zweiter Hintergrund: Außenbeitrag („foreign investment“) habe nicht nur direkt auf  $Y^d$  Einfluss, sondern über  $AB = -DB = \Delta M$  ebenfalls indirekt (über Zinsänderungen)
- zusammenfassendes Zitat:
 

„Es ist extrem wichtig für die Aufrechterhaltung des Wohlstands, dass der Staat scharf auf den Handelsbilanz-Saldo achtgibt. Denn ein günstiger Saldo [...] ist extrem förderlich; während ein ungünstiger Saldo schnell einen Zustand dauerhafter Depression hervorrufen kann.“

### (3) Wirkungen von Exportänderungen

#### (a) Wirkung auf Y

- Ausgangspunkt: zusammengefasste Darstellung des Modells (6.8)

$$Y = C(Y) + I + EX - IM(Y)$$

- dann: totales Differenzial:

$$dY = \frac{\partial C}{\partial Y} \cdot dY + dI + dEX - \frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dY$$

hier:  $dI = 0$

$$dY - \frac{\partial C}{\partial Y} \cdot dY + \frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dY = dEX$$

$$dY \cdot \left[ 1 - \frac{\partial C}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y} \right] = dEX$$

$$(6.11) \quad dY = dEX \cdot \frac{1}{1 - \frac{\partial C}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}} = dEX \cdot \frac{1}{\frac{\partial Y}{\partial EX} + \frac{\partial IM}{\partial Y}}$$

$$\frac{1}{\frac{\partial Y}{\partial EX} + \frac{\partial IM}{\partial Y}} : \quad \text{Export-Multiplikator}$$

- der Multiplikator ist positiv, weil Nenner  $> 0$ ; Exportänderung führt zu gleichgerichteter Y-Änderung;
- multiplikativer Effekt, weil Nenner  $< 1$ ;
- multiplikativer Effekt umso größer, je kleiner marginale Spar- und Importquote, d. h. je kleiner marginale „Sickerverluste“!!
- in linearisierter Form: totales Differenzial von (6.8a):

$$(6.11a) \quad dY = \frac{1}{1 - c + m} \cdot dEX = \frac{1}{s + m} \cdot dEX$$

#### (b) Wirkung auf Außenbeitrag

Ausgangspunkt: (6.9)

$$(6.9) \quad AB = EX - IM(Y)$$

$$dAB = dEX - \frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dY$$



Für  $dY$  setzen wir (6.11) ein:

$$dAB = dEX - \frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dEX \cdot \frac{1}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}}$$

$$dAB = dEX \cdot \left[ 1 - \frac{\frac{\partial IM}{\partial Y}}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}} \right]$$

$$(6.12) \quad dAB = dEX \cdot \left[ \frac{\frac{\partial S}{\partial Y}}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}} \right] > 0$$

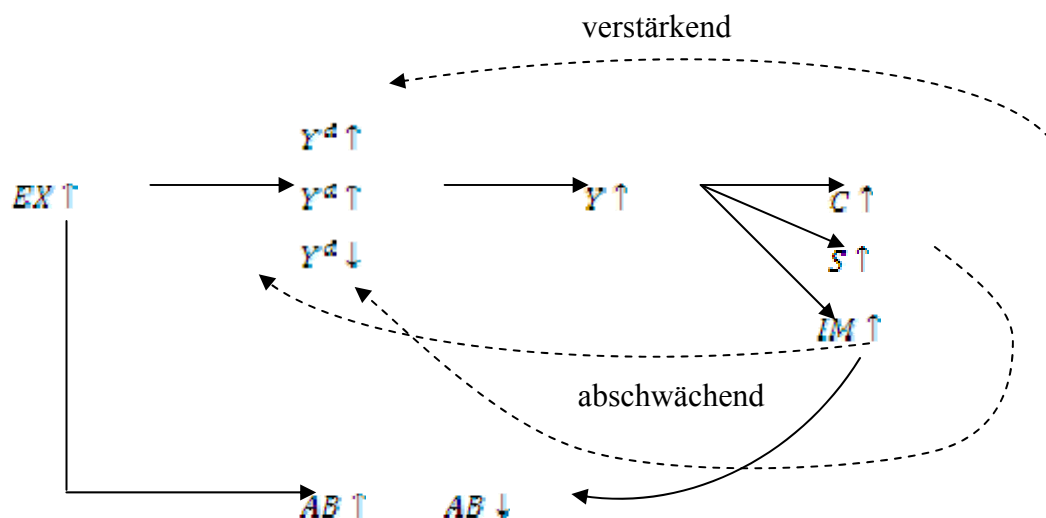
- positiv, weil Zähler und Nenner positiv  $\Rightarrow$  Exportänderung führt zu gleichgerichteter Änderungen des Außenbeitrages;
- aber: Außenbeitrag verändert sich um weniger als  $dEX$ , weil Multipl.  $< 1$

Grund: es kommt zu induzierten Importen, die die anfängliche Verbesserung des Außenbeitrages z. T. kompensieren

- in linearisierter Form (6.12a):

$$(6.12a) \quad dAB = dEX \cdot \frac{s}{s+m}$$

(c) Wirkungsanalyse mittels Pfeilschema



(d) Grafische Analyse

s. J/R (2000), S. 123

J/R, 4. Aufl., S. 105

#### (4) Wirkungen von Investitionsänderungen

##### (a) Wirkung auf Y

- totales Differenzial von (4.8) ergibt nach Umformung

$$(6.13) \quad dY = dI \cdot \frac{1}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}}$$

- linearisierte Form:

$$(6.13a) \quad dY = dI \cdot \frac{1}{s+m}$$

- zwar:
  - positiv
  - größer als eins, weil  $s + m < 1$
- aber: kleiner als im geschlossenen Modell  $(1/(1+s))$ , weil  $m > 0$ , d. h. wegen der zusätzlichen Sickerverluste

##### (b) Wirkungen auf Außenbeitrag

- Ausgangspunkt: (6.9)

$$dAB = -\frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dY$$

Für  $dY$  setzen wir (6.13) ein:

$$(6.14) \quad dAB = -\frac{\partial IM}{\partial Y} \cdot dI \cdot \frac{1}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}}$$

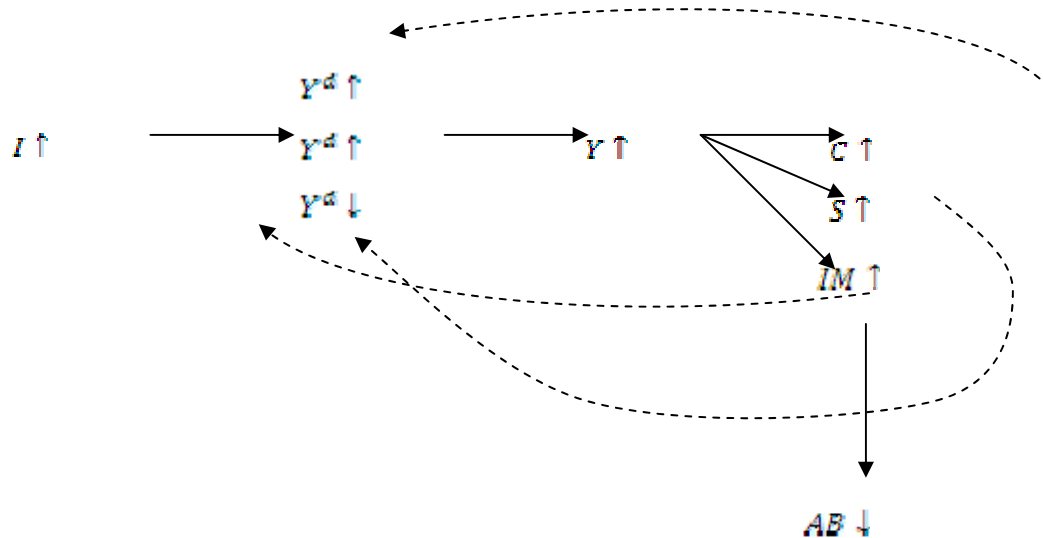
$$dAB = -dI \cdot \frac{\frac{\partial IM}{\partial Y}}{\frac{\partial S}{\partial Y} + \frac{\partial IM}{\partial Y}} < 0$$

- in linearisierter Form:

$$(6.14a) \quad dAB = -dI \cdot \frac{m}{s+m} < 0$$

- Ergebnis: Außenbeitrag sinkt, aber betragsmäßig um weniger als Zuwachs von  $I$

(c) Pfeilschema



## 6.4 Internationale Rückwirkungen: der Fall des großen Landes

Wir behalten in diesem Abschnitt die in Punkt (2) von Abschnitt 6.2 genannten Annahmen über die Güterstruktur bei.

### (1) Großes Land

- Ökonomische Änderungen in dem großen Land sind für das Ausland deutlich fühlbar
  - sie lösen deshalb Reaktionen des Auslandes aus, d. h. sie führen zu wirtschaftlichen Anpassungen im Ausland: dessen ökonomische Variablen ändern sich
  - es entsteht eine Interdependenz von Änderungen im In- und Ausland.
- Konsequenz: ausländische Variable sind jetzt endogen
  - notwendig, Ausland genau zu modellieren, um seine Reaktionen auf Impulse des Inlandes abschätzen zu können

### (2) Annahmen für die Modellierung des Auslands

- Ausland befindet sich – analog zum Inland – in einer Unterbeschäftigungslage, deren Ursache eine Schwäche der Güternachfrage ist
- Zinssatz, Güterpreis, Nominallohnsatz brauchen nicht ausdrücklich modelliert zu werden
- das Ausland weist qualitativ die gleichen Verhaltensweisen wie das Inland auf, z. B.  $IM_a = IM_a(Y_a)$

### (3) Modell

Die Gleichungen (6.20) und (6.21) beschreiben die Gleichgewichtsbedingung des inländischen bzw. des ausländischen Gütermarkts. (6.22) stellt die Bestimmungsgleichung des inländischen Außenbeitrags dar. Das Inland wie auch das Ausland betreiben Außenhandel nur mit dem hier betrachteten anderen Land (in der Literatur gelegentlich auch als „Rest der Welt“ interpretiert); deshalb stimmt gemäß (6.23) der Außenbeitrag des Auslands mit dem des Inlands – mit umgekehrtem Vorzeichen – überein: so ist ein positiver Außenbeitrag des Auslands gleichbedeutend mit einem negativen des Inlands.

$$(6.20) \quad Y = C(Y) + I + EX(Y_a) - IM(Y)$$

$$(6.21) \quad Y_a = C_a(Y_a) + I_a + EX_a(Y) - IM_a(Y_a)$$

$$(6.22) \quad AB = EX(Y_a) - IM(Y)$$

$$(6.23) \quad AB_a = -AB, \quad \text{weil} \quad e = 1$$

- 4 endogene Variable:  $Y$ ,  $Y_a$ ,  $AB$ ,  $AB_a$
- 4 Gleichungen

Lösungsstruktur:

- zuerst  $Y$ ,  $Y_a$  aus (6.20) / (6.21)
- dann  $AB$  aus (6.22)
- dann  $AB_a$  aus (6.23)

Die Interdependenz zwischen Inland und Ausland ist dabei bereits berücksichtigt:

$$(6.24) \quad EX = IM_a = IM_a(Y_a) = EX(Y_a),$$

$$(6.25) \quad EX_a = IM = IM(Y) = EX_a(Y);$$

$$(6.26) \quad AB_a = EX_a - IM_a$$

$$AB_a = EX_a(Y) - EX(Y_a)$$

$$AB_a = IM(Y) - EX(Y_a) = -AB$$

(b) In linearisierter Form:

$$(6.20a) \quad Y = \bar{C} + c \cdot Y + I + \overbrace{IM_a + m_a \cdot Y_a}^{EX(Y_a)=IM_a(Y_a)} - \bar{IM} - m \cdot Y$$

$$(6.21a) \quad Y_a = \bar{C}_a + c_a \cdot Y_a + \bar{I}_a + \bar{IM} + m \cdot Y - \bar{IM}_a + m_a \cdot Y_a$$

$$(6.22a) \quad AB = \bar{IM}_a + m_a \cdot Y_a - \bar{IM} - m \cdot Y$$

$$(6.23) \quad AB_a = -AB$$

Interdependenz:

$$(6.24a) \quad EX(Y_a) = IM_a(Y_a) = \bar{IM}_a + m_a \cdot Y_a$$

$$(6.25a) \quad EX_a(Y) = IM(Y) = \bar{IM} + m \cdot Y$$

## 6.5 Außenhandel und Beschäftigung im großen Land

(1) Wirkung einer Exportförderung des Inlandes

(a) Modellierung:  $EX \uparrow$

dies bedeutet zugleich:  $\bar{IM}_a \uparrow$

(b) Ergebnis für Y und  $Y_a$ :

- totales Differenzial von (6.20a) und (6.21a).

Anmerkung: alternativ kann man zunächst aus (6.20a) und (6.21a)  $Y^*$  und  $Y_a^*$  ermitteln und dann deren Bestimmungsgleichungen nach  $EX$  ableiten

- Resultat:

$$(6.30) \quad dY = d\bar{IM}_a \cdot \frac{s_a}{s_a \cdot (s+m) + s \cdot m_a} > 0, \text{ wobei } s_a = 1 - c_a$$

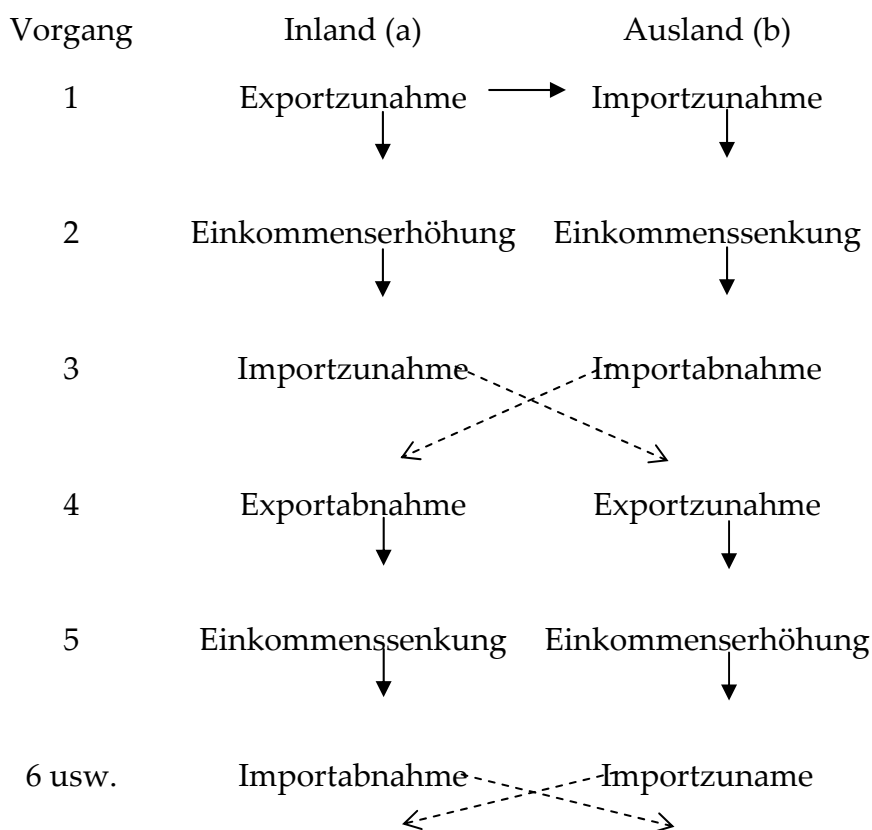
→ Y steigt aber: weniger als im kleinen Land, wie die folgende Umformung von (6.30) zeigt

$$(6.30a) \quad dY = d\bar{IM}_a \cdot \frac{1}{\underbrace{(s+m) + \frac{s}{s_a} \cdot m_a}_{\text{Multiplikator kleiner als } \frac{1}{s+m} \text{ aus (6.11a)}}$$

Grund: Im Ausland wird Einkommensenkung induziert, weil die Exportförderung des Inlands eine autonome Importerhöhung im Ausland bewirkt.

- dies lässt nicht nur das Auslandseinkommen sinken [s. (6.31)], sondern in der Folge auch die Importe des Auslands
- anders als im Fall des kleinen Landes kommt es zu einer negativen Rückwirkung

$$(6.31) \quad dY_a = dIM_a \cdot \frac{-s}{s \cdot (s_a + m_a) + s_a \cdot m} < 0$$



Quelle: Jarchow/Rühmann (2000), S. 131

(c) Ergebnis für AB:

$$(6.32) \quad dAB = \frac{s \cdot s_a}{s_a \cdot (s + m) + s \cdot m_a} \cdot dIM_a$$

$$dAB = \frac{s}{(s + m) + \frac{s}{s_a} m_a} \cdot dIM_a > 0$$

AB steigt, aber weniger als im Fall des kleinen Landes

(d) Kommentar: „beggar-my-neighbour“

Exportfördernde Politik, um Nachfrage nach dem Inlandsgut und damit Produktion und Beschäftigung im Inland zu erhöhen

Nachteile: negative Rückwirkungen

- marktmäßig:  $IM_a$  sinken wegen  $Y_a \downarrow$
- politisch: Gegenmaßnahmen  $\rightarrow \overline{IM_a} \downarrow$

„In times of general unemployment a game of beggar-my-neighbour is played between the nations each one endeavouring to throw a larger share of the burden upon the others. [...] But when the game of beggar-my-neighbour has been played for one or two rounds and foreign nations have stimulated their exports and cut down their imports by every device in their power, the burden of unemployment upon any country which refuses to join in the game will become intolerable and the demand for some form of retaliation irresistible. The popular view that tariffs must be answered by tariffs has therefore much practical force [...]. [...] they may be justified by the plea of self-defense, [...]“ (J. Robinson)

(2) Wirkungen einer Investitionsförderung des Inlands

(a) Wirkungen auf  $Y$

$$(6.33) \quad dY = dI \cdot \frac{s_a + m_a}{s \cdot s_a + s \cdot m_a + m \cdot s_a} >$$

- $Y$  steigt und: stärker als im Fall des kleinen Landes

$$dY = dI \cdot \frac{s_a + m_a}{s_a \cdot (s + m) + s \cdot m_a} = dI \cdot \frac{1}{s + m \cdot \frac{s_a}{s_a + m_a}}$$

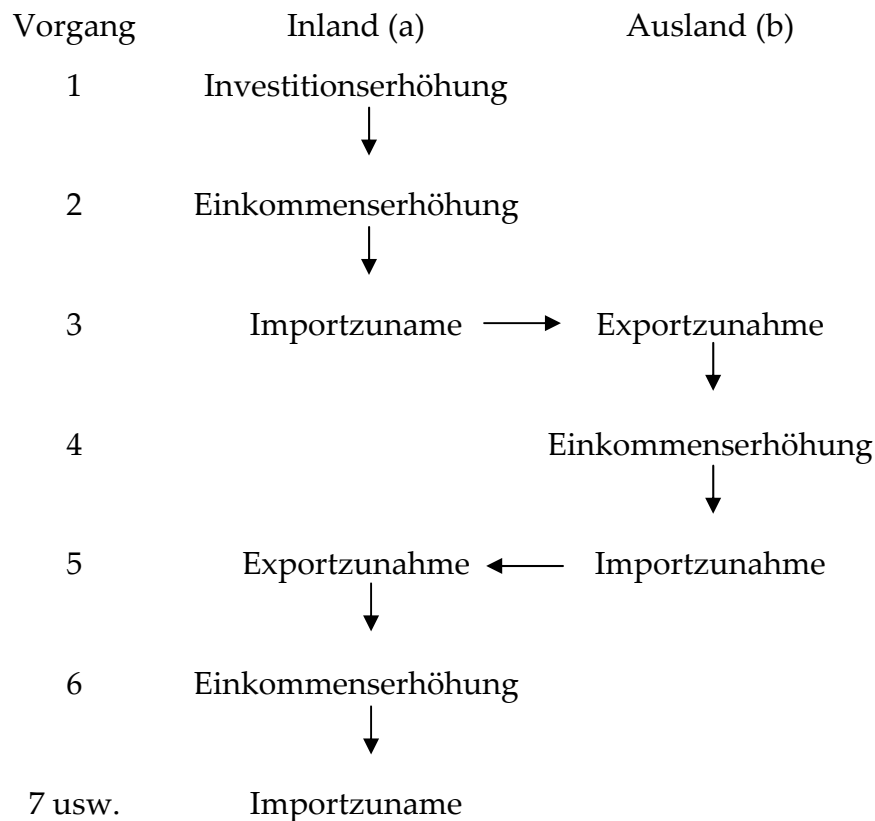
Multiplikator größer als  $\frac{1}{s + m}$ , weil  $\frac{s_a}{s_a + m_a} < 1$ , so dass Nenner kleiner als  $s + m$

Ökonomische Interpretation:

$Y$ -Erhöhung lässt inländische Importe steigen

- ausländische Exporte steigen fühlbar
- $Y_a^d$  steigt
- $IM_a(Y_a)$  steigt
- EX steigt
- $Y$  steigt noch mal

$$(6.34) \quad dY_a = \frac{m}{s \cdot s_a + s \cdot m_a + m \cdot s_a} \cdot dI > 0$$



Quelle: Jarchow/Rühmann (2000), S. 129

„virtuous nation“: Land, das - statt durch Senkung der Importe oder Stimulierung der Exporte - durch eine Anhebung seiner Investitions-nachfrage die heimische Beschäftigung erhöht

„For an increase in home investment brings about a net increase in employment for the world as a whole, while an increase in the balance of trade of one country at best leaves the level of employment for the world as a whole unaffected.“ (J. Robinson)

(b) Wirkung auf AB

$$(6.35) \quad dAB = \frac{-m \cdot s_a}{s \cdot s_a + s \cdot m_a + m \cdot s_a} \cdot dI$$

$$dAB = \frac{-m \cdot s_a}{s_a \cdot (s + m) + s \cdot m_a} \cdot dI$$

$$dAB = \frac{-m}{s + m + \frac{s}{s_a} \cdot m_a} \cdot dI < 0$$

AB sinkt, aber weniger als im Fall des kleinen Landes



## 6.6 Kritik

### (1) *Protektionismus liegt nahe*

- Wenn EX positiv und IM ungünstig für Produktion und Beschäftigung, stellen sich die folgenden Fragen:
  - warum nicht Importe einfach verbieten?
  - warum nicht Exporte mit allen Mitteln fördern?protektionistische Maßnahmen à la Merkantilismus
- in der Tat hat Keynes in dem erwähnten 23. Kapitel seines Hauptwerks darauf hingewiesen, dass die Ablehnung der von den Merkantilisten empfohlenen protektionistischen Maßnahmen durch die Klassiker falsch war
- allerdings hat Keynes auch zwei Probleme des Protektionismus gesehen
  - Vorteile des Freihandels gehen verloren
  - es droht die Gefahr von protektionistischen Gegenmaßnahmen des Auslands  
→ internationaler protektionistischer Wettlauf*beachte:* Dieses Szenario macht nur Sinn für ein großes Land, denn nur dessen Maßnahmen werden für das Ausland überhaupt fühlbar und führen zu Gegenmaßnahmen.

### (2) *Vernachlässigung von Bestandseffekten des Außenhandels*

- $AB \neq 0$  impliziert bei gegebener EVB, LÜB und VÜB, dass  $FSA \neq 0 \Rightarrow NAP$  verändert sich;
- $AB \neq 0$  impliziert bei gegebenen übrigen Teilbilanzen  $DB \neq 0$ 
  - WR ändert sich
  - M ändert sich

### (3) *Begrenzte Gültigkeit des extremen Modellrahmens*

#### (a) Preismechanismus völlig vernachlässigt u. a.: Lohnsatz nicht weiter thematisiert

Keynes: Sobald das Beschäftigungsniveau so weit steigt, dass der Nominallohnsatz zu steigen beginnt, wird dies die Preise erhöhen und den Außenbeitrag verschlechtern.

Ableitung expansiver Beschäftigungspolitik aus dem Modell (Investitionsförderung, Erhöhung von Staatsausgaben, Protektionismus) nur soweit, wie kein Kostenschub induziert wird

(b) Partialanalyse

u. a.: keinerlei Finanzbeziehungen thematisiert

- Kapitalverkehr nicht enthalten
- Devisenbewegungen nicht thematisiert

(c) Bestandsgrößen und ihre Veränderung nicht thematisiert

- transaktionsbedingte Veränderung von...
  - Kapitalstock durch Investitionen
  - Geldmenge durch Devisen
  - Forderungen/Verbindlichkeiten durch Kapitalverkehr
  - Nettovermögen durch Sparennur auf kurze bis mittlere Sicht akzeptabel
- bewertungsbedingte Änderungen: nicht thematisierbar, weil es keinerlei Preisänderungen (Wechselkurse, Wertpapierkurse) gibt

(4) *Fazit*

kurzfristiges Partialmodell mit einer extrem einseitigen Rolle des Außenhandels

### Mögliche Fragen:

1. Gegeben sei das folgende Modell:

$$Y = C + I + \overline{EX} - IM$$

$$C = \overline{C} + c \cdot Y$$

$$IM = \overline{IM} + m \cdot Y$$

$$AB = EX - IM$$

Alle Symbole bezeichnen reale Größen, und ein hochgestellter Querstrich deutet an, dass die betreffende Größe exogen ist. (Y = Volkseinkommen, C = Konsum, EX = Exporte, IM = Importe, AB = Außenbeitrag, I = Investitionen)

- a) Welche Fragestellung liegt dem Modell zugrunde, und wie ist sie motiviert?
  - b) Stellen Sie das Modell im S-Y-Bild grafisch dar (S = Ersparnis). Interpretieren Sie dabei kurz die Achsenabschnitte und Steigungen der Kurven.
  - c) Reproduzieren Sie bitte die in b) genannte Situation in einem neuen Schaubild. Erläutern Sie anhand des Bildes kurz die Wirkung einer Senkung der Investition auf Y und AB.
  - d) Ermitteln Sie algebraisch die Wirkungen der Investitionssenkung.
2. Das Einkommen/Ausgaben-Modell im Zwei-Länder-Fall
- a) Formulieren Sie das Modell für den Zwei-Länder-Fall in linearisierter Form und berücksichtigen Sie dabei im Inland exogene Staatsausgaben.
  - b) Ermitteln Sie rechnerisch die Wirkung einer Erhöhung der inländischen Staatsausgaben auf das inländische Einkommen.
  - c) Vergleichen Sie verbal die in b) errechnete Wirkung mit der Wirkung im Fall des kleinen Landes.

3. Gegeben sei das folgende Modell:

$$\begin{aligned}
 (1) \quad Y &= \bar{C} + c \cdot Y + \bar{I} + \overbrace{\bar{M}_a + m_a \cdot Y_a}^{EX(Y_a) - IM_a(Y_a)} - \bar{M} - m \cdot Y \\
 (2) \quad Y_a &= \bar{C}_a + c_a \cdot Y_a + \bar{I}_a + \bar{M} + m \cdot Y - \bar{M}_a - m_a \cdot Y_a \\
 (3) \quad AB &= \bar{M}_a + m_a \cdot Y_a - \bar{M} - m \cdot Y \\
 (4) \quad AB_a &= -AB
 \end{aligned}$$

Alle Variablen des Modells sind reale Größen.

- Welche Dimension haben reale Größen in diesem Modell, d.h. wie werden sie gemessen?
- Interpretieren Sie kurz die Gleichungen, ohne auf die einzelnen Verhaltensfunktionen einzugehen.
- Nennen Sie die endogenen Variablen des Modells.
- Berechnen Sie die Wirkungen einer Erhöhung des inländischen autonomen Konsums ( ) auf das inländische Einkommen.

4. Verdeutlichen Sie mit Hilfe des folgenden Schemas die Wirkungen einer Erhöhung des inländischen autonomen Konsums ( ) auf das Inland und auf das Ausland.

Vorgang	Inland	Ausland
1	Zunahme von $\bar{C}$	
2		
3		
4		
5		
6 usw.		

## KAPITEL 7.

### DER GELDMENGEN/PREIS-MECHANISMUS

Der Geldmengen/Preis-Mechanismus beruht auf festen Wechselkursen. Er besagt, dass Ungleichgewichte in der Gesamtbilanz ( $GB \neq 0$ ) und damit in der Devisenbilanz ( $DB \neq 0$ ) über Änderungen der Geldmenge ( $\Delta M \neq 0$ ) zunächst zu Preisänderungen ( $\Delta p \neq 0$ ) insbesondere bei Export- und Importgütern führen. Die Preisänderungen wirken auf die Gesamtbilanz derart zurück, dass diese wieder zum Ausgleich kommt. Schematisch:

$$GB = -DB \neq 0 \rightarrow \Delta M \neq 0 \rightarrow \Delta p \neq 0 \rightarrow GB = 0$$

Die festen Wechselkurse können unmittelbar von Regierungen festgelegt sein (moderne Variante). Sie können aber auch das Ergebnis des sog. klassischen Goldstandards sein (historische Variante): hierbei handelt es sich um ein bestimmtes Währungssystem, dessen Blütezeit die Jahre 1870 – 1914 waren [vgl. Jarchow/Rühmann (1997), S. 32]. Diese Periode zeichnete sich durch folgende Merkmale aus:

- konstante Wechselkurse zwischen den Goldstandard-Ländern über die gesamte Periode hinweg;
- wenig Devisenbewirtschaftung und Importreglementierung
- relativ geringe Währungsreserven

Nach Jarchow/Rühmann [(1997), S. 33] legen diese Ergebnisse die Vermutung nahe, dass es keine großen, über längere Zeit anhaltenden Devisenbilanz-Ungleichgewichte gab. Maßgeblich hierfür seien verschiedene endogene („automatische“) Ausgleichsmechanismen der Zahlungsbilanz gewesen, u. a. der Geldmengen/Preis-Mechanismus.

#### 7.1 Institutioneller Hintergrund: Der Klassische Goldstandard

Der Klassische Goldstandard beinhaltet zum einen Regeln für die nationale Geldpolitik, insbesondere für die Geldversorgung eines Landes. Sie lassen sich unter dem Schlagwort „nationaler Goldstandard“ zusammenfassen [vgl. Woll (2008), S. 317]. Zum anderen umfasste er die Selbst-Verpflichtung der Teilnehmer-Länder, Importe und Exporte von Gold zuzulassen. All diese „rules of the game“ zusammen ergeben den

Internationalen (oder: Klassischen) Goldstandard: ein internationales Währungssystem mit festen Wechselkursen, automatischem Ausgleich der Zahlungsbilanz und passiver Geldpolitik. Dabei wird die Geldpolitik als „passiv“ bezeichnet, weil ihr primäres Ziel die Wechselkurs-Stabilität ist und sie deshalb eine endogene Geldmenge akzeptiert, also auf eine autonome Steuerung der Geldmenge als exogener Größe verzichtet.

### 7.1.1 *Der nationale Goldstandard*

Der nationale Goldstandard umfasst die im Folgenden aufgeführten Regeln (1) – (3). Ihr direktes Ziel war, die jederzeitige Umtauschbarkeit der heimischen Währung in Gold zu sichern. Durch die Gold-Konvertibilität sollten der Geld-Umlauf begrenzt und die Stabilität des Geldwerts gesichert werden. Auf diese Weise war die zentrale ökonomische Grundlage für die Akzeptanz des Geldes bei den Wirtschaftssubjekten gesichert, denn das Versprechen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik der Zentralbank wurde durch die Regeln des nationalen Goldstandards untermauert (Glaubwürdigkeit der Geldpolitik). Diese Regeln, die im folgenden erläutert werden, haben den „geldpolitischen Handlungsspielraum der nationalen Zentralbanken erheblich eingeschränkt“ [Modery (1996), S. 12].

#### (1) *Goldparität*

Eine bestimmte Menge Gold wird vom Staat als Währungseinheit definiert. So galt etwa am Ende des 19. Jahrhunderts für die Reichsmark (RM) eine Parität von

1 RM = 1/2790 kg Feingold

1 RM = 0,000359 kg Feingold.

Dies bedeutete zugleich, dass für eine Feinunze Gold (31,1 Gramm) rund 86,60 RM zu zahlen waren [vgl. zu diesen Angaben Jarchow/Rühmann (1997), S. 34; Rübel (2002), S. 161].

#### (2) *Freier Zugang zum Gold*

Die nationale Währungsbehörde ist verpflichtet, zur Goldparität Gold in jeder angebotenen Menge zu kaufen und in jeder nachgefragten Menge zu verkaufen. Dieser freie Zugang zum Gold für die privaten Wirtschaftssubjekte stellte sicher, dass sich am Markt keine abweichende Tauschrelation zwischen Gold und Geld bildete:

- Kein Marktteilnehmer verkauft an einen anderen Marktteilnehmer Gold billiger als zur Goldparität, wenn er zu diesem Kurs an die Zentralbank verkaufen kann.
- Kein Marktteilnehmer kauft von einem anderen Gold teurer als zur Goldparität, wenn er zu diesem Kurs bei der Zentralbank kaufen kann.

Es bleibt hinzuzufügen, dass in der Praxis der Ankaukurs der Zentralbank etwas unter der Goldparität lag. Auf diese Weise erzielte die Währungsbehörde aus dem Goldhandel einen gewissen Ertrag. Umgekehrt entstanden für ihre privaten Handelspartner Kosten.

Voraussetzung für die Fähigkeit der Zentralbank zum Verkauf von Gold war eine ausreichende Goldreserve.

### *(3) Deckung der Geldmenge durch Gold*

Die Geldmenge eines Landes ist an die Goldreserven der nationalen Währungsbehörde gebunden. Sie kann zu 100% oder zu einem bestimmten geringeren Prozentsatz „durch Gold gedeckt“ sein. Die Zentralbank muss also die Geldmenge „im Gleichschritt“ mit ihrem Goldbestand ändern:

- eine Zunahme der Goldreserven führt zu einer Zunahme der Geldmenge;
- eine Abnahme der Goldbestände lässt die Geldmenge sinken.

„Eine Mindestdeckungsvorschrift auf nationaler Ebene sorgte dafür, dass die Banknoten, aber auch das Buchgeld, jederzeit zu der festgesetzten Goldparität umgetauscht werden konnten und umgekehrt.“ [Modery (1996), S. 12]. Insbesondere überzeugte eine ausreichende Goldreserve den einzelnen Marktteilnehmer, dass er jederzeit sein – von Hause aus wertloses und beliebig vermehrbares – Geld in das – von Hause aus werthaltige und knappe – Gold tauschen konnte. So wurde ein „run“ verhindert, also der massenhafte Versuch der Marktteilnehmer, heute Geld in Gold zu tauschen – aus der Furcht heraus, dass morgen kein Gold mehr vorhanden sei.

Durch die glaubwürdige prinzipielle Tauschmöglichkeit sollte die natürliche Knappheit des Goldes in eine Knappheit des Geldes übertragen werden. Der Wert und die Akzeptanz des Goldes übertrugen sich so auf das Geld und gewährleisteten dessen Kaufkraft im Güterkreislauf.

### *(4) Erscheinungsformen des Goldstandards*

#### *(a) Reine Goldumlaufs-Währung*

Bei der Goldumlaufs-Währung in reiner Form besteht der gesamte Geldumlauf aus vollwertigen Goldmünzen. Bei diesen sog. Kurantmünzen ist der Stoffwert – also der Wert des Goldes – nur um die Prägekosten geringer als der auf die Münzen aufgeprägte Wert (Nominalwert) [vgl. Woll (2008), S. 268, 680]. Damit ...

- ... ist der Umlauf an Zahlungsmitteln ex definitione zu 100% durch Gold gedeckt,
- ... folgt die Goldparität aus dem Nominalbetrag der Münze,
- ... ist die Frage des Umtausches zwischen Geld und Gold überflüssig.

In der Praxis ließ sich die reine Goldumlaufs-Währung wegen ihres hohen Bedarfs an Gold kaum realisieren [vgl. Dieckheuer (1991), S. 391].

#### (b) Gemischte Goldumlaufs-Währung

Bei dieser Form des Goldstandards sind neben vollwertigen Goldmünzen auch Scheidemünzen und Banknoten im Umlauf. Bei Scheidemünzen ist der Metallwert deutlich kleiner als ihr aufgeprägter Wert [vgl. Woll (2008), S. 680]. Sie enthalten also kein Gold, oder ihr Goldwert ist erheblich geringer als ihr Nominalwert. Die umlaufenden Noten sind vollständig oder teilweise durch die Goldbestände der Zentralbank gedeckt [vgl. hierzu genauer Jarchow/Rühmann (1997), S. 33]. Die Deckungsvorschriften begrenzen den Geldumlauf.

#### (c) Goldkern-Währung

Bei der Goldkernwährung befinden sich keine Kurantmünzen im Umlauf. Der Umlauf an Banknoten und Scheidemünzen wird zu einem bestimmten Teil durch die Goldbestände der Zentralbank gedeckt. Entsprechend den Deckungsvorschriften kauft und verkauft die Währungsbehörde Banknoten von bestimmten Beträgen an gegen Goldbarren. Die Goldkern-Währung wird deshalb auch als Goldbarren-Währung bezeichnet [vgl. Jarchow/Rühmann (1997), S. 34]. Woll [(2008), S. 317] spricht von einer „Repräsentativ-Währung“.

### 7.1.2 *Der internationale Goldstandard*

Wie bereits erwähnt, war der klassische Goldstandard ein internationales Währungssystem mit festem Wechselkurs. Genauer gesagt konnte der Wechselkurs nur bis zu einem bestimmten Betrag nach oben oder unten von einem sog. Paritätskurs abweichen. Maßgeblich für die Begrenzung der Kurs-Schwankungen waren „Spielregeln“ für die nationalen Währungsbehörden, nämlich die Zulassung von Goldimporten und – exporten. Dieser freie Goldverkehr ermöglichte eine grenzüberschreitende Goldarbitrage, die den Wechselkurs innerhalb einer bestimmten Bandbreite hielt – zwischen dem sog. Goldexport- und dem sog. Goldimportpunkt.



### (1) Paritätskurs

Wie bereits in Punkt (1) von Abschnitt 7.1.1 erwähnt, betrug die Goldparität der Reichsmark ( $P_G$ ) zur Zeit des Goldstandards rund 86,6 RM pro Feinunze Gold. Kombiniert man diesen Wert mit der damaligen Goldparität des US-Dollars von ( $P_{Ga}$ ) von 20,6 USD pro Feinunze, so resultiert der sog. Paritätskurs ( $e_L$ ) zwischen Reichsmark und US-Dollar:

$$(7.1) \quad e_L = \frac{P_G}{P_{Ga}} = \frac{86,6 \left[ \frac{\text{RM}}{\text{Feinunze Gold}} \right]}{20,6 \left[ \frac{\text{USD}}{\text{Feinunze Gold}} \right]} = 4,20 \left[ \frac{\text{RM}}{\text{USD}} \right]$$

### (2) Freier Goldverkehr

Die Teilnehmer-Länder am internationalen Goldstandard müssen den Import und Export von Gold zulassen. Zusammen mit der Ankaufs- und Verkaufspflicht der nationalen Währungsbehörden bedeutet dies, dass international agierende Akteure Gold beliebig im In- und Ausland kaufen und verkaufen können. Es lag also sozusagen ein „grenzüberschreitend freier Zugang zum Gold“ vor.

Der freie Goldverkehr bildet gemeinsam mit den in 7.1.1 aufgeführten Punkten (1) – (3) die vier Regeln des internationalen („Klassischen“) Goldstandards.

### (3) Goldarbitrage

Wenn der tatsächliche Wechselkurs am Markt zwischen Reichsmark und US-Dollar ausreichend vom Paritätskurs abweicht, lohnt sich Arbitrage. Eine Abweichung ist dann ausreichend, wenn sie die Informations- und Transaktionskosten sowie die entgangenen Zinsen übersteigt [vgl. Jarchow/Rühmann (1997), S. 35]. Diese Arbitragekosten mögen  $t = 0,10$  Reichsmark, bezogen auf eine Goldmenge im Wert von 1 Dollar, betragen.

Angenommen, der Wechselkurs am Markt beträgt  $e = 4,00$  [RM/USD]. In diesem Fall ist der Dollar am Markt billig, so dass er dort zu 4,00 gekauft wird. Dagegen ist er „bei den Zentralbanken“ teuer, so dass er dort zu 4,20 verkauft wird:

- man verkauft einen Dollar an die amerikanische Notenbank und erhält  $1/20,6 = 0,0485$  Feinunzen Gold;
- dieses Gold wird nach Deutschland importiert, was zu Arbitrage-Kosten von 0,10 RM führt
- in Deutschland verkauft der Arbitrageur das Gold an die Reichsbank und erhält  $0,0485 \cdot 86,6 = 4,20$  RM.

Insgesamt stehen dem zuletzt genannten Erlös von 4,20 RM Kosten von 4,10 RM gegenüber. Der Arbitrage-Gewinn (ARG) beträgt also 0,10 RM pro Dollar:

$$(7.2) \quad \begin{array}{ccccccc} 4,20 & - & 4,00 & - & 0,10 & = & 0,10 \\ e_L & - & e & - & t & = & \text{ARG.} \end{array}$$

Wird der Dollar umgekehrt am Markt mit  $e = 4,50$  [RM/USD] notiert, also überbewertet, wird er bei den Zentralbanken gekauft und am Markt zu 4,50 verkauft. Dabei beinhaltet der Kauf bei den Zentralbanken zu 4,20 den Goldexport aus Deutschland:

- man kauft in Deutschland diejenige Goldmenge, die man zum Erwerb eines Dollars in den USA benötigt, d. h. 0,0485 Unzen. Dies verursacht Kosten von  $0,0485 \cdot 86,6 = 4,20$  RM;
- das Gold wird in die USA exportiert, was zu Arbitrage-Kosten von  $t = 0,10$  RM führt;
- in den USA wird das Gold zum Preis von 1 USD an die Zentralbank verkauft.

Insgesamt stehen dem Erlös von 4,50 RM Kosten von 4,30 RM gegenüber. Der Arbitrage-Gewinn (ARG) beträgt also 0,20 RM:

$$(7.2a) \quad \begin{array}{ccccccc} \text{ARG} & = & e & - & e_L & - & t \\ & = & 4,50 & - & 4,20 & - & 0,10 & = & 0,20. \end{array}$$

Die Arbitrage führt im letztgenannten Fall aufgrund der Dollar-Verkäufe am Markt zu einem Rückgang des Marktkurses  $e$  unter das Ausgangsniveau von 4,50 RM. Im vorhergehenden Fall, der mit Dollar-Käufen am Markt verbunden war, kommt es zu einem Anstieg von  $e$  über das Ausgangsniveau von 4,00 hinaus.

#### (4) Goldpunkte

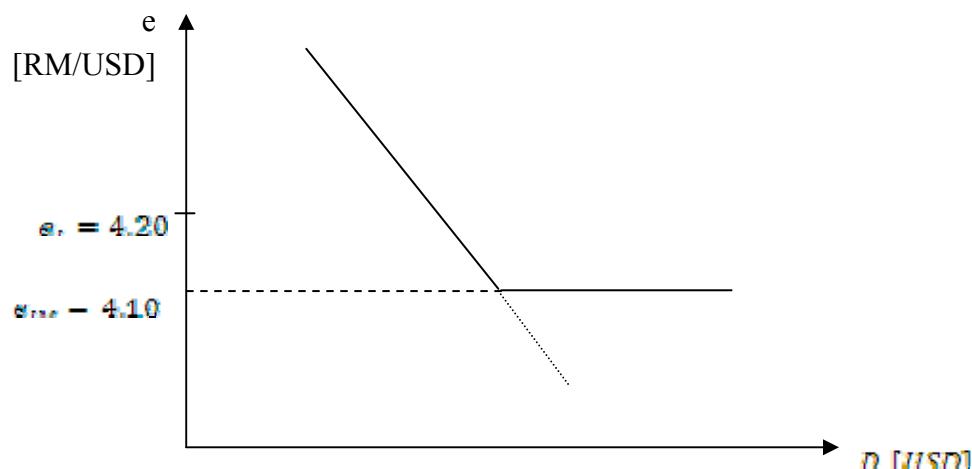
Die Arbitrage kommt zum Erliegen, wenn sie sich nicht mehr lohnt, d. h. wenn der Arbitrage-Gewinn Null ist:

$$(7.3) \quad \text{ARG} = 0$$

In diesem Fall ist der betragsmäßige Unterschied zwischen Paritäts- und Marktkurs gerade gleich den Kosten der Arbitrage. Einsetzen von (7.3) in (7.2) ergibt die Untergrenze ( $e_{\text{IM}}$ ) des Marktkurses, bis zu der sich ein Goldimport lohnt:

$$(7.4) \quad e_{\text{IM}} = e_L - t = 4,20 - 0,1 = 4,10$$

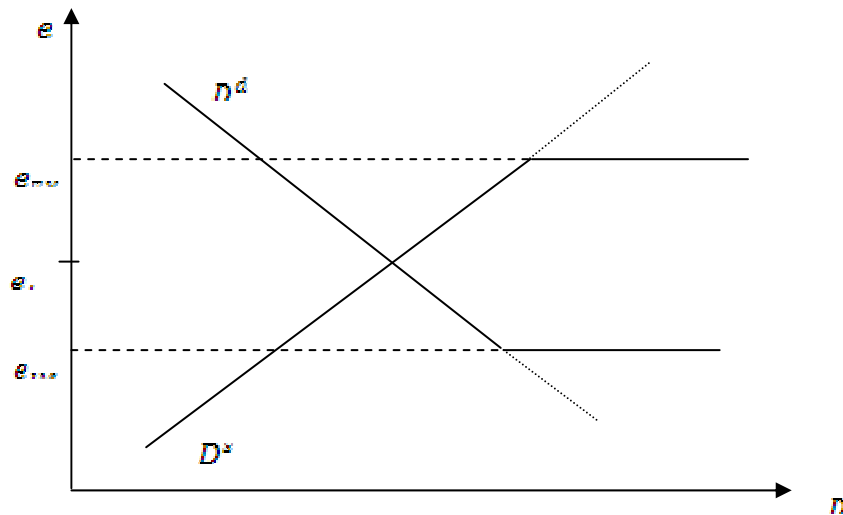
Steigt der Marktkurs auf  $e_{IM}$  oder darüber, lohnen sich der Kauf des Dollars am Markt und der Verkauf an die amerikanische Zentralbank einschließlich des erforderlichen Goldimports nach Deutschland nicht mehr. Eine kurserhöhende Arbitrage findet also nur für Werte unterhalb von  $e_{IM}$  statt: Arbitrage treibt den Kurs nicht höher als auf den Wert  $e_{IM}$ . Nur unterhalb dieses „Goldimport-Punkts“ kommt es zu Goldimporten! Diese Arbitrage findet allerdings in unbegrenztem Umfang statt, d. h. Arbitrageure fragen unterhalb von  $e_{IM}$  beliebige Dollar-Beträge am Markt nach. In der folgenden Grafik wird deshalb die Devisennachfragekurve beim Kurs  $e_{IM}$  vollkommen elastisch. Der Kurs kann deshalb allenfalls vorübergehend unter diesen sog. Unteren Goldpunkt sinken.



Setzt man (7.3) in (7.2a) ein, erhält man den oberen Goldpunkt, auch als Goldexport-Punkt bezeichnet:

$$(7.4a) \quad e_{EX} = e_L + t = 4,20 + 0,10 = 4,30$$

Für Werte auf oder unterhalb von  $e_{EX}$  lohnen sich ein Verkauf von Dollar am Markt und ein Kauf bei der amerikanischen Zentralbank einschließlich des entsprechenden Goldexports aus Deutschland nicht mehr. Eine kurssenkende Arbitrage findet nur für Kurse oberhalb von  $e_{EX}$  statt: Arbitrage senkt den Kurs höchstens bis auf  $e_{EX}$ . Allerdings findet die Arbitrage in unbegrenztem Umfang statt, so dass Arbitrageure oberhalb von  $e_{EX}$  beliebige Dollar-Beträge am Markt anbieten. In der Grafik wird die Kurve des Devisenangebots ( $D^s$ ) deshalb beim Kurs  $e_{EX}$  vollkommen elastisch. Man erkennt, dass der Markt-Kurs deshalb nicht über den oberen Goldpunkt hinaus steigen kann.



## 7.2 „Automatischer“ Zahlungsbilanz-Ausgleich durch den Geldmengen/Preis-Mechanismus

Der Geldmengen/Preis-Mechanismus bringt für eine offene Volkswirtschaft das zentrale Postulat der klassischen Theorie zum Ausdruck: die These eines preisgesteuerten und problemfreien Ablaufs der Wirtschaft. Dabei bedarf es insbesondere keiner diskretionären Eingriffe des Staates in den laufenden Wirtschaftsprozess, sondern nur eines verlässlichen wirtschaftspolitischen Rahmens. Letzterer kommt hier in der Einhaltung der „Spielregeln“ des Goldstandards zum Ausdruck.

### 7.2.1 Annahmen

Es wird ein klassisch-neoklassischer Modellrahmen vorausgesetzt.

#### (1) Binnenwirtschaft

Wir unterstellen vollständige Konkurrenz auf allen Märkten. Darüber hinaus soll es keine staatlichen Regulierungen oder Eingriffe geben, welche die Flexibilität der Preis-Größen (Güterpreise, Nominallohnsätze, Wertpapier-Zinssätze) einschränken oder die binnenwirtschaftliche Mobilität der Produktionsfaktoren behindern. Insbesondere soll damit am Arbeitsmarkt die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus gelten. Damit ist das Güterangebot abhängig vom Reallohnsatz, aber unabhängig vom Preisniveau (vertikale  $Y^s$ -Kurve im  $p$ - $Y$ -Bild). Auf der Angebotsseite sind also die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung gegeben.

Auch von der Nachfrageseite her wird die Vollbeschäftigung nicht gefährdet. Maßgeblich hierfür ist die unterstellte Gültigkeit des Gesetzes von Say, wonach sich jedes Güterangebot seine Nachfrage schafft: Wer Güter oder Faktorleistungen anbietet, fragt mit dem Erlös entweder selbst Güter oder Faktorleistungen nach oder verwendet ihn zu Wertpapierkäufen, d. h. zur Kreditvergabe; der Kreditnehmer sorgt dann durch Ausgabe des Kreditbetrages auf dem Gütermarkt dafür, dass kein Nachfrage-Ausfall erfolgt. Vorausgesetzt hierbei ist, dass die Ersparnis – also der am Gütermarkt nicht direkt nachfragewirksame Teil des Einkommens – in Form von Wertpapieren angelegt wird, nicht aber in Form zinsloser Kasse (Horten).

Da man Geld also keine (konstitutive) Wertaufbewahrungsfunktion zugesteht, tritt die Kassenhaltung nicht als Anlageform in Konkurrenz zu Wertpapieren. Deshalb ist die Geldnachfrage unabhängig vom Wertpapierzins. Sie ist nur durch Transaktionswünsche im Güterkreislauf motiviert und somit nur abhängig vom Transaktionsvolumen. Als Indikator für letzteres dient das Realeinkommen.

Es gilt dann die Quantitäts-Theorie des Geldes: Eine Änderung der Geldmenge lässt die Wertpapiernachfrage unverändert und führt nur zu gleichgerichteten Änderungen der Güternachfrage. Angesichts von Vollbeschäftigung bleibt die Produktion unverändert und es kommt nur zu Anpassungen von Güterpreis und Nominallohnsatz, welche direkt proportional zur Änderung der Geldmenge sind.

## *(2) Außenwirtschaft*

Wir unterstellen ein System festen Wechselkurses, sei es mit Bandbreiten wie etwa beim klassischen Goldstandard, sei es ohne Bandbreiten.

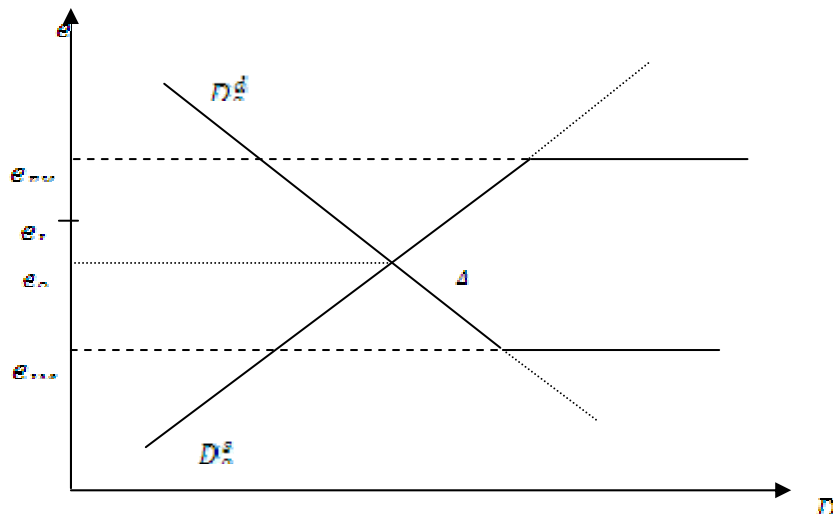
Das Inland und das Ausland produzieren jeweils ein Gut. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Güter, die um die Gunst der Nachfrager konkurrieren. Die Nachfrager beider Länder verteilen ihre Ausgaben auf beide Güter gemäß deren relativen Preis.

Im realwirtschaftlichen Sektor betrachten wir nur internationale Waren- und Dienstleistungstransaktionen. Ihnen stehen auf der finanzwirtschaftlichen Seite im Modell des klassischen Goldstandards Gold- und Devisentransaktionen gegenüber, im „modernen“ Modell eines fixierten Wechselkurses nur Devisentransaktionen. Dementsprechend besteht die Zahlungsbilanz nur aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz sowie der Devisenbilanz. In letzterer werden die Käufe und Verkäufe von Devisen der Zentralbank verbucht sowie ihre Goldkäufe und -verkäufe; der Saldo dieser Transaktionen stellt die transaktionsbedingte Änderung der Währungsreserven dar.

## 7.2.2 Wirkungsweise des Mechanismus im klassischen Goldstandard

### (1) Ausgangssituation: binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht

In der Ausgangslage mögen ein binnen- und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht bestehen (s. Punkt A). Letzteres umfasst einen Wechselkurs ( $e_0$ ) zwischen den Goldpunkten, so dass es nicht zu grenzüberschreitenden Goldbewegungen kommt. Der Saldo der Devisenbilanz und sein Gegenstück, der Außenbeitrag, sind null.



In moderner Terminologie kann man  $e_0$  als arbitragefreien Kurs bezeichnen, denn da er zwischen dem Goldexportpunkt und dem Goldimportpunkt liegt, kommt es nicht zur Goldarbitrage.

Das folgende Pfeilschema gibt einen Überblick über die Wirkungsweise des Geldmengen/Preis-Mechanismus am Beispiel einer Preiserhöhung im Inland. Der Preisanstieg kann etwa durch einen Rückgang der Produktivität und damit des Güterangebots verursacht sein.

Inland	Ausland
Anstieg des Preisniveaus ↓ Verslechterung des Aussenbeitrags Überschussnachfrage nach Dollar ↓ Abwertung des Euro ↓ Goldabfluss	Verbesserung des Aussenbeitrags ↓ Überschussangebot an Euro Aufwertung des Dollar ↓ Goldzufluss

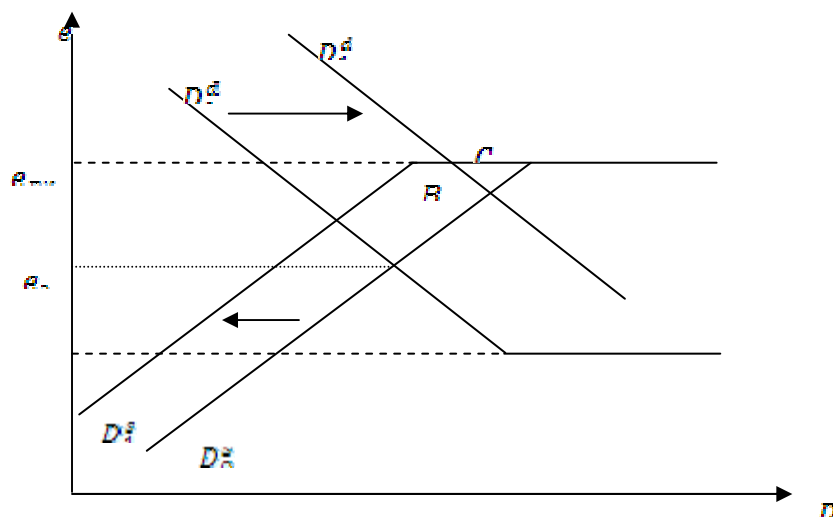
Rückgang der Geldmenge ↓ Rückgang des Preisniveaus  Verbesserung des Außenbeitrags	Anstieg der Geldmenge  Anstieg des Preisniveaus  Verschlechterung des Außenbeitrags
Außenbeitrag von Null	

Quelle: in Anlehnung an Rübel [(2002), S. 165]

## (2) Exogene Erhöhung des Preisniveaus im Inland: kurzfristige Wirkungen

Die relative Verteuerung inländischer Güter lässt die Importmenge steigen. Bei gegebenem Preis des Auslandsguts steigt auch der Importwert in Dollar und die Devisennachfragekurve verschiebt sich nach rechts in die Position  $D_1^d$ . Zugleich sinkt die Exportmenge; sofern der Rückgang stärker als der Preisanstieg ausfällt, kommt es auch zu einer Abnahme des Exportwerts in Inlands- wie in Auslandswährung. Letzteres schlägt sich in einer Links-Verschiebung der Devisenangebotskurve in die Position  $D_1^s$  nieder.

Man erkennt im Bild, dass der Wechselkurs steigt. (Dies Ergebnis setzt nur eine Normalreaktion des in Dollar ausgedrückten nominalen Außenbeitrags voraus: der Exportwert kann also steigen, allerdings darf seine Zunahme den Anstieg des Importwerts nicht ausgleichen.) Der Anstieg des Wechselkurses wird am oberen Goldpunkt gestoppt, weil die Arbitrageure Goldexporte beginnen.



## (3) Endogene Änderungen der Geldmenge im In- und Ausland

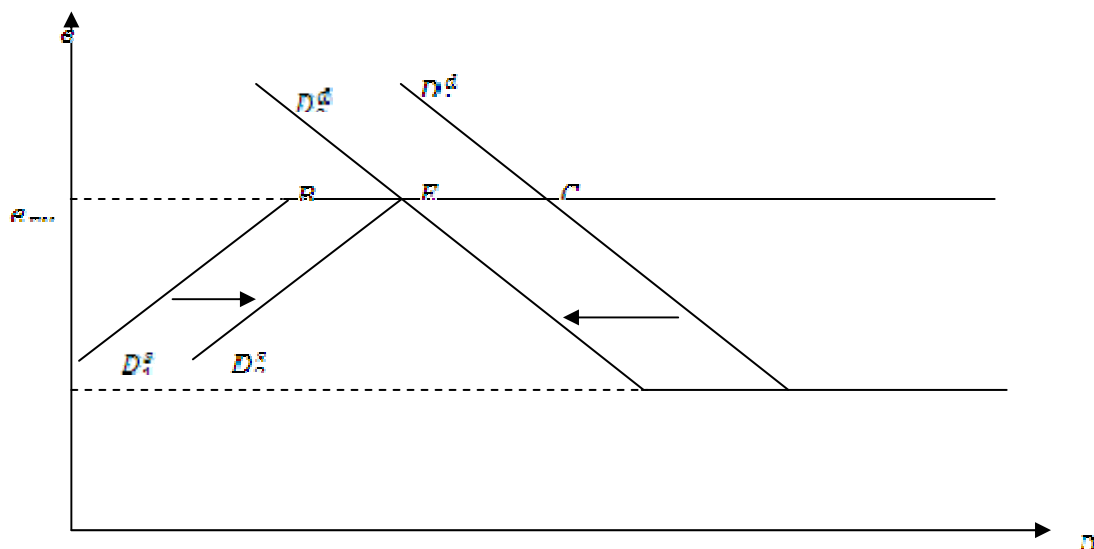
Die Goldexporte im Bild haben einen Umfang von  $EC$  Dollar. Ihnen geht der Ankauf von Gold bei der inländischen Zentralbank voraus. Da diese Goldkäufe mit inländischer Währung zu bezahlen sind, kommt zur es Stilllegung des entsprechenden Betrages an inländischer Währung bei der Notenbank: die Geldmenge im Inland sinkt.

Umgekehrt verzeichnet die ausländische Währungsbehörde Goldzuflüsse. Sie muss dieses Gold zur Goldparität ankaufen gegen Herausgabe ihrer Währung: die Geldmenge im Ausland steigt.

#### (4) Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts

Der soeben in Punkt (3) beschriebene Strom/Bestands-Anpassungsprozess führt zu einer Preiserhöhung im Ausland. Dieser „Preis-Ansteckung“ aufgrund des Goldzuflusses steht ein Preisrückgang infolge der Goldexporte im Inland gegenüber.

Die endogenen Preisänderungen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit des Inlandsgutes, während das Auslandsgut an Attraktivität einbüßt. Dies führt zu Rückgängen der Importe des Inlands bei gleichzeitiger Zunahme der Exporte. Im Bild kommt es zu Rückverschiebungen der Devisenangebots- und -nachfragekurve. Allerdings erreichen beide Kurven nicht wieder ihre Ausgangspositionen. Vielmehr ist der Anpassungsprozess abgeschlossen, wenn die Goldexporte versiegen: dann ändern sich die Geldmenge und damit auch die Preise nicht mehr. Dies ist im Punkt E der Fall, d. h. bei einem Wechselkurs in Höhe des oberen Goldpunkts ( $e_{EX}$ ).



#### (5) Ergebnis: außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei veränderter Verteilung der Welt-Goldmenge

In Punkt E herrscht ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Angebot und Nachfrage der Privaten an Devisen stimmen überein und damit Export- und Importwerte von Gütern. Letzteres setzt voraus, dass die relativen Güterpreise ( $p/e \cdot p_a$ ) zwischen In- und Ausland wieder auf dem Ausgangs-Niveau sind. Damit muss das in Inlandswährung gerechnete Preisniveau im Ausland ( $e \cdot p_a$ ) ebenso stark gestiegen sein wie im Inland ( $p$ ).



Wir erkennen im Bild, dass zu diesem Anstieg die Abwertung der Inlandswährung beiträgt, also die Erhöhung des Wechselkurses ( $e$ ). Darüber hinaus kommt es aber zu einem Preisanstieg im Ausland, denn dort ist die Geldmenge ja gewachsen.

Je größer das Ausland, umso weniger werden dort die ökonomischen Impulse aus dem Inland fühlbar. Das bedeutet, dass im „Fall des kleinen (In)Landes“ das ausländische Preisniveau unverändert bleibt; die Wiederherstellung der ursprünglichen Preisrelation zwischen Inland und Ausland ( $p/e \cdot p_a$ ) erfordert dann, dass das inländische Preisniveau gerade im selben Maße wie der Wechselkurs steigt. Es kommt in diesem Fall zu besonders starken Goldabflüssen, die über die damit verbundene Senkung der inländischen Geldmenge den anfänglichen, angebotsseitigen Inflationsimpuls dämpft.

Letztlich ist es weltweit zu einem Preisanstieg und zu einer Umverteilung des Goldes zwischen In- und Ausland gekommen. Je kleiner das Inland, desto geringer ist der Inflationsschub und umso stärker ist die Umverteilung durch Goldexporte ins Ausland.

### *7.2.3 Wirkungsweise des Mechanismus in einem modernen System festen Wechselkurses*

Der Internationale Goldstandard ist mit Ausbruch des 1. Weltkriegs zusammengebrochen. Maßgeblich hierfür war der Wille der Regierungen, die Kriegskosten durch Erhöhungen der Geldmengen zu finanzieren. Eine „Bremse“ der Geldschöpfung in Form von Deckungs-Vorschriften durch Gold war politisch nicht mehr akzeptabel [vgl. z. B. Modery (1996), S. 14].

#### *(1) Modernes System festen Wechselkurses*

In den modernen Geldverfassungen existieren neben Gold weitere Formen von Währungs-Reserven, insbesondere Devisen. Der internationale Zahlungsverkehr wird kaum noch mit Gold abgewickelt. Es gibt keine Goldparitäten der Währungen und Vorschriften zur Deckung des Geldumlaufs durch Gold (aber auch durch andere Währungsreserven) existieren nur noch in wenigen Ländern. Das Fehlen solcher Deckungs-Vorschriften bedeutet erstens, dass Änderungen der Geldmenge auch ohne Änderungen des Goldbestands vorgenommen werden können. Zweitens ziehen Änderungen des Bestands an Gold oder anderen Währungsreserven bei der Zentralbank nicht unbedingt Anpassungen der Geldmenge nach sich. Maßgeblich hierfür ist die Möglichkeit zur sog. Neutralisierungspolitik. Allerdings ist eine solche Politik, wie in § 4 erwähnt, mit verschiedenen Problemen verbunden.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit vernachlässigen wir im folgenden neutralisierungspolitische Maßnahmen. Änderungen der Währungsreserven führen also zu gleichge-

richteten Anpassungen der Geldmenge. Der Einfachheit halber unterstellen wir einen Geldschöpfungs-Multiplikator von eins, so dass der Umfang der Anpassung der Geldmenge dem Umfang der Änderung der Währungsreserven entspricht.

Die Ursache der Änderung von Währungsreserven bilden im Folgenden Interventionen der Zentralbank am Devisenmarkt. Sie dienen ex definitione der Stabilisierung des Wechselkurses. Konkret setzen wir einen festen Wechselkurs zwischen Inlandswährung (Euro) und Auslandswährung (Dollar) voraus, der durch einseitige Festlegung einer der beiden Zentralbanken oder durch Absprache zwischen beiden zustande kommt: in einem modernen System wird der Wechselkurs einer Währung direkt gegenüber einer anderen Währung fixiert! (Dagegen wurde er im Goldstandard direkt gegenüber dem Gold und damit indirekt gegenüber anderen Währungen festgelegt.)

Im modernen System gibt es von Seiten des Staates festgelegte Bandbreiten um den Leitkurs, in denen der Markt-Kurs schwanken kann. Sie korrespondieren zu dem „Kanal“ zwischen Oberem und Unterem Goldpunkt im Goldstandard. Der Einfachheit halber vernachlässigen wir diese Bandbreite hier.

## (2) Kleines Land

Wir betrachten zunächst den Fall des kleinen Landes, für das die ausländischen ökonomischen Größen exogen vorgegeben sind. Dies gilt insbesondere für das ausländische Preisniveau ( $p_a$ ), das zugleich den Preis des (einzigen) Auslandsgutes darstellt:

$$(7.10) \quad p_a = \bar{p}_a$$

### (a) Kurzfristiges Gleichgewicht

Die kurze Frist ist definiert durch eine gegebene nominale Geldmenge ( $M$ ). Gleichung (7.11) beschreibt das Gleichgewicht am Geldmarkt. Dabei setzen wir auf der rechten Seite eine neoklassische Geldnachfrage-Funktion an, so dass die Kassenhaltung nur durch das Transaktionsmotiv im Güterkreislauf motiviert ist; der Kassenhaltungskoeffizient ( $k$ ) beschreibt die Proportionalitätsbeziehung zwischen nominalem Transaktionsvolumen ( $p \cdot Y$ ) und nominaler Geldnachfrage:

$$(7.11) \quad M = k \cdot p \cdot Y$$

Wie in Abschnitt 7.2.1, Punkt (1) erläutert, herrscht Vollbeschäftigung, und die Produktion ( $Y$ ) ist unabhängig vom Preisniveau. Wir modellieren die hinter dieser Vorstellung stehende Angebotsseite der Volkswirtschaft nicht in ihren Details, sondern fassen sie in Form einer exogenen Güterproduktion zusammen:

$$(7.12) \quad Y = \bar{Y}$$



Wir vernachlässigen bewertungsbedingte Änderungen der Währungsreserven. Damit entspricht deren gesamte Änderung ( $\Delta WR$ ) gerade der Änderung durch Transaktionen:

$$(7.16) \quad \Delta WR = \Delta WR^{\text{trans}}$$

Da wir einen Geldschöpfungs-Multiplikator von eins unterstellen, stimmt die Änderung der Währungsreserven mit der Änderung der Geldmenge ( $\Delta M$ ) überein:

$$(7.17) \quad \Delta M = \Delta WR$$

Die mittlere Frist lässt sich übersichtlich durch Gleichung (7.18) zusammenfassen. Sie kommt zustande, indem (7.15) bis (7.17) mit (2.8) kombiniert werden:

$$(7.18) \quad \Delta M = AB$$

(c) Lange Frist

Ein langfristiges Gleichgewicht ist erreicht, wenn sich die Bestandsgrößen nicht mehr ändern, d. h. die Währungsreserven und die Geldmenge:

$$(7.19) \quad \Delta M = \Delta WR = \Delta WR^{\text{trans}} = 0$$

Gemäß (7.18) muss dazu der Außenbeitrag Null sein:

$$(7.20) \quad AB = 0$$

Wir verdichten das langfristige System zu zwei Gleichungen. Hierzu setzen wir (7.12) in (7.11) ein und erhalten die folgende Beziehung (7.21):

$$(7.21) \quad M = k \cdot p \cdot \bar{Y}$$

Zudem setzen wir (7.10), (7.13) und (7.20) in (7.14) ein und erhalten (7.22):

$$(7.22) \quad 0 = p \cdot EX\left(\frac{p}{p_a \cdot \bar{s}}\right) - \bar{p}_a \cdot \bar{s} \cdot IM\left(\frac{p}{p_a \cdot \bar{s}}\right)$$

$\quad \quad \quad - \quad \quad \quad +$

In diesem System von zwei Gleichungen sind die Geldmenge (M) und das Preisniveau (p) die endogenen Variablen. Das Preisniveau lässt sich allein anhand der Gleichgewichtsbedingung für den Außenbeitrag (7.2.2) ermitteln: es ist rein außenwirtschaftlich bestimmt und damit unabhängig von der Wirtschaftslage im Inland, insbesondere unabhängig von der Geldmenge. Umgekehrt wird die Geldmenge durch das Preisniveau bestimmt, wie (7.21) zeigt. Insgesamt bestimmt also der Wirtschaftsablauf –

genauer: die Außenwirtschaft – die Wirtschaftspolitik – genauer: die Geldmenge – und nicht umgekehrt.

(d) Wirkungen einer Preiserhöhung im Ausland

Wir analysieren zunächst die langfristigen Wirkungen. Hierzu dividieren wir (7.22) durch das inländische Preisniveau und erhalten (7.22a):

$$(7.22a) \quad 0 = EX\left(\frac{p}{\bar{p}_a \cdot \bar{s}}\right) - \frac{1}{p/(\bar{p}_a \cdot \bar{s})} \cdot IM\left(\frac{p}{\bar{p}_a \cdot \bar{s}}\right)$$

Man erkennt, dass außenwirtschaftliches Gleichgewicht einen ganz bestimmten Wert der Terms of Trade  $p/(\bar{p}_a \cdot \bar{s})$  erfordert. Dies bedeutet, dass eine Erhöhung von  $\bar{p}_a$  bei festem Kurs auf lange Sicht eine prozentual gleichstarke Erhöhung von  $p$  erfordert. „Damit wird in diesem Modellrahmen das Kaufkraftparitätentheorem bestätigt.“ [Dieckheuer (2001), S. 550]:

$$(7.23) \quad \frac{\Delta p}{p} = \frac{\Delta \bar{p}_a}{\bar{p}_a}$$

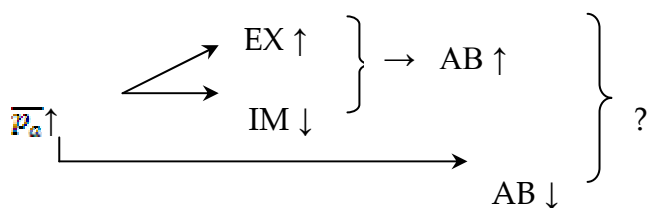
Aus (7.21) folgt sofort, dass langfristig auch die Geldmenge wie das Preisniveau steigt:

$$(7.24) \quad \frac{\Delta M}{M} = \frac{\Delta p}{p}$$

Es kommt also insgesamt zu einer Inflations-Ansteckung, die sich ihre monetäre Alimentierung selbst schafft!

Wie kommt es zu der Erhöhung der Geldmenge im Inland? Erforderlich hierfür sind außenwirtschaftliche Überschüsse ( $AB > 0$ ) im Zuge des Anpassungsprozesses an das neue langfristige Gleichgewicht; die damit verbundenen Devisenzuflüsse ( $\odot WR > 0$ ) muss die Zentralbank im Zuge von Interventionen ankaufen, was zu einer Ausgabe zusätzlicher Inlandswährung ( $\odot M > 0$ ) führt.

Wir müssen nun überprüfen, ob es tatsächlich zu derartigen Überschüssen ( $AB > 0$ ) und damit zu Geldmengenerhöhungen kommt. Hierbei sind zwei Fälle zu unterscheiden, je nachdem ob der Außenbeitrag auf die anfängliche Erhöhung von  $\bar{p}_a$  positiv („normal“) oder negativ („anormal“) reagiert:



### Fall 1: Normalreaktion des Außenbeitrags

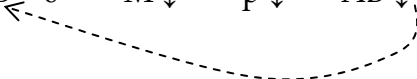
Wenn im vorstehenden Pfeilschema die Mengenreaktionen ( $EX \uparrow$ ,  $IM \downarrow$ ) hinreichend stark ausgeprägt sind, steigt der Außenbeitrag ( $AB \uparrow$ ). In diesem Fall kommt es von Anfang an zu Erhöhungen von Geldmenge und Preisniveau im Inland:

$$AB \uparrow \rightarrow AB > 0 \rightarrow M \uparrow \rightarrow p \uparrow \rightarrow AB \downarrow \rightarrow AB = 0.$$

Wir halten insbesondere fest, dass am Ende dieses Pfeilschemas wieder die normale Reaktion des Außenbeitrags auf eine Preisänderung ( $p \uparrow \rightarrow AB \downarrow$ ) erfolgt, so dass das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht abgebaut und neue binnen- und außenwirtschaftliche Gleichgewichte erreicht werden. Eine grafische Analyse des Normalfalls findet sich bei Dieckheuer [(2001), S. 550 f.].

### Fall 2: Anomale Reaktion des Außenbeitrags

In diesem Fall kommt es zunächst zu einer Verschlechterung des Außenbeitrags und damit zu Senkungen der Geldmenge. Der anschließende Rückgang des inländischen Preisniveaus sorgt – ebenso wie zuvor der anfängliche Anstieg des ausländischen – für eine anomale Reaktion des Außenbeitrags: dies impliziert eine weitere Verschlechterung des Außenbeitrags und damit weitere Senkungen von Geldmenge und Preisniveau:

$$AB \downarrow \rightarrow AB < 0 \rightarrow M \downarrow \rightarrow p \downarrow \rightarrow AB \downarrow$$


Wir halten insbesondere fest, dass am Ende dieses Pfeilschemas wieder die anomale Reaktion des Außenbeitrags auf eine Preisänderung ( $p \downarrow \rightarrow AB \downarrow$ ) zum Tragen kommt. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wird also nicht abgebaut, sondern verstärkt. Ein neues binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht wird nicht erreicht: es liegt ein instabiles System vor! Die oben hergeleiteten langfristigen Erhöhungen von  $p$  und  $M$  kommen nicht zustande!

## Mögliche Fragen:

1. Grundlagen des Geldmengen/Preis-Mechanismus
  - a) Auf welchem Wechselkurssystem beruht der Geldmengen/Preis-Mechanismus?
  - b) Erläutern Sie anhand eines geeigneten Pfeilschemas oder verbal die Idee des Geldmengen/Preis-Mechanismus.
  
2. Wir betrachten eine kleine offene Volkswirtschaft bei Vollbeschäftigung ( :  $\bar{Y}$  ) und festem Wechselkurs (  $\bar{\epsilon}$  )
  - (1)  $M = k \cdot p \cdot \bar{Y}$
  - (2)  $AB = p \cdot EX\left(\frac{p}{p_a \cdot \bar{\epsilon}}, Y_a\right) - \bar{p}_a \cdot \bar{\epsilon} \cdot IM\left(\frac{p}{p_a \cdot \bar{\epsilon}}\right)$
  - (3)  $\Delta M = AB$
  - (4)  $AB = 0$
  - a) Interpretieren Sie kurz die Gleichungen
  - b) Welche Gleichungen beschreiben:
    - b<sub>1</sub> ... ein kurzfristiges Gleichgewicht
    - b<sub>2</sub> ... die mittlere Frist
    - b<sub>3</sub> ... ein langfristiges Gleichgewicht?
  - c) Verdeutlichen Sie die kurz- und mittelfristigen Wirkungen einer Erhöhung des Auslandseinkommens ( ) anhand eines Pfeilschemas; gehen Sie dabei im Ausgangszustand von einem gleichgewichtigen Außenbeitrag aus. Unterscheiden Sie zwei Fälle:
    - c<sub>1</sub> Normal-Reaktion des Außenbeitrages (AB) auf eine Änderung der Terms of Trade  $\frac{p}{p_a}$
    - c<sub>2</sub> Anomale Reaktion.  
Eine verbale Analyse ist nicht erforderlich.
  - d) Sagen Sie kurz, welche langfristigen Wirkungen in den beiden in c) genannten Fällen eintreten.

3. Die beiden folgenden Gleichungen beschreiben den langfristigen Zustand im Modell des Geldmengen/Preis-Mechanismus:

$$M = k \cdot p \cdot \bar{Y}$$

$$Q = p \cdot EX\left(\frac{p}{\bar{p}_a \cdot \bar{\theta}}, Y_a\right) - \bar{p}_a \cdot \bar{\theta} \cdot IM\left(\frac{p}{\bar{p}_a \cdot \bar{\theta}}\right)$$

- a) Nennen Sie die endogenen Variablen des Systems.
  - b) Anhand welcher Gleichung ist das inländische Preisniveau ( $p$ ) zu berechnen? Interpretieren Sie kurz diesen Zusammenhang.
  - c) Zeigen Sie anhand eines geeigneten Pfeilschemas die Wirkungen einer Erhöhung des Auslandseinkommens ( $Y^*$ ) auf Außenbeitrag ( $AB$ ), Geldmenge ( $M$ ) und Preisniveau ( $p$ ) des Inlands. Unterstellen Sie dabei eine normale Reaktion des Außenbeitrags auf eine Änderung der Terms of Trade.
4. Mit dem „Klassischen Goldstandard“ bezeichnet man ein internationales Währungssystem, das seine beste Zeit in den Jahren 1870 bis 1914 hatte. Durch welche drei Merkmale zeichnete sich das internationale Währungssystem in dieser Periode aus?



## KAPITEL 8.

### EINFUEHRUNG IN DIE HANDELSPOLITIK

Die Verteilung von Produkten und Dienstleistungen begann in frühen primitiven Gesellschaften mit einfachem und regionalem Tausch (z.B. Tausch von Werkzeugen oder Fellen gegen Nahrungsmittel) und entwickelte sich mit der Menschheit. Der Begriff Handel (auch Kramhandel) taucht bereits im 15ten Jahrhundert auf und wird bis zum Ende des 18ten Jahrhunderts durch modernere Begriffe wie Kaufmannschaft, Kommerz, Commerzien oder Handlungen abgelöst. (<http://www.p-s.at/inhalte/presse/service/artikel/handel/handel.pdf>- Stand 12.04.2015)

Erst zu Beginn des 19ten Jahrhunderts wird der Inhalt des Handels als gewerbsmäßiger Ankauf von materiellen Gütern (Handelsware) und deren Verkauf ohne weitere Be- oder Verarbeitung (Warenhandel) festgelegt. Heute wird der Warenverkehr (als Warenhandel, Warenumsatz, Warenverkehr, Warenumschlag) zwischen dem Hersteller und den Nutzern dieser Produkte durch den Einsatz von Händlern bewerkstelligt.

Die Händler beschaffen die Waren von den Produzenten in eigenem Namen und auf eigene Rechnung und mit eigenem Risiko. Sie lagern, transportieren und liefern die Waren (Rohstoffe, Betriebsmittel, Investitions- und Konsumgüter, Dienstleistungen) entweder in eigener Regie oder organisieren den Warenverkehr über dritte Unternehmen (Transportunternehmen). Warenhändler sind daher Fachmänner erstens der Beschaffungs- und Absatzwirtschaft und dann der entwickelten Geldwirtschaft.

Betriebswirtschaftlich handelt es sich beim Handel folglich um die permanente Organisation von Absatzmärkten und von Beschaffungsmärkten für verschiedene Anbieter von Waren und Dienstleistungen bzw. Nachfragern nach diesen Waren und Dienstleistungen. (Hans O. Schenk Marktwirtschaftslehre des Handels, Springer-Verlag, 2013, S78).

Die Ware/das Sortiment wird dann an gewerbliche Abnehmer (Groß-/Einzelhändler) weiterverkauft und ausgeliefert, ohne dass die Waren wesentlich verändert oder weiter verarbeitet werden. Ziel der Händler ist es, mit ihrem Gewerbe (Handelsbetrieb, Handelsunternehmen) Gewinne zu erwirtschaften. Gehandelt wird in der Regel mit knappen Gütern, bei denen der Rohstoff nur in bestimmten Gegenden vorkommt, oft in anderen Regionen zu Produkten verarbeitet (Handwerk, industrielle Unternehmen,

Dienstleistungsunternehmen, freie Berufe) wird oder bei denen Produktion und Konsum zeitlich oder mengenmäßig auseinander liegen. Je mehr die heutige Gesellschaft globalisiert und differenziert ist, umso mehr braucht man „Beschaffungs- und Absatzspezialisten des Handels,“ die Lieferungen zwischen Herstellern und Konsumenten organisieren.

Häufig ergänzt ein Händler seinen Handel mit produzierenden Tätigkeiten (z.B. typisch für Handwerkshandel wie dem Fliesenleger oder dem Maler, die neben ihrer Dienstleistung mit ergänzenden Produkten, die zu ihrem Gewerbe passen, handeln). Juristisch werden zur Abwicklung der Handelsgeschäfte zwischen den beteiligten Unternehmen (Lieferanten, Händler als Groß-/Einzelhändler) Verträge abgeschlossen und so geordnete Handelsbeziehungen eröffnet. Dabei kann zwischen Binnenhandel als lokalem, regionalem oder nationalem Handel oder Außenhandel als Länder und Grenzen überschreitendem Fernhandel unterschieden werden. Im Binnenhandel spielt der Globalisierungsgedanke eine wachsende Rolle. Durch moderne Transportmöglichkeiten (90% des Welthandels und mehr als 65% des Erdölhandels wurden 2010 auf dem Seeweg transportiert), sicheren Zahlungsverkehr und die internationale Internet-Kommunikation erschließen den Groß- und Einzelhandelskonzernen weltweit neue Beschaffungs- und Absatzmärkte. Dieser Trend führt zur verstärkten Konzentration der Handelssysteme mit der Übernahme bzw. Errichtung von Filialen auch außerhalb des Binnenmarktes.

In der **Antike** bildeten sich neue Reiche und Imperien (Phönizier, Karthager, Griechen und Römer im Westen, Han-China im Osten). Daraus entwickelte sich der Fernhandel. So war es im antiken Rom üblich, dass die Elite der Bevölkerung Seide trug, die über die Seidenstraße aus Asien bezogen wurde. Aber auch Gewürze oder Schmuck oder der Transport von Salz spielten eine große Rolle. (Anke Kausch, Seidenstrasse: von China durch die Wüsten Gobi und Taklamakan über den Karakorum Highway nach Pakistan DuMont Kunst-Reiseführer, DuMont Reiseverlag, 2001, S31)

Regionaler und lokaler Handel war typisch für das Mittelalter, das mit seiner Struktur und seinen über viele Generationen tätigen Kaufmannsfamilien zur Bildung vieler Städte geführt hat. Insbesondere der europäische Seehandel spielte im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit bei der Entstehung von Stadtrepubliken eine wesentliche Rolle. Typische Beispiele sind Venedig, Genua, Pisa, Florenz, aber auch flämische und niederländische Städte sowie die norddeutschen Hansestädte mit ihren Häfen Bremen, Hamburg, Kiel, Rostock, Stralsund. Sie wurden durch ihren spezialisierten Handel reich, schafften Arbeitsplätze und zogen Bevölkerung an. Daraus bildeten sich erstmals Fernkaufleute später Zusammenschlüsse von Kaufleuten, z.B. bei der Hanse, um die erforderlichen Mittel und Materialien (Schiffe) für den Fernhandel sowie Stützpunkte aufbauen zu können. Die Suche nach neuen Wegen nach Indien und China sind typische Beispiele (Kolumbus).

Der Grund für in den mittelalterlichen Städten äußerst erfolgreichen städtischen Einzelhandel, waren die Kaufmannsfamilien (Fugger, Welser, Paumgartner und Tucher in Augsburg und Nürnberg), mit ihrem eigenem Münzwesen, Zünften und Gilden sowie mit den eigenen Marktordnungen. (Bernd Wulffen, Deutsche Spuren in Argentinien: Zwei Jahrhunderte wechselvoller Beziehungen, Ch. Links Verlag, 2010)

Dementsprechend entwickelte sich mit Beginn der Industrialisierung eine lokal- bzw. länderübergreifende Spezialisierung im Handel mit Aufteilung in Groß- und Einzelhandel. In England bekam die Britische Ostindien – Kompanie (British East India Company), die durch einen Freibrief der Königin Elisabeth an reiche Londoner Kaufleute entstand, (Dirk Holtbrügge, Carina B. Friedmann, Weltgeltung Geschäftserfolg in Indien: Strategien für den vielfältigsten Markt der Welt, Springer-Verlag, 2011, S. 19). In Holland gab es die niederländische Ostindien-Kompanie. Die Kompanien eröffneten den Handel mit fernen Ländern wie Indien oder China mit Gewürzen, Seide, Tee, Indigo-Farbstoff, Salpeter und Baumwolle. Zum Teil erreichten sie Monopolstellungen und erhielten das Privileg, selbständig Territorien zu erwerben, Geld zu prägen und eigene Truppen aufzustellen, um Kriege zu führen, was den Handelsnationen (England, Holland) großen Reichtum brachte und zur Bildung von Kolonien führte, Tatsache die auf die vielfältige gesellschaftliche Bedeutung des Handels über die letzten Jahrhunderte deutet. Diese umfasst die frühe Pflege des kaufmännischen Bildungswesens (Buchhaltung, Handelssprachen wie der lingua franca und Russenorsk aber auch Farsi oder Pidgin, Vertragsrecht, die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes der Bevölkerung, das Aufstellen und die Normierung von Rechtsregeln für den Geschäfts- und Zahlungsverkehr bis hin zum neuzeitlichen umfassenden Konsum (Warenhäuser in den Citylagen, Shopping Malls, Factory Outlets) mit unmittelbarem Zugang zu den Konsumgütern aus aller Welt für jedermann.

### **8.1. Bedeutung der Begriffe „Handel und Handelspolitik“**

Aktuell ist der Handel eine der bestimmenden Faktoren für eine Volkswirtschaft. Das gilt für den Binnenhandel innerhalb der nationalen Grenzen eines Landes oder einer Staatengruppe wie z. B. der Europäischen Union. Und er ist eine bestimmende Größe für den Außenhandel sowie den durchlaufenden Transithandel.

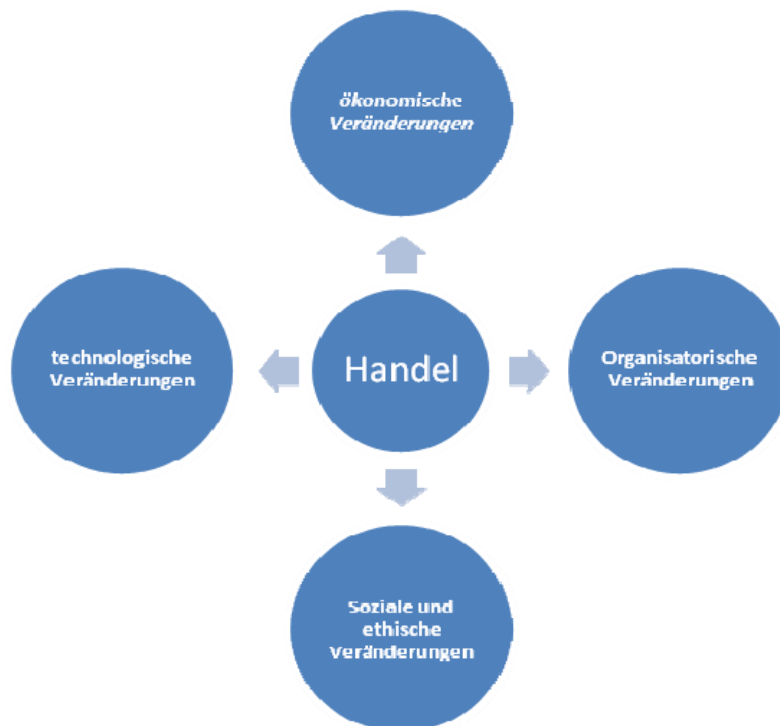
Der Export von Waren und Dienstleistungen ins Ausland hat den Vorteil, dass Geld „ins“ Land fließt. Dafür hängt die Exportnation stark von der wirtschaftlichen Lage der Länder ab, in die sie Waren exportiert. Durch Wirtschaftskrisen in den Exportmärkten kann sich die wirtschaftliche Lage der Exportnation ebenfalls drastisch verschlechtern. Importe aus Billiglohnländern wiederum wirken für das importierende Land negativ, da im Inland den Unternehmen, die mit den Produkten aus den Billiglohnländern konkurrieren, Marktanteile verloren gehen. Übersteigen die Exporte eines Landes seine

Importe, dann spricht man von Außenhandelsüberschuss. Sind die Importe höher als die Exporte, dann liegt ein Außenhandelsdefizit vor.

Importe haben den Vorteil, dass sie Waren (z.B. Rohstoffe wie Öl, Gas, Eisenerz, exotische Früchte) in das importierende Land bringen, die dort nicht oder nicht ausreichend vorhanden sind. Der Nachteil der Importe liegt in der oft hohen Abhängigkeit von den Lieferländern (siehe Öl- und Gasimporte und die weltweiten Energiekrisen durch Drosselung der Öl- und Gasförderung mit dem Ziel der Preis- und Gewinnerhöhung).

Der moderne Handel unterliegt weltweit einem sehr schnellen Strukturwandel und einer rasanten Dynamik. Daraus resultieren zahlreiche Veränderungen und Weiterentwicklungen im Handel: Die **ökonomischen Veränderungen** beziehen sich z.B. auf Trends zu Kooperationen und Konzentrationen, zur Rationalisierung, Selbstbedienung und zu eigenständigem Handelsmarketing. Im Fokus der **Technologischen Veränderungen** stehen z.B. Technisierung und Computerisierung des Handels, Modernisierung mittels Electronic Commerce). **Weitere Veränderungen sind die Organisatorische Veränderungen** verdeutlicht z.B. durch betriebliche, zwischenbetriebliche und überbetriebliche Reorganisation des Handels. **Informatorische Veränderungen** umfasst z.B. EDV-gesteuerte Informations-, Beschaffung und –Verwertung, inner- und zwischenbetriebliche Nutzung von elektronischen Medien im Handel.

**Abbildung 1: Veränderungen und Weiterentwicklungen im Handel, Quelle: Knut A. Wiesner, Uwe Sponholz, Dienstleistungsmarketing, WiSorium - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Repetitorium, Oldenbourg Verlag, 2007, S. 53**



Wobei **Soziale und ethische Veränderungen** auf soziales Engagement „Fair Trade“ zugunsten der Erzeuger in der Landwirtschaft und in Entwicklungsländern, Handel mit biologisch unbedenklichen Produkten mit Umweltschutzsiegel deuten. (Knut A. Wiesner, Uwe Sponholz, Dienstleistungsmarketing, WiSorium-Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Repetitorium, Oldenbourg Verlag, 2007, S. 53). Die Tendenz zur Globalisierung des Handels wächst. Daher setzt sich die Welthandelsorganisation (WTO) dafür ein, dass internationale Zollschränken abgebaut und der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr gefördert werden. Unter Handelspolitik werden alle Maßnahmen verstanden, die der Beeinflussung des Umfangs und der Richtung des Außenhandels eines oder mehrerer Länder dienen.

Typische Beispiele sind dabei **Maßnahmen zur Förderung des internationalen Handels** durch **Handelsabkommen**, die Bildung von **Freihandelszonen**, die Errichtung von **Zollunionen** oder Maßnahmen zur Anbahnung von Außenhandelsgeschäften mittels großer **Messen** (z.B. die Cebit in Hannover als der europäischen internationalen Hightech-Messe zur Präsentation von modernen digitalen Konzepten und Lösungen). Handelspolitik kann aber auch durch **protektionistische Maßnahmen** betrieben werden, d.h. durch wirtschaftspolitische Regelungen bis hin zu Handelshindernissen, das ein Land zum Schutz seiner Wirtschaft vor billigen Importen bzw. vor Preisdumping bei bestimmten Konkurrenten aus dem Ausland, vorsieht. Im Extremfall werden sogar mengenmäßige Beschränkungen und Verbote von Importen und Exporten.

Der Außenhandel umfasst alle betriebswirtschaftlichen Tätigkeiten bei der Unterhaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland auf der Grundlage des Grenzüberschreitenden Waren- u. Dienstleistungsverkehr, sowie von Rechtsübertragungen. Er bezieht sich auf folgende Tätigkeitsfelder: Export, Import, Transithandel. Der Import ist ein grenzüberschreitender Bezug von Wirtschaftsleistungen von Gebietsfremden und Export ist eine grenzüberschreitende Bereitstellung von Wirtschaftsleistungen von Gebietsfremden. Transithandel= Kombination Export u. Import (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 2)

## 8.2. Funktionen des Handels

Waren verhängt (bis hin zu Sanktionen, die oft politisch bedingt sind). Der Handel als wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft steht starkunter dem Einfluss von Interessengruppen. Sowohl Arbeitgeber wie auch Gewerkschaften versuchen, über Lobbyarbeit die Politik zu einer Gesetzgebung zu bewegen, die ihnen Vorteile bringt (z.B. gut organisierte Bauernverbände mit dem Ziel, ihre eigene Landwirtschaft vor

ausländischer Konkurrenz zu schützen). Für eine Regierung in demokratischen Ländern ist ein entscheidender Erfolgsmaßstab für ihre Wiederwahl, wie gut die Wirtschaft läuft und wie niedrig die Arbeitslosenzahl ist.

Handel hängt oft mit internationaler Spezialisierung zusammen. Ist ein Land bei der Herstellung eines Gutes autark und ist der Preis dieses Gutes günstiger als in anderen Ländern, dann hat das autarke Land komparative Vorteile bei diesem Gut. Ursachen sind dabei Produktivitätsunterschiede -Ricardo-Modell. (Paul R. Krugman, Maurice Obstfeld, Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft, Pearson Studium – Economic VWL Pearson Studium, Wi, Wirtschaft, Pearson Deutschland GmbH, 2009) Ricardo war der Erste, der auf komparative Vorteile als Grundlage für internationalen Handel hinwies (1817) und als Ursache für komparative Vorteile den relativen Produktivitätsunterschied der Produktivität im In- und Ausland feststellte, (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 14) der sich bei Autarkie in niedrigeren Preisen zeigte. Danach führt in diesen Ländern die Spezialisierung auf das Gut mit dem relativen Produktivitätsvorteil zur Spezialisierung im Handel. Heckscher-Ohlin stellte das Theorem auf, dass bei zwei Ländern mit identischen Produktionstechnologien Land A pro Arbeiter mehr Kapital als Land B besitzt. Ist das Gut 1 das kapitalintensiver, wird nach seinem Theorem das kapital-reichere Land dieses kapitalintensive Gut 1 exportieren. Land B ist dafür mit weniger Kapital je Arbeiter ausgestattet und ist daher arbeitsintensiver. Dieses Land exportiert daher das arbeitsintensivere Gut 2. Dieses Theorem lässt sich heute in der Praxis nicht mehr zwingend auf den oder internationale Faktorausstattungsunterschiede (Heckscher-Ohlin-Handel). Bei Freihandel exportieren diese Länder in der Theorie die Güter, bei denen sie einen komparativen Vorteil haben bzw. importieren die Güter, bei denen andere Länder komparative Vorteile aufweisen. In der Praxis ist allerdings diese Verbindung zwischen den komparativen Vorteilen und der Handelsstruktur der Länder nicht für jedes Gut und jedes Land eindeutig gegeben, da nicht überall freier Handel besteht. Stattdessen greifen Regierungen oft noch in den internationalen Handel ein, um zugunsten der eigenen Wirtschaft den eigenen Export zu fördern und den Import zu beschränken (regulative Handelspolitik). Für derartige Eingriffe zur Beschränkung des Freihandels gibt es eine Menge an Instrumenten (tarifäre oder nichttarifäre Instrumente).

Obwohl in den Wirtschaftswissenschaften die Ansicht überwiegt, dass die allgemeine Wohlfahrt durch Freihandel am besten erreicht wird, sind Protektionen häufig ein dominantes Instrument der Politik, um Einfluss zu nehmen. Mit **protektionistischen**

**Maßnahmen** fördert der Staat, dass die heimische Wirtschaft gegenüber dem Ausland Vorteile hat, vor zu starker ausländischer Konkurrenz geschützt (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 16) und damit wettbewerbsfähiger wird. Protektionistische Maßnahmen führen aber regelmäßig dazu, dass auch andere Länder darauf mit eigenen protektionistischen Gegenmaßnahmen reagieren und so den gegenseitigen Freihandel immer mehr beschränken.

Auf der anderen Seite gibt es in der Welt zunehmend das Bemühen, Beschränkungen des Handels, des Kapital- und des Personenverkehrs zu liberalisieren und mehr **Freihandel und wirtschaftliche Integrität** durchzusetzen. Ziel der wirtschaftlichen Integrität ist es, die Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung durch eine bessere Versorgung mit Ressourcen, vertiefte Arbeitsteilung oder einer verbesserten produktiven Leistung aller Beteiligten mehr Wettbewerb und den dadurch verstärkten Zwang zu mehr Kreativität und Innovationen zu erreichen. Mit diesem Ziel haben sich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Staaten zu Freihandelszonen zusammengeschlossen, um Barrieren für den Handel zwischen diesen Ländern abzubauen und ihn zu liberalisieren. Typische Instrumente sind: Freihandel mit freiem Verkehr (Handel) von Waren und Kapital und Zusammenschluss von Staaten zu Freihandelszonen (Außenhandel).

Häufig wird der Freihandel durch die Verlagerung der Produktion in andere Länder verändert. In der Theorie wird dazu das **Produktzyklusmodell** herangezogen, das drei bis vier Phasen unterscheidet: (Gerhard Rübel, Außenwirtschaft: Grundlagen der realen und monetären Theorie, Oldenbourg Verlag, 2013, S. 45)

### 1. Die Innovationsphase:

Bei ihr wird das **neu entwickelte Produkt** eingeführt mit umfassenden wissenschaftlich-technischen Ressourcen, hoch qualifizierten Arbeitskräften und guten, flexiblen Kommunikationsmöglichkeiten mit Nachfragern, Zulieferern und Konkurrenten im eigenen Land. Die Produktionstechnologie befindet sich noch im experimentellen Stadium, das Marktvolumen ist anfänglich gering und unsicher. Durch geringe Preiselastizität und anfängliche Monopolstellung des produzierenden Unternehmens werden gute Gewinne erwirtschaftet. Dem stehen hohe Pionierinvestitionen und ein geringes Produktionsvolumen (Einzel-, Kleinserienfertigung) gegenüber. Begünstigt sind dafür Regionen in hoch-entwickelten Industrieländern mit Forschungszentren, hoher Kaufkraft, aufnahmefähigen Märkten, differenziertem Dienstleistungsangebot, gutqualifiziertem Personal und ausreichend verfügbarem Kapital als Standortfaktoren.

## **2. Die Wachstums- und Reifephase**

In ihr expandiert die Nachfrage in der Region und außerhalb. Das Produkt wird standardisiert und zunehmend als Massenprodukt hergestellt mit dem Effekt der Stückkostensenkung. Der Preiswettbewerb setzt ein und verstärkt sich, was dazu führt, dass der Kostendruck weiter zunimmt. Daher wächst der Zwang zum Ausbau der Massenproduktion. Benachbarte Regionen über die ursprüngliche Kernregion hinaus sowie Auslandsmärkte nehmen als zusätzliche Absatzgebiete an Bedeutung zu.

## **3. Die Standardisierungsphase**

In ihr ist die Massenproduktion weit entwickelt, die Produktionstechnologie ist ausgereift. Das Produkt wird in vielfältige Varianten differenziert, der Markt sättigt sich und Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen dominieren. Der Preiswettbewerb ist intensiv. Daraus entwickelt sich die Tendenz, Teile der Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, um Kostenvorteile der billigen, zunächst niedrig qualifizierten Arbeitskräfte sowie Investitionsanreize und Subventionen dieser Länder mit ihrem hohen Interesse an Arbeitsplätzen zu nutzen. Die hoch entwickelten Länder importieren dann das Produkt aus den neuen Produktionsstandorten. Die Billiglohnländer erwerben know how und entwickeln sich.

## **4. Die Stagnations- und Kontraktionsphase**

Jetzt wachsen die Märkte für das Produkt kaum noch und schrumpfen schließlich. Massenproduktion, Kostensenkung und der Einsatz von billigen, geringer qualifizierten Arbeitskräften bleiben bestimmend. Daraus entwickelt sich ein verstärkter Prozess zur Unternehmenskonzentration.

Das Lebenszyklusmodell ist wegen seiner Einfachheit und Plausibilität verbreitet, vernachlässigt aber wichtige Aspekte der Nachfrage, des Angebots, des unternehmerischen Handelns, des regionalen know hows des Bildungsstandards der Arbeitnehmer als Standortvorteil und der politischen Einflussnahme. Heute ist es möglich, durch technologische Entwicklungen (z.B. CNC-Anlagen etc.) Stückkosten auch in hochentwickelten Ländern zu senken, um Massenproduktion erfolgreich und wettbewerbsfähig zu betreiben und durch Prozessinnovationen (z.B. Baukastensystem bei VW) die Produktqualität und -diversifizierung bei gleichzeitiger Kostensenkung voranzubringen.



Freihandel bedeutet, dass der internationale Handel nicht durch Handelshemmnisse wie Zölle oder Importbeschränkungen gehindert wird. Die Idee des Freihandels entspricht dem klassischen Wirtschaftsliberalismus. Ist die Wirtschaftspolitik eines Landes auf Freihandel ausgerichtet, dann spricht man von Freihandelspolitik (wird Freihandel politisch nicht gewollt, spricht man von politischem Protektionismus).

### 8.3. Bewertung des Handels

Die Theorien des Außenhandels gehen von der Erkenntnis aus, dass Freihandel der Wohlfahrt (Prosperität, Wohlstand der Bevölkerung und des Staates) mehr dient als Protektionismus. Insbesondere sehen sie im internationalen Wettbewerb den Vorteil, dass schneller Innovationen entstehen, Bürokratie abgebaut, die Produktivität der Unternehmen gesteigert und das Bruttoinlandsprodukt begünstigt werden können. Dazu haben Jeffrey Sachs und Andrew Warner in einer höchst anerkannten Studie von 1995 festgestellt, dass es 3 Kategorien von Ländern gibt:

1. *Länder, die traditionell protektionistisch aufgestellt sind*
2. *Länder, die sich vom Protektionismus zur Freihandel weiterentwickelt haben,*
3. *Länder, die stets zum Freihandel tendiert haben.*

Die Untersuchung zeigt, dass Kategorie 3 im Jahr 2006 ein durchschnittliches Brutto-sozialprodukt pro Kopf bei 17.500 US-\$ hatte, während Kategorie 1 nur bei 2.362 US-\$ lag. Industrie- und Entwicklungsländer mit Freihandel hatten im Zeitraum von 1970–1990 sehr hohe Wachstums- raten, insbesondere in den Ländern mit anfangs niedrigem pro-Kopf Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sie wuchsen besonders schnell (häufig pro Jahr um über 5%), während protektionistische Länder durchschnittlich nur um 0,5% pro Jahr wuchsen. Daraus lässt sich schließen, dass Länder mit Freihandel bessere Wachstums- chancen haben, was sich in asiatischen Entwicklungsländern zeigt, während lateiname- rikanische mit oft noch protektionistischer Handelspolitik weiter zurückgefallen sind.



## KAPITEL 9.

# MASSNAHMEN UND INSTRUMENTE DER HANDELSPOLITIKEN

Der Handel wird heute grenzüberschreitend mit einem umfassenden Instrumentarium gesteuert. Insbesondere Staaten, die sich gegen Freihandel entschieden haben, greifen regulierend in den Import bzw. Export ein. Regulatorische Handelspolitiken einzelner Staaten setzen protektionistische Instrumente ein, um dem eigenen Land Wettbewerbsvorteile zu sichern. Für diese Länder sind folgende typische Maßnahmen an den Landesgrenzen im Einsatz (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 15):

### 9.1. Tarifäre Maßnahmen

Sie umfassen Schutz-, Erziehungs-, Finanz- oder Antidumping- und Retorsionszölle, aber auch Exportsubventionierung und Sonderformen mit dem Ziel der Handelshemmnisse und des Protektionismus zugunsten der heimischen Wirtschaft.

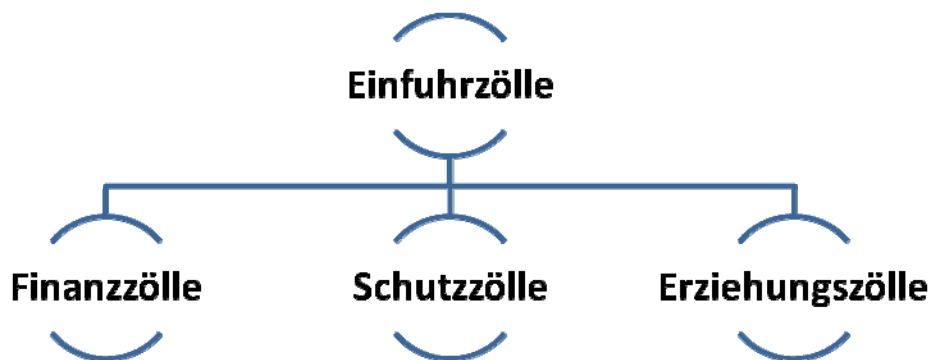
**Einfuhrzölle** sind das klassische Instrument der strategischen protektionistischen Handelspolitik eines Landes (Rudolf Sachs, Leitfaden Außenwirtschaft, Springer-Verlag, 2013, S. 21). Sie werden unterschiedlich begründet und unterschieden in:

Bei **Finanzzölle** handelt es sich um **steuerliche Einnahmen**, die für den Staatshaushalt für importierte oder exportierte Waren erhoben werden, indem sie durch den Finanzzoll wie mit einer Steuer belastet werden. (Gottfried Haberler, Der Internationale Handel: Theorie der Weltwirtschaftlichen Zusammenhänge Sowie Darstellung und Analyse der Aussenhandelspolitik, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft / Abteilung Staatswissenschaft, Springer-Verlag, 2013, S. 173)

In Deutschland sind die Zölle nach §3 III Abgabenordnung (AO) geregelt. Derartige Finanzzölle sind mit der Politik der Nichteinmischung des Staates in den Außenhandel vereinbar. Unter dem Außenhandel wird der Export (die Ausfuhr) bzw. Import (die

Einfuhr) von Waren verstanden. Der Export eines Staates wird ebenso wie der Import in amtlichen Außenhandelsstatistiken nach Menge und Wert der Waren sowie nach Bezugs- bzw. Absatzgebieten (Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer, Einkaufs- bzw. Käuferländer) erfasst und ausgewiesen.

Abbildung. Arten von Einfuhrzölle



Quelle: (Gottfried Haberler, Der Internationale Handel: Theorie der Weltwirtschaftlichen Zusammenhänge Sowie Darstellung und Analyse der Aussenhandelspolitik, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft / Abteilung Staatswissenschaft, Springer-Verlag, 2013, S. 173)

Bei **Schutzzöllen** handelt es sich um Abgaben, mit denen der Import von bestimmten Waren zugunsten inländischer Produzenten und Anbieter verteuert und damit weniger konkurrenzfähig gemacht werden.

**Erziehungszölle** dienen dazu, einer im Aufbau befindlichen Industrie solange Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu bieten, bis sie auf dem Markt wettbewerbsfähig ist. In der Regel wird sie degressiv gestaltet, d. h. in dem Maße reduziert, wie die Wettbewerbsfähigkeit der geschützten Industrie steigt. (Gerhard Rübel, Außenwirtschaft: Grundlagen der realen und monetären Theorie, Oldenbourg Verlag, 2013, S. 167)

Die Autonome Handelspolitik soll zum Ausgleich von Nachteilen beitragen, die durch Dumping durch ausländische Anbieter oder mittels Subventionen durch eine ausländische Regierung für diese Anbieter entstehen (z.B. mit Hilfe der Antidumping-Verordnung). Bei Dumping werden Waren im Ausland zu einem Preis verkauft, der niedriger ist als ihre Herstellungskosten oder der deutlich unter dem Preis liegt, zu dem der ausländische Hersteller diese Ware auf seinem Heimatmarkt absetzt. Dumping stellt jedoch nur dann ein handelspolitisches Instrument dar, wenn es durch staatliche

Maßnahmen ermöglicht wird. Dagegen kann mit Antidumpingzöllen vorgegangen werden. Diese Form der Antidumping- oder Retorsionsmaßnahmen durch Strafzölle ist mit den Regeln der WTO vereinbar, sofern das Vorliegen eines schädigenden Verhaltens durch ausländische Anbieter oder ausländische Regierungen festgestellt und nachgewiesen wird.

Dienstleistungen, die im Inland hergestellt werden, mit Hilfe von Exportsubventionen begünstigen. Das heißt, dass der Staat Beihilfen an Exporteure zahlt, um den Export der heimischen Güter zu begünstigen. Ohne diese Subvention wäre der Verkauf dieser Produkte im Ausland wegen zu hoher Produktionskosten chancenlos (z.B. typisch in der Europäischen Union bei Fleisch, Milch oder Zucker). Dies kann zu Problemen führen (europäischer Milchsee, Butterberg), wenn die Produzenten durch Preisgarantieren oder Subventionen Wettbewerb vermeiden.

Umgekehrt kann der eigene Staat die Ausfuhr bestimmter Güter und Sonderformen sind partielle, d.h. bestimmte Güter betreffende- oder völlige Verbote eines Handels mit bestimmten Ländern. In diesen Fällen liegt ein **Handelsembargo** vor. (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 31). Dies gilt besonders für die Ausfuhr von verbotenen Kriegswaffen oder Gütern in Krisengebiete, die der Herstellung von Waffen dienen, über die i. R. aus politischen Gründen ein Embargo verhängt ist. Meistens liegt einem Embargo ein Beschluss der UNO zugrunde. In Deutschland wird ein Embargo im Außenwirtschaftsgesetz geregelt.

Bei Verstoß gegen gesetzlich geregelte **Importverbote** (z.B. Schmuggel von geschützten Tieren, Elfenbein, Drogen oder un versteuerten Zigaretten aus dem Ausland) besteht das Recht auf **Beschlagnahmung** dieser illegal eingeführten Waren durch den Zoll. (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 35).

Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG (1.1.1958) wurden mit den außereuropäischen Ländern, die vorher mit Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien oder Dänemark besondere Beziehungen unterhalten haben (26 überseeische Länder und Hoheitsgebiete, häufig frühere Koloniegebiete), **Assoziierungsverträge** abgeschlossen. Diese gehen über Handels- und Kooperationsabkommen hinaus, liegen aber unterhalb eines Beitritts. Sie beinhalten gegenseitige Rechte und Pflichten, gemeinsames Vorgehen und besondere Verfahren. Politisch werden heute unterschieden: **Beitrittsassoziiierungen, Freihandelsassoziiierungen und Entwicklungsassoziiierungen.**

**Die Beitrittsassoziiierungen** dienen zur Vorbereitung eines späteren Beitritts in einen Binnenmarkt. **Freihandelsassoziiierungen** hingegen werden zur Herstellung besonders enger und privilegierter Handelsbeziehungen benutzt. Wobei **Entwicklungsassoziiierungen** unterstützen die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des assoziierten Landes. Heute wird allerdings der Begriff der Assoziiierung in den neueren Abkommen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vermieden, um bei den betroffenen Drittstaaten den Eindruck der Minderwertigkeit oder einer Abhängigkeit zu vermeiden. Heute sind besondere Assoziationsverträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft mit den EFTA Staaten abgeschlossen, so dass diese Staaten quasi Bestandteile des EU-Binnenmarktes sind ohne gemeinsamen Agrarmarkt und ohne gemeinsame politische Zielsetzungen.

Unter der **Entwicklungspolitik (Entwicklungshilfe)** werden staatliche Programme zusammengefasst, die unterentwickelten Staaten helfen sollen, ihre politische, wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern. Die Entwicklungshilfe der Geberländer soll zur Sicherung der elementaren Grundbedürfnisse (Nahrung, medizinische Versorgung, Unterkunft der Bevölkerung) bei den Nehmerländern beitragen, aber auch die Bildung der Bevölkerung zu sichern, Infrastruktur zu schaffen und das Wirtschaftssystem des jeweiligen Nehmerlandes voranzubringen. Das Ziel des Geberlandes, aber auch von Nichtregierungsorganisationen, ist dabei, zu mindestens die Armut zu bekämpfen und darüber hinaus **Hilfe zur Selbsthilfe** zu leisten, damit sich das Land positiv entwickeln kann. Diesem Fördergedanken liegen in der Regel ethisch-moralische Überzeugungen, der Wunsch nach demokratischen oder anderen gewünschten Staatsformen und die Gewährleistung der eigenen Sicherheit zugrunde.

Aber auch die langfristige Perspektive, sich mit Hilfe des durch Entwicklungspolitik begünstigten Aufschwungs der Wirtschaft in diesen Ländern für das eigene Land unentbehrliche Rohstoffe und Ressourcen zu sichern, spielt eine wichtige Rolle. Kann durch die geleistete Entwicklungshilfe eine positive Entwicklung des Landes erreicht werden, dann kann sich das Helferland neue Absatzmärkte erschließen.

In der **Außenwirtschaftslehre** als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre (Mikro- und Makroökonomie) werden die Fragen erörtert, wie der grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, handeln den Personen und Kapital zusammenhängen. Sie umfasst heute drei Bereiche: **Die reale (güterwirtschaftliche) Theorie**, die sich mit dem Außenhandelsmarkt und den dort entscheidenden Größen des Exports und Imports beschäftigt. **Die monetäre Theorie**, die den Devisenmarkt und die Einflussgrößen des Wechselkurses untersucht und die **Theorie der wirtschaftlichen Integration**. Letztere verbindet die reale und die monetäre Außenwirtschaft. Ergänzend zur volkswirtschaft-

lichen Theorie beschäftigt sich auch die Betriebswirtschaftslehre mit wichtigen Aspekten der Außenwirtschaft, z. B. mit der Anbahnung und Abwicklung von Exportgeschäften, ihrer Finanzierung und Absicherung gegen Wechselkursrisiken bzw. gegen wirtschaftliche und politische Risiken (z.B. in Deutschland mittels staatlicher Hermesbürgschaft). Die grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalströme werden in der Zahlungsbilanz abgebildet.

## 9.2. Nichttarifäre Handelspolitiken

Auch bei den **nichttarifären Handelspolitiken** gibt es ein umfangreiches Instrumentarium, das von den Staaten in unterschiedlicher Weise zugunsten der heimischen Wirtschaft eingesetzt wird.

Eine weitere Möglichkeit, auf den Außenhandel Einfluss zu nehmen, ist die Einführung von **Kontingenten**. Mit ihnen werden Import- und/oder Exportmengen bei bestimmten Gütern festgelegt. Kontingente regeln aber auch **Produktionsobergrenzen** z.B. im Agrarsektor bei der Milchproduktion. So führte die Europäische Gemeinschaft (EG als Vorläuferin der EU) 1984 zur Einschränkung der Milchproduktion eine Quotenregelung ein, mit der für die Bauern eine Milchliefermenge als Obergrenze vorgegeben wurde, um Überproduktion zu vermeiden (Abbau des europäischen Milchsees). Diese Milchliefermenge wurde mit einer Abnahmegarantie verbunden. Wurde die Milchliefermenge vom jeweiligen Bauernhof überschritten, dann wurde eine **Sanktion** in Form von der Zahlung einer Superabgabe erhoben, um die Überschussproduktion unattraktiv zu machen. In anderen Mitgliedsländern werden ähnliche Quoten als Molkerei-Kontingente vorgegeben. Milchquoten kosteten zeitweilig 1€ pro Kilogramm. Bei Aufgabe eines landwirtschaftlichen Betriebs kann die Milchquote vom Landwirt weiter verkauft werden („Sofamelker“). Will ein Bauer sein Kontingent erhöhen, muss er Milchquoten dazu kaufen, um seine Liefermenge erhöhen zu können (seit 2000 erfolgt der Handel der Milchquoten über Milchquotenverkaufsstellen, sog. Milchbörsen oder Quotenbörsen). Diese Regelung des Milchmarktes besteht auch seit Gründung der Europäischen Union (EU) 1993 weiter, um Überschüsse und damit verbundene teure Lagerhaltung einzudämmen. Mangels Milchüberschuss wird seither der Export von Milchprodukten ins Ausland erschwert.

Viele Länder schreiben bei Waren eine **Produktkennzeichnung** vor, um Endverbraucher über Qualitätseigenschaften des Produktes zu informieren. (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 7) Diese Informationen müssen auf der Ware oder auf deren Verpackung lesbar

angebracht sein (z.B. Gütesiegel, oder Mengenangaben über Produktbestandteile) oder als Beilage in der Verpackung enthalten sein (Arzneimittel). In Deutschland bestehen dazu verpflichtende, rechtliche Regelungen für die Produktkennzeichnung, die in der Preisangabenverordnung, dem Textilkennzeichnungsgesetz, den Qualitäts- und Handelsklassen oder der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung geregelt sind. Kennzeichnungspflicht kann diskriminierend sein, so z.B. die Kennzeichnungspflicht „Made in Germany“, um deutsche Ware nach dem zweiten Weltkrieg in GB zu brandmarken und ihren Verkauf zu erschweren. Made in Germany wurde später zum Qualitätsmerkmal einer besonders guten Ware. Ähnlich USA: buy american zur Stimulation des Nationalismus und zur Abschreckung vom Kauf ausländischer Produkte. Zu diesen Angaben zählen die insbesondere Verkehrsbezeichnung, die Anschrift des Hersteller bzw. Verpackers, die Liste der Zutaten, Allergenkennzeichnung, das Nettogewicht, das Mindesthaltbarkeitsdatum (bei Fertigpackungen) bzw. das Verbrauchsdatum bei schnellverderblicher Ware (Milch, Hackfleisch). Zusätzliche Angaben sind freiwillig wie die Nährwertkennzeichnung, Angaben zu den Qualitätsstandards oder Sicherheitszustand (durch TÜV- oder andere Gütesiegel) mittels Selbstdeklaration oder Bewertung von Dritten Verbraucherschutzorganisationen wie die Stiftung Warentest). Produktkennzeichnungen dienen der Verbraucherinformation über Produkteigenschaften, die der Verbraucher zum Zeitpunkt des Kaufes nicht selber feststellen oder bewerten kann. Sie können vom Hersteller bereitgestellt oder vom Staat als Schutzmaßnahme zur Aufklärung über Gefahren bei Nutzung des Produktes geliefert werden (z.B. Warnhinweise bei Zigaretten – „Rauchen kann tödlich sein“)

**Technische Normen** werden heute zur Standardisierung und Harmonisierung eingesetzt (z.B. Elektrostecker, HDMI-Anschlüsse und anderes elektronisches Zubehör) (Clemens Büter, Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, 2013, S. 14) um die Austauschbarkeit bzw. die Anschlüsse zwischen den Geräten unterschiedlicher Hersteller (z.B. Fernseher, DVD-Geräte, Blu-Ray Discs und anderen Geräten) zu ermöglichen und um damit für mehr Wettbewerb zu sorgen. Zulassungsprozeduren betreffen z. B. Medikamente, Agrochemikalien und Biotechnologieprodukte, die behördliche Test- und Zulassungslösungen durchlaufen müssen, bevor sie für den Handel zugelassen werden können. Auch diese Genehmigungs- und Zulassungspflichten stellen damit Handelsbarrieren dar und erschweren sowie verteuern den freien Handel.

Der Handel unterliegt primär den **nationalen gesetzlichen Anforderungen**, so in Deutschland dem Bürgerlichen Gesetzbuch (**BGB**) und dem Handelsgesetzbuch (**HGB**).



Beide Gesetzesbücher regeln umfassende Regelwerke des Privatrechtes mit Ge- und Verboten die gesetzlichen Anforderungen an Kaufleute und Gewerbetreibende, um den wirtschaftlichen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und zwischen Unternehmen sowie den Verbrauchern zu regeln. Während das Handelsrecht die Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmern regelt, wird es ergänzt durch das Verbraucherrecht, das Schutzvorschriften für die Verbraucher enthält.

Grundlage des Handels ist die Kaufmannseigenschaft. Als Kaufmann gilt die Person, die eine gewerbliche, auf Gewinnerzielung gerichtete, selbständige Tätigkeit ausübt. Dabei muss das Handelsgeschäft einen bestimmten geschäftlichen Umfang erreichen, der einen kaufmännisch eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, das heißt eine gewisse Unternehmensorganisation braucht.

Die Regelungen des HGB für einen Kaufmann enthalten Rechte und Pflichten. Dies betrifft insbesondere die Geschäftsführung (Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen, doppelten Buchführung nach den gesetzlichen Vorgaben, die Verpflichtung des Kaufmanns zur Mängelrüge, d.h. seine Verpflichtung, nach Erhalt von Waren diese unverzüglich zu prüfen und bei Vorliegen von Mängeln diese dem Lieferanten sofort mitzuteilen). Für Kaufleute gelten in Deutschland die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Unternehmung, auf die bei Rechnungen und Verträgen hinzuweisen ist.

Für alle Kaufleute besteht die Verpflichtung, sich im **Handelsregister** (als freiwilliger Gerichtsbarkeit) einzutragen. Das Handelsregister ist ein öffentliches Verzeichnis, das Eintragungen über die angemeldeten Kaufleute in einer bestimmten Region enthält. Es soll eine Publikations-, Beweis-, Kontroll- und Schutzfunktion erfüllen. Nach § 15 HGB genießen Eintragungen im Handelsregister einen umfassenden Verkehrs- und Vertrauensschutz. Es wird gemäß EU-Richtlinie seit 2007 vollständig elektronisch geführt (E-Justice). Eintragungen und Auskünfte erfolgen daher vollständig elektronisch.

Das Handelsregister besteht aus zwei Abteilungen: Abteilung A (HRA) (Einzelunternehmen, Personengesellschaften, rechtsfähige wirtschaftliche Vereine), Abteilung B (HRB– Kapitalgesellschaften wie GmbH, AG). Anmeldungen zum Register (Neueintragungen, Veränderungen, Löschungen) müssen elektronisch in öffentlich beglaubigter Form vorgenommen werden (§12 Abs.1 HGB) und erfolgen i. R. auf Antrag. Unterbleibt eine erforderliche Anmeldung, kann ein Zwangsgeld bis 5000 Euro verhängt werden. Juristische Personen (GmbHs, AGs, Genossenschaften) müssen zwingend kraft Rechtsform als Kaufleute tätig sein und im Handelsregister eingetragen werden (gilt auch für die europäische Gesellschaft (SE)). Laut Handelsregisterverordnung sind folgende **Angaben in die Registerblätter** einzutragen: Firma, Sitz und Geschäft-

sanschrift, Niederlassungen und Zweigniederlassungen sowie deren Anschrift, vertretungsberechtigte Personen (Vorstand, Geschäftsführer, Prokuristen, Inhaber, persönlich haftende Gesellschafter, und besondere Vertretungsbefugnisse Rechtsform des Unternehmens, Grund- oder Stammkapital (bei GmbHs, AGs), Kommanditisten, Mitglieder, sonstige Rechtsverhältnisse (z.B. Umwandlungen, Insolvenzverfahren, Auflösung) (Das gesamte Wirtschaftsrecht: Die Rechtsgrundlagen für Ausbildung, Studium und unternehmerische Praxis, Walhalla Fachverlag, 2009)

Die Eintragungen im **Handelsregister** können konstitutiv (rechtserzeugend, -begründend) oder deklaratorisch (rechtsbezeugend, rechtserklärend sein. Bei konstitutiven Eintragungen tritt die Rechtswirkung erst durch die Eintragung ein. Bei deklaratorischen Eintragungen ist die Rechtswirkung schon vor der Eintragung eingetreten und wird nur bestätigt. Diese Eintragungen werden durch hinterlegte Dokumente (Gesellschafterliste einer GmbH, die Satzungen der Kapitalgesellschaften, die Liste der Aufsichtsratsmitglieder, Unternehmensverträge) ergänzt.

Auch die Funktion des **Handelsvertreters** ist nach §89b HGB geregelt. Handelsvertreter ist eine Person, „die als selbständiger Gewerbetreibender ständig damit betraut ist, für einen anderen Unternehmer Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen (= Funktion des Absatzmittlers). Der Handelsvertretervertrag ist ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstleistungscharakter. Auch der Handelsvertreter ist Kaufmann, soweit §1 Abs. 2 HGB vorliegt oder er nach § 2 HGB im Handelsregister eingetragen ist. Für seine vermittelnde Tätigkeit steht ihm ein Vergütungsanspruch zu. Auch das nationale Handelsrecht hat regulierenden Einfluss auf die Tätigkeit eines Handelskaufmanns und muss von ihm erfüllt werden.

**Zölle** werden als Verpflichtung von einer Person oder Unternehmung erhoben, soweit die für bestimmte Waren im geltenden Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Einfuhrabgaben (Einfuhrzollschuld) oder Ausfuhrabgaben (Ausfuhr- oder Transitzollschuld) bei Transport über eine Zollgrenze zu entrichten sind. Der Zoll ist Bestandteil der Außenhandelspolitik. Die Europäische Union ist eine Zollunion, innerhalb deren Grenzen keine Zölle erhoben werden. Die Zolleinnahmen aller Mitgliedsstaaten der EU gegenüber Nicht-EU-Ländern stehen der EU zu. Sie sind eine der wenigen direkten Einnahmequellen der EU, die sich sonst aus den Mitgliedsbeiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert. Sie werden daher in ihrer Höhe von der Europäischen Union bestimmt. Zölle werden heute kritisch gesehen, da sie den internationalen Warenhandel behindern. Nach dem GATT sind allerdings Zölle anderen Maßnahmen (Mengenbeschränkungen, Quotenregelungen, Subventionen) vorzuziehen.

Zölle werden nach der Bemessungsgrundlage (Masse, Volumen, Stückzahl oder Wert) erhoben oder als Mischzölle berechnet. Gegenwärtig wird für die EU die Zollvorschrift in einem modernisierten Zollkodex neu gefasst und mit Durchführungsverordnungen ergänzt (bis Mitte 2013).

Privatpersonen können auf Reisen innerhalb der EU ohne Mengenbeschränkungen Waren kaufen und mitnehmen, wenn diese für den persönlichen Bedarf und nicht für den Weiterverkauf bestimmt sind (Ausnahme: Neufahrzeuge). Im Erwerbsland sind im Warenpreis die Steuern (MWSt. und Verbrauchssteuer) inbegriffen. Es können zusätzlich keine weiteren Steuern in einem anderen Mitgliedsland der EU erhoben werden. Einschränkungen gibt es aus Schutzgründen bei Tabak und Alkohol in Form von Maximalmengen pro Privatperson: **Tabakwaren:** Zigaretten: 800 Stück, Zigarillos (Höchstgewicht 3g/Stück) 400 Stück, Zigarren: 200 Stück, Rauchtabak: 1 Kilogramm. ([http://www.munich-airport.de/de/consumer/fluginfo/ein\\_ausreise/zoll/ankunft1/index.jsp](http://www.munich-airport.de/de/consumer/fluginfo/ein_ausreise/zoll/ankunft1/index.jsp), Stand : 15.04.2015)

Seit dem 1.7.2009 sind Exporte in Drittländer in Deutschland und in der EU grundsätzlich nur noch in elektronischer Form abzugeben und in Deutschland mit dem IT-Verfahren ATLAS (Automatisiertes Tarif- und lokales Zollabwicklungssystem) zu deklarieren. Damit entfällt die Papierform der Ausfuhranmeldungen. ATLAS prüft die übermittelten Daten automatisch auf Plausibilität, Vollständigkeit und Gültigkeit. Und es wird geprüft, ob der Empfänger, Exporteur oder Subunternehmer für die Ausfuhr auf der Sanktionsliste steht (personenbezogene Embargos der EU, sog. Terrorlisten). Die elektronische Ausfuhranmeldung kann über die Internetzollanmeldung erfasst werden, die sich insbesondere für Personen und Unternehmen eignet, die nur gelegentlich exportieren. Alternativ kann seine Zollsoftware als Inhouse-Lösung und Schnittstelle zwischen dem Warenwirtschaftssystem der Unternehmung und dem Zoll installiert und genutzt werden. Oder es wird ein externer Dienstleister mit der Ausfuhranmeldung beauftragt, der dann die Daten des Unternehmens an den Zoll weiterleitet. Das Ausfuhrbegleitdokument (ABD) ersetzt die Ausfuhranmeldung in Papierform. Neu sind die sog. MRN (movement reference number/Bezugsnummer der Sendung) und der Barcode, die rechts oben auf dem Ausfuhrbegleitdokument angebracht sind. Wenn die Sendung die EU verlässt, wird der Barcode mit einem Handscanner eingelesen und dadurch ein Ausgangsvermerk (AgV) erzeugt. Dieser ersetzt damit die abgestempelte Ausfuhranmeldung in Papierform, die früher als Ausfuhrnachweis fungiert hat.

Neben diesen länderspezifischen Regelungen der Dienstleistungsrichtlinien haben sich in den letzten Jahrzehnten in den EU-Ländern Normen entwickelt, die sich damit beschäftigen, welche Anforderungen bei der Umsetzung der Qualität von Dienstleistungen in den Unternehmungen erreicht werden müssen, um den erforderlichen Qualitätsstandard zu erreichen. Dieser Qualitätsnachweis wird durch einen Zertifizierungsprozess erbracht, den Spezialisten in den Unternehmungen begleiten. So gibt es in den Ländern unabhängige Zertifizierungsstellen, die für einen befristeten Zeitraum zum Nachweis des erreichten Standards in einem Unternehmen ein Zertifikat ausstellen können.

In England ist es die British Standards Institution (BSI), in Deutschland die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS). In Österreich gibt es die Quality Austria und in Deutschland und Österreich den TÜF (Technischer Überwachungsverein).

Aus diesen Zertifizierungstätigkeiten haben sich Qualitätsnormen entwickelt. Unter Normung wird die Formulierung, Herausgabe und Anwendung von Regeln, Leitlinien oder Merkmalen verstanden. (Frank Straube, Stefan Vogeler, Philipp Bense, Timo Spiegel, Aktuelle Situation der RFID- Standardisierung, Digitale Schriftenreihe Logistik der Technischen Universität Berlin, Stand . 22.04. 2015) Sie sollen auf den gesicherten Ergebnissen von Wissenschaft, Technik und Erfahrung basieren und für die Gesellschaft optimale Vorteile fördern. Und sie sollen die Eignung von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen für ihren geplanten Zweck verbessern, den Austausch von Waren und Dienstleistungen fördern und die technische und kommunikative Zusammenarbeit erleichtern. Auch Rationalisierung, Standardisierung, Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit können Inhalt von Normen sein. In Deutschland gibt es einen Arbeitsausschuss im Deutschen Institut für Normung (DIN), der freiwillige Standard als DIN-Norm entwickelt(oft auf Anregung der deutschen Wirtschaft) und für die Umsetzung empfiehlt.

Europäische Normen (NE) sind Regeln, die von einem der drei europäischen Komitees für Standardisierung (Europäisches Komitee für Normung CEN, Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung CENELEC und Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen ETSI) ratifiziert worden sind und einen öffentlichen Normungsprozess durchlaufen. Nach der Ratifizierung muss eine Europäische Norm von den nationalen Normungsorganisationen unverändert als nationale Norm (in Deutschland als DIN-EN-Norm) übernommen werden (soweit davon betroffen unter Zurücknahme bisheriger, anders lautender nationaler Normen). In Rumänien gibt es ein rumänisches Normie-

rungsinstitut ASRO (EN) und eine von ihm unabhängige Akkreditierungsbehörde RENAR (EN), die Mitglied des European Accreditation EA (EN) ist.

Für **internationale Normen** ist die Internationale Organisation für Normung (ISO, abgeleitet vom griechischen isos: gleich) zuständig. Ihr Ziel ist es, mit einheitlichen Normen den Austausch von Gütern und Dienstleistungen weltweit zu erleichtern und die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, technischem und ökonomischem Gebiet zu fördern. Die Ergebnisse der ISO-Arbeit werden als internationale Normen veröffentlicht und sind eine wichtige Voraussetzung für freien Welthandel und Technologietransfers in Länder der Dritten Welt.

ISO-Normen enthalten die Grundsätze für die Maßnahmen zum Qualitätsmanagement und liefern Richtlinien für Qualitätsmanagementsysteme in Unternehmen, die das gegenseitige Qualitätsverständnis auf nationaler und internationaler Ebene erleichtern sollen. Jedes Produkt einschließlich der dazu gehörenden Dienstleistungen unterliegt anderen spezifischen Anforderungen und muss sich daher individuellen Qualitätssicherungsmaßnahmen unterziehen.

Um die erforderliche Qualität bestmöglich zu erreichen, ist ein systematisches und mit klaren Spielregeln vorgegebenes Vorgehen erforderlich, durch das Managementsystem einzuführen und zu begleiten. Der ISO mit Sitz in Genf gehören über 150 Länder an, jedes Land stellt ein Mitglied. Offizielle Sprache für die Veröffentlichungen der ISO-Normen ist englisch und französisch. Die internationalen Normen sollen den Normen der Mitgliedsländer (so auch der Europäischen Union) zugrunde gelegt werden. Europäische Normen (EN) Die europäische Norm EN ISO 9000:2000 wurde in drei offiziellen Fassungen in englischer, deutscher und französischer Sprache veröffentlicht, in denen der prozessorientierte Ansatz des Qualitätsmanagements erklärt wird. Er orientiert sich am Demmingkreis (englisch: Deming Cycle oder PDCA), der nach William Edwards Deming benannt ist. 2005 wurde die ISO-Norm EN 9000:2000 überarbeitet und zur **ISO EN 9000:2005** weiterentwickelt und veröffentlicht.

Die **EN ISO 9001** legt die weiterentwickelten Mindestanforderungen an ein Qualitätsmanagement (für die unternehmensinterne Umsetzung, aber auch zum Nachweis bestimmter Produkt- und Dienstleistungsstandards gegenüber Dritten (Kunden, Konkurrenten, Behörden) fest. Dementsprechend sollen Produkte und Dienstleistungen bereitgestellt werden, die den Kundenerwartungen und staatlichen Anforderungen entsprechen Für ein Handelsunternehmen ist die Einführung eines Qualitätsmanagements eine strategische Entscheidung und eine Chance, sich positiv am Kunden zu orientieren, um Wettbewerbsvorteile zu erreichen. Die Normenreihe für alle anderen

Produkte als einzige Zertifizierungsgrundlagen von allen nationalen Normungs- und Zertifizierungsgesellschaften in der EU und weitgehend weltweit akzeptiert und sind so für international tätige Unternehmen von großer Bedeutung(z. B. beim Thema Produkthaftung).

## KAPITEL 10.

# INTERNATIONALE RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DEN HANDEL

Die nationale Gesetzgebung regelt das Steuerrecht, die Bestimmungen zum Jahresabschluss und zur Buchhaltung, den Verbraucherschutz, den Umweltschutz, die gesetzlichen Anforderungen an den Datenschutz, die Belehrungspflicht im Online-Handel, die gesetzlichen Anforderungen aus dem GmbH- und Aktienrecht (Geschäftsvertretung), das Kreditwesengesetz, die gesetzlichen Regelungen für den Energiemarkt die Lebensmittel-rechtlichen Anforderungen (Transport, Lagerung, Reinheitsgebot), die tierschutzrechtlichen Bestimmungen, das IT-Compliance, ds Vertragsrecht, das Arzneimittelgesetz und viele weitere nationale Gesetzesgrundlagen.

Dazu kommen **international bindende Vereinbarungen und Rechtsgrundlagen** etwa der Europäischen Union. Diese erlässt für ihre Mitgliedsstaaten Rahmenrichtlinien (Mindeststandards), die in einer vorgegebenen Frist im nationalen Gesetzgebungsverfahren umgesetzt und vom Handel in diesem Binnenmarkt beachtet werden müssen. Die genannten und viele weitere Gesetzesgrundlagen regulieren den nationalen und internationalen Handel. Einerseits führen sie beim Händler zu einem umfassenden administrativen Aufwand, andererseits sorgen sie für Rechtsklarheit, auf die sich der Händler berufen kann.

Innerhalb der EU hat jedes Land die Steuerautonomie, was sich in unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen niederschlägt. Bei der so genannten **Versandhandelsregelung** ist eine Besonderheit zu berücksichtigen. In der EU gilt beim Versandhandel im Zusammenhang mit der Versendung und Beförderung der Waren durch den Lieferanten an Privatpersonen (typisch für Versandhandel), dass es für die EU-Mitgliedsstaaten **festgelegte Liefer- und Erwerbsschwellen** gibt, deren Überschreiten den obigen Grundsatz der nationalen Zuständigkeit bei der Umsatzsteuer zugunsten des Empfängerlandes ändert. Bei Überschreiten dieser Lieferschwelle unterliegt die Lieferung an Privatpersonen nicht im Ursprungsland der Umsatzsteuer, sondern im Bestimmungs-

land, d. h. der Unternehmer muss sich dann im Land des Empfängers (innerhalb der EU) umsatzsteuerlich registrieren lassen. In diesem Fall muss der Versandhändler die Ware mit dem Mehrwertsteuersatz des Empfängerlandes in der Rechnung abrechnen.

Für Belgien liegt z. B. die Lieferschwelle bei 35.000 Euro an Privatpersonen. Liegt der Wert der Lieferung nach Belgien darunter, dann muss der deutsche Exporteur 19% MWSt. an den deutschen Fiskus abliefern. Liegt der Ausfuhrwert der Ware über 35.000 Euro, dann muss der deutsche Lieferant dem belgischen Verbraucher die belgische Umsatzsteuer in Höhe von 21% in Rechnung stellen und in Belgien eine Umsatzsteuererklärung abgeben. Diese Lieferschwellen sind für jedes einzelne EU-Land einzeln geregelt und liegen zwischen ca. 28.000 und 100.000 Euro. Allerdings gibt es Ausnahmeregelungen.

**Tabelle: Lieferschwelle in Landeswährung**

Staat	Lieferschwelle in Landeswährung	Lieferschwelle in Euro
Belgien	35.000 EUR	
Dänemark	280.000 DKK	37.551 Euro
Estland	550.000EEK	35.151 Eur
Niederlande	100.000 EUR	
Rumänien	118.000 RON	32.702 Euro
Verein. Königr.	70.000 GBP	95.264 Eur

*Quelle:* Karina Sopp, Umsatzbesteuerung beim Handel in der EU: Nachweispflichten und Vertrauensschutz, Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co KG, 2010, S. 147)

Für Lieferungen an andere Unternehmer kommt die Versandhandelsregelung nicht zum Tragen, da die Lieferungen innerhalb der EU zwischen Unternehmen immer steuerfrei sind. Auch die Verbraucherschutz-Regelungen sind in den jeweiligen Ländern unterschiedlich, was besonders für Online-Händler problematisch ist. Daher richten Online-Händler oft pro Land einen speziellen Shop ein, der die lokalen Verbraucher- und Datenschutzrechte berücksichtigt.

Die ermäßigten Steuersätze beziehen sich auf bestimmte, pro Land definierte Produkte, insbesondere auf solche, die der Grundversorgung der Bevölkerung dienen (z.B. auf Grundnahrungsmittel).

Kooperieren zwei Länder miteinander, spricht man von **bilateralen Handelsabkommen** (regionalen Handelsabkommen), schließen mehrere Länder miteinander



Handelsverträge ab, dann handelt es sich um **bilaterale, plurilateral oder multilaterale Abkommen**. Zu den plurilateralen Abkommen zählen regionale Integrationsabkommen (wie z. B. die Europäische Union–EU - oder die NAFTA). Multinationale Abkommen sind GATT und WTO. (Gerhard Rübel, Außenwirtschaft: Grundlagen der realen und monetären Theorie, Oldenbourg Verlag, 2013, S. 232)

In der weltweiten großen Depression zwischen 1929 und 1932, ausgelöst durch den **schwarzen Freitag** an der New York Stock Exchange Börse 1929, zeigten sich die Probleme einer protektionistischen Weltwirtschaftsordnung überdeutlich. So brach nach dem ersten Weltkrieg das internationale Finanzsystem zusammen, das durch relativ freien Welthandel, den Goldstandard und die freie Konvertierbarkeit der Währungen geprägt war.

Als Folge versuchten die Staaten, die eigene Wirtschaft auf Kosten der Exportchancen anderer Staaten zu stärken, errichteten Zollschränken, werteten ihre Währung ab und führten nichttarifäre Handelsschränken ein. Daraus entwickelte sich ein Wirtschaftskrieg zwischen den wichtigsten Staaten der Weltwirtschaft (USA, Großbritannien, Japan, Kanada) mit einer Protektionismus- und Geldabwertungsspirale, die wiederum zum Rückgang des Welthandelsvolumens führte und damit die Weltwirtschaftskrise extrem verschärfte. Das Ergebnis waren eine riesige Zahl an Arbeitslosen und eine hohe Inflationsrate. Die Krise erreichte 1932 ihren Höhepunkt und mündete in den zweiten Weltkrieg.

Nach dem zweiten Weltkrieg Zweiter Weltkrieg: 1939 -1945, wurde das internationale Währungssystem von festen Wechselkursen mit dem mit Gold hinterlegten US-Dollar als Leitwährung durch die Siegermächte in Bretton Woods neu geregelt. Dort entwickelte sich auch die Idee einer Internationalen Handelsorganisation (International Trade Organization, ITO), deren Schaffung auf der Konferenz von Bretton Woods Bretton-Woods ist eine Kleinstadt in New Hampshire an der Ostküste der USA (Neuenglandstaat) ebenfalls vorgeschlagen wurde. Sie sollte neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die dritte,, Bretton -Woods-Institution bilden. ITO sollte nicht nur Bestimmungen über den Handel enthalten, sondern sich in Zukunft auch mit Bestimmungen z.B. zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen befassen. ITO scheiterte jedoch an den unterschiedlichen Interessen der großen Handelsmächte und der Entwicklungsländer.

Bei ihm handelt es sich um das Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (*General Agreement on Tariffs and Trade-GATT*), gegründet 1947, das bis 1994 in Kraft war. Es regelte die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelspolitik und die

Schlichtung von Streitigkeiten. (Daniela Eschlbeck, Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse Internationale Wirtschaft Oldenbourg Verlag, 2006, S. 74)

Das GATT war dem **Grundsatz der Nichtdiskriminierung**, der **Meistbegünstigung** (Handelsvorteile, die ein Staat einem anderen einräumt, müssen allen anderen Vertragsparteien auch eröffnet werden), der **Inländerbehandlung** (Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Ware auf dem Binnenmarkt), dem **Grundsatz der Reziprozität** (Gegenleistung eines Staates an einen anderen Staat, der ihm handelspolitische Vergünstigungen einräumt) und dem Verbot **nicht-tarifärer Handelshemmnisse** (danach sind nur Zölle zulässig, da diese den Preismechanismus nicht außer Kraft setzen und transparent sind) verschrieben. Und es regelt die **Ausnahmebestimmungen** (z.B. Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen oder Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit). (Hermann May & Ulla May, Handbuch zur ökonomischen Bildung, Oldenbourg Verlag, 2008)

Sie löste das GATT ab und präzisiert dessen Bestimmungen. Sie legt seit-her zusätzlich Regeln für den internationalen Handel mit Dienstleistungen und internationale Regeln für den Umgang mit geistigem Eigentum fest. Sie regelt Klagen, wenn ein Land sich durch ein anderes Land bei seinem Außenhandel benachteiligt fühlt. Die Prinzipien des WTO (*World Trade Organization*) Abkommens fordern ein Handelssystem, das folgende Merkmal genügt:

- **Nicht diskriminierend** – indem die Prinzipien der Meistbegünstigung und der Inländerbehandlung angewendet werden.- **Reziprok**– indem sich die Mitglieder verpflichten, sich automatisch gegenseitigen Marktzugang zu eröffnen.- **Liberalisiert** – indem über niedrigere Zölle verhandelt wird, andere Handelshemmnisse abgebaut werden und eine fortschreitende Marktöffnung ermöglicht wird.
- **Vorhersagbar** – indem sich Länder zu Tarifbindungen verpflichten und versprechen, andere Handelsbarrieren nicht zu verstärken.- **Fair** – indem man unfaire Wettbewerbspraktiken wie Ausfuhrsubventionen und Dumping entmutigt und ggf. sanktioniert. - **Hilfreich** – indem man unterentwickelten Ländern mehr Zeit für die Umsetzung des Abkommens einräumt und ihnen eine größere Flexibilität und besondere Ausnahmereiche einräumt.

Der **Hauptunterschied zwischen GATT und WTO** liegt darin, dass das GATT ad hoc und vorläufig war und nie in den Länderparlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Die WTO und ihre Abkommen sind dagegen eine ständige Einrichtung mit eigener gesetzlicher Grundlage, die durch die Mitglieder der WTO ratifiziert ist und in der die Funktionen und Arbeitsweisen der WTO festgelegt sind. (Meinolf Lombino & Olaf Fischer Volkswirtschaftslehre für Bankfachwirte: Kurz und knapp alles Prüfungsrelevante zusammengefasst, Prüfungstraining zum Bankfachwirt, Springer-Verlag, 2010, S. 78)

Während die WTO Mitglieder hat, gab es bei GATT nur Vertragspartner. GATT befasste sich nur mit dem Handel von Waren, WTO beschäftigt sich zusätzlich auch mit Dienstleistungen und dem geistigen Eigentum. Und das WTO Streitschlichtungssystem ist schneller und automatischer als das alte GATT – System. Und seine Entscheidungen können nicht blockiert werden. Dem zum 1.1.1995 in Kraft getretenen WTO gehörten 77 Mitglieder an. Aktuell sind es 148 Mitgliederstaaten.<sup>31</sup> Staaten haben einen Beobachterstatus, u. a. Russland. Einschließlich Russland nimmt die WTO auf fast 100% des weltweiten Handels

Einfluss. In der WTO hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Abstimmungsregeln sehen bei der WTO für nachstehende Entscheidungen vor: - Einstimmigkeit bei Vorschlägen, die die zentralen Prinzipien der Meistbegünstigung und Inländerbehandlung betreffen. - Zwei-Drittel Mehrheit bei Änderungen der Vertragstexte, die dann jedoch für die ratifizierenden Mitglieder verbindlich sind. - Drei Viertel Mehrheit, wenn Nichtunterzeichner aus der WTO ausgeschlossen werden sollen, bei Entscheidungen über die Auslegung bestehender WTO Vereinbarungen und für den Fall, dass ein Land oder eine Ländergruppe (z.B. die EU) für einen bestimmten Zweck von den WTO-Verpflichtungen partiell befreit werden möchte.

Die Europäische Union mit der Abkürzung **EU** ist der Zusammenschluss von inzwischen **27** west-, mittel- und osteuropäischen Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt (Wirtschaft), mit gemeinsamen Gesetzen, Bildungsstandards und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Insgesamt leben in EU über **500** Millionen Menschen. Ursprünglich war das Ziel der EU eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft. 1951 gründeten **Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Westdeutschland** die Montanunion, 1957 folgten dann Euratom und die Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Damit wurde erreicht, dass diese 6 Länder untereinander beim grenzüberschreitenden Handel innerhalb dieser Länder keine Zölle mehr erhoben und einen riesigen Binnenmarkt geschaffen haben. Ein weiteres Ziel war nach den

Erfahrungen des zweiten Weltkriegs die friedliche Koexistenz dieser europäischen Länder. Dieser zunächst rein wirtschaftliche Zusammenschluss erwies sich in Europa als Magnet, so dass immer mehr Nachbarstaaten der EWG und später der EU beitreten:

**Die Europäische Union ist ein Staatenverbund**, der auf dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (früher als EG-Vertrag) als **Primärrechte** beruht. Das gesamte **Sekundärrecht**, das die EU selber erlässt, ist aus diesen Verträgen und den darin festgelegten Kompetenzen abgeleitet. Als supranationaler Staatenverbund hat die EU eigene Souveränitätsrechte, kann aber bisher die Zuständigkeiten innerhalb des Systems nicht selber gestalten. Durch ihre Rechtspersönlichkeit, die die EU seit dem 1.12.2009 besitzt, *kann sie als Völkerrechtssubjekt in eigenem Namen internationale Verträge und Abkommen unterzeichnen*, ist aber dafür auf den einstimmigen Beschluss des Rats für Auswärtige Angelegenheiten angewiesen. Sie kann über den Europäischen Auswärtigen Dienst diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten aufnehmen und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie dem Europarat oder den Vereinten Nationen beantragen.

Da aber die Gemeinschaft längst über den Status einer Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht, ist damit zu rechnen, dass es weitere Schritte in Richtung von mehr Kompetenzen für die EU geben wird. Beispiele dafür sind die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Umwelt-, Bildungs- und Währungspolitik sowie der Verbraucherschutz und das Recht (z.B. gemeinsame Bekämpfung der Kriminalität). Und viele Vorteile (gemeinsame Währung, Freizügigkeit für Gewerbeansiedlung und Arbeit in der EU, weitgehend offene Grenzen (laut Schengener Abkommen), Verzicht auf Zölle im Binnenmarkt oder freier Kapitalfluss) sind heute schon selbstverständlich.

Damit sind jedoch die Kompetenzen der EU-Organe immer noch sehr beschränkt und die Entwicklung zu einer politischen Union steckt immer noch in den Kinderschuhen. Das schränkt die Handlungsfähigkeit der EU stark ein.

Risiken der Erweiterung der EU bzw. Austrittsgedanken: Länder wie Großbritannien oder Italien pokern mit ihren Austrittsdrohungen, um bessere Bedingungen und Vorteile für ihre Länder auszuhandeln zu können. Und sie nutzen populistische Trends und Stimmungen in ihren Ländern, um bei Wahlen besser abzuschneiden. Dagegen wollen weitere Länder in die EU (Türkei, Kroatien), was die Handlungsfähigkeit der EU weiter lähmen kann. Daher sind dafür angemessene Integrationsfortschritte die notwendige Voraussetzung

Gerade die **Krise der Staatsverschuldung** zeigt aber, dass die EU weitere Schritte in Richtung politische Union braucht, um derartige Risiken etwa durch eine gemeinsame Haushaltspolitik, durch gemeinsame Finanz- und Steuergesetzgebung (mindestens in Bandbreiten) und gemeinsames Recht langfristig vermeiden zu können. Der Weg dahin ist allerdings sehr schwierig und aufgrund nationaler Interessen und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen (Nord-/Südstaaten) der einzelnen EU-Mitgliedsländer noch keineswegs gesichert.

Da aber im Rahmen der weltweiten Globalisierung die wirtschaftlichen Weltmächte USA und China, mittelfristig auch Indien, gegenüber der Europäischen Union weltweit als Konkurrenten auftreten, nimmt der Druck auf die Mitgliedsländer der EU zu, sich in diese Richtung zu bewegen. Nur so kann die EU auf Dauer gemeinsam mit einem großen und schlagkräftigen Binnenmarkt auf die Konkurrenten auf den Weltmärkten reagieren. Allerdings werden bisher wegen Uneinigkeit (wegen nationalen Interessen und Souveränitätsvorbehalten) unterschiedliche Vorschläge für die Übertragung weiterer Kompetenzen auf die EU-Organen gemacht.

Ein Vorschlag der wirtschaftlich stärkeren Nordländer lautet, ein **Europa der zwei Geschwindigkeiten** vorzusehen, um den EU-Ländern, die für weitere Integrationschritte mehr Zeit benötigen, einen größeren Spielraum zu geben. Aber auch in diesem Vorschlag werden Risiken gesehen bis hin zur Hemmung des Integrationsprozesses und schlimmstenfalls bis zum Zerfall der Europäischen Union. Die Europäische Union wird ergänzt durch die Europäische Freihandelsassoziation (Free Trade Association).

**Ein Zollverein ist der Zusammenschluss von selbständigen Staaten für den Bereich der Zoll- und Handelspolitik.** Ziel eines Zollvereins ist die Schaffung eines wirtschaftlichen Binnenmarktes und die Vereinheitlichung von steuerlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen (z.B. von Zöllen und Exportbedingungen). Typisches Beispiel für einen Zollverein war der Deutsche Zollverein. Deutschland war bis ins 19te Jahrhundert hinein in einzelne Territorien und kleinstaatliche Länder zersplittert. Um 1790 gab es daher zwischen den deutschen Kleinstaaten noch 1.800 Zollgrenzen. Zu Beginn des 19ten Jahrhunderts gab es allein in Preußen über 67 lokale Zolltarife mit ebenso vielen Zollgrenzen. Da es noch keine Einkommensteuer gab, waren Verbrauchsteuern und Zölle die Haupteinnahmequellen der Kleinstaaten. So wurde die Ware, die von Königsberg nach Köln transportiert wurde, ca. 89 mal kontrolliert und verzollt. Diese zollpolitische Zersplitterung behinderte die industrielle Entwicklung der beteiligten deutschen Staaten und verteuerte den innerdeutschen Handel erheblich. Dazu kam, dass nach Aufhebung der Kontinentalsperre gegen England die englische Industrie den deutschen

Unternehmen erhebliche Konkurrenz machte. Daher forderten diese hohe Zollschränken nach außen. Nach den napoleonischen Kriegen begann eine **Modernisierungsbewegung**, in der erste deutsche Staaten nach 1800 einheitliche, zollfreie Binnenmärkte entwickelten. Preußen, als führende Mittelmacht, schaffte 1818 alle Handelsschranken in seinem Hoheitsgebiet ab, erhob außerhalb seiner Landesgrenzen moderate Einfuhr- und Ausfuhrzölle und führte für Transitverkehr (Transport von ausländischer Ware durch preußisches Hoheitsgebiet in ein anderes Land) hohe Steuern ein. Damit nahm Preußen Rücksicht auf seine von ausländischer Konkurrenz bedrohte gewerbliche Wirtschaft im Westen des Landes und auf seine Großgrundbesitzer im Osten des Landes. Das **preußische Zollgesetz** war darüber hinaus einfach, effizient und wurde konsequent angewandt. Das preußische Zollsystem war daher für etwa ein halbes Jahrhundert Vorbild für das Zollsystem in anderen deutschen Ländern. Noch bis 1871 stammten drei Viertel der Einnahmen in Preußen aus Zoll auf Getränke (Bier, Wein, Spirituosen usw.), Nahrungs- und Genussmittel (Kaffee und diverse Kolonialwaren) sowie Tabakprodukte. Für die Nachbarstaaten erwiesen sich die hohen Transitzölle Preußens als Druckmittel für Freihandel. Daher schlossen sich viele benachbarte Kleinstaaten dem preußischen Zollgebiet an. Daraus entstand der Deutsche Zollverein als Zusammenschluss von Staaten des Deutschen Bundes, der am 1.1.1834 in Kraft trat. Dieser Zollverein umfasste das Großherzogtum Hessen, Kurhessen, Bayern und Württemberg. Ihm traten bis 1836 Baden, Nassau und Frankfurt bei, 1842 folgten Luxemburg, Braunschweig und Lippe, 1854 folgten Hannover und Oldenburg. **Damit erweiterte sich der Zollverein auf eine Fläche von ca. 425.000 Quadratkilometern.** Aus dem deutschen Zollverein entwickelte sich politisch die Vormachtstellung Preußens und förderte die Entstehung des Deutschen Reichs.

Historisch wird heute der Zollverein als **bedeutend für die industrielle Entwicklung** in seinem Gebiet betrachtet. Durch die Zollvereinseinnahmen konnten viele Staaten Maßnahmen zur Modernisierung der Gesellschaft, der Infrastruktur (Straßenbau, Ausbau des Eisenbahnnetzes, das nach der Eröffnung der ersten deutschen Bahnstrecke 1835 bis zum Jahr 1865 auf 14.690 Kilometer wuchs, Ausbau der Fernstraßen und des Binnenschiffahrtsnetzes, Gewerbeansiedlung) und der Förderung des Gewerbes finanzieren. So bezahlte das Land Württemberg in den 1830 iger Jahren die Agrarreform und die Gewerbeförderung mit den reichlich fließenden Zolleinnahmen. Außerdem beseitigte der Zollverein die Zersplitterung des deutschen Wirtschaftsraumes, sorgte dafür, dass der ökonomische Entwicklungsrückstand gegenüber England aufgeholt wurde, dass durch die Übernahme des **preußischen Handelsgesetzbuches** in allen beteiligten

Ländern ein einheitliches, gesamtdeutsches Handelsgesetzbuch entwickelt wurde, dass Freihandel mit den europäischen und außereuropäischen Ländern wie den USA und Japan entstand, auch wenn weiterhin protektionistische Zölle zum Schutz bestimmter Produkte (Textilien) erhoben wurden. Außerdem wurde durch den Zollverein die Investitionsbereitschaft der Unternehmer gestärkt und aus den zersplitterten europäischen Kleinstaaten eine nationale Wirtschaftsregion entwickelt. Durch den Zollverein wurde eine **weitgehende Harmonisierung der Währungen** begünstigt, so dass eine Art Währungsblock aus Taler- und Guldenwährung auf der Basis von Silber entstand. Banknoten blieben dagegen unterschiedlich, da sie in der Kompetenz des einzelnen Mitgliedslandes des Zollvereins blieben. Dominant waren aber die preußischen Banknoten.

Auch die fiskalischen (steuerlichen) Folgen des Zollvereins waren positiv. In den meisten Mitgliedsländern des Zollvereins stiegen die Zolleinnahmen beträchtlich. Und durch den Zollverein wurde der Weg zu einem deutschen Nationalstaat begünstigt. Durch die Reichsverfassung von 1871 wurde das deutsche Kaiserreich zu einem einheitlichen Zoll- und Handelsgebiet. Damit gingen die Zollgesetzgebung und die Zollerhebung an den Außengrenzen auf das Deutsche Reich über (zuständig: Reichskanzleramt für die Wirtschaftspolitik, später ein eigenes Ressort). Da der deutsche Reichstag die legislativen Aufgaben übernahm, wurde der Zollverein überflüssig.

Ähnlich wie beim Zollverein gibt es weitere Beispiele für die Schaffung von Freihandelszonen in Form der Zollunion. Unter einer Zollunion wird in der Volkswirtschaftslehre eine Form der wirtschaftlichen Integration verstanden, bei der sich Staaten zu einem gemeinsamen Zollgebiet zusammenschließen. Damit werden, ähnlich wie im Zollverein, auch in einer Zollunion Binnenzölle und andere Handelsbeschränkungen zwischen den beteiligten Ländern abgeschafft und auf die Verzollung von Waren, die von einem Mitgliedsland in das andere transportiert wird, verzichtet. Außerdem ist für eine Zollunion typisch, dass ein gemeinsamer Außenzolltarif der Mitgliedsstaaten gegenüber Drittstaaten erhoben wird. (Meinolf Lombino & Olaf Fischer Volkswirtschaftslehre für Bankfachwirte: Kurz und knapp alles Prüfungsrelevante zusammengefasst, Prüfungstraining zum Bankfachwirt, Springer-Verlag, 2010, S. 181)

Durch Zollunionen wird Handel geschaffen und Handel umgelenkt. Handel wird dadurch geschaffen, dass durch den Wegfall von Zöllen die Ware der Mitgliedsländer billiger wird, was den Binnenhandel innerhalb der Zollunion belebt. Handel wird dadurch umgelenkt, dass Händler, die außerhalb der Zollunion tätig sind, gegenüber den Händlern aus der Zollunion durch Zölle benachteiligt (diskriminiert) werden, so

dass die Produzenten aus der Zollunion günstiger anbieten können, als die Händler aus Drittländern, die dadurch verdrängt werden.

Anders wie bei der Europäischen Union geben aber die beteiligten Mitgliedsstaaten ihre nationale Souveränität bis auf die Zollvereinbarungen nicht auf.

**Beispiele für eine Zollunion sind:**

- Der Deutsche Zollverein (1.1.1834 bis 1871)
- Schweiz – Liechtenstein (seit 1924, Schweizer Zollgebiet)
- 1931 Deutsch-österreichische Zollunion, die aber nicht zustande kam (Guido Thiemeyer, Internationalismus und Diplomatie: Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865-1900, Studien zur Internationalen Geschichte, Walter de Gruyter, 2009, S. 83)
  - Europäische Zollunion (Zollunion zwischen der Europäischen Union, der Türkei, Andorra, Monaco, dem Vatikanstadt und San Marino, seit 1968)
  - Südafrikanische Zollunion (seit 1910, modernisiert 1969 und 2002)
  - Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weissrussland (seit 1.7.2010 in Kraft)
  - Ostafrikanische Gemeinschaft (Zollunion zwischen den Ländern Burundi, Kenia, Ruanda und Uganda, seit 2005)

**9.1. Aktuelle und zukünftige Trends in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen**

Am 22. Juli 1944 wurde auf der Konferenz von Bretton Woods der Internationale Währungsfonds **IWF** (und die **Weltbank**) gegründet, um die Weltwirtschaft nach den Weltkriegen wieder aufzubauen. Beide Organisationen werden daher als Bretton-Woods-Institutionen bezeichnet, betrachtet als internationale Einrichtungen zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen:

Sitz des IWF ist Washington. Er hat als Aufgaben, die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Welthandels, die Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe oder Überwachung der Geldpolitik seiner Mitglieder zu fördern. Aktuell sind 188 Staaten Mitglied im IWF. Ihr Stimmenanteil orientiert sich an ihrem Kapitalanteil. Folgende Tabelle zeigt die Stimmanteile:



**Tabelle. Stimmanteil der Mitgliedsstaaten**

Größte Mitgliedsstaaten	Stimmanteil
USA	17,70
Japan	6,57
Deutschland	6,12
Frankreich	4,51
Vereinigtes Königreich	4,51
China	4,00

Quelle: <http://www.dgvn.de/un-im-ueberblick/deutschlands-beitraege-zur-finanzierung-des-un-systems/iii-sonderorganisationen/iii04-iwf/>

Stanfd 12.04.2015.

Da jeweils die Beschlüsse im IWF mit 85% Mehrheit getroffen werden müssen, haben die USA alleine und die EU-Staaten gemeinsam de facto eine Sperrminorität. (Christian Tietje, Internationales Wirtschaftsrecht, De Gruyter Lehrbuch, Walter de Gruyter, 2009). Der IWF wird von einem geschäftsführenden Direktor (Managing Director) geleitet und hat folgende **Organe**:

- **den Gouverneursrat**
- **den internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC)**
- **das Exekutivdirektorium**
- **den Entwicklungsausschuss**
- **das Finanzstabilitätsforum**
- **das IWF- Verwaltungsgericht**

Gerät ein Mitglied des IWF in Zahlungsschwierigkeiten, dann kann es beim IWF Hilfe beanspruchen. So hat der IWF, verbunden mit Auflagen, befristete Kredite an Staaten, die unter wirtschaftlichen Problemen leiden, vergeben (z.B. 2010 an Argentinien und Irland, 2008 an Rumänien, 2010 an Griechenland). Zu den Bedingungen (als Strukturanpassungsmaßnahmen - SAP bezeichnet) der Kreditvergabe zählen die Kürzung der Staatsausgaben, niedrige Inflation, Steigerung des Exports und Liberalisierung des Bankenwesens. So könnte die Privatisierung der Elektrizitäts- und Wasserversorgung, der Telekommunikation oder die Entlassung von Mitarbeitern beim Staat zur Auflage gemacht werden.

Und ein Land mit Zahlungsschwierigkeiten kann auf Antrag beim IWF die Währung eines anderen Landes gegen Gold oder Landeswährung kaufen (was Ziehung genannt wird). Außerdem unterstützt der IWF Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika bei der Erarbeitung von Wachstums- und Wohlstandskonzepten und fördert diese Projekte mit Geldmitteln. Auch hier sind Auflagen die Voraussetzung, dass Geldmittel fließen können (Bekämpfung der Korruption, Stärkung der Demokratie, Liberalisierung des Handels). **Zusammenfassend lassen sich die Ziele des IWF wie folgt darstellen:**

Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik

- Ausweitung des Welthandels
- Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte
- Vergabe kurzfristiger Kredite zum Ausgleich von Zahlungsdefiziten
- Überwachung der Geldpolitik
- Sicherung des laufenden internationalen Zahlungsverkehrs vor Staatlichen Beschränkungen des freien Devisenverkehrs
- Technische Hilfe
- Beteiligung an Maßnahmen des Europäischen Währungsunion-Finanz stabilitätsgesetzes. (An den Krediten über 110 Mrd. Euro, um die Griechische Finanzkrise zu überwinden und den Euro zu stabilisieren, beteiligte sich der IWF mit 30 Milliarden Euro).

Die Mittel für den IWF und seine Zielerreichung werden von den Mitgliedstaat nach einer zugewiesenen Quote bereitgestellt. Sie regelt erstens die **Einzahlungsverpflichtungen** (in Gold, Devisen und Landeswährung), die **Sonderziehungsrechte** (Abkürzung: SZR) für die Inanspruchnahme eines Kredites, den **Umfang der Kreditvergabe** und das **Stimmrecht eines Landes** im IWF.

Die Zwillingsinstitution von Bretton Woods ist die Weltbank(gruppe), die ebenfalls in Washington ihren Sitz hat. Die **Weltbankgruppe** ist organisatorisch eng verflochten und hat einengemeinsamen Präsidenten, der bei der ICSID als Vorsitzender des Verwaltungsrates tätig ist. (Helmut Volger , Grundlagen und Strukturen der Vereinten Nationen, Oldenbourg Verlag, 2007, S.225)

Die **gemeinsamen Kernaufgaben** der Gruppe besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung von weniger entwickelten Mitgliedsstaaten durch finanzielle Hilfen,

Beratung und technische Hilfen zu fördern und damit die internationalen Entwicklungsziele voranzutreiben. So soll sie helfen, den Anteil der Armen an der Weltbevölkerung bis 2015 um die Hälfte reduzieren. 2008 hat die Weltbank 38,2 Mrd. US-\$ an Darlehen, Zuschüssen, Beteiligungen, Investitionen und Garantien an Mitgliedstaaten vergeben. Dies geschieht durch günstige, zum Teil zinslose Kredite für Investitions- und umfassende Reformprogramme bzw. Beteiligung an Firmen und der Übernahme von Garantien.

Außerdem fördert sie die Entwicklung der Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern und verbindet das mit Auflagen (z.B. müssen die geförderten Unternehmen auch die Infrastruktur in ihrer Region in eigener Regie aufbauen, da in diesen Ländern häufig der Staat ineffizient ist oder derartige Maßnahmen verhindert). Jährlich veröffentlicht die Weltbank einen Weltentwicklungsbericht und gibt in ihm wichtige Impulse für weitere Entwicklungsmaßnahmen.

**Oberstes Organ ist der Gouverneursrat**, für den jeder Mitgliedstaat einen Gouverneur (i.R. ist das der Wirtschafts- oder Finanzminister) und einen Stellvertreter ernennt. Daneben gibt es das für das Tagesgeschäft zuständige Exekutivdirektorium der Weltbank, bestehend aus 24 Mitgliedern. Die Weltbank wird häufig kritisiert, da sie nach Meinung der Kritiker zu sehr von den großen Industriestaaten dominiert wird, die neue Absatzmärkte und sich die Erschließung von wichtigen Rohstoffen für ihren Eigenbedarf sichern wollen. Ähnlich wie in der Europäischen Gemeinschaft gibt es auch in anderen Kontinenten Bestrebungen, die Wirtschaft durch Freihandelsabkommen zu stärken und Zölle abzubauen.

**NAFTA wird auch als ALÈNA, französisch: Accord de libre échange nord américain und TLCAN, spanisch: Tratado de Libre Comercio de América del Norte)** bezeichnet. NAFTA wurde am 1.1.1994 gegründet. Bei diesem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen handelt es sich um eine ausgedehnte Wirtschaftskooperation zwischen Kanada, den USA und Mexiko als Freihandelszone im nordamerikanischen Kontinent. Sie ist als zwischenstaatlicher Vertrag ausgelegt und ging aus dem Kanadisch-Amerikanischen Freihandelsabkommen von 1989 hervor.

Mit Inkrafttreten dieses Freihandelsabkommens wurden zahlreiche Zölle zwischen den beteiligten Ländern abgeschafft bzw. ausgesetzt. Durch das Abkommen werden im Unterschied zur Europäischen Union keine supranationalen Regierungsfunktionen ausgeübt. Und es gibt keine Vorrangpositionen aus diesem Abkommen gegenüber dem nationalen Recht der drei Staaten. Ergänzend zu dem NAFTA gibt es zwei weitere Abkommen: das North American Agreement on Environmental Cooperation (NAAEC),

das gemeinsame Umweltthemen der drei Staaten beinhaltet und das North American Agreement on Labor Cooperation (NAALC), das gemeinsame Arbeitsrechte zum Thema hat.

Die **Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten** haben 1992 in Singapur beschlossen, innerhalb von 15 Jahren (beginnend mit dem 1.1.1993) die Freihandelszone **ASEAN** mit Zöllen zwischen 0% und 5% zwischen den beteiligten 10 Staaten zu errichten. ASEAN Economic Community(AEC) umfasst die Staaten Brunei, Thailand, Vietnam, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Singapur, Kambodscha und die Philippinen.

Die Schaffung dieser Freihandelszone mit insgesamt 600 Millionen Einwohnern lässt damit neben **China** und **Indien** in Asien einen weiteren Wirtschaftskoloss entstehen, der in seiner Bedeutung als zukünftiger Handelspartner für die EU noch gar nicht erkannt ist und genutzt wird. Im September 2004 wurde die Entwicklung der AFTA weiter beschleunigt. Bei diesem Treffen nahmen auch Beobachter aus Indien, Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland teil. Langfristig werden sich weitere Staaten für ASEAN öffnen.

Die beteiligten ASEAN-Länder wollen bis spätestens 2015 die Handelsschranken untereinander weitgehend beseitigen. Ihr Ziel ist, in diesem großflächigen asiatischen Raum durch Freihandel das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand ihrer Bevölkerung zu steigern. Die Chance von ASEAN ist, dass Güter, Dienstleistungen, Investitionen, Kapital und Arbeitskräfte in den kommenden Jahren möglichst frei unter den beteiligten Staaten fließen können. Jetzt schon entwickelt sich in diesen Ländern der Mittelstand sehr positiv, da es Millionen von Menschen geschafft haben, sich aus der Armut zu befreien. Dieser Mittelstand drängt auf mehr Lebensstandard, wünscht sich eine bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen (Autos, Smartphones, Gesundheitsvorsorge etc.) nach westlichem Vorbild.

Damit entsteht für Europa und die USA in Asien der drittgrößte Wachstumsbereich und damit ein weiterer gigantischer Markt für globalen Handel im Pazifikraum. Aufgrund der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung ist hier aber auch mit einer wachsenden Konkurrenz im Handel zu rechnen, auf die sich die europäische und amerikanische Wirtschaft in den kommenden Jahren einstellen müssen.

Diese internationale Organisation (**APEC**- Asia-Pacific Economic Cooperation) wurde 1989 auf Initiative von Australien, den USA und Japan ins Leben gerufen, um im pazifischen Raum den Handel weiter zu entwickeln. Inzwischen umfasst sie mit aktuell 21 Mitgliedstaaten knapp die Hälfte der Weltbevölkerung. Dieser Wirtschaftsraum produziert mehr als 50% der Weltwirtschaftsleistungen und ist eine der Wirtschaftsregionen in der Welt, die am schnellsten wächst.

APEC war anfänglich ein Forum für informelle Gespräche und Kontakte zwischen den Mitgliedern. Inzwischen hat sich APEC als Ziel gesetzt, für seine Mitglieder auf der Grundlage von nicht bindenden Abkommen eine Freihandelszone einzurichten. 1994 wurde bei einer Konferenz der beteiligten Nationen in Indonesien als Ziel die Errichtung der Freihandelszone für den Asiatisch-Pazifischen Raum vereinbart, in die die Mitglieder aus den beteiligten Industrienationen bis 2010 und aus den Entwicklungsländern bis 2020 integriert sein sollen.

APEC beschäftigt sich mit Fragen der Kapitalmärkte, des Abbaus von Handelsschranken und der grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperation. Zunehmend werden aber auch wirtschaftsübergreifende Themen wie Zukunftstechnologie, Bildung, Frauen und Jugend, Ökologie und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus diskutiert. Seit 2002 sind zwischen den Mitgliedstaaten auch bilaterale und multi-laterale Abkommen zugelassen, die den Regeln der WTO entsprechen müssen (bis jetzt: über 40 Abkommen). Jährlich wird eine Gipfelkonferenz abgehalten

Dahinter verbergen sich die Ideen, Nord- und Südamerika zu einer amerikanischen Freihandelszone **Free Trade Area of the Americas (FTAA)** mit einem gemeinsamen Markt von Alaska bis Feuerland zu schaffen und 34 Staaten (ohne Kuba) zu beteiligen. Damit würde ein Markt mit 800 Millionen Menschen geschaffen mit jährlich erwirtschafteten Gütern und Dienstleistungen von über 10 Billionen US-\$.

Die Planungen für diese Freihandelszone begannen bereits Anfang der 1990er Jahre, sind aber wegen unüberbrückbaren Interessenkonflikten zwischen den USA und den Lateinamerikanischen Ländern ins Stocken geraten (Angst vor erdrückender Dominanz der US-Wirtschaft. Hauptkritiker war im 21. Jahrhundert der Venezolanische Präsident Hugo Chávez geb. 1954, verstorben 2013).

Die **ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América)** lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft ist ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von aktuell 8 Staaten aus Lateinamerika und der Karibik. Sie soll in den beteiligten Ländern die wirtschaftliche Kooperation verbessern und so die Abhängigkeit von den USA und von Europa verringern.

Kooperationsabkommen gibt es insbesondere im Energiesektor (Venezuela liefert den Mitgliedern Erdöl gegenüber dem Weltmarktpreis bis zu 50% billiger). Außerdem gibt es verschiedene wirtschaftliche Kooperationsprojekte (gemeinsamer staatlicher Stahlkonzern mit Sitz in Venezuela, der Kuba und Venezuela mit Stahlerzeugnissen

versorgen soll). Bisher ist aber noch keine eigenständige Freihandelszone geplant. 2007 wurde beschlossen, für die ALBA-Mitglieder eine eigene Währungszone zu schaffen, um von den internationalen Finanzmärkten unabhängiger zu werden.

Die EFTA die **Europäische Freihandelsassoziation** ist Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), später als Freihandelszone in Kooperation mit der Europäischen Union. Sie wurde durch wurde Abkommen zwischen 1972 und 1977 begründet. Mitglieder der EFTA sind nur noch Island, Liechtenstein und Norwegen. Die Bevölkerung dieser Länder hat (bisher) den Beitritt in die EU abgelehnt. Die Schweiz ist kein Mitglied der EFTA bzw. der EU, ist aber durch zahlreiche Einzelverträge in enger Kooperation mit der EU verbunden. Außerdem ist die Schweiz seit 2008 dem Schengener Abkommen mit offenen Grenzen beigetreten. Für den Europäischen Wirtschaftsraum EWR gilt der freie Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit Sonderregeln für Agrarwaren. Waren aus Drittländern sind dabei von dieser Freizügigkeit ausgeschlossen. EU und EFTA bilden so mit ca. 510 Millionen Einwohner und einer Wirtschaftsleistung von über 7,5 Billionen US-\$ mit die größte und stärkste Wirtschaftszone der Welt und wickeln ca. die Hälfte des Welthandels ab.

Für die EFTA sind folgende Institutionen zuständig: Das EFTA-Sekretariat in Genf, Brüssel und Luxemburg (zuständig für Verwaltungs- und Koordinierungsaufgaben). Die EFTA-Überwachungsbehörde in Brüssel (Überwachung der Einhaltung der EWR-Abkommen durch Island, Liechtenstein und Norwegen). Der Gerichtshof der EFTA in Luxemburg (hat die gerichtliche Kontrolle über das EWR-Abkommen und die drei Mitgliedstaaten).

Nach dem Willen der EU wäre ein Freihandelsabkommen seitens der EU und der EFTA **Transatlantisches Freihandelsabkommen (TAFTA)** mit den USA bzw. mit NAFTA wünschenswert und sinnvoll. (Sebastian Haselbeck, Marc Venhaus, Ole Wintermann, Globalisierung im Schatten der Überwachung: Internet. Demokratie. Handel, Internet & Gesellschaft Collaboratory, 2013 Bisher sind derartige Bemühungen aber an protektionistischen Tendenzen in den USA weitgehend gescheitert. Ein derartiges Transatlantisches Freihandelsabkommen wurde seit Beginn der 1990er Jahre diskutiert mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Harmonisierung zwischen der EU und den USA oder sogar unter Beteiligung der Länder Kanada, Mexiko und den EFTA Staaten sowie der Schweiz und der EU-Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei.

Verschiedene Kommissionen bemühen sich seither um konstruktive Vorschläge. Im November 2012 haben US-Präsident Barack Obama und Herman van Rompuy (Präsident des Europäischen Rates) eine hochrangige Expertengruppe beauftragt,

Sondierungsgespräche vorzubereiten. Ziel ist nicht der freie Handel (der bereits zu 97% zwischen der EU und den USA reibungslos läuft, nur noch 3% des Handelsvolumens unterliegt Zöllen), sondern um die Schaffung eines transatlantischen Binnenmarktes mit gemeinsamen Industriestandards, Lebensmittelgesetzen (z.B. über Regelungen für GEN-manipulierten Mais, Sojabohnen und Zuckerrüben mit Kennzeichnungspflichten bzw. Verboten in Europa gegenüber der problemlosen und regelungsfreien Zulassung in den USA) und grenzübergreifenden Regierungsaufträgen. So könnte z. B. eine rumänische Bauunternehmung sich mit gleichen, einklagbaren Chancen um den Bau einer Brücke in Los Angeles bewerben wie eine kalifornische Unternehmung. Derzeit fehlt es aber noch am Einigungswillen insbesondere in den USA.

Auch bei den Industriestandards, z.B. bei den Standards für Finanzdienstleistungen (Abgaben für hochspekulative Finanzgeschäfte) gibt es in den USA eine völlig andere Einstellung als in der EU (Ausnahme: Großbritannien). Durch die Interessengegensätze ergeben sich hohe Hürden, die die Schaffung eines derartig gewaltigen Binnenmarktes mit ca. 50% des Welthandels eher unwahrscheinlich machen.

#### ***Mögliche Fragen zu den Kapitel 8, 9 und 10:***

1. Beschreiben Sie den Begriff Freihandelszone.
2. Was ist unter einer Zollunion zu verstehen?
3. Ist die NAFTA eine Zollunion oder eine Freihandelszone?
4. Ist die EU eine Zollunion oder eine Freihandelszone?
5. Erläutern Sie den Begriff Außenhandel zusammen mit seinen Tätigkeitsfeldern.
6. Nennen Sie die vier Kaufmannsfamilien die den erfolgreichen städtischen mittelalterlichen Einzelhandel gefördert haben.
7. Erklären Sie, den Produktzyklusmodell.
8. Welche sind die sieben die Ziele des IWF?
9. Wie kann die Integration unterteilt werden?
10. Wie wird die Währungsunion beschreiben?
11. Mercosur steht für?
12. Zu den ASEAN gehören?
13. Jeffrey Sachs und Andrew Warner haben in einer höchst anerkannten Studie von 1995 festgestellt, dass es 3 Kategorien von Ländern gibt. Erwähnen Sie diese.
14. Geben Sie 2 Beispiele für eine Zollunion!
15. Welche Arten von Einfuhrzöllen erscheinen aus heutiger Sicht denkbar?
16. Was versteht man unter Nichttarifäre Handelspolitiken?

17. Warum wirken Importe aus Billiglohnländern für das importierende Land negativ?
18. Politisch unterscheidet man unter welche 3 Assoziierungsverträge?



## LITERATURVERZEICHNIS

- Baldwin, R. / Wyplosz, C. (2006): The Economics of European Integration. 2nd. Ed., London.
- Büter, C. (2010), Außenhandel, 3. Auflage, Springer Verlag: Berlin.
- Büter, C. (2013) Außenhandel: Grundlagen internationaler Handelsbeziehungen, Springer-Verlag, Berlin.
- Caspers, R. (2002): Zahlungsbilanz und Wechselkurse. München/ Wien.
- Deutsche Bundesbank (2009): Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2008. In: Monatsberichte der deutschen Bundesbank, 61. Jg., März, S. 15 – 33, 68\*- 74\* [<http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/>]
- Dieckheuer, G. (2001): Internationale Wirtschaftsbeziehungen. 5. Aufl., München/Wien;
- Eschlbeck, D., (2006) Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse Internationale Wirtschaft Oldenbourg Verlag.
- Europäische Zentralbank (2009): Wechselkurs- und Zahlungsbilanzentwicklung. In: Monatsbericht Juli, S. 62 – 69, S60 – S71. [[http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2009/200907.mb\\_ezb.pdf](http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2009/200907.mb_ezb.pdf)]
- European Central Bank (2009): Exchange Rate and Balance of Payments Developments. In: Monthly Bulletin, July, S. 56 - 62, S60 – S71. [<http://www.ecb.int/pub/pdf/mobu/mb200907en.pdf>]
- Felderer, B. / Homburg, St. (1991): Makroökonomik und neue Makroökonomik. 5. Aufl., Berlin u. a. O. [8. Aufl. 2003]
- Frenkel, M. / John, K, D. (2006): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. 6. Aufl., München.
- Gundlach, E. /Scheide, J. / Sinn, St. (1990): Die Entwicklung nationaler Auslandspositionen. Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik. Kieler Studien, Hrsg. H. Siebert. Tübingen.
- Haberler, G., (2013), Der Internationale Handel: Theorie der Weltwirtschaftlichen Zusammenhänge Sowie Darstellung und Analyse der Aussenhandelspolitik, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft / Abteilung Staatswissenschaft, Springer-Verlag

- Hallwood, C. P. / MacDonald, R. (2000): International Money and Finance. 3rd ed., Oxford.
- Holtbrügge, D. / Friedmann, C. B. (2011) Weltgeltung Geschäftserfolg in Indien: Strategien für den vielfältigsten Markt der Welt, Springer-Verlag.
- Jarchow, H.-J. / Rühmann, P. (2000): Monetäre Außenwirtschaft I. Monetäre Außenwirtschaftstheorie. 5. Aufl., Göttingen.
- Jarchow, H.-J./ Rühmann, P. (1997): Monetäre Außenwirtschaft II. Internationale Währungspolitik. 4. Aufl., Göttingen.
- Kausch, A. (2001) Seidenstrasse: von China durch die Wüsten Gobi und Taklamakan über den Karakorum Highway nach Pakistan DuMont Kunst-Reiseführer, DuMont Reiseverlag.
- Krugman, P. / Obstfeld, M. (2006): Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. München.
- Krugman, P. R., Obstfeld, M. (2009) Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft, Pearson Studium - Economic VWL Pearson Studium, Wi, Wirtschaft, Pearson Deutschland GmbH.
- Lombino M. / Fischer O. (2010) Volkswirtschaftslehre für Bankfachwirte: Kurz und knapp alles Prüfungsrelevante zusammengefasst, Prüfungstraining zum Bankfachwirt, Springer-Verlag.
- May H. / May U. (2008), Handbuch zur ökonomischen Bildung, Oldenbourg Verlag.
- Modery, W. (1996): Internationale währungspolitische Arrangements auf dem Prüfstand ökonomischer Effizienz. Frankfurt am Main.
- Niehans, J. (1995): Geschichte der Außenwirtschaftstheorie im Überblick. Tübingen.
- Räth, N. / Braakmann, A. u. a. (2009): Bruttoinlandsprodukt 2008. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 11 – 26.
- Rose, K. / Sauernheimer, K. (1999): Theorie der Außenwirtschaft. 13. Aufl., München.
- Rübel, G. (2002): Grundlagen der Monetären Außenwirtschaft. München/Wien. [oder: 3. Aufl. 2009].
- Rübel, G. (2013) Außenwirtschaft: Grundlagen der realen und monetären Theorie, Oldenbourg Verlag.
- Sachs, R. (2013), Leitfaden Außenwirtschaft, Springer-Verlag.
- Schenk, Hans O. (2013) Marktwirtschaftslehre des Handels, Springer-Verlag.
- Siebert, H./Lorz, O. (2006): Außenwirtschaft. 8. Aufl., Stuttgart. [oder eine frühere Auflage, z. B. 6. Aufl. 1994]

- Sopp, K., (2010) Umsatzbesteuerung beim Handel in der EU: Nachweispflichten und Vertrauensschutz, Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co KG.
- Statistisches Bundesamt (2006): Tabelle „Nationaleinkommen, Verfügbares Einkommen und Finanzierungssaldo“. [<http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab7.php>].
- Stobbe A. (1994): Volkswirtschaftliches Rechnungswesen. 8. Aufl. Berlin u. a. O.
- Stützel, W. / Fröhlich, H.-P. (1993): Das Finanzvermögen: Definition, gesamtwirtschaftliche Rolle, statistische Erfassung. In: Obst/Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen. Ein Handbuch. 39. Aufl. Hrsg. N. Kloten/J.H. von Stein. Stuttgart.
- Thiemeyer, G., (2010) Internationalismus und Diplomatie: Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865-1900, Studien zur Internationalen Geschichte, Walter de Gruyter.
- von Stackelberg, H. (1947): Die Theorie des Wechselkurses bei vollständiger Konkurrenz. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 161. Bd.
- Wiesner, K. A., Sponholz, U., (2007) Dienstleistungsmarketing, WiSorium - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Repetitorium, Oldenbourg Verlag.
- Willms, M. (1995): Internationale Währungspolitik. 2. Aufl., München.
- Woll, Artur (2008): Wirtschaftslexikon. 10. Aufl., München.
- Wulffen, B. (2010) Deutsche Spuren in Argentinien: Zwei Jahrhunderte wechselvoller Beziehungen, Ch. Links Verlag.



UNIVERSITATEA BABEȘ-BOLYAI  
TRADIȚIE ȘI EXCELENȚĂ

UBBFSEGA

Universitatea Babeș-Bolyai | Facultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor



cultatea de Științe Economice și Gestiunea Afacerilor

Str. Teodor Mihali nr. 58-60  
Cluj-Napoca, RO-400951  
Tel.: 0264-41.86.52-5  
Fax: 0264-41.25.70  
econ@econ.ubbcluj.ro  
www.econ.ubbcluj.ro

## FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG

### ABTEILUNG FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

## Lizenzbuch zur Spezialisierung: Wirtschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen WIB

Ausgearbeitet von:

**Prof.univ.dr. Rudolf GRÄF**

**Prof.univ.dr. Jan Franke VIEBACH**

**Prof.dr. Bernhard KOPF**

**Lect.univ.dr. Zenovia Cristiana POP**

**Lect.univ.dr. Irina Marilena BAN**

Die Autoren sprechen Ihre vollständige Dankbarkeit für den finanziellen Beitrag der E-ON hinsichtlich der Erscheinung des Buches „Themen und Fragen zu den aktuellen Weltwirtschaftswirtschaftsbeziehungen“ aus.



ISBN: 978-973-595-857-2